

FS 7.287
Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 2. Mai 1989

Blatt 911

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

„Umweltbewußt einkaufen“: kommenden Dienstag wieder Marktaktion (912/FS: 29.4.)

Bürgerdienst-Live-Sendung aus Floridsdorf (912)

„41A“ fährt länger (913/FS: 29.4.)

Städtetag im Zeichen Europas (915/916)

Gasheizung: Günstige Kredite und technische Beratung (917/918)

Sitzung der Stadtentwicklungskommission (919/920)

Am Mittwoch Pressebesichtigung und Eröffnung der A 22 (nur FS)

Kultur:

Preise der Stadt Wien 1989 (914/FS: 1.5.)

Konzert in den Sträussel-Sälen (914/FS: 1.5.)

„Umweltbewußt einkaufen“: kommenden Dienstag wieder Marktaktion

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten KonsumentInnen dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet kommenden Dienstag, den 2. Mai, von 8 bis 13 Uhr auf dem Karmelitermarkt statt. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 29. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Bürgerdienst-Live-Sendung aus Floridsdorf

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Aus Floridsdorf kommt die nächste Live-Sendung des Bürgerdienstes der Stadt Wien und des Wiener Stadtradios auf UKW 90 und 95: Am Mittwoch, dem 3. Mai, wird das Mobile Büro des Bürgerdienstes zwischen 14 und 15.30 Uhr in Wien 21, Russbergstraße/Meriangasse beim Hochhaus stehen. Ein Moderator vom Wiener Stadtradio steht ebenso wie Bürgerdienst und Mobiler Bürgerdienst für Wünsche, Anregungen und Beschwerden zur Verfügung; das Wiener Stadtradio ist während der Live-Sendung außerdem unter 505 22 05 und 505 22 73 telefonisch zu erreichen. (Schluß) hrs/bs

„41A“ fährt länger

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der derzeit geltenden Sommerzeit wird vom 1. Mai bis 23. September die Betriebszeit der Autobuslinie „41A“ (Pötzleinsdorf — Neustifter Friedhof) verlängert. Der letzte Bus der Linie „41A“ fährt somit ab Pötzleinsdorf um 21.04 Uhr anstatt bisher um 19 Uhr.

Die Fahrgäste werden durch Fahrplanaushänge an den Haltestellen der Linie „41A“ informiert. (Schluß) roh/rr.

Bereits am 29. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Preise der Stadt Wien 1989

Wien, 1.5. (RK-KULTUR) Die Preise der Stadt Wien 1989 für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung wurden folgenden Persönlichkeiten zuerkannt:

Gebiet Kunst:

Literatur: Elfriede Jelinek
Publizistik: Dr. Ulrich Weinzierl
Musik: Heinz Karl Gruber
Malerei: Christian Ludwig Attersee
Grafik: Kurt Kocherscheidt
Bildhauerei: Oswald Stimm
Projektkunst: Mario Terzic
Architektur: Günther Domenig

Gebiet Wissenschaft und Volksbildung:

Geistes- und
Sozialwissenschaften: Univ.Prof. Dr. Walther Kraus
Natur- und
Technische Wissenschaften: Univ.Prof. Dr. Karl Schlögl
Medizinische Wissenschaften: Univ.Prof. Dr. Helmuth Denck
Volksbildung: Sektionschef Dr. Hans Altenhuber

Die Preise sind mit je 75.000 Schilling dotiert.

Die Preise der Stadt Wien werden seit 1947 für hervorragende Leistungen vergeben. Sie werden in Anerkennung und Würdigung für das bisherige Gesamtwerk der Preisträger verliehen. Die Zuerkennung erfolgt durch den Bürgermeister der Stadt Wien aufgrund der Vorschläge von Preisrichterkollegien, in denen der amtsführende Stadtrat für Kultur den Vorsitz führt. (Schluß) gab/rr

Konzert in den Sträussel-Sälen

Wien, 1.5. (RK-KULTUR/LOKAL) In den Sträusselsälen im Theater in der Josefstadt findet am 7. Mai um 11 Uhr ein Konzert mit dem Johann Strauß Ensemble der Wiener Symphoniker statt. Auf dem Programm stehen Werke von Johann Strauß. Karten sind im Musikreferat der Kulturabteilung der Stadt Wien, 1080, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Tel. 42 800/2741 erhältlich. (Schluß) gab/rr

Bereits am 1. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 1. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Städtetag im Zeichen Europas

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Der 39. Österreichische Städtetag, der vom 8. bis 10. Mai in Villach stattfindet, steht diesmal ganz im Zeichen Europas und der Auswirkungen eines möglichen EG-Beitrittes auf Österreichs Städte und Gemeinden. Städtebund-Generalsekretär Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK berichtete darüber am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die größten Gefahren für die Gemeinden: Durch eine Reduktion des Umsatzsteuersatzes auf EG-Niveau (18 Prozent) droht den Gemeinden (inklusive Wien) ein Steuerentfall von etwa 2,7 Milliarden Schilling netto pro Jahr. Auch steht derzeit eine Beteiligung der Gemeinden am Beitrag Österreichs zum EG-Budget von rund 1,8 Milliarden Schilling jährlich zur Debatte, was der Österreichische Städtebund allerdings strikt ablehnt. Dies geht aus einer Studie des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums (KDZ) hervor die im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt wurde.

Weitere direkte Konsequenzen bei der Aufnahme Österreichs in die Europäische Gemeinschaft wären laut KDZ unter anderem die Einschränkung der Möglichkeit kommunaler Wirtschaftsförderung, da Subventionen der Höhe nach begrenzt und sämtliche Beihilfen zum Beispiel zur Betriebsansiedlung melde- oder sogar genehmigungspflichtig durch die EG würden, sowie der Wegfall der „Lokalpräferenz“, da bei größeren Auftragsvergaben die Pflicht zur EG-weiten Ausschreibung besteht. Das heißt, es wäre dann nicht mehr möglich, so wie derzeit in Wien beim U-Bahn- oder Kraftwerksbau, Wiener beziehungsweise österreichische Firmen zu bevorzugen.

Aus der Freizügigkeit des Personenverkehrs resultieren unter anderem die Zugänglichkeit weiterer Bereiche der kommunalen Verwaltung für ausländische Bewerber sowie der Wegfall von Beschränkungen im Ausländergrundverkehr.

Aus den vier Grundprinzipien des Binnenverkehrs, nämlich freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr, ergeben sich eine Reihe indirekter Auswirkungen auf die Gemeinden. Dies gilt etwa für den Transitverkehr, gegen den sich die vielen Gemeinden an den Transitrouten nicht zur Wehr setzen könnten. Weiters wäre beispielsweise eine produktbezogene Abfallvermeidung nach dem EG-Recht wegen Beeinträchtigung des Wettbewerbes möglicherweise nicht mehr erlaubt. Wichtige Gemeindesteuern, wie die Lohnsummen- und die Gewerbesteuer, könnten gefährdet sein.

Das KDZ stellt in seiner Studie weiters fest, daß die EG in ihren Grundstrukturen zentralistischer und bürokratischer aufgebaut ist als unser „kooperativer Bundesstaat“. Dies gilt nicht nur für die Brüsseler „Eurokratie“, sondern auch für wichtige EG-Länder selbst, wie etwa Großbritannien, Frankreich oder Holland. Diese messen der kommunalen Selbstverwaltung geringeren Stellenwert zu als Österreich. Schlußfolgerung des KDZ: Der Rahmen für die kommunale Autonomie würde durch einen EG-Beitritt Österreichs enger gezogen.

Am Österreichischen Städtetag werden rund 600 Vertreter aus nahezu 200 Städten und Gemeinden teilnehmen, darunter prominente Gäste wie Bundespräsident Dr. WALDHEIM, Nationalratspräsident PÖDER sowie die Bundesminister Dkfm. LACINA und Dr. LÖSCHNAK. Die Eröffnung des Städtetages findet am 8. Mai um 16.30 Uhr im Villacher Kongreßhaus durch den Präsidenten des Österreichischen Städtebundes Bürgermeister Dr. Helmut ZILK statt. Unter den ausländischen Gästen — alle Nachbarstaaten Österreichs sind am Städtetag vertreten — befindet sich auch Dr. Fritz PIRKL, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament und der Vorsitzende des EG-Österreich-Parlamentarier-Kontakt-Komitees, der am Eröffnungstag referieren wird. Schlußreferent am

Eröffnungstag wird Vizebürgermeister MAYR zum Thema „Städte und neues Europa“ sein.

Am darauffolgenden Tag (9. Mai) finden die drei Arbeitskreise des Städtetages statt. Erstmals ist dabei ein ungarischer Vertreter, nämlich Dr. Peter PALKO, der Direktor für auswärtige Angelegenheiten in Budapest ist.

Der erste Arbeitskreis wird sich unter Vorsitz von Vizebürgermeister Dr. EDLER aus Graz mit den Auswirkungen der EG auf die kommunalen Finanzen beschäftigen. Im zweiten Arbeitskreis steht unter Bürgermeister NIESCHER aus Innsbruck die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden im Hinblick auf EG und EFTA zur Debatte.

Der dritte Arbeitskreis wird sich unter Vorsitz des Villacher Bürgermeisters MANZENREITER mit grenzüberschreitenden Initiativen befassen.

Am Mittwoch, dem 10. Mai, endet der Städtetag mit der Plenartagung, bei der die Berichte aus den Arbeitskreisen und der Bericht des Generalsekretärs vorgelegt und diskutiert werden. Das Schlußreferat wird Finanzminister Dkfm. LACINA halten. (Forts. mgl.) roh/gg

Forts. von Blatt 915

Gasheizung: Günstige Kredite und technische Beratung

Neue Umweltoffensive für Wien

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Gaswerke haben gemeinsam mit den Banken „Z“ und „CA“ Mitte April eine Aktion gestartet, die den Trend zur umweltfreundlichen Gasheizung weiter verstärken soll. Die Banken bieten sehr günstige Kredite an, während die Gaswerke für eine ausführliche kostenlose technische Beratung sorgen. Dies gab Dienstag Energiestadtrat Johann HATZL bekannt. In Wien verfügen bereits mehr als 300.000 Haushalte über eine Gasheizung, jährlich kommen rund 20.000 dazu.

Da Gas der umweltfreundlichste Brennstoff ist, sollen durch den vermehrten Einsatz von Erdgas-Heizungen Anlagen für flüssige und feste Brennstoffe ersetzt werden, und dadurch die Wiener Luft weiter verbessert werden. Erleichtert wird diese Zielsetzung durch die vielen Vorteile, die eine moderne Erdgas-Heizung besitzt. Dabei sind vor allem die hohe Wirtschaftlichkeit, gegeben vor allem durch die gute Regelbarkeit, die Bequemlichkeit bei der Bedienung, der geringe Platzbedarf und der hohe Sicherheitsstandard zu nennen.

Die Aktion, die derzeit bis 31. Dezember 1989 vorgesehen ist, hat eine finanzielle und eine technische Komponente. Für den wichtigen finanziellen Teil bieten die „Z“ und die „CA“ einen besonders günstigen Kredit mit derzeit nur 7,375 Prozent Verzinsung, einer Laufzeit bis zehn Jahre und einem Kreditrahmen bis zu 150.000 Schilling an. Dieser Kredit ist vor allem dann von Vorteil, wenn die Gasheizung nicht oder nicht zur Gänze in den Rahmen der Wohnhaussanierung fällt. In diesem Fall muß durch die Zinsstützung sogar weniger zurückgezahlt werden, als Kredit aufgenommen wurde.

Zur technischen Seite: Dazu ist eine umfangreiche Beratung durch die Gaswerke bezüglich Gerätewahl, Gerätestandort, Wärmebedarf, Investitions- und Betriebskosten, zweckmäßige Ausführung der Steuerung und der Heizungsinstallation zu zählen. Die Beratung wird durch die Wiener Stadtwerke-Gaswerke nicht nur in deren Dienststellen, sondern auf Wunsch auch gerne vor Ort durchgeführt. Dafür stehen seitens der Gaswerke zur Verfügung:

- Beratungsstelle Mariahilf, 6, Mariahilfer Straße 63, Tel. 587 96 01
- Geschäftsstelle Josefstadt, 8, Josefstädter Straße 10, Tel. 4309 (40128)
- Geschäftsstelle Meidling, 12, Theresienbadgasse 3, Tel. 83 35 41
- Geschäftsstelle Brigittenau, 20, Denisgasse 39-41, Tel. 33 35 21
- Außenstelle Mödling, 2340 Mödling, Hauptstraße 68, Tel. 02236/24203

Die Stadt Wien hat in den ihr unterstehenden Bereichen schon sehr viel für die Luftqualität getan. So wurden die Emissionen aus den kalorischen Kraftwerken radikal gesenkt, um bis zu 90 Prozent, desgleichen diejenigen aus den Müllverbrennungsanlagen. Ein Vergleichswert: die kommunale Müllverbrennung verursacht nur mehr rund drei Prozent der gesamten Stickoxidbelastung in Wien. Die wesentlich bedeutenderen Emittenten sind in diesem Bereich der Autoverkehr, die Industrie und die Einzelofenheizungen in den Wiener Wohnungen.

„Gerade in diesen Bereichen ist es für die Stadt Wien nicht so einfach wie in ihren eigenen Betrieben, Umweltmaßnahmen durchzusetzen. Schließlich kann man niemanden zwingen, von einer umweltschädlichen Öl- oder Kohleheizung auf eine umweltfreundliche Heizung — vor allem Fernwärme oder Erdgas — umzusteigen.“

Sehr wohl kann die Stadt Wien aber einen Beitrag dazu leisten, einen solchen Umstieg attraktiver zu machen beziehungsweise bei Neubauwohnungen von Haus aus eine umweltfreundliche Heizung vorzusehen“, sagte Stadtrat Hatzl.

Das geschieht auch: In nur 20 Jahren des Bestehens der Heizbetriebe Wien wurden bereits fast 100.000 Wohnungen an das Fernwärmenetz angeschlossen. Der Ausbau des Rohrnetzes für die Fernwärme hat aber natürliche Grenzen. Dort wo die Fernwärme in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten nicht hinkommen kann, soll verstärkt die Gasheizung zum Zuge kommen.

„Dies wird mit der jetzigen Aktion deutlich unterstützt. Man kann erwarten, daß der Zuspruch aus der Bevölkerung ziemlich groß sein wird. Das zeigen bereits die ersten Zahlen: In den 14 Tagen seit Anlaufen der Aktion haben sich bereits fast 400 Wienerinnen und Wiener für die 'Heizpaket-Beratung' interessiert“, schloß der Energiestadtrat.

Info-Bus der Gaswerke wieder unterwegs

Auch heuer wird wieder der Informationsbus der Gaswerke eingesetzt, der vor allem bei jenen Wohn- und Gartensiedlungen zum Einsatz kommt, die für die Gasversorgung aufgeschlossen werden. Im Info-Bus gibt es die Möglichkeit, allgemeine Informationen über die Gasversorgung zu erhalten oder sich für eine gezielte Beratung anzumelden.

Die Termine und Standorte für den Info-Bus:

8. bis 18. Mai

Heimkehrersiedlung

Standort: 10, Bitterlichstraße bei Haus 63

29. Mai bis 9. Juni

Blumentalsiedlung

Standort: 23, Kronfußgasse bei Haus 5

12. bis 23. Juni

Siedlung Friedensstadt

Standort: 13, Jenbachgasse 2A

26. Juni bis 7. Juli

Siedlung Wolfersberg

Standort: 14, Robert-Fuchs-Gasse bei Haus 5

16. bis 25. August

Schippani-Siedlung

Standort: 22, Gartenheimstraße bei Haus 42

28. August bis 1. September

Schippani-Siedlung

Standort: 22, Klöpfergasse bei Haus 12

5. bis 10. September

Wiener Internationale Herbstmesse

Standort: Freigelände

(Schluß) roh/rr

Forts. von Blatt 917

Sitzung der Stadtentwicklungskommission

Entscheidung für Tunnel Margaretengürtel

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA berichtete im heutigen Pressegespräch von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK über eine Sitzung der Stadtentwicklungskommission, die Dienstag vormittag stattgefunden hatte. Wichtigstes Ergebnis war der Beschluß über das Projekt "Tunnel Margaretengürtel", den Swoboda als eine zentrale Maßnahme für eine umweltfreundlichere Verkehrsabwicklung im Gürtelbereich bezeichnete. Die Kommission sprach sich für jene Variante aus, die am meisten Grün- und Freiraum beläßt. Die Kosten für diese Baumaßnahme bezifferte Swoboda mit rund zwei Milliarden Schilling. Der Bau soll, sofern die Finanzierung gesichert wird, in den Jahren 1991 bis 1994 realisiert werden.

Der Beschluß der Stadtentwicklungskommission im Wortlaut:

„Die Stadtentwicklungskommission nimmt die von der Wiener Bundesstraßen AG vorgestellte Variantenuntersuchung zum Projekt 'Tunnel Margaretengürtel' zur Kenntnis.

Nach Abstimmung mit den betroffenen Bezirksvertretungen und Information der Öffentlichkeit werden folgende Beschlüsse für die weitere Planung gefaßt: Im Bereich Gaudenzdorf ist der Lösungsansatz 'Anordnung der Portale und Rampen des Tunnels Margaretengürtel an der Südseite des Knotens Gaudenzdorf' (Variante Süd 1) weiterzuverfolgen.

Bei der weiteren Konkretisierung soll eine Optimierung des Lösungsansatzes vor allem im Hinblick auf eine bestmögliche Abschirmung der Freiflächen und eine Verringerung der Trennwirkung der Rampen insbesondere durch eine bestmögliche Zugänglichkeit der Freiflächen aus dem 12. Bezirk erfolgen. Entsprechend den Äußerungen des 5. und 6. Bezirkes ist der Verkehr der B 1 zum Unterschied zum 12. Bezirk innerhalb des Gürtels vorerst in der Schönbrunner Straße zu führen. Eine mögliche Verlegung in das Wiental zu einem späteren Zeitpunkt ist jedoch bei den Planungen zu berücksichtigen.

Im Bereich Eichenstraße ist der Lösungsansatz 'Niveaugleicher Anschluß der Eichenstraße mit weitgehender Verschiebung der Gürtelfahrbahnen zum Gelände der ÖBB' weiterzuverfolgen.

Bei der weiteren Konkretisierung soll eine Bearbeitung des Lösungsansatzes vor allem im Hinblick auf eine bestmögliche Abschirmung der Wohnbebauung erfolgen. Es sind die notwendigen Vorkehrungen für eine Verlängerung der Unterführung Matzleinsdorfer Platz nach Westen zu berücksichtigen.

Eine direkte Verbindung zwischen Gürtel und Triester Straße ist als langfristige Perspektive offenzuhalten.

Die Planungs- und Baumaßnahmen im Straßenbereich sind mit den notwendigen Stadterneuerungsmaßnahmen abzustimmen.“

Vorgangsweise für EXPO-Planung

Außerdem genehmigte die Stadtentwicklungskommission die beabsichtigte Vorgangsweise bei der Planung der EXPO: Vier Architektenteams (Hollein, Peichl, Potyka, Wimmer) werden ein Leitprogramm erarbeiten, das die Vorgabe für einen Architektenwettbewerb bilden wird, der Anfang kommenden Jahres veranstaltet werden soll.

Einschränkung der Zersiedelung des Umlandes

Schließlich beschäftigte sich die Stadtentwicklungskommission mit einem Verordnungsentwurf des Amtes der Niederösterreichischen Landesregie-

rung, der eine eingeschränkte und geordnete Siedlungsentwicklung im Wiener Umland zum Ziel hat. Die Stadtentwicklungskommission begrüßte diesen Entwurf und nahm dazu im einzelnen folgendermaßen Stellung:

- Eine Verordnung im Sinne des vorliegenden Entwurfes wäre ein wichtiger Schritt zu einer geordneten Siedlungsentwicklung und zum Schutz wertvoller Landschaftsteile und regionaler Grünzonen. Im Bereich des Wienerwaldes ist eine drastische Einschränkung der Siedlungstätigkeit zur Sicherung dieses wichtigsten Erholungsraumes von Wien von besonderer Bedeutung; diese Maßnahme wäre ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung der gemeinsam unterzeichneten „Wienerwald-Deklaration“.
- Entlang der Achsen von Regional- und Schnellbahnlinien sollte eine Konzentration der Siedlungstätigkeit angestrebt werden, um die Verkehrsprobleme im Wiener Umland und im Wiener Stadtgebiet zu entschärfen. Im Verordnungstext sollte diese Zielvorstellung zur Lenkung der Siedlungstätigkeit enthalten sein.
- Damit im Zusammenhang stehende Zielsetzungen für die Erschließung des Umlandes mit öffentlichen Verkehrsmitteln einschließlich Park and Ride sollten in den Verordnungstext aufgenommen werden.
- Die Zielsetzung der Betriebsverlagerungen auf dezentrale gut aufgeschlossene Standorte in Niederösterreich zur Entlastung des Umlandes von Wien — wie dies in einem früheren Entwurf für ein Landesentwicklungsprogramm enthalten war — sollte im Verordnungstext festgehalten werden.
- Die Errichtung eines Nationalparkes im Bereich der Donau- und Marchauen ist bereits grundsätzlich im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) vereinbart worden. Sie ist auch Bestandteil der gemeinsamen Vereinbarung mit dem Bund vom 25. Juli 1988. In den Verordnungstext sollte die Beschlußempfehlung der Länder im Rahmen der PGO über die Abstimmung der weiteren Arbeiten zum Donauausbau mit dem angestrebten Nationalpark aufgenommen werden.

(Schluß) ger/bs/rr

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 3. Mai 1989

Blatt 921

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Beisetzung von Prof. Adametz (922/FS: 2.5.)
- Goldenes Ehrenzeichen für Herbert Lugmayr (923/FS: 2.5.)
- Wien fördert 57 Wohnhaussanierungen um 470 Millionen Schilling (924)
- „Der Wienerwald“: Neue Ausstellung des Stadt- und Landesarchivs (925)
- Samstag Eröffnung des Kunst- und Kulturmarkts am Donaukanalufer (926)
- Sechstes Donauinselfest vom 19. bis 21. Mai (927)
- Stacher begrüßt Maßnahmen gegen Jungmedizinerarbeitslosigkeit (928)
- Städtebund: Gemeinden bei Altenhilfe nicht allein lassen! (929)
- Donauufer Autobahn nunmehr durchgehend befahrbar (930-932)

Kultur:

- „Landschaften — Stadtlandschaften“ im Bezirksmuseum Mariahilf (925)

Sport:

- Ehrenhalber gewidmetes Grab für „Bimbo“ Binder (933)

Beisetzung von Prof. Adametz

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Dienstag nachmittag fand auf dem Hernalser Friedhof die Beisetzung des Journalisten und Lyrikers Prof. Wilhelm ADAMETZ statt, der vor kurzem im 77. Lebensjahr verstorben ist. Adametz war von 1948 bis 1972 Chefredakteur des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien. Robert PROSEL, jahrzehntelanger Mitarbeiter von Adametz und später selbst Chefredakteur des PID, würdigte den Verstorbenen als feinsinnigen Lyriker, begeisterten Wiener, seriösen Journalisten, freundlichen Kollegen und gütigen Vorgesetzten. Unter der Leitung von Adametz wurde im Bereich der Stadt Wien der Durchbruch zur modernen Öffentlichkeitsarbeit vollzogen.

Beim Begräbnis von Prof. Adametz sprachen auch der Generalsekretär des Presseklubs Concordia Hofrat Dr. Alfred SCHNEIDER und Landtagspräsident i.R. Hubert PFOCH Worte des Abschieds. (Schluß) ger/bs

Bereits am 2. Mai 1989
Über Fernschreiber ausgesendet!

Goldenes Ehrenzeichen für Herbert Lugmayr

Wien, 2.5. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag an den Vorstandsdirektor der Girozentrale, Herbert LUGMAYR, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Herbert Lugmayr war vor seinem Wechsel zur Girozentrale langjähriges Mitglied des Vorstandes der Zentralsparkasse. An der kleinen Feier im Büro des Bürgermeisters nahmen Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION sowie der designierte ÖVP-Stadtrat Walter NETTIG teil. (Schluß) red/gg

Bereits am 2. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien fördert 57 Wohnhaussanierungen um 470 Millionen Schilling

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß in ihrer Sitzung am Dienstag die Förderung von 57 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 470,7 Millionen Schilling. Damit kann ein Investitionsvolumen von fast einer halben Milliarde Schilling für das Bau- und Baunebengewerbe wirksam werden.

Der überwiegende Teil dieser Sanierungskosten wird in Form von jährlichen Annuitätzuschüssen des Landes gefördert. 40 Wohnhaussanierungen werden von privaten Eigentümern durchgeführt (Sanierungsvolumen 290,6 Millionen Schilling), 12 von der Stadt Wien (Sanierungsvolumen 134,7 Millionen Schilling) und 5 von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen (Sanierungsvolumen 45,4 Millionen Schilling). 37 der 57 Projekte sind Sockelsanierungen, bei denen die bewohnten Häuser vom Keller bis zum Dach renoviert und zumindest ein Viertel der Wohnungen sofort verbessert werden. (Schluß) ah/bs

„Der Wienerwald“: Neue Ausstellung des Stadt- und Landesarchivs

Wien, 3.5. (RK-LOKAL) „Der Wienerwald“ heißt eine neue Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs, die bis 6. Oktober, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, im Rathaus zu sehen ist (Schmidthalle: bis 16. Juni; Stiege 6, 1. Stock: 19. Juni bis 6. Oktober). Eine kostenlose Informationsbroschüre ergänzt die ausgestellten Urkunden, Pläne, Gemeinderatsprotokolle, Bücher und Fotos.

Die Bezeichnung Wienerwald scheint erstmals 1332 in einer Urkunde für das Kloster Heiligenkreuz (... „in silua wiennensi ...“) auf. Die kleine Schau bietet zunächst eine historische Einleitung, skizziert die Besiedelung, Erschließung (Straßen, Bahnen), das für die kaiserlichen Forste zuständige „kaiserliche Waldamt“, Nutzung (Holzbringung) und die Anfänge des Tourismus. Ein zweiter Abschnitt ist der Sicherung des Bestandes des Wienerwaldes gewidmet, vor allem Josef SCHÖFFEL, der Anfang der 70er Jahre des 19. Jahrhundert eine großflächige Abholzung des Waldes verhinderte, aber auch der Beschlußfassung über den Wald- und Wiesengürtel durch den Wiener Gemeinderat (1905). Auch die großen Probleme im Zusammenhang mit beiden Weltkriegen (Abholzung, wilde Siedlungen) werden dargestellt. Schließlich werden die heutigen Probleme (Waldzustandskarte) aufgezeigt. (Schluß) am/gg

„Landschaften – Stadtlandschaften“ im Bezirksmuseum Mariahilf

Wien, 3.5. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Mariahilf, Mollardgasse 8, wird am Freitag, dem 5. Mai, um 19.30 Uhr, die Ausstellung „Landschaften – Stadtlandschaften“ Tuschkmalereien von Roberta HOCH-DEUTSCHMANN, eröffnet. Die Ausstellung, die bis Ende Juni zu sehen ist, ist jeden Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr und jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

Samstag Eröffnung des Kunst- und Kulturmarkts am Donaukanalufer

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Den diesjährigen Kunst- und Kulturmarkt, den es bis Ende September wieder jedes Wochenende (Samstag von 14 bis 20 Uhr, Sonntag von 10 bis 20 Uhr) auf dem stadtinnenseitigen Ufer des Donaukanals im Bereich Schottentor/Salztorbrücke gibt, wird Stadträtin Christine SCHIRMER am kommenden Samstag, dem 6. Mai, um 14 Uhr eröffnen. Die Eröffnung findet im Bereich zwischen Salztorbrücke und Marienbrücke statt. Außerdem ist am Samstag von 13 bis 20 Uhr und am Sonntag von 10 bis 20 Uhr auf der Marienbrücke eine Oldtimerparade alter Einsatzfahrzeuge, vom alten Feuerwehrfahrzeug bis zum Einwagen, zu sehen.

Anlässlich der Eröffnung des Kunst- und Kulturmarktes werden am 6. und 7. Mai von den Verkehrsbetrieben und von den Wiener Lokalbahnen auch Oldtimerfahrten angeboten. Eine „Badner Bahn“ fährt auf dem außenseitigen Ring-Rund-Kurs und eine Oldtimer-Tramway auf der Strecke Schwedenplatz — Praterstern mit Einstiegs- und Ausstiegsstelle an den beiden Endpunkten. Besonderes Zuckerl: die Oldtimer-Fahrten sind zum Nulltarif zu genießen!

Am 6. und 7. Mai bietet der Donaukanal also zahlreiche Attraktionen — und der Kunst- und Kulturmarkt, der an allen Wochenenden bis Ende September Antiquitäten und Kunstgegenstände, kunstgewerbliche Waren, Bücher, Musikalien, Schallplatten, Musikkassetten und Altwaren aus diesen Bereichen bietet, und zu dem auch KünstlerInnen herzlich eingeladen sind, kostenlos ihre Werke zu präsentieren oder an Ort und Stelle zu gestalten, ist immer wieder einen Besuch wert! (Schluß) hrs/gg

Sechstes Donauinselfest vom 19. bis 21. Mai

Wien, 3.5. (RK-LOKAL) Der Wiener SPÖ-Parteiboss Vizebürgermeister Hans MAYR präsentierte am Dienstag abend in einem Pressegespräch das Programm des sechsten Donauinselfestes der Wiener SPÖ.

Von Freitag, 19. Mai, bis Sonntag, 21. Mai, findet die Veranstaltung auf der Donauinsel zwischen Floridsdorfer Brücke und Reichsbrücke statt. Insgesamt treten 230 Künstler- und Sportgruppen auf. Höhepunkte sind die Präsentation der Kulturmetropole München, das Austro-Popmusik-Festival mit Wolfgang Ambros, Peter Cornelius, Wilfried, Bilgeri, Rainhard Fendrich u.a. sowie das Kinderfest auf der „Kinderinsel“. Wenn das Wetter mitspielt, gibt es an den Abenden eine eindrucksvolle Lasershow sowie am Samstag ein Riesen-Feuerwerk. (Schluß) fk/bs

Stacher begrüßt Maßnahmen gegen Jungmedizinerarbeitslosigkeit

Stadt Wien legte schon vor Jahren Warteliste für Turnusplätze offen

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER begrüßte Mittwoch den Maßnahmenkatalog, den der Ministerrat Dienstag nach Vorlage durch Gesundheitsminister Ing. Harald Ettl beschlossen hat. Die zentrale Anmeldung für einen Turnusplatz ist eine Forderung, die die Stadt schon seit langem stellt. In Wien gibtes — auf Wunsch von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK — schon seit Jahren eine Warteliste für Turnusplätze in den städtischen Krankenanstalten, die offen aufliegt.

Da sich viele Interessenten für einen Turnusplatz aber wahrscheinlich in mehreren Bundesländern und verschiedenen Krankenanstalten angemeldet haben, gibt es — wegen der Mehrfachmeldungen — leider keinen Überblick darüber, wie die Situation in ganz Österreich tatsächlich ist.

Besonders begrüßte Stacher auch, daß für Jungärzte, die auf einen Turnusplatz warten, die Möglichkeit geschaffen werden soll, durch Lehrveranstaltungen Zusatzqualifikationen im Bereich der Medizintechnik, der Datenverarbeitung, der Betriebswirtschaft, des Spitalsmanagements, der Arbeitsmedizin, der Ernährungsberatung und der Vorsorgemedizin zu erwerben. Die Stadt Wien hat sich, so Stacher, schon bisher — gemeinsam mit der Wiener Ärztekammer und der Gewerkschaft — bemüht, ähnliche Angebote zu erstellen.

Darüber hinaus sind derzeit 60 Jungärzte im Pflegebereich der städtischen Krankenanstalten beschäftigt, 170 weitere können sich nun für eine solche Tätigkeit melden. Eine Reihe von Jungmedizinerinnen wurde auch für Arbeiten mit den EDV-Systemen der Spitalsverwaltung eingesetzt. (Schluß) sc/bs

Städtebund: Gemeinden bei Altenhilfe nicht allein lassen!

Gruppe der über 80jährigen steigt um 30 Prozent

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Die Altersgruppe der über 80jährigen wird im Jahr 1991 gegenüber der Volkszählung zehn Jahre zuvor in den meisten Städten um 30 oder mehr Prozent angewachsen sein. Eine Arbeitsgruppe des Österreichischen Städtebundes soll nun im Hinblick auf die Entwicklung der Altersstruktur und das Fortschreiten der medizinischen Entwicklung die Ziele der Altenhilfe formulieren und für die Gemeinden die notwendigen Maßnahmen aufzeigen. Grundlage für die Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe ist eine Untersuchung über den Ist-Zustand und die Anforderungen an die Altenhilfe, die das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum gemeinsam mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Altersforschung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt hat.

Die im Sozialausschuß des Österreichischen Städtebundes, der kürzlich unter dem Vorsitz von Vizebürgermeisterin Waltraud MISZKIEWICZ aus Villach tagte, vertretenen Gemeinden stellten dazu übereinstimmend fest, daß die Gemeinden in der Altenhilfe in Hinkunft nicht mehr alleine gelassen werden dürfen, und daß sie die notwendigen Leistungen wegen der steigenden Anforderungen auch nicht mehr alleine werden bewältigen können. Gefordert wird, daß die Bundesregierung entsprechend ihrer Regierungserklärung als flankierende Maßnahme für die Bettenreduktion in den Spitälern nicht nur die Hauskrankenpflege, sondern auch die ambulanten Sozialdienste wie die Heimhilfe als Pflichtleistungen der Krankenkassen vorsieht.

Weiters sollten entsprechend der Vereinbarung über den Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds die Mittel für Strukturreformen bereitgestellt werden, damit alternative Versorgungseinrichtungen geschaffen und ausgebaut werden können. (Schluß) roh/gg

Donauufer Autobahn nunmehr durchgehend befahrbar

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Das letzte Teilstück der A 22/ Donauufer Autobahn auf Wiener Boden, und zwar der Abschnitt zwischen Reichsbrücke und Praterbrücke wird heute, Mittwoch, nachmittag offiziell seiner Bestimmung übergeben.

Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL bei einer Pressebesichtigung erklärte, wurden bei diesem Bauvorhaben, vor allem was den Lärmschutz — und damit die Hebung der Lebensqualität in den angrenzenden Wohngebieten — betrifft, europaweit neue Maßstäbe gesetzt.

Entstehung der A 22

Durch das Bundesstraßengesetz 1971 wurde erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Errichtung der A 22/Donauufer Autobahn geschaffen, wobei ein Verlauf entlang des linken Donauufers zwischen Korneuburg über Donaupark und Kaisermühlen bis Wien/Lobau bestimmt wurde.

Die Novelle 1983 zum Bundesstraßengesetz 1971 hat die Möglichkeit eröffnet, das internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (IAKW), also die UNO-City, an die A 22 anzubinden.

In der Bundesstraßengesetznovelle 1986, die allgemein für Wien eine Reduktion der Autobahnen gebracht hat, ist der Wiener Teil der A 22 bis zur A 23/Autobahn Süd-Ost-Tangente Wien, beginnend in Strebersdorf über Donaupark, Anschluß IAKW, Kaisermühlen, festgehalten.

Verlauf und bauliche Gliederung

Die A 22/Donauufer Autobahn führt in Wien landseitig entlang des neuen linksseitigen Donauhochwasserschutzdammes von der Landesgrenze Wien/Niederösterreich bei Strebersdorf bis zur Praterbrücke, wo sie mit der Süd-Ost-Tangente verbunden ist.

Die Autobahn ist in mehreren Abschnitten hergestellt worden, und zwar:

- Bauabschnitt Nord (Landesgrenze bis Floridsdorfer Brücke)
- Brigittenauer Brücke
- Bauabschnitt Mitte (Floridsdorfer Brücke bis Brigittenau)
- Bauabschnitt Süd Teil 3 (Brigittenauer Brücke bis Reichsbrücke)
- Abschnitt Lärmschutz-tunnel Kaisermühlen, Anschlußstelle Kaisermühlen, Alte Donau, Knoten Kaisermühlen (Reichsbrücke bis Praterbrücke, der von der WBG errichtet worden ist).

Ausmaß und Kosten

Die Länge der A 22/Donauufer Autobahn von der Landesgrenze Wien/Niederösterreich einschließlich der Brigittenauer Brücke bis zur A 23/Süd-Ost-Tangente beträgt 11,8 Kilometer. Das jetzt in Betrieb gehende Teilstück weist eine Länge von drei Kilometern auf. Der darin liegende Lärmschutz-tunnel ist knapp einen Kilometer lang.

Kosten:	A 22 Nord	800 Mio S
	Brigittenauer Brücke	1.570 Mio S
	A 22 Mitte	450 Mio S
	A 22 Süd Teil 3	600 Mio S
	A 22 Süd (WBG Bereich)	1.300 Mio S
		<u>4.720 Mio S</u>

Fertigstellung des letzten Teilbereiches

Insgesamt umfaßt dieser Bereich die Baulose A 22 Süd, 3. Teil sowie die Baulose Lärmschutz-tunnel, Anschlußstelle Kaisermühlen, Alte Donau und Knoten Kaisermühlen.

Der gesamte Bauabschnitt mußte unter Aufrechterhaltung des Verkehrs realisiert werden. Innerhalb des Baubereiches war der Straßenzug entlang des Hubertusdammes vorhanden, für den es keine günstige Umleitung gab. Die Straßenanlagen wurden in Abschnitten so errichtet, daß der Verkehr entweder auf der alten Straße oder auf neuen Straßenteilen abgewickelt werden konnte.

A 22/Donauufer Autobahn Bauabschnitt Süd zwischen Reichsbrücke und Praterbrücke

Im Oktober 1985 wurde vom Bundesministerium für Bauten und Technik gemeinsam mit der Stadt Wien die Wiener Bundesstraßen AG gegründet. Die Bauaufsicht wurde gemeinsam mit den Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien durchgeführt.

Mit dem Bau des drei Kilometer langen Abschnittes der A 22/Donauufer Autobahn zwischen der Reichsbrücke und der Praterbrücke wurde im Herbst 1985 begonnen. Die Gesamtausgaben für diese Baumaßnahmen betragen rund 1,3 Milliarden Schilling.

Mit der Eröffnung des letzten Teilabschnittes am 3. Mai 1989 besteht somit eine durchgehende Autobahnverbindung entlang der Donau mit Anschlüssen der wichtigsten überregionalen Verkehrsverbindungen. Diverse Restarbeiten (Belagsaufbringung auf provisorischen Einmündungstrecken, Begrünungen werden noch in den nächsten Wochen durchgeführt.

Zur Aufnahme der prognostizierten Verkehrsbelastung wurde diese Autobahn mit drei Fahrstreifen (Breite 3,5 beziehungsweise 3,25 Meter) und einem befestigten Seitenstreifen (Abstellstreifen) je Fahrtrichtung sowie einem 2,5 Meter breiten Mittelstreifen gebaut.

Lärmschutztunnel Kaisermühlen

Der Lärmschutztunnel entlang der Wohnbebauung in Kaisermühlen stellt eine über die österreichischen Grenzen hinaus beispielgebende Ingenieur- und Bauleistung dar. Er setzt im Bereich des Lärmschutzes und auf dem Sektor der Grüngestaltung neue Maßstäbe. Seine Länge beträgt einen Kilometer und die Breite 35 bis 40 Meter wegen Aufweitungen bei den Anschlußstellen Kaisermühlen und Reichsbrücke. Die Höhe beträgt 4,70 Meter; je Fahrtrichtung sind drei Spuren und eine Manöverspur vorhanden, wobei jede Fahrtrichtung eine eigene Tunnelröhre hat.

Wegen der hohen Verkehrsbelastung sind zum Teil sehr aufwendige Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen gebaut worden.

Oberflächengestaltung

Die Oberfläche des Tunnels ist begrünt und bepflanzt. Außerdem wird ein Wegenetz die Verlängerung der Anschlußstraße auf dem Tunnel bilden; dadurch ist die direkte Anbindung an das Naherholungsgebiet für die Wohnbevölkerung gegeben.

Dem Lärmschutztunnel kommt damit eine doppelte Nutzung zu, einerseits als Verkehrsfläche und andererseits als Naherholungsgebiet. Dies ist deshalb hervorzuheben, da im Stadtgebiet Grund und Boden nicht uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Grünflächen von ca. 50.000 Quadratmetern entsprechen einem fünf Hektar großen Naherholungsgebiet.

Anschlußstelle Kaisermühlen

Im Anschluß an den Lärmschutztunnel befindet sich die Anschlußstelle Kaisermühlen. Sie besteht aus einem Brückenrahmentragwerk als Tunnelportal mit einer Länge von 48 Metern sowie einem Brückentragwerk mit einer Länge von 65 Metern und zwei Rampen die jeweils 60 Meter lang sind.

Forts. von Blatt 930

Forts. auf Blatt 932

Abschnitt Alte Donau

Dieses Bauwerk hat eine Länge von 2,15 Kilometer und weist in jeder Fahrtrichtung drei Fahrstreifen sowie einen befestigten Abstellstreifen auf. Die beiden Fahrtrichtungen sind durch einen Mittelstreifen getrennt. Auch in diesem Bereich wurde im Zuge der Straßendetailplanung ein Landschaftsarchitekt mit der Gestaltung beauftragt.

Direkte Rampe von Donaustadtstraße zur Praterbrücke

Dieses Brückenobjekt wird in Form einer Spannbetonbrücke mit einer Länge von 300 Metern und einer Breite von 10 Metern errichtet, das Teilstück über dem Mühlwasser aus Gründen des Umweltschutzes im sogenannten freien Vorbau.

Autobahn- und Brückenmeisterei Kaisermühlen

Die Autobahn- und Brückenmeisterei Kaisermühlen hat ein breites Spektrum von Aufgaben wahrzunehmen. Im einzelnen sind dies bei der **Autobahnmeisterei**:

- Betreuung (Wartung, Instandhaltung) der A 22 auf Wiener Stadtgebiet und der zukünftigen A 23 (Knoten Kaisermühlen bis Hirschstetten).
- Winterliche Betreuung dieser Bereiche.
- Tunnelwarte zur Überwachung des Lärmschutztunnels Kaisermühlen und der geplanten Tunnelanlagen im Zuge der A 23 (Knoten Kaisermühlen bis Hirschstetten), einschließlich der Sicherheitstechnik und Beleuchtung.

Die **Brückenmeisterei** Kaisermühlen hat die Wartung und Instandhaltung der Bundesstraßenbrücken A und B für das gesamte Bundesland Wien durchzuführen. Die Gesamtbaukosten der im Zeitraum Mai 1987 bis Februar 1989 errichteten Autobahn- und Brückenmeisterei Kaisermühlen betragen 66 Millionen Schilling.

Beleuchtung

Wie alle übrigen unter Verkehr stehenden Autobahnen in Wien wurde auch die nunmehr dem Verkehr übergebene Strecke mit einer Beleuchtungsanlage ausgestattet. Im Zuge dieser Maßnahme wurden 670 Maste aufgestellt, 900 Leuchten montiert und 50 Kilometer Kabel verlegt. Die Zufahrten und die durchgehende Strecke der Autobahn sind mit Natriumhochdrucklampen ausgestattet. (Forts. mgl.) pz/gg/gal

Forts. von Blatt 931

Ehrenhalber gewidmetes Grab für „Bimbo“ Binder

Wien, 3.5. (RK-SPORT) Das Familiengrab auf dem Baumgartner Friedhof, in dem heute, Mittwoch, 3. Mai, 13.30 Uhr, „Bimbo“ BINDER beigesetzt wird, wurde im Auftrag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK ehrenhalber als Grab der Stadt Wien gewidmet. Die Stadt übernimmt damit die Obhut über das Grab. (Schluß) gab/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 5. Mai 1989

Blatt 934

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrung für Ärztekammer-Vizepräsident Boltuch (935/FS: 3.5.)
- Bandion weist Vorwürfe gegen Beamtenkommission zurück (936/FS: 3.5.)
- Offizielle Eröffnung des letzten Teilstückes der Donauufer Autobahn (938/FS: 3.5.)
- Zweifache Brandstiftung im Donauzentrum (939/FS: 4.5.)
- Donauzentrum-Stammhaus bleibt vorläufig aus Sicherheitsgründen gesperrt (940/FS: 4.5.)
- „Umweltbewußt einkaufen“: Neue, aktuelle Geschäftslisten (941)
- Straßenbahn-Oldtimer laden zum Besuch ein (942)
- Österreich: 260.000 Haushalte in finanziellen Schwierigkeiten (943)
- Info-Bus der Gaswerke in der Heimkehrersiedlung (944)
- Terminvorschau vom 8. bis 19. Mai (945)
- Am Sonntag wieder Flohmarkt am Mistplatz Zehetnergasse (946)
- Spatenstich für Augarten-Radweg (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (946)

Kultur:

- Klimatisierung der ehemaligen Winterreithalle für den „Wunderblock“ (937/FS: 3.5.)

Ehrung für Ärztekammer-Vizepräsident Boltuch

Stacher überreichte Auszeichnung

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch nachmittag dem Vizepräsidenten der Ärztekammer für Wien, Obermedizinalrat Dr. Heinz BOLTUCH, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Wie Stadtrat Stacher in seiner Laudatio ausführte, ist Dr. Boltuch seit 35 Jahren praktischer Arzt in Hietzing. Er war Gründungsmitglied und wurde bald Leiter des „Zentrums für Allgemeinmedizin“ der Wiener Ärztekammer. In dieser Funktion rief er — gemeinsam mit der Wiener Medizinischen Akademie — die Intensivfortbildungsveranstaltungen für Ärzte ins Leben.

Sein Interesse galt auch stets der Betreuung des ärztlichen Nachwuchses. So ist ihm die Gründung und Einführung der „Famulaturpraxis“ in Wien zu verdanken, einer Einrichtung zur praxisgerechten Ausbildung zukünftiger Ärzte.

Seit 1981 ist Obermedizinalrat Dr. Boltuch Vorstandsmitglied und seit 1983 Vizepräsident der Ärztekammer für Wien. In der Österreichischen Ärztekammer ist er Leiter des Referates für Fragen der Kurpfuscherei und der Grenzgebiete der Medizin. (Schluß) sc/rr

Bereits am 3. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bandion weist Vorwürfe gegen Beamtenkommission zurück

„Verantwortung für Rufschädigung tragen jene, die eine Verschwiegenheitspflicht verletzt haben.“

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Zu einer APA-Aussendung, in der ÖVP-Gemeinderat Dr. Erwin RASINGER den Bericht der Magistratskommission über die Vorfälle im Krankenhaus Lainz als eine unvollständige und einseitige Vorverurteilung bezeichnet, die einer schweren Rufschädigung gleichkomme, stellte der Wiener Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „Diese Vorwürfe muß ich entschieden zurückweisen. Die von mir mit der Untersuchung in Lainz beauftragte Kommission hat eine objektive und korrekte Überprüfung des gesamten Stationsbetriebes vorgenommen. Dabei wurden neun Ärzte — darunter selbstverständlich auch Primarius Dr. PESENDORFER — und 14 Schwestern eingehend vernommen, die Betriebsorganisation wurde ebenso überprüft wie die Medikamentengebarung, der Dienstablauf und das gesamte Umfeld. Der daraus resultierende und mit der gebotenen Zurückhaltung erstellte, komprimierte Bericht setzt sich nicht nur mit der Verantwortung des ärztlichen Personals, sondern selbstverständlich auch mit jener des leitenden Pflegepersonals auseinander. Unter Hinweis auf eine alleinige Verantwortung des leitenden Pflegepersonals kann aber kein Abteilungschef von seiner Gesamtverantwortung für den ihm übertragenen Bereich entbunden werden, da eine optimale Krankenpflege ohne Mitverantwortung des leitenden Arztes für den Pflegebereich undenkbar ist.“

Bericht erste Grundlage für allfällige Disziplinarverfahren

Bandion wies in diesem Zusammenhang aber darauf hin, daß der Bericht der Beamtenkommission ohne Einbeziehung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung stehenden Polizei- und Gerichtsprotokolle verfaßt wurde. Er bildet daher — und war nie als etwas anderes gedacht — nur eine erste Grundlage für weitere Erhebungen im Rahmen von allenfalls einzuleitenden Disziplinarverfahren.

Bericht ist vertraulich!

Bandion betonte, daß entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen alle Personen, denen der aus jener Untersuchung resultierende erste Bericht ausgehändigt wurde, ausdrücklich auf dessen vertraulichen Charakter und auf ihre Verschwiegenheitspflicht bezüglich seines Inhalts aufmerksam gemacht worden sind. Auch die Mitglieder der unabhängigen Expertenkommission sind während ihrer Tätigkeit zur Verschwiegenheit verpflichtet worden.

Bandion: „Die Verantwortung für allfällige Rufschädigungen und Fehlinterpretationen ist daher ausschließlich jenen Personen zuzuschreiben, die unter bewußter Mißachtung von Verschwiegenheitspflichten oder ohne Kenntnis des gesamten Berichtes zum jetzigen Zeitpunkt Stellungnahmen in der Öffentlichkeit abgeben. Ich appelliere an alle Verantwortlichen, sich ihrer gesetzlichen Verpflichtung bewußt zu sein und nicht durch Zitierung von Teilen eines vorläufigen internen Untersuchungsberichtes in ein laufendes Verfahren einzugreifen.“

Bandion stellte für die im Rahmen der Kommission tätigen Beamten fest, daß diese in korrekter Ausübung ihrer Dienstpflichten gehandelt haben und sich daher rechtliche Schritte gegen jede Art von gegenteiligen Behauptungen vorbehalten. Dem Anspruch der Öffentlichkeit auf vollständige und wahrheitsgetreue Information sowie den schutzwürdigen Interessen der Betroffenen werde durch einseitige politische Ausschütlungen und falsch verstandene Solidaritätskundgebungen von Standesgenossen, die auf nur unvollständigen Informationen aufbauen, nicht gedient, schloß Bandion. (Schluß) ger/rr

Bereits am 3. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Klimatisierung der ehemaligen Winterreithalle für den „Wunderblock“

Wien schafft Voraussetzungen für internationale Großausstellungen

Wien, 3.5. (RK-KULTUR) Zum Anlaß der erfolgreich angelaufenen Ausstellung „Wunderblock“ wies Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ darauf hin, daß durch die Adaptierung der ehemaligen Winterreithalle im Messepalast die Voraussetzungen für weitere große internationale Ausstellungen in Wien geschaffen wurden.

„Was in Wien bisher fehlt — darüber sind sich alle einig — ist eine Ausstellungshalle internationalen Zuschnitts“, sagte Pasterk. Die fehlende oder mangelhafte Klimatisierung der vorhandenen Räume ist dabei das große Manko. Mit der Fertigstellung einer neuen Kunsthalle im Wiener Messepalast ist aber auch bei größtem Optimismus nicht vor 1995 zu rechnen, das heißt, daß die Umbauten im Messepalast erst in zwei bis drei Jahren beginnen werden. Als vorläufige Zwischenstufe bis zum Bau einer modernen Halle hat die Stadt Wien nunmehr die Reithalle im Messepalast aus Anlaß der Ausstellung „Wunderblock“ klimatisiert. Es handelt sich dabei um mobile Klimakästen, die jederzeit auch woanders aufstellbar sind. Die Kosten dieser Klimatisierung samt Alarmanlagen und Brandmeldeanlagen sind etwa so hoch wie die bei der letzten Festwochen-Großausstellung „Zauber der Medusa“ angelaufenen Hauskosten vor zwei Jahren im Wiener Künstlerhaus.

Die Festwochen werden in der klimatisierten Halle auch für 1990 und 1991 Ausstellungen planen, darüber hinaus gibt es aber eine Vereinbarung mit der Wiener Messe, die der Stadt Wien eine Option für alle freien Tage, an denen es keine Messe-Aktivitäten gibt, einräumt. In den nächsten drei Jahren wird es also möglich sein, eine Reihe jener Ausstellungen nach Wien einzuladen, die bisher an dieser Stadt vorbeigezogen sind, weil es keine geeigneten — das heißt internationalen Auflagen gerecht werdenden — Räumlichkeiten für kostbare Ausstellungsobjekte in Wien gegeben hat. Die Stadt Wien hat damit, so Kulturstadträtin Pasterk, unter Beweis gestellt, „daß kleine und mittlere Schritte, die man gleich setzt, wirksamer sind als große, die man immer nur plant. Sie verfügt daher bereits heute über eine, klimatisch und sicherheitstechnisch internationalen Standards entsprechende Ausstellungshalle, die in die künftige große Neugestaltung des Messepalastareals eingebracht werden könnte“, schloß Pasterk. (Schluß) gab/rr

Bereits am 3. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Offizielle Eröffnung des letzten Teilstückes der Donauufer Autobahn

Wien, 3.5. (RK-KOMMUNAL) Die offizielle Eröffnung des letzten Teilstückes der A 22/Donauufer Autobahn zwischen der Reichsbrücke und der Praterbrücke, in dem sich auch der einen Kilometer lange Lärmschutz-tunnel Kaisermühlen befindet, fand Mittwoch nachmittag statt. Dazu hatten sich zahlreiche Ehrengäste aus dem Bereich des öffentlichen Lebens eingefunden, an der Spitze Bundesminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sowie die Stadträte Johann HATZL, Dr. Hannes SWOBODA und Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ.

Verkehrstadtrat Johann Hatzl legt in seiner Eröffnungsrede ein klares Bekenntnis dazu ab, daß — neben Maßnahmen für den öffentlichen Verkehr — auch ein, wie er sagte, sinnvoll ausgebauter Straßenbereich einen Beitrag zum qualitätsvollen Leben in der Stadt leiste. Der eröffnete Autobahnabschnitt sei ein Beispiel für Umweltqualität; dafür, wie man für den Menschen geplant und gestaltet habe. Die Vision einer menschenwürdigen Stadt sei nicht abstrakt, sondern werde in der Gestaltung umgesetzt. Es gebe kein Ende des Straßenbaus, aber es seien Prioritäten für eine menschengerechte Stadtgestaltung zu sehen. Hatzl appellierte auch an den neuen Bundesminister, die Menschen in dieser Stadt nicht zu lange auf die Lösung und Realisierung bei offenen Fragen warten zu lassen.

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk hob in seiner Ansprache einleitend den Einsatz aller jener hervor, die trotz oft widriger Umstände an der Fertigstellung dieses beispielgebenden Projektes mitgearbeitet hatten. Wien sei nach wie vor auf dem Weg zur Umweltmutterstadt, das werde von der Wasserversorgung über die flüssiggasbetriebene Autobusflotte bis zur umweltschonenden Energieaufbringung dokumentiert. Die Stadtverwaltung habe die Aufgabe, neue Lebensqualität zu schaffen, ein Ausdruck dafür sei dieses Bauwerk. Zum großen Teil aus eigener Kraft schaffe Wien neue Projekte und damit Arbeitsplätze. Im gegenständlichen Fall sei auch die Bedeutung für das Verkehrsgeschehen im Sinne einer Senkung der Unfallzahlen ein wichtiges Anliegen, unterstrich Zilk.

Bundesminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL sagte in seiner Rede, mit diesem Autobahnstück sei eine wichtige Phase abgeschlossen. Man werde aber auch in den nächsten Jahren in den Straßenbau viel investieren müssen; in Umgestaltung, Sanierung und Umweltschutz müßten immer mehr Mittel fließen. Die Umweltschutzmaßnahmen wiesen einen Weg in die Zukunft, unter wachsender Mitsprache der Bürger. (Schluß) pz/rr

Bereits am 3. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Zweifache Brandstiftung im Donauzentrum

Bereits am 4. Mai 1989
Über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 4.5. (RK-LOKAL) Gleich zweimal gab es in der Nacht zum Feiertag im Donauzentrum Brandalarm. Am Mittwoch abend, kurz nach 19 Uhr wurde die Feuerwehr in den Ladehof des Neuen Donauzentrums in die Wagramerstraße gerufen. Offensichtlich durch Brandstiftung hatte sich Verpackungsmaterial entzündet. Die Feuerwehr brachte den Brand rasch unter Kontrolle. Ein Arbeiter erlitt bei der Brandbekämpfung eine Rauchgasvergiftung, und der 40-jährige Mazlain N. wurde von der Feuerwehr aus einem verrauchten Lastenaufzug gerettet.

Alarmstufe vier gab es kurz nach 1 Uhr im alten Donauzentrum. In der Tiefgarage war ein Brand mit großer Rauchentwicklung ausgebrochen, sodaß die Feuerwehr beim Ersteintritt die Brandstelle nicht exakt orten konnte. Beim Auslegen der ersten Löschleitung kam es in der Tiefgarage zu einer Explosion —Flashover- im gesamten Bereich der Garage. Dabei zog sich der Feuerwehrmann Andreas Kleffler eine Rauchgasvergiftung zu, er konnte von seinen Kameraden ins Freie gebracht werden. Durch das Legen mehrerer Rohrleitungen wurde ein Übergreifen des Feuers auf die Verkaufsräume des Donauzentrums sowie auf das Post- und Amtsgebäude verhindert. Insgesamt waren 230 Feuerwehrleute im Einsatz. Nach 3 Uhr früh war alles unter Kontrolle. Die Feuerwehr war noch bis gegen 7 Uhr früh zu Nachuntersuchungen und zum Durchlüften der Räume am Einsatzort. Die Höhe des Sachschadens ist nach ersten Ermittlungen beträchtlich.

An der Brandstelle waren in der Nacht auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der Feuerwehrstadtrat Dr. Michael HÄUPL sowie der Donaustädter Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ anwesend.

Beim Feuerwehreinsatz im Donauzentrum wurde bei den Löscharbeiten in der Tiefgarage auch ein sogenannter Entstehungsbrand im ersten Stock des Verkaufsbereiches der Firma KIKA entdeckt, der aber bereits durch die Sprinkleranlagen gelöscht worden war. Weiters mußte die Feuerwehr aus dem Tiergeschäft im Donauzentrum einige Tiere ins Freie bringen, da diese durch die starke Rauchentwicklung gefährdet waren. Zur Entlüftung wurden die Lichtkuppeln des Donauzentrums geöffnet. Durch den raschen Einsatz der Feuerwehr konnte ein Übergreifen des Feuers aus der Tiefgarage in die Verkaufsräume des Donauzentrums verhindert werden.

(Schluß) fk/rr

Donauzentrum - Stammhaus bleibt vorläufig aus Sicherheitsgründen gesperrt

Zubau, Brücke und Parkgarage sind voll in Betrieb

Wien, 4.5. (RK-LOKAL) Der Brand in der Tiefgarage des Stammhauses östlich der Wagramer Straße im Wiener Donauzentrum hat wahrscheinlich einen beträchtlichen Schaden angerichtet. Die genaue Höhe des Schadens kann erst Nachmittag abgeschätzt werden, sobald die Versicherung die Begutachtung vorgenommen hat. Da die Sicherheitseinrichtungen bestens funktioniert haben, ist der Verkaufsbereich im Stammhaus nur wenig in Mitleidenschaft gezogen worden, da aber die Versorgungsleitungen im Tiefgeschoß durch die Hitzeeinwirkung zum Teil völlig ausgefallen sind, ist eine Prognose für die Wiederinbetriebnahme derzeit nicht möglich. Der Zubau des Donauzentrums westlich der Wagramer Straße sowie die Brücke mit den Geschäften über der Wagramer Straße sind unversehrt. Dort kann am Freitag der normale Geschäftsbetrieb aufgenommen werden. Das Stammhaus bleibt aus Sicherheitsgründen und wegen der kriminaltechnischen Untersuchungen vorläufig gesperrt. Es ist beabsichtigt, das Stammhaus nach Wiederherstellung der Versorgungseinrichtungen etappenweise in Betrieb zu nehmen. (Schluß) wh/rr

Bereits am 4. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Umweltbewußt einkaufen“: Neue, aktuelle Geschäftslisten

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) Bei der von Stadträtin Christine SCHIRMER initiierten Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ gibt es jetzt wieder ein neues Verzeichnis der Geschäfte, die an der Aktion teilnehmen: viele Einzelhandelsgeschäfte in allen Wiener Bezirken, von Drogerien oder Papiergeschäften und Friseuren, sowie die zum „Konsum“ gehörenden Filialen und Supermärkte. Die neuen Listen gibt es kostenlos bei allen Bürgerdienststellen und in der Stadtinformation.

Die neu überarbeitete Liste enthält die Zusammenstellung jener Geschäfte, die umweltfreundliche bzw. umweltschonende Produkte anbieten. Stadträtin Schirmer hatte mit großen Handelsketten verhandelt und auch Einzelhändler via Inserate bzw. Briefe gebeten, ebenfalls an der Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ teilzunehmen. Außer der Konsum-Gruppe beteiligen sich zahlreiche Geschäfte, die z.B. treibgasfreie Sprays, Recyclingpapier, umweltschonende Reinigungsmittel usw. führen. Diese Geschäfte sind in der „Umweltbewußt einkaufen“-Liste enthalten, die bei Bürgerdienst und Stadtinformation erhältlich ist und auf Wunsch selbstverständlich kostenlos zugeschickt wird.

Geschäftsleute, die umweltfreundliche Waren führen, können sich natürlich auch weiterhin beim Bürgerdienst melden. MitarbeiterInnen dieser Serviceeinrichtung kommen dann ins Geschäft, sehen nach, ob umweltfreundliche Produkte in ausreichendem Maß geboten werden, und bringen entsprechende Kleinplakate für die Werbung gleich mit. (Schluß)
hrs/rr

Straßenbahn-Oldtimer laden zum Besuch ein

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) Viel Neues bietet das „Wiener Straßenbahn-Museum“, das nach der Winterpause am 6. Mai wieder seine Pforten öffnet. Neben der Fahrzeugausstellung mit 38 Oldtimern — von der Pferdetramway aus dem Jahr 1879 bis zum ersten schaffnerlosen Beiwagen Österreichs aus 1962 — wird heuer auch wieder eine Sonderausstellung, diesmal unter dem Motto „Die Wiener Stadtbahn“, präsentiert. Dabei werden neben sechs Stadtbahnfahrzeugen aus verschiedenen Epochen viele Fotos, Dokumente und Signalanlagen zu besichtigen sein.

In der Reihe der Modell-Fahrzeuge der Wiener Verkehrsbetriebe gibt es der Sonderausstellung entsprechend nun neue Modelle der Stadtbahnfahrzeuge Triebwagen Type „N“ und Beiwagen der Type „N“. Wie bisher kosten diese Modelle je 75 Schilling. Sie können mittels motorisierter Fahrgestelle (zusätzlich um 300 Schilling erhältlich) auf jeder HO-Modellbahnanlage eingesetzt werden. Diese Modelle sind nur im Straßenbahn-Museum erhältlich.

Das Wiener Straßenbahn-Museum, Wien 3, Erdbergstraße 109, hat vom 6. Mai bis zum 8. Oktober 1989 an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 9 bis 16 Uhr geöffnet. Eine Broschüre, in der die Museumsfahrzeuge genau beschrieben sind, ist für eine Schutzgebühr von 50 Schilling erhältlich.

Stadtrundfahrt mit der Oldtimer-Tramway

Ebenfalls mit 6. Mai beginnen wieder die beliebten und originellen Wien-Rundfahrten mit einer stilvoll eingerichteten Tramwaygarnitur aus dem Jahr 1929. Die Abfahrtsstelle befindet sich am Karlsplatz beim Otto-Wagner-Pavillon, die Abfahrtstermine sind an Samstagen um 14.30 Uhr, an Sonn- und Feiertagen um 10 Uhr. Informationen über die Oldtimer-Rundfahrten sind in der Informationsstelle der Wiener Verkehrsbetriebe in der U-Bahn-Station Karlsplatz (Telefon 587 31 86), werktags von 7 bis 18 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 8.30 bis 16 Uhr, zu erhalten. Dort findet auch der Kartenvorverkauf statt. Eine Rundfahrt kostet für Erwachsene 150, für Kinder 50 Schilling. (Schluß) roh/bs

österreich: 260.000 Haushalte in finanziellen Schwierigkeiten

Städtebund: „Welser Schuldnerberatung“ als Modell

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) 260.000 Haushalte, das sind rund neun Prozent aller Haushalte in Österreich, sind in einer prekären finanziellen Situation. Dies ergibt eine Studie des Institutes für Empirische Sozialforschung. Bei einer durchschnittlichen Verschuldung dieser Haushalte von 184.000 Schilling entsteht bei zusätzlichen Ereignissen — wie etwa Verlust des Arbeitsplatzes oder Scheitern der Ehe — manchmal plötzlich eine Notlage, die dann eine Hilfestellung der Gemeinden notwendig macht.

Im Sozialausschuß des Österreichischen Städtebundes wurde deshalb das Projekt der „Welser Schuldnerberatung“ vorgestellt, das als Modell für viele österreichische Gemeinden dienen könnte. Dabei erstellt eine Arbeitsgruppe, die aus einer Juristin, einer Soziologin, einer Sozialarbeiterin und einem Bankfachmann gebildet wird, nach intensiven Gesprächen mit den betroffenen Personen oder Familien und den Gläubigern ein Hilfsprogramm.

Durch Umschuldungen, Schuldinderung und nachfolgender begleitender Betreuung gelingt es meist, den Hilfesuchenden aus seiner Notlage zu befreien.

„Schuldnerberatung“ auch in Wien

Auch in Wien gibt es bereits eine ähnliche Einrichtung: Seit 6. März 1989 steht im Rahmen des Sozialamtes und des Jugendamtes eine eigene „Schuldnerberatungsstelle“ zur Verfügung. Sie befindet sich im 2. Bezirk, Obere Augartenstraße 26-28.

Kritik an aggressiver Kreditwerbung

Kritisiert wurde im Sozialausschuß des Städtebundes vor allem die aggressive Werbung des Kreditsektors. Städtebund-Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK: „Die Banken richten ihre Werbung in zunehmenden Ausmaß direkt an Jugendliche ohne eigenes Einkommen. Dabei wird oft sogar der Kontakt mit den Eltern bewußt vermieden. Diese Vorgangsweise treibt viele Jugendliche frühzeitig in Schulden, aus denen sie dann lange nicht mehr herauskommen, wobei sie schließlich den Gemeinden im Rahmen der Sozialhilfe zur Last fallen.“ (Schluß) roh/rr

Info-Bus der Gaswerke in der Heimkehrersiedlung

Wien, 5.5. (RK-LOKAL) Der Info-Bus der Gaswerke fährt auch heuer wieder zu Wohn- und Gartensiedlungen, die der Gasversorgung erschlossen werden sollen und deren Bewohner damit das Angebot einer umweltfreundlichen und bequemen Heizung erhalten. Diesmal ist die Heimkehrersiedlung an der Reihe. Im Info-Bus gibt es die Möglichkeit, allgemeine Informationen über die Gasheizung zu erhalten beziehungsweise sich für eine gezielte Beratung anzumelden.

8. bis 18. Mai

Heimkehrersiedlung

Standort: 10, Bitterlichstraße bei Haus 63

(Schluß) roh/rr

Terminvorschau vom 8. bis 19. Mai

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 8. bis 19. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 8. MAI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

11.30 Uhr, Spatenstich Augarten-Radweg, StR. Hatzl (Gaußplatz)

DIENSTAG, 9. MAI:

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 10. MAI:

11.00 Uhr, Pressegespräch StR. Hatzl, U 6 (PID)

16.30 Uhr, Präsentation: Neuer Katalog des Uhrenmuseums (Uhrenmuseum, Schulhof 2)

DÖNNERSTAG, 11. MAI:

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes durch Vzbgm. Smejkal (6, Stiegengasse 15)

21.15 Uhr, Eröffnung der Wiener Festwochen (Rathausplatz)

FREITAG, 12. MAI:

11.00 Uhr, Angelobung von Bundesheersoldaten, Bgm. Zilk (Rathausplatz)

DIENSTAG, 16. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Mira Lobe, Prof. Hugo Wiener und Ludwig Stieglitz (Stein. Saal I, Rathaus)

MITTWOCH, 17. MAI:

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Paul WATZLAWICK (Stadt-senatssitzungssaal)

DONNERSTAG, 18. MAI:

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes durch Vzbgm. Smejkal (9, Lazarettgasse 6-8)
(Schluß) red/gal

Am Sonntag wieder Flohmarkt am Mistplatz Zehetnergasse

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) Einen Flohmarkt gibt es am kommenden Sonntag, dem 7. Mai, von 9 bis 12 Uhr, wieder am Mistplatz Zehetnergasse im 14. Bezirk. Auf den Mistplätzen finden sich immer wieder verwertbare Altwaren, die man auf dem Flohmarkt erstehen kann. Das Projekt ist eine Gemeinschaftsaktion von Ökologie-Institut, Arge Nichtseßhaftenhilfe, Umweltaarbeitern und Bewährungshilfe. (Schluß) du/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 5.5. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Leopoldstadt: Dienstag, 9. Mai, 16 Uhr, BV 2, Karmelitergasse 9;

Neubau: Dienstag, 9. Mai, 16 Uhr, BV 7, Hermannngasse 24-26.

(Schluß) end/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 8. Mai 1989

Blatt 947

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP kritisiert „Dienst nach Vorschrift“ in den Spitälern (950/FS: 5.5.)

Kommunal/Lokal:

Gesunde Schule — Gesunde Stadt (948/FS: 5.5.)

Stammhaus des Donauzentrums kann nächste Woche teilweise geöffnet werden (949/FS: 5.5.)

Mißverständnis um Lainz-Bericht (950/FS: 5.5.)

Öffentliche Auflage einer Novelle zum Getränkesteuergesetz (951/FS: 6.5.)

Städtetag in Villach eröffnet (952)

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (953)

532 Mütter als Gäste der Stadt Wien (954)

Neue „Kilometertafeln“ in der Prater Hauptallee (956)

ÖVP gegen Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals (957)

Dienstag Pressegespräch mit Stadtrat Hatzl (nur FS)

Mittwoch Pressekonferenz über die U 6 (nur FS)

Kultur:

Festwochen: Eröffnung im Zeichen Frankreichs (955)

„Wien — Wohnen im Wandel“ (958)

Präsentation des Kataloges „Uhrenmuseum Wien“ (nur FS)

Gesunde Schule – Gesunde Stadt

Ein Projekt der Klasse 5 B des BRG 22

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) Die Klasse 5 B des Bundesrealgymnasiums Wien 22 hat sich in diesem Schuljahr eingehend mit dem Projekt „Wien — Gesunde Stadt“ beschäftigt. Die Direktion der Schule stellt nun die Projektarbeiten der sehr engagierten Schülerinnen und Schüler am kommenden Montag, dem 8. Mai, ab 15 Uhr der Öffentlichkeit in der Aula der Schule (Wien 22., Polgarstraße 24) vor.

Das Projekt „Wien — Gesunde Stadt“ ist ein Teil des „Healthy Cities“-Projektes des europäischen Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation. Die teilnehmenden europäischen Städte haben sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2000 den Gesundheitszustand ihrer Bevölkerung in verschiedenen Bereichen zu verbessern. Dabei ist als Gesundheit nicht allein der Gegensatz zur Krankheit zu verstehen, sondern im weitesten Sinn ein Zustand des körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens. Die Projektarbeiten der 5 B des BRG 22 setzen sich daher auch mit den Einflüssen der Wohnverhältnisse, des Verkehrs, der Umwelt und der Ernährung auf die Gesundheit auseinander.

Die präsentierten Arbeiten sind unter anderem Plakate, ein Lied mit theatralischer Umsetzung sowie Dias mit Texten. Außerdem werden eine Kommunikations-Ecke mit Tee-Bar, Musik und Speaker's Corner sowie ein Bio-Buffer eingerichtet. Um 16.15 Uhr findet eine Podiumsdiskussion statt, an der Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Stadtschulratspräsident NR. Prof. Hans MATZENAUER, Donaustadt-Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ, Lehrkräfte und Schüler teilnehmen. Vom 21. bis 28. Mai wird die 5 B nach Horsens in Dänemark reisen, um dort bei einem internationalen Workshop die Stadt Wien zu vertreten und ihre Arbeiten vorzustellen. Sie können dort mit Schülerinnen und Schülern anderer „Gesunder Städte“ (Belfast/Irland, Eindhoven/Niederlande, Göteborg/Schweden, Horsens/Dänemark, Mailand/Italien und Rennes/Frankreich) ihre und deren Projektergebnisse diskutieren, und Erfahrungen über die Lebensbedingungen und die Gesundheit in ihren Städten austauschen. (Schluß) sc/bs

Bereits am 5. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Stammhaus des Donauzentrums kann nächste Woche teilweise geöffnet werden

Wien, 5.5. (RK-LOKAL) Auf der Brandstelle im Donauzentrum erhebt derzeit die Polizei die genaue Brandursache; mit größter Wahrscheinlichkeit ist Brandstiftung anzunehmen. Die sicherheitstechnischen Einrichtungen, wie Brandtüren, haben sich bei dem Brand bestens bewährt. Wie die Feuerwehr versichert, konnte dadurch eine mögliche Katastrophe verhindert werden. Der Brand blieb praktisch nur auf die Tiefgarage beschränkt.

Teile des Stammhauses können voraussichtlich bereits Anfang nächster Woche etappenweise wieder in Betrieb genommen werden. Die Versorgung der Geschäfte wird zunächst provisorisch sichergestellt, wobei die Auflagen der Baubehörde voll erfüllt werden.

Von der Sperre des Stammhauses sind 50 Geschäfte betroffen. Die Höhe des Sachschadens kann derzeit nur geschätzt werden, wobei Fachleute von einem „höheren zweistelligen“ Millionenbetragsprechen. (Forts. mgl.)
fk/rr

Bereits am 5. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

ÖVP kritisiert „Dienst nach Vorschrift“ in den Spitälern

Wien, 5.5. (RK-POLITIK) ÖVP-Gesundheitssprecherin Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS kritisierte am Freitag in einem Pressegespräch Erlässe der MA 17 über „Dienst nach Vorschrift“. Dazu wäre eine Verstärkung des derzeitigen Personalstandes notwendig, weil ja bisher Stationsgehilfen Tätigkeiten des Krankenpflegefachdienstes durchgeführt hätten. Diese Praxis, so Hampel-Fuchs, sowie der Personalstand seien der Zentralstelle seit Jahrzehnten bekannt gewesen. Der Magistratsbericht über die Vorfälle in Lainz zeige auf, daß auch der permanente Überbelag auf der betroffenen Station in Lainz bei der MA 17 bekannt gewesen sei. Auch der Ombudsmann sei über Mißstände längst informiert gewesen.

Stadträtin Hampel-Fuchs sprach sich dafür aus, daß langgedienten Gehilfen die Möglichkeit geboten werden sollte, in einer Art „Sanierungsmaßnahme“ das Fachdiplom zu erhalten. Weiters fordert Hampel-Fuchs einen unabhängigen Patientenanwalt mit Kompetenzen, eine Erhöhung des Personalstandes, wobei diplomiertes Pflegepersonal von bürokratischen Arbeiten entlastet werden sollte. Den einzelnen Spitälern sollte die Autonomie und Verantwortung bezüglich Personalaufnahme, Budget und Diensteinteilung überlassen werden. (Schluß) fk/rr

Mißverständnis um Lainz-Bericht

Ombudsmann: Beschwerden kamen erst nach Bekanntwerden der Mordtaten

Wien, 5.5. (RK-KOMMUNAL) Sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse im Krankenhaus Lainz wurde eine zusätzliche Telefonnummer beim Wiener Spitalsombudsmann eingerichtet, um damit zusätzliche Hinweise aus der Bevölkerung entgegennehmen zu können. In der Folge machten zahlreiche Anrufer davon Gebrauch. Im Gegensatz dazu war jedoch die Zahl jener Beschwerden, die den Spitalsombudsmann vor den Mordtaten über die betreffende Abteilung erreichten, relativ gering. Laut Spitalsombudsmann Hofrat Hans DENK wurden den letzten fünf Jahren über 14.000 Patienten an der I. Medizinischen Abteilung im Krankenhaus Lainz behandelt. Im selben Zeitraum sind lediglich fünfundzwanzig Beschwerden über diese Abteilung eingegangen, wovon nur neun Beschwerden den Arbeitsbereich des Pflegepersonals betrafen. Seiner Meinung nach wurden in der nunmehr geführten Diskussion über den ersten Lainz-Bericht diejenigen Beschwerden, die ihm erst nach Bekanntwerden der Vorfälle aus der Bevölkerung mitgeteilt wurden, zu wenig von jenen fünfundzwanzig Beschwerden abgegrenzt, die in den letzten fünf Jahren eingegangen sind. Durch dieses Mißverständnis ist jedoch der falsche Eindruck entstanden, daß die erst nach Bekanntwerden der Mordtaten eingelangten Hinweise schon vorher vorgelegen sind. Wie der weisungsungebundene Spitalsombudsmann dazu abschließend erklärte, sei zu befürchten, daß durch dieses Mißverständnis das für seine Arbeit notwendige Vertrauen in Frage gestellt werden könnte. (Schluß) zi/bs

Bereits am 5. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 5. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Öffentliche Auflage einer Novelle zum Getränkesteuergesetz

Wien, 6.5. (RK-KOMMUNAL) Noch bis zum 17. Mai liegt eine geplante Änderung des Getränkesteuergesetzes bei den magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die Änderung betrifft die sogenannte „Verpächterhaftung“, also jenen Umstand, wie weit der Verpächter für die Steuern des Pächters haftet. In Zukunft sollen dafür drei Kriterien herangezogen werden: die Steuerleistung des Betriebes, der Pachtschilling und die Kautionsleistung. Diese Kriterien sollen alternativ zur Anwendung kommen — der Verpächter soll bis zum höchsten dieser Kriterien haften.

Die Einsichtnahme in den Gesetzesentwurf ist bei den magistratischen Bezirksämtern Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr möglich, am Donnerstag bis 17.30 Uhr. (Schluß) sei/bs

Bereits am 6. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Städtetag in Villach eröffnet

Gemeinden diskutieren EG-Beitritt

Villach, 8.5. (RK-KOMMUNAL) Im Villacher Kongreßhaus begann heute, Montag, der 39. Österreichische Städtetag mit den Sitzungen der Geschäftsleitung und des Hauptausschusses des Österreichischen Städtebundes. Den Städtetag selbst wird der Präsident des Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, um 16.30 Uhr in Anwesenheit zahlreicher prominenter Ehrengäste, darunter Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM, Nationalratspräsident Rudolf PÖDER und Innenminister Franz LÖSCHNAK, eröffnen. Rund 600 Vertreter aus nahezu 200 österreichischen Städten sowie Gäste aus allen Nachbarstaaten Österreichs nehmen an diesem Städtetag, dessen Motto „Städte und neues Europa“ lautet, teil.

Auf dem Programm des Städtetages stehen am Montag Referate des Europaparlamentariers Dr. Fritz PIRKL („EG und die Gemeinden“) und von Wiens Vizebürgermeister Hans MAYR („Städte und neues Europa“). Morgen, Dienstag, wird in drei Arbeitskreisen zum Thema des diesjährigen Städtetages diskutiert. „Auswirkungen der EG auf die kommunalen Finanzen“, „Wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden im Hinblick auf EG und EFTA“ und „Grenzüberschreitende Initiativen“ lauten die Titel der drei Arbeitskreise. Am Mittwoch ist die Plenartagung des Städtetages mit den Berichten aus den Arbeitskreisen und des Generalsekretärs mit einer Diskussion. Das Abschlußreferat, „Europäische Integration und Österreich“, wird Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA halten. (Schluß) roh/rr

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Plan von Johann Jakob Marinoni (1746)

Wien, 8.5. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 10. bis 23. Mai wird ein Plan von Hofmathematiker Johann Jakob Marinoni aus dem Jahr 1746 gezeigt, der bei den langwierigen Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und dem Schottenstift über die Burgfriedsgrenzen als Grundlage diente. Es ging dabei vor allem um finanzielle Interessen, begrenzte doch der Burgfried auch den städtischen Steuerbezirk. Unter Kaiser Leopold I. waren 1698 im Burgfriedsprivileg Grenzen und Rechte festgelegt worden. Obwohl Anfang des 18. Jahrhunderts sogar Grenzsteine gesetzt wurden, blieb die Regelung von 1698 weiter umstritten. Hartnäckigster Gegner unter den Grundherrschaften war das Schottenstift. Der Kompetenzstreit in der Josefstadt wurde praktisch nie entschieden. Er wurde durch die geschichtliche Entwicklung mit der Aufhebung der Grundherrschaft 1848 überholt.

Johann Jakob Marinoni (1676-1755) ist vor allem durch einen gemeinsam mit Leander Anguissola verfaßten Plan von Wien samt Vorstädten bekannt. (Schluß) am/bs

532 Mütter als Gäste der Stadt Wien

Wien, 8.5. (RK-KOMMUNAL) 532 Wiener Mütter, die über 60 Jahre alt sind und Dauersozialhilfe beziehen, sind Montag und in den nächsten zwei Tagen Gast der Stadt Wien bei den traditionellen Muttertagsfeiern. Seit Beginn dieser Aktion im Jahre 1954 wurden insgesamt 33.755 Wienerinnen bei den Mütterehhrungen der Stadt Wien im Rahmen von Nachmittagsveranstaltungen begrüßt. (Schluß) jel/bs

Festwochen-Eröffnung im Zeichen Frankreichs

Wien, 8.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Am Donnerstag, dem 11. Mai, 21.15 Uhr, werden die Wiener Festwochen 1989 eröffnet. Das Eröffnungsfest auf dem Wiener Rathausplatz steht unter dem Motto „1789-1989: Wien grüßt Paris, Paris grüßt Wien“. Der 200. Jahrestag der Französischen Revolution ist der Ausgangspunkt der Revue, in der Künstler aus beiden Städten die Verbindungen zwischen Wien und Paris herstellen. Viktor Lazlo und Peter Minnich führen durch das Programm, das von Mozarts „Figaro“ über Nestroy, die Operette, das Musical und das Chanson bis zur aktuellen Popmusik reicht. Prominente Gäste aus Paris sind Juliette Greco, Gilbert Becaud, Sapho und die Rockgruppe La Mano Negra. Weiters sind unter anderem Caterina Valente und der Wiener Popsänger Mo zu hören.

Bereits um 17 Uhr beginnen in der Wiener Innenstadt „Attraktionen“ mit Clowns, Sängern und Akrobaten aus Paris, die auf einem Spaziergang vom Stephansplatz über den Graben und Michaelerplatz zu bewundern sind. Die Wiener Verkehrsbetriebe ermöglichen die kostenlose Fahrt zur Festwochen-Eröffnung: Ab 15 Uhr gilt am Donnerstag auf allen Linien der Null-Tarif. (Schluß) gab/rr

Neue „Kilometertafeln“ In der Prater Hauptallee

Wien, 8.5. (RK-LOKAL) Das Wiener Sportamt stellt gemeinsam mit dem Wiener Stadtgartenamt dieser Tage in der Prater Hauptallee neue Tafeln zur Bezeichnung der Kilometerabstände auf. Die „Kilometertafeln“ dienen den Sportlern zur Abschätzung der Entfernungen. (Schluß) du/rr

ÖVP gegen Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals

Kurator beim Bezirksgericht beantragt

Wien, 8.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Wiener Volkspartei spricht sich gegen eine mögliche Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals in der Landstraße aus. Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Michael GRAFF hat namens der ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, der Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Irmtraud PAIHA und des Dr. Marcus MAUTNER MARKHOF beim Bezirksgericht Innere Stadt die Bestellung eines Kurators beantragt.

Dr. Graff erinnerte in einem Pressegespräch am Montag an den Vertrag vom Juni 1930 zwischen der Stadt Wien und der Stiftung (Adolf Ignaz Mautner von Markhof und Marcelline aus dem Jahr 1872, der Stiftbrief wurde 1884 behördlich genehmigt), nach dem sich die Stadt Wien verpflichtete, keine Änderung der Zweckbestimmung des Stiftungsvermögens vorzunehmen und das Mautner-Markhof'sche Kinderspital in der Baumgasse im Sinne der Stiftungsbedingungen als Kinderspital der Stadt Wien im bisherigen Umfang weiterzuführen. Dieser Vertrag, so Dr. Graff, sei damals von Bürgermeister Karl Seitz und den Stadträten Julius Lindner und Hugo Breitner unterzeichnet worden.

Stadträtin Hampel-Fuchs verwies darauf, daß dieses Kinderspital verkehrsmäßig äußerst günstig gelegen sei und als Kinderspital bestens funktioniere. Sie wende sich entschieden gegen das Zerschlagen dieser „kleinen Spitalsseinheit“.

Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Paiha meinte, das Spital sei für die Bevölkerung des 3. Bezirkes gestiftet worden. Sie wende sich schärfstens dagegen, daß etwa eine Verlegung des Spitals in das SMZ-Ost vorbereitet werde.

Marcus Mautner Markhof, als direkter Nachkomme der Stifter, drückte die Bereitschaft des Unternehmens aus, Mittel für das Kinderspital aufzubringen. Ein Verein zur Unterstützung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals sei bereits gegründet worden. Er sei selbst Vater, und er vertrete die Ansicht, Kinder seien keine „kleinen Erwachsenen“, in diesem Sinne lehne er die Schließung des Kinderspitals zugunsten einer Kinderabteilung im SMZ-Ost ab. (Schluß) fk/rr

„Wien – Wohnen im Wandel“

Ausstellung im Freilichtmuseum Stübing bei Graz

Wien, 8.5. (RK-KULTUR) Im Freilichtmuseum Stübing bei Graz ist vom 10. Mai bis 31. Oktober die Ausstellung „Wien — Wohnen im Wandel“ zu sehen. Die Ausstellung, die vom Institut für Gegenwartskunde an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Kulturabteilung der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Museum für Volkskunde im Österreichischen Freilichtmuseum Stübing veranstaltet wird, bereitet die Thematik vom Vormärz bis in die Gegenwart auf. Sie ist als Wiener Beitrag zu den jährlichen Sonderausstellungen zum Thema „Bauen-Wohnen — einst und heute“ zu sehen, mit denen sich jährlich ein anderes Bundesland in Stübing präsentiert.

Das 1970 eröffnete Freilichtmuseum Stübing gibt anhand von 80 historisch wertvollen Bauten einen Überblick über das Bauen im bäuerlich-ländlichen Bereich vom Burgenland bis Vorarlberg.

Die Ausstellung „Wien — Wohnen im Wandel“ präsentiert Wohnkultur nicht nur als ästhetisch-geschmackliches Phänomen, sondern vor allem unter den Gesichtspunkten der Bau-, Raum-, Funktions- und Sozialstruktur, wobei der Mensch im Vordergrund der Überlegungen steht. Die Ausstellung zeigt das Wohnen im historischen Vergleich vom Biedermeier über den Historismus, die Jahrhundertwende, die Dreißiger- und Fünfzigerjahre bis in unsere Zeit, sie zieht aber auch soziologische Vergleiche, dokumentiert die Entwicklung der Technik im Haushalt und räumt der Gegenwart, dem Wohnen heute, eine wichtige Position ein.

Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 17 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Chef v. Dienst:
42 800 2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Inressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 9. Mai 1989

Blatt 959

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Busanbindung der Wirtschaftsuniversität auf dem Wege der Realisierung (960/FS: 8.5.)
- Stacher zur Diskussion über Mautner-Markhof'sches Kinderspital (961/FS: 8.5.)
- Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahl (962)
- Interkulturelles Lernen im Jugendzentrum Rudolfsheim (963)
- Festwochen-Eröffnung: Stadtinformation gibt Auskunft (964)
- Sichere Brücken für Wien (965-968)
- Österreichischer Städtetag (969-971)
- Spatenstich für Augartenradweg (972)
- Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen (973)

Hatzl: Busanbindung der Wirtschaftsuniversität auf dem Weg der Realisierung

Wien, 8.5. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den jüngst geäußerten Wünschen nach einer Busverbindung zwischen dem Bereich der Wirtschaftsuniversität und der U-Bahn-Station Friedensbrücke verwies Verkehrsstadtrat Johann HATZL Montag generell darauf, daß es in Wien etliche Wünsche nach punktueller Einrichtung von Autobusverbindungen gebe, und deshalb Prioritäten gesetzt werden müßten.

Im vorliegenden Fall ist es aber auch Tatsache, daß mit öffentlichen Verkehrsmitteln relativ rasch die U 2 (Direktverbindung mittels Straßenbahnlinie „D“) und die U 4 (mittels Straßenbahnlinien „D“ und „5“) erreichbar sind. Darüber hinaus ist für diesen Bereich im Rahmen der vorliegenden Verkehrsplanungen eine Verknüpfungsstation von U 4 und kommender U 6 vorgesehen.

Über Veranlassung von Verkehrsstadtrat Hatzl wurde jedoch bereits die Planung für eine möglicherweise heuer ab Herbst verkehrende, temporäre Buslinie aufgenommen, die parallel zu den neuen Dienststellen der Bundespolizeidirektion Wien in Betrieb gehen könnte.

„Bezirksvorsteher Schmied ist“, so Hatzl, „bei seinen Aussagen über den öffentlichen Verkehr wenig ehrlich, denn gerade er gehört zu jenen Bezirksvorstehern, die am wenigsten Bereitschaft zeigen, wenn es darum geht, großzügigen Lösungen im Bereich der Bevorrangung zuzustimmen, um Globallösungen unter Einbeziehung des öffentlichen Verkehrs zu realisieren“. (Schluß) pz/rr

Bereits am 8. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Stacher zur Diskussion über Mautner-Markhof'sches Kinderspital

Bereits am 8. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 8.5. (RK-KOMMUNAL) Derzeit gibt es keinen Beschluß bezüglich einer Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals, eine endgültige Entscheidung darüber kann erst im Rahmen der Erstellung des neuen Spitalszielplanes bzw. nach Fertigstellung (1992) der Kinderabteilungen des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost erfolgen. Dies erklärte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zu der von ÖVP-Mandataren Montag initiierten Diskussion um eine mögliche Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals.

Zweifelsohne werden sich dann die ÖVP-Mandatare die Frage stellen müssen, ob sie ein Kinderspital erhalten wollen, das nach Fertigstellung des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost nur mehr in einem sehr geringen Ausmaß ausgelastet sein wird, meinte Stacher. Der Gesundheitsstadtrat wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die derzeit angewandte Methode, alles im Spitalswesen hochzuspielen und zu versuchen — bevor noch irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden —, „politisches Kleingeld“ zu gewinnen. Eine faire Vorgangsweise hätte sicherlich darin bestanden, zunächst einmal mit ihm, Stacher, zur Führung sachlicher Gespräche Kontakt aufzunehmen. (Schluß) zi/rr

Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahl

Eintragungszeit vom 29. Mai bis 5. Juni

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) Der Bundesminister für Inneres hat dem Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Senkung der Klassenschülerzahl stattgegeben und als Eintragsfrist den Zeitraum von Montag, den 29. Mai, bis einschließlich Montag, den 5. Juni, festgesetzt.

Als Stichtag, der für die Stimmberechtigung maßgebend ist, wurde der 1. Mai 1989 bestimmt.

Stimmrecht

Stimmberechtigt ist daher, wer spätestens am Stichtag 1. Mai 1989 das 19. Lebensjahr vollendet hat und das Wahlrecht zum Nationalrat besitzt.

In Wien sind dies 1.131.789 Personen, und zwar 641.238 (= 56,66 Prozent) Frauen und 490.551 (= 43,34 Prozent) Männer.

Die im Einleitungsverfahren abgegebenen Unterstützungserklärungen zählen bereits als gültige Eintragungen.

Eintragungszeit

Die Stadt Wien hat die Eintragungszeit wie folgt festgelegt:

Montag, 29., bis Mittwoch, 31. Mai:	8 bis 18 Uhr,
Donnerstag, 1. Juni	8 bis 20 Uhr,
Freitag, 2. Juni	8 bis 18 Uhr,
Samstag, 3. Juni und	
Sonntag, 4. Juni	5 bis 12 Uhr,
Montag, 5. Juni	8 bis 20 Uhr.

Eintragungsorte

Laut Volksbegehrensgesetz kann jeder Stimmberechtigte sein Stimmrecht nur in dem für seinen Wohnsprengel zuständigen Eintragungsort ausüben. Ausschlaggebend ist die Eintragung in der Wählerverzeichnis.

Auf einem amtlichen Hausanschlag wird das zuständige Eintragungsort ersichtlich gemacht. In Wien werden insgesamt 90 Eintragungsorte eingerichtet. Behindertengerechte Eintragungsorte sind besonders gekennzeichnet.

Stimmkarten

Ist eine Stimmabgabe im zuständigen Eintragungsort nicht möglich, kann mittels einer Stimmkarte in jedem Eintragungsort in ganz Österreich abgestimmt werden (Montag bis Freitag bis 18 Uhr, ausgenommen Feiertage).

Stimmkarten können ab sofort beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt bis spätestens Freitag, den 2. Juni, beantragt werden.

Patienten in Krankenanstalten ist selbstverständlich das Stimmrecht mittels Stimmkarte gewährt. Über die Stimmabgabe informiert die jeweilige Krankenhausverwaltung.

„Hausbesuche“ bei bettlägerigen Personen sind im Volksbegehrensgesetz nicht vorgesehen und können daher nicht erfolgen.

Im Eintragungsort und auf den Magistratischen Bezirksämtern liegt der Gesetzesentwurf zur Einsichtnahme auf. (Schluß) lf/rr

Interkulturelles Lernen im Jugendzentrum Rudolfshelm

Wien, 9.5. (RK-LOKAL) Interkulturelles Lernen nennt sich ein neues Projekt des Jugendzentrums Rudolfshelm, 15., Hollergasse 22, Telefon 85 81 13, bei dem in- und ausländischen Kindern kostenlose Lernhilfen mit anschließenden gemeinsamen Spielen geboten werden. Für Vor- und Volksschüler findet dieses Projekt Montag, Dienstag und Donnerstag jeweils von 14.30 bis 17 Uhr, für Hauptschüler Montag von 18 bis 20 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 14.30 bis 20 Uhr statt. (Schluß) jel/bs

Festwochen-Eröffnung: Stadtinformation gibt Auskunft

Wien, 9.5. (RK-LOKAL) Anlässlich der Festwochen-Eröffnung bietet die Wiener Stadtinformation ein besonderes Service: Am Donnerstag, dem 11. Mai, erhält man unter der Nummer 43 89 89 von 8 bis 21 Uhr detaillierte Auskünfte über das abendliche Programm, der heuer unter dem Motto „Wien grüßt Paris — Paris grüßt Wien“ stehenden Festwochen und über die Pariser Attraktionen am Nachmittag in der Innenstadt.

Selbstverständlich kann man bei der Stadtinformation auch nach der Eröffnungsfeier zu den üblichen Öffnungszeiten (Montag bis Sonntag von 8 bis 18 Uhr), telefonisch Veranstaltungstermine, Spielstätten und Kartenverkaufsstellen der Wiener Festwochen erfragen. (Schluß) red/gg

Sichere Brücken für Wien

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch über die Wiener Brückenbauvorhaben im laufenden Jahr nahm Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL einleitend zur grundsätzlichen Frage der Prüfung und damit der Sicherheit der Wiener Brücken Stellung.

Der Magistratsabteilung 29 — Brückenbau und Grundbau obliegen die Brückenprüfung und die Bauwerksüberwachung der Wiener Brücken. Das oberste Ziel der Bauwerksüberwachung besteht darin, die Sicherheit für die Benützer einer Brücke zu gewährleisten. In der Phase der Errichtung sind dies die Güteüberwachung der Baustoffe, die Prüfung der Konstruktionsentwürfe und die kontinuierliche Bauüberwachung. Später kommt der laufenden Inspektion von Brücken eine wesentliche Bedeutung zur Gewährleistung der Standsicherheit und Tragfähigkeit zu.

Die Verlängerung der Gebrauchsfähigkeit und Nutzungsmöglichkeit stellt ein weiteres Ziel dar, das mit Hilfe entsprechender Prüfmethoden erreicht wird. Schon aus wirtschaftlichen Gründen ist es erstrebenswert, so Hatzl, daß Schäden möglichst frühzeitig erkannt werden, wenn also eine rasche Instandsetzung einen relativ geringen Aufwand erfordert. Zugleich kann damit eine Verlängerung der Lebensdauer des Objektes erzielt werden.

Im Jahr 1976 war vom Wiener Bürgermeister die Weisung erteilt worden, daß alle Wiener Brücken einer Revision zu unterziehen seien. Diese Weisung führte zur Einrichtung einer eigenen Gruppe „Brückenprüfung“ im Rahmen der Magistratsabteilung 29 und damit zu einer verstärkten Prüftätigkeit.

Zweite sicherheitstechnische Brückenprüfung abgeschlossen

Die erstmalige Überprüfung aller Brücken im Wiener Raum wurde Ende 1983 abgeschlossen. Mit der Beendigung der Prüfarbeiten am Stahltragwerk der Nordbrücke über die Donau (Mitte 1989) wird auch die zweite sicherheitstechnische Überprüfung aller Wiener Straßenbrücken erfolgreich abgeschlossen sein. In diesem Zeitraum wurden 775 Hauptuntersuchungen und 11.146 periodische Überwachungen und Befahrungen durchgeführt.

Betreut werden nunmehr im Wiener Raum

- 631 Brücken
- 37.000 Laufmeter Stützmauern und Stiegenanlagen.

Drei Stufen der Brückenüberprüfung

Die Brückenüberprüfung erfolgt in mehreren Stufen. Es gibt eine

- **Laufende Überwachung**
Diese wird dreimal pro Jahr durch einen Prüfwerkmeister durchgeführt.
- **Periodische Prüfung**
Diese erfolgt einmal pro Jahr durch Prüfwerkmeister, außerdem nach Unfällen, Erdbeben, Hangrutschungen und ähnlichem.
- **Hauptprüfung**
Diese wird mindestens alle sechs Jahre vom Prüfenieur vorgenommen. Bei dieser Prüfung wird die Brückenkonstruktion „auf Herz und Nieren“ untersucht.

Zu den Vorhaben der Magistratsabteilung 29 auf den Sektoren Brückenprüfung und Brückenerhaltung beziehungsweise Instandsetzung im Jahr 1989 zählen:

Prüfung der Nordbrücke

Die Stahltragwerke der Nordbrücke über die Donau und den Handelskai im Zuge der B 227 — Donaukanal Straße wurden in den Jahren 1962 und

1964 errichtet. Seit 24. April 1989 werden diese Tragwerke auf die Dauer von acht Wochen einer Hauptprüfung unterzogen. Mit diesen Arbeiten wird die zweite Hauptprüfungsperiode (1983 bis 1989) abgeschlossen.

A 23 – Südosttangente Wien, Abschnitt Knoten Landstraße bis Knoten Kaisermühlen

Auf der A 23 zwischen dem Knoten Landstraße und dem Knoten Kaisermühlen werden in den nächsten Jahren insgesamt vier verschiedene Baumaßnahmen notwendig, die in Wertschafflicher und verkehrstechnischer Hinsicht koordiniert werden müssen.

Es handelt sich dabei um

- Verbreiterung der Hauptfahrbahnen im Knoten Landstraße und Herstellung einer neuen Rampe sowie Mittelstreifenverlegungen bis in den Knoten Prater
- Belagssanierung im Knoten Landstraße
- Generalinstandsetzung der Prater Hochstraße
- Belagserneuerung auf der Praterbrücke

Ab August 1989 beginnen die Bauarbeiten für die Tragwerksverbreiterung vorerst mit Arbeiten unter der Brücke sowie der Neubau einer Auffahrtsrampe vom Gürtel zur Anschlußstelle Sankt Marx (keine Verkehrsbehinderung).

Ab November 1989 beginnen die Arbeiten an den Verbreiterungen jeweils auf der linken Tragwerksseite, wobei die beiden Fahrstreifen von je 3,50 Meter auf 3 Meter reduziert werden und somit anzahlmäßig erhalten bleiben. Die Verbreiterung selbst erfolgt durch die Montage von Stahlkonstruktionen. Die weiteren Arbeitsschritte erfolgen in den Jahren 1990 und 1992.

Brücke über die Pottendorfer Linie und die Badner Bahn

Dabei handelt es sich um den Abbruch und Neubau im Zuge des Ausbaues der Wienerberg Straße (Bundesstraße B 225). Die Bauzeit beträgt rund zwei Jahre (August 1987 bis August 1989). Die Gesamtkosten belaufen sich auf 29 Millionen Schilling.

Reitschulsteg (3. Bezirk)

Bei diesem Projekt werden das gesamte Tragwerk und die Stiegenanlagen wieder in Stahlbauweise neu errichtet, wobei aus Gründen der Stadtbildpflege das Erscheinungsbild nicht verändert werden soll. Der Baubeginn liegt voraussichtlich im August/September 1989; Die Baukosten werden zwei Millionen Schilling betragen.

Gaswerksteg

Dieses über den Donaukanal (2. und 3. Bezirk) führende Brückenobjekt wird seit Ende 1988 einer Generalinstandsetzung unter Vornahme einer teilweiser Neuerrichtung der zum Steg gehörenden Stiegenanlagen unterzogen. Der Kostenaufwand beträgt zwölf Millionen Schilling.

Stiegenanlage/Stützmauern Gudrundstraße

Durchgeführt werden die Instandsetzung und teilweise Neuerrichtung der drei Stiegenanlagen. Die im September 1988 begonnenen Arbeiten werden voraussichtlich im August 1989 beendet. Die Kosten einschließlich des Lärmschutzbereichs, der im Herbst 1989 fertiggestellt wird, liegen bei 14 Millionen Schilling.

Reichsbrücke

Ab Sommer 1989 soll mit einer kompletten Beschichtung der Randbalkenfertigteile, das sind alle senkrechten Teile des Oberdecks und der Gehweg-

Forts. von Blatt 965

Forts. auf Blatt 967

bereiche, sowie mit kleineren örtlichen Instandsetzungen begonnen werden. Die dünnwandigen Fertigteile, die vor allem durch die Salzstreuung bei Glatteis in ihrer Haltbarkeit gefährdet sind, sollen dadurch einen Langzeitschutz erhalten, für den 4,5 Millionen Schilling veranschlagt sind.

Hochstraße Inzersdorf

Im Zuge der A 23 Autobahn Südosttangente Wien wird als Fortsetzung der seit 1987 laufenden Instandsetzung der Tragwerksuntersichten der gesamten Hochstraße Inzersdorf sowie der zugehörigen Betonbeschichtung das Erlassen von Verkehrsmaßnahmen erforderlich sein. Im Jahr 1989 ist die Sperre einer Spur der Sterngasse in Fahrtrichtung von Triester Straße zur Draschestraße im Objektsbereich, die halbseitige Sperre der A 23/Abfahrt Sterngasse sowie der Abfahrt Altmannsdorf auf die A 23 mit einer Dauer von jeweils fünf bis sechs Wochen notwendig. Die Gesamtkosten betragen 47 Millionen Schilling.

Stubenbrücke

- Erneuerung des gesamten Korrosionsschutzes der Tragwerkskonstruktion und der Geländer
- Verkleidung der gesamten Tragwerksuntersicht mit begehbaren Gitterrosten beziehungsweise in Teilbereichen Streckmetallgitter (Vogelschutz)
- Instandsetzung der Widerlagerbereiche
- Neuherstellung der gesamten Feuchtigkeitsabdichtung sowie der Fahrbahn- und Gehwegbeläge entsprechend dem neuen Straßendetailprojekt mit Radwegführung etc.

Die Baudurchführung ist für den Zeitraum Juli/August 1989 bis Ende 1990 vorgesehen.

Bitterlichbrücke (10./11. Bezirk)

Auf dem Provisorium der Bitterlichbrücke muß der Holzbohlenbelag wegen fortgeschrittener Abnutzung instandgesetzt werden. Als Zeitraum dafür sind die Monate Juli und August 1989 vorgesehen.

Auffahrtsrampe Triester Straße auf A 23

Hier ist eine Auswechslung der Dehnfugenkonstruktion (Dilatation) im Zuge von Belagsarbeiten erforderlich, die voraussichtlich am 16. Mai 1989 beginnen wird. Als Verkehrsmaßnahmen sind eine komplette Sperre der Auffahrt für zwei Wochen sowie für weitere vier bis sechs Wochen die Sperre jeweils einer Fahrspur notwendig.

Floridsdorfer Brücke

Es erfolgt die Neuherstellung der Verschleißschichte der Fahrbahnen sowie auf den Kreuzungsplateaus auch des Belagsunterbaues. Die Durchführung der Arbeiten erfolgt in den Monaten Juli/August 1989, wobei über einzelne Zeiträume eine halbseitige Sperre der Brücke (Gegenverkehrsregelung) sowie die Sperre einzelner Abbiegerelationen erforderlich sind. Die Baukosten betragen zehn Millionen Schilling.

Knoten Nußdorf

Bei den Rand- und Mittelstreifen ist die Instandsetzung des Betons auf sämtlichen Rampen und Verbindungstragwerken erforderlich. Die Bauzeit liegt im Zeitraum Juni bis Dezember 1989, die Kosten dafür betragen vier Millionen Schilling.

A 23/Verlängerung der Praterbrücke

Im Juli 1989 wird voraussichtlich mit den Bauarbeiten der Verlängerung

Forts. von Blatt 966

Forts. auf Blatt 968

nach Stadlau — Hirschstetten (B 302 bis zur B 8) begonnen werden. Dieses Autobahnstück von der Praterbrücke und Bundesstraße bis zur B 8 wird mit einem Kostenaufwand von 1,5 bis zwei Milliarden Schilling bis zum Jahr 1994 im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG errichtet.

Augustinerwaldbrücke über den Mauerbach (14. Bezirk)

Die bestehende Brücke mit 4,7 Meter Gesamtbreite weist derzeit eine Gewichtsbegrenzung von 6,5 Tonnen auf. Da hier die einzige Zufahrtsmöglichkeit für die Augustinerwaldsiedlung besteht, ist ein Neubau der Brücke unumgänglich. Baubeginn voraussichtlich Juni 1989, Bauende voraussichtlich Oktober 1989, Gesamtkosten 2,5 Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs/rr

Forts. von Blatt 967

österreichischer Städtetag

Zilk: Keine Gespräche über EG ohne Gemeinden

Villach, 9.5. (RK-KOMMUNAL) „Zwei Tage harter Arbeit mit klaren Forderungen als Ergebnis stehen uns bevor“. Mit diesen Worten eröffnete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gestern, Montag, den 39. Österreichischen Städtetag im Villacher Kongreßhaus. Der Österreichische Städtebund vertritt 216 Städte und Gemeinden mit rund 3,8 Millionen Einwohnern, mehr als die Hälfte Österreichs. „Gespräche über eine Teilnahme Österreichs an der EG können ohne Städte und Gemeinden nicht geführt werden“, sagte Zilk deutlich. „Wir werden uns zu wehren wissen, wenn man uns schon im vorhinein Zahlungen zum EG-Mitgliedsbeitrag diktiert.“

Zilk hob hervor, daß erstmals ein ungarischer Vertreter an den Arbeitskreisen, die heute, Dienstag, stattfinden, teilnehmen wird. Es ist dies der Budapester Direktor für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Peter PALKO, der auch als zukünftiger ständiger Vertreter Budapests in Wien — im Hinblick auf die Weltausstellung — vorgesehen ist.

Nationalratspräsident Rudolf PÖDER, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten am Städtetag teilnimmt, forderte im Hinblick auf die EG-Verhandlungen eine „Europäische Sozialpartnerschaft“, bei der Österreich Vorbildfunktion haben könnte. Pöder kündigte im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum für die nächsten Gehaltsverhandlungen höhere Forderungen der Gemeindebediensteten als in den vergangenen, „sehr moderaten“ Jahren an. Außerdem werde man in den nächsten Jahren einen ersten Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auch bei den Gemeindebediensteten vornehmen müssen.

Der Kärntner Landeshauptmann Dr. Peter AMBROZY sagte aus Sicht der Länder, bei der EG-Diskussion sei eine koordinierte Abstimmung der Gebietskörperschaften besonders wichtig. Alle Schritte zur Annäherung an die EG dürften nur unter besonderer Berücksichtigung des föderativen Aufbaues unserer Republik erfolgen.

Ein einvernehmliches Überdenken der Rolle der österreichischen Städte und Gemeinden sei erforderlich, sagte Innenminister Dr. Franz LÖSCHNAK. Die in Österreich besonders weit entwickelte Gemeindeautonomie müsse soweit wie möglich bewahrt werden, obwohl klar sei, daß eine Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt für alle Gebietskörperschaften zu einer wesentlichen Einengung ihres rechtlichen Handlungsspielraumes führen müsse.

Waldheim: Von immerwährender Neutralität keinesfalls abrücken

„Der Europäische Binnenmarkt wird abgesehen von allen wirtschaftlichen Faktoren zum Eckpfeiler einer neuen europäischen Ordnung werden“, sagte Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM bei der Eröffnung des 39. Österreichischen Städtetages in Villach. Davon wären auch alle Nicht-EG-Mitglieder betroffen, weshalb eine vorausschauende Planung für alle Europäer auf allen Ebenen für das Jahr 1992 notwendig sei. „Wir müssen in jedem Fall unsere Chancen suchen“, sagte Waldheim. Wie auch immer der Verlauf der Verhandlungen sein werde, Österreich dürfe in keinem Fall von seiner immerwährenden Neutralität abrücken. Waldheim unterstützte ausdrücklich den Wunsch der Städte und Gemeinden nach Einbeziehung in den Verhandlungsprozeß.

EG-Parlamentarier Dr. Pirkl: Österreich könnte EG gegen zentralistische Tendenzen helfen

Im ersten Referat des Städtetages verwies der Nürnberger EG-Parlamentarier Dr. Fritz PIRKL, der auch Mitglied der EG-Österreich-Parlamentarierkommission ist, darauf, daß ein Beitrittsansuchen Österreichs nicht die

zwölf einzelnen Mitgliedsstaaten zu entscheiden haben, sondern das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Die Nationalstaaten seien zu klein geworden für die Bewältigung der zentralen Aufgaben der Politik, sagte Pirkl, die EG wäre aber ohne die Mitarbeit der Kommunen nicht so weit, wie sie ist. Die Rückwirkungen auf die Kommunen vollziehen sich vor allem, dem Gründungsauftrag der EG entsprechend, im wirtschaftlichen Bereich. Als Beispiel nannte Pirkl die Tatsache, daß in Bayern vor dem EG-Beitritt jeder 18., heute aber bereits jeder fünfte Arbeitsplatz von Exporten in die EG-Länder abhängig sei.

Die EG könne aber auch zu schwerwiegenden Eingriffen in die Stadtverfassung führen, so zum Beispiel im Bereich des kommunalen Wahlrechtes, das für alle EG-Bürger eingeführt werden soll. Ohne den Grundsätzen des Föderalismus und der Subsidiarität wäre die Zukunft der EG problematisch, warnte Pirkl. Im Falle eines Beitrittes Österreichs wäre ein wichtiger Impuls in Richtung dieser beiden Prinzipien zu erwarten. Pirkl sprach sich in seinem Resumee deutlich für eine wohl vorbereitete Partnerschaft Österreichs mit der EG aus.

Mayr: Österreich soll nicht Ostgrenze Westeuropas werden

Der 39. Österreichische Städtetag im Villacher Kongreßhaus wurde Dienstag früh mit einem Referat des Wiener Vizebürgermeisters Hans MAYR fortgesetzt. „Durch den Binnenmarkt wird zum vierten Mal in diesem Jahrhundert die politische Ordnung in Europa völlig neu gestaltet“, sagte Mayr einleitend. Dabei sollte man aus der dritten Umgestaltung, der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, lernen. Damals gab es in Österreich einen einheitlichen politischen Willen für Freiheit und Unabhängigkeit, der schließlich, einseitige Verträge mit den Siegermächten vermeidend, zum Staatsvertrag führte. „Heute sind es wieder wir, die wesentliche Teile beizutragen haben“, sagte Mayr.

Die Teilung Europas in zwei politische Blöcke sei geblieben, in beiden Blöcken gibt es aber drastische Veränderungen. Der Westen hat erkannt, daß ein Wirtschaftsgebiet mit 320 Millionen Einwohnern geschaffen werden müsse, weil sonst die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr erhalten werden könne, während man in Osteuropa nun merkt, daß die Wirtschaft ohne Wettbewerb nicht funktioniert. Österreich solle dabei seine eigene Position überdenken, die große Möglichkeiten biete. So gab es 1987 insgesamt 416 Jointventure-Geschäfte zwischen den USA und Westeuropa und den Osteuropäischen Staaten, während allein in Österreich 49 solcher Geschäfte durchgeführt wurden, was Österreich relativ zur Wirtschaftskraft an eine absolut führende Position bringt.

„Wir müssen anerkennen, daß auch wir einen großen Wirtschaftsraum brauchen. Wir dürfen dabei aber nicht in Ost-West-Kategorien denken und nicht als künftige Ostgrenze Westeuropas dastehen, die Neuordnung muß ganz Europa einbeziehen“, sagte Mayr.

Den Binnenmarkt werde es seiner Meinung nicht schon 1992, sondern frühestens in sechs bis sieben Jahren geben, anschließend müßten von Seiten Österreichs die Verhandlungen aufgenommen werden. Bis dahin sollte man sich alle Optionen offen lassen. Dieser Zeitraum reiche gerade aus, um einerseits alleine eine Strukturreform bei Industrie und Wirtschaft einzuleiten, um diese auf EG-Niveau zu bringen, und andererseits durch gezielte Regionalpolitik eine künftige Teilung Österreichs in reiche und arme Gegenden zu verhindern.

„Österreich muß sich als Staat in der Mitte Europas größtmögliche Wirtschaftsgebiete mit freier Wirtschaft zur größtmöglichen Entfaltung des einzelnen Menschen wünschen“, schloß der Wiener Vizebürgermeister.

Forts. von Blatt 969

Forts. auf Blatt 971

Swoboda für grenzüberschreitende Stadtpolitik

Der Wiener Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA meinte in seinem Referat in einem Arbeitskreis zum Thema „Grenzüberschreitende Initiativen“, die jüngste Entwicklung, etwa die Bestrebungen der EG nach einem einheitlichen Binnenmarkt sowie der jüngst begonnene Abbau des Eisernen Vorhanges durch die Ungarn, seien Meilensteine in der Entwicklung Europas. Es sei zu hoffen, daß das Beispiel Wien-Budapest Schule mache; Wien möchte auch mit Prag und Preßburg in engere nachbarschaftliche Beziehungen treten. Das Mozartjahr 1991 sei eine Chance für die Zusammenarbeit von Salzburg, Wien und Prag. Grenzüberschreitende Nationalparks, nicht nur zwischen Österreich und Ungarn, eventuelle Olympische Spiele in Kärnten, Slowenien und Friaul-Venetien sowie die geplante Weltausstellung Wien-Budapest, ein Donaueuropäisches Zentrum mit einem Mitteleuropäischen Gymnasium, vielleicht sogar eine Donauuniversität in Wien, wären Chancen für ein neues Mitteleuropa. Swoboda sprach auch das Problem der Integration von Ausländern in den Städten an und plädierte für eine liberale Haltung gegenüber Ausländern.

Internationale Städtekonkurrenz

Wenn es um den Vergleich von Standortqualitäten für Investitionsentscheidungen großer Konzerne gehe, so Swoboda, seien z.B. München, Frankfurt und Mailand mindestens ebenso Konkurrenten für Wien wie Budapest. Aber auf der Ebene der Städte liege eine Chance für den Anspruch Österreichs, zwischen Ost und West zu vermitteln. Die Städte sollten ihre Möglichkeiten wahrnehmen, Bürger aus vielen Staaten und Nationen zusammenzuführen. (Forts. mgl.) roh/fk/gg/bs/rr

Forts. von Blatt 970

Spatenstich für den Augartenradweg

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Spatenstichs für den Augartenradweg, den Verkehrsstadtrat Johann HATZL gemeinsam mit den Bezirksvorstehern des 2. Bezirks, Heinz WEISSMANN, und des 20. Bezirks, Karl LACINA, vornahm, sagte Hatzl zum Themenkomplex Radfahren in der Stadt unter anderem:

Davon ausgehend, daß besonders in der Großstadt der Fahrradverkehr sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht eine echte Alternative zum Autoverkehr darstellt, kommt dem forcierten Ausbau des Wiener Radroutennetzes auf der Grundlage des Planes 1983 eine entsprechende Bedeutung zu: Seine Realisierung erfolgt laufend. Wie empirische Studien zeigen, wächst das Interesse der Bevölkerung an der verstärkten Nutzung des Fahrrades im innerstädtischen Bereich weiterhin.

Wenn darüber hinaus zu beobachten ist, daß in überwiegender Zahl in einem PKW nur eine Person sitzt und bei einem Großteil der Fahrten das Fahrziel im eigenen Wohnbezirk oder im angrenzenden Bezirk liegt, gewinnt die Benützung des Fahrrades — nicht zuletzt wegen der vielfach am Zielort gegebenen Parksituation — noch mehr an Attraktivität. Auch im Hinblick auf die Verkehrs- und Umweltbelastung, erstere besteht eigentlich nur aus dem relativ geringen Platzbedarf — letztere ist praktisch null, stellt das Fahrrad eine bemerkenswerte Alternative dar.

Eine bezirksverbindende Radverkehrsanlage

Der sogenannte „Augartenradweg“ mit seiner Länge von 2,5 Kilometern ist ein Bestandteil des Wiener Radroutennetzes aus dem Jahr 1983 und verläuft in folgenden Straßenzügen, wobei sich schon aus der Route die bezirksverbindende Funktion ergibt: Obere Donaustraße — Gaußplatz — Wasnerstraße — Adolf-Gstöttner-Gasse — Nordwestbahnstraße — Hellwagstraße — Universumstraße — Dresdner Straße — Traisengasse.

An beiden Enden des Augartenradweges erfolgt die Anbindung an bereits bestehende Radverkehrsanlagen. An dem einen Ende an die Brigittenauer Brücke und damit an das große Naherholungsgebiet Donauinsel, am anderen Ende via Donaukanalradweg an den Erholungsraum Donaukanal und in weiterer Folge an das Radwegenetz im Zentrum.

Diese über eine Distanz von zweieinhalb Kilometern führende Radverkehrsanlage durch den 2. Bezirk und den 20. Bezirk wird im Bereich des Augartens als Geh- und Radweg errichtet, der eine durchschnittliche Breite von zwei Metern und zusätzlich einen 0,6 Meter breiten Schutzstreifen zu den parkenden Autos hin aufweisen wird. Die Errichtung wird in zwei Jahresetappen erfolgen, wobei in der Ausgestaltung der Weg beschränkt wird, in einzelnen Abschnitten den Fußgängern beziehungsweise den Radfahrern durch eine unterschiedliche Oberflächeneinfärbung die entsprechende Verkehrsfläche zuzuordnen. (Schluß) pz/gg

Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) „In Wien kann jedes behinderte Kind in das Regelschulwesen integriert werden“, erklärte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER bei der Expertendiskussion anlässlich des Symposions zur Integration in Reutte.

„Während in anderen Bundesländern das Einrichten von einzelnen Klassen, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, ein oft unlösbares Problem ist, bietet der Stadtschulrat für Wien ein flächen- und bedarfsdeckendes Integrationsmodell an. Derzeit gibt es im Bereich der Bundeshauptstadt Integrationsklassen an 14 verschiedenen Schulen. Für 1989/90 ist eine Erweiterung dieses Modells auf weitere 12 Schulen geplant. In Wien ist somit sichergestellt, daß kein behindertes Kind vom Besuch einer 1. Volksschulklasse ausgeschlossen wird.

Aus pädagogischen und therapeutischen Gründen ist es aber nicht sinnvoll, alle behinderten Kinder um jeden Preis in das Regelschulwesen einzugliedern. Daher bietet der Stadtschulrat für Wien allen Eltern, die bei der Schuleinschreibung den Wunsch nach Integration ihres Kindes äußern, eine Beratung durch eine Expertenkommission an, die für jeden Fall speziell zusammengesetzt wird.

Damit ist sichergestellt, daß in Wien jedem Kind eine optimale Schulform angeboten wird“, schloß Prof. Matzenauer. (Schluß) wsfr/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 10. Mai 1989

Blatt 974

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Initiative zur „gesetzlichen Spitalsreform“ (975)
- Verbesserte regionalisierte Hilfe des Jugendamtes (976)
- Neue Direktorin des Pflegedienstes im Pflegeheim Lainz (977)
- Wesentlich schneller vom Westbahnhof zur Südbahn (978/979)
- Österreichischer Städtetag in Villach (980/981, 984)
- Bandion zu Lainz: Verbrechen nicht systemimmanent (982/983)
- Freifahrt anlässlich der Festwocheneröffnung (nur FS)

Initiative zur „gesetzlichen Spitalsreform“

Gesetzliche Bestimmungen sollen überprüft werden

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Die zur Zeit in Österreichs Spitälern geltenden gesetzlichen Vorschriften sollen darauf überprüft werden, wieweit sie noch den Erfordernissen der modernen Medizin entsprechen. Dies war das Ergebnis eines kürzlich über Einladung von Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stattgefundenen Gespräches, an dem Nationalratspräsident Rudolf PÖDER als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, der Präsident der Wiener Ärztekammer Dr. Michael NEUMANN und der Präsident der Apothekerkammer Mag. Dr. Paul BELOHLAVY und deren Mitarbeiter teilnahmen.

Zweck des Gespräches war es, Maßnahmen zu erörtern, um die aufgrund der Ereignisse in Lainz derzeit bestehende Verunsicherung der Patienten und des Personals wieder abzubauen. Unter anderem wurde nunmehr Bundesminister Ing. Harald ETTL in einem gemeinsamen Brief ersucht, zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe aus Praktikern und Legisten zu bilden und diese mit der Bearbeitung der entsprechenden Fragen zu beauftragen, wobei sich die Teilnehmer des Gespräches ebenfalls bereit erklärten, dabei aktiv mitzuwirken.

Nach übereinstimmender Meinung wäre es unbedingt notwendig, derzeit gültige, zum Teil schon vor vielen Jahren beschlossene Gesetzesbestimmungen (Krankenpflegegesetz, Krankenanstaltengesetz, Ärztegesetz) besser aufeinander abzustimmen und den Erfordernissen der täglichen Praxis anzupassen. (Schluß) zi/gg

Verbesserte regionalisierte Hilfe des Jugendamtes

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Seit Jahren ist das Jugendamt der Stadt Wien bemüht, seine Einrichtungen den Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung anzupassen. Im Vordergrund steht der Abbau des Amtsscharakters, der unbürokratische Zugang zu den Einrichtungen und die Bürgernähe. Neben der Serviceleistung durch die Bezirksjugendämter bietet das Jugendamt auch kleine dezentrale Einrichtungen in den Bezirken an, wie die 13 Sozialpädagogischen Beratungsstellen. In den letzten zehn Jahren wurden diese Beratungsstellen vor allem in Neubesiedlungsgebieten errichtet, um Eltern, Kindern und Jugendlichen bei den vielfältigsten Problemen behilflich zu sein.

Sozialpädagogische Beratung „Am Heidjöchl“

Im Zuge einer weiteren Regionalisierung bietet nun in einem Wiener Neubesiedlungsgebiet im 22. Bezirk „Am Heidjöchl“ und dem anschließenden Gebiet um die Quadenstraße, in dem innerhalb kurzer Zeit ca. 880 Wohnungen von durchwegs jungen Familien bezogen wurden, neben den zuständigen Sozialarbeiterinnen des Bezirksjugendamtes auch eine Sozialpädagogin in der Außenstelle des Jugendamtes „Am Heidjöchl“, Stiege 61, Tür 3, Beratung und Hilfen. Besonders für junge Familien, für alleinerziehende Mütter und Väter, aber auch für Kinder und Jugendliche mit vielfältigen Problemen in der Schule oder im Elternhaus steht die Sozialpädagogin jeden Mittwoch von 9 bis 21 Uhr zur Verfügung.

Neben der Beratungs- und Betreuungstätigkeit werden auch Wochenendaktivitäten für Alleinerzieher mit Kindern sowie bei Bedarf auch Mütter- oder Vätergruppen angeboten. Die Angebote sind kostenlos und können auch anonym in Anspruch genommen werden. (Schluß) jel/rr

Neue Direktorin des Pflegedienstes im Pflegeheim Lainz

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Im Pflegeheim Lainz wurde Mittwoch von Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS, dem Leiter der MA 17 (Anstaltenamt), Frau Ulrike MALY als neue Direktorin des Pflegedienstes in ihr Amt eingeführt. Die neue Pflegedienstleiterin ist seit dem Jahr 1973 als diplomierte Krankenschwester und seit 1981 als Stationsschwester bzw. seit 1987 als Oberschwester im Pflegeheim Lainz tätig gewesen. Sie tritt die Nachfolge von Adele PLESCHER an, die seit 1977 als Direktorin des Pflegedienstes tätig war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) zi/gg

Wesentlich schneller vom Westbahnhof zur Südbahn

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch erläuterte Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL umfassende Details über die neue U-Bahn-Linie U 6 sowie daran anbindende Linien des öffentlichen Verkehrs. Hervorstechendstes Merkmal war dabei die deutliche Fahrzeitverkürzung.

U 6: In fünf Minuten vom Westbahnhof zur Südbahn

Am 7. Oktober 1989 wird die U 6 von Heiligenstadt beziehungsweise Friedensbrücke bis zur Philadelphiabrücke in Betrieb genommen. Damit wird nicht nur der südliche Raum Wiens besser an die Bezirke entlang des Gürtels angeschlossen, sondern es entsteht auch eine äußerst attraktive und schnelle Verbindung von der Südbahn (Meidling) zum Westbahnhof. Benötigt man derzeit mit der Linie „8“ für diese Relation fahrplanmäßig 15 Minuten, so reduziert die U 6 die Fahrzeit auf fünf Minuten.

Neben der vorläufigen Endstation Philadelphiabrücke ergeben sich mit den neugeschaffenen U-Bahn-Stationen Vivenotgasse und der großen Verknüpfungsstation zwischen der U 4 und der U 6, Längenfeldgasse, auch neue, qualitativ hochwertige lokale Erschließungsfunktionen.

Zugleich mit der Verlängerung der derzeitigen Stadtbahnstrecke bis zur Südbahn wird die gesamte Strecke durch Intervallverdichtungen wesentlich aufgewertet. So wird das Intervall im Spitzenverkehr von derzeit fünf Minuten auf dreieindrittel Minuten reduziert, im Spätabendverkehr von zehn Minuten auf siebeneinhalb Minuten. Damit wird es auch möglich, den Ast nach Heiligenstadt bis zum Betriebsschluß im 15-Minuten-Intervall zu befahren.

Anpassungen im Autobusnetz: „12 A“ wird verlängert

Mit der Inbetriebnahme der neuen U-Bahn-Station in Meidling werde es natürlich notwendig sein, auch den Oberflächenverkehr den neuen, verbesserten Relationen anzupassen, sagte Hatzl in diesem Zusammenhang.

Das betrifft vor allem das Autobusnetz. Autobuslinien wie der „15 A“, „59 A“, „63 A“ und „64 A“ werden direkt an die U-Bahn-Stationen angebunden. Beim „8 A“ erfolgt eine Intervallverdichtung, der „12 A“ soll von der derzeitigen Endstation Längenfeldgasse bis in den 15. Bezirk zur Märzstraße verlängert werden, um eine neue Querverbindung zu schaffen.

Die Maßnahmen im Autobusnetz im einzelnen:

Die Linie „8 A“ erhält eine erhöhte Bedeutung als Zubringer zur U 6, deshalb wird das Intervall von derzeit zwölf auf zehn Minuten reduziert.

Die Linie „12 A“ wird von der derzeitigen Endstation Längenfeldgasse über die Strecke Längenfeldgasse – Stiegerbrücke – Stiegergasse – Geibelgasse – Mariahilfer Straße – Grenzgasse – Schmelzbrücke – Schweglerstraße – Goldschlagstraße – Huglgasse – Märzstraße und zurück über Märzstraße – Schweglerstraße – Schmelzbrücke – Grenzgasse – Mariahilfer Straße – Arnsteingasse – Sechshauser Straße – Stiegergasse – Stiegerbrücke – Längenfeldgasse – Schönbrunner Straße verlängert. Damit wird eine Direktanbindung von weiten Teilen des 15. Bezirkes an den neu entstandenen U-Bahn-Knoten Längenfeldgasse angeboten.

Die Linie „15 A“ wird statt über die Schönbrunner Straße und die Arndtstraße über die Niederhofstraße direkt zur gleichnamigen Station der U 6 geführt.

Die Linie „59 A“ wird von der Dörfelstraße bis zur U-Bahn-Station Philadelphiabrücke verlängert.

Die Linie „63 A“ verliert ihre Funktion als „Stadtbahn-Ersatzlinie“ während des U 6-Baues zwischen der Meidlinger Hauptstraße und der Gumpendor-

fer Straße und wird deshalb zur U-Bahn-Station Niederhofstraße umgelenkt, wodurch auch eine verbesserte Erschließung des Meidlinger Marktes durch öffentliche Verkehrsmittel erreicht wird.

Die Linie „64 A“ fährt statt über die Wienerbergstraße über die Philadelphia-Brücke, wo das Umsteigen in die U 6 möglich ist.

Änderungen im Straßenbahnnetz

Die Inbetriebnahme der U 6 im Zusammenhang mit den entlang des Gürtels gesetzten Maßnahmen wie der Errichtung zusätzlicher Stationen und dem Einbau von Aufzügen in die alten Stationen machen die Linie „8“ entbehrlich. Diese Linie wird daher aufgelassen. Die jährlichen Betriebskosten der Linie „8“ betragen derzeit zumindest 80 Millionen Schilling.

Mit den freierwerdenden Garnituren können ältere Fahrzeuge auf anderen Linien ersetzt werden. So wird es möglich sein, auf der Linie „J“ wieder Zweiwagenzüge einzusetzen, auf der Linie „D“ größere Einheiten als derzeit anzubieten und schließlich auf der Linie „71“ Züge mit ausfahrbaren Trittstufen zu verwenden. Weiters soll die Linie „62“ mit Gelenktriebwagen betrieben werden, wobei es auch zu einer Intervallverdichtung von derzeit siebeneinhalb auf sechs und von zehn auf siebeneinhalb Minuten kommen wird.

Die Linie „64“ wird ab der Inbetriebnahme der U 6 nur mehr bis Meidling geführt.

Durch den Bau einer Hochgarage neben dem Westbahnhof und die schwierige Einbindung des Verkehrs von der Felberstraße in den Gürtel sind zunehmende Behinderungen für die Linie „9“ in diesem Bereich zu erwarten. Es ist daher beabsichtigt, die Linie „9“ nicht mehr über die Schweglerstraße und die Felberstraße, sondern über die Märzstraße und den Neubaugürtel zum Westbahnhof zu führen. Für die entfallende Station bei der Schmelzbrücke wird mit der verlängerten Autobuslinie „12 A“ Ersatz angeboten.

Daten und Fakten zur U 6

- Auf der Stadtbahnstammstrecke der U 6 wurden zwei zusätzliche Stationen, Thaliastraße und Michelbeuern, sowie ein zweiter Aufgang bei der Station Burggasse zum Urban-Loritz-Platz neu errichtet.
- In alle ehemaligen Stadtbahnstationen (ausgenommen Westbahnhof wegen des U 3-Baues und Thaliastraße, weil dort Fahrtreppen beziehungsweise ein ebener Zugang vorhanden sind) wurden Aufzüge eingebaut.
- Mit der Intervallverdichtung auf dreieindrittel Minuten in der Spitzenzeit erhöht sich das Platzangebot der U 6 auf 7.740 Plätze pro Stunde. Demgegenüber beträgt das Platzangebot der Linie „8“ in der Spitze derzeit nur 2.470 Plätze.
- Die Fahrtdauer von der Philadelphiabrücke bis zur Nußdorfer Straße wird bei der U 6 16 Minuten betragen. Die Linie „8“ braucht für die gleiche Strecke laut Fahrplan, wenn es zu keinen Behinderungen kommt, 35 Minuten.

Abschließend ging Hatzl auf die Kosten ein: Für den Neubau der U 6-Strecke zwischen Längenfeldgasse und Philadelphiabrücke betragen diese rund 4,7 Milliarden Schilling; der Umbau der Stadtbahnstrecke inklusive unter anderem Otto-Wagner-Brücke, Station und Revisionshalle Michelbeuern, Rechtsumstellung und Signalanlagen sowie Stationsumbau und Aufzüge kostete rund 1,4 Milliarden Schilling und der Wagenbau für die zusätzlich benötigten Garnituren 1,2 Milliarden Schilling. (Schluß) pz/gg/rr

Forts. von Blatt 978

österreichischer Städtetag in Villach

Resolution: Positiv zur Europäischen Integration

Villach, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Die vom Österreichischen Städtebund vertretenen Städte und Gemeinden stehen dem Gedanken der Europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber. Unverzichtbarer Bestandteil dafür ist jedoch die Aufrechterhaltung der immerwährenden Neutralität. Dies ist die Grundaussage der Resolution, die vom 39. Österreichischen Städtetag in Villach beschlossen wurde.

Der Städtebund erwartet sich allerdings, daß Benachteiligungen aus Randlagen entgegengewirkt wird. Dies erfordere unter anderem eine Neuorientierung der Strukturpolitik und eine vordringliche Lösung der Transitproblematik.

Städtische Initiativen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sollten von Bund und Ländern nach Kräften gefördert werden. Dies gilt nicht nur für die Zusammenarbeit zwischen Wien und Budapest, sondern für alle grenzüberschreitenden Initiativen auf wirtschaftlichen, kulturellen oder anderen Gebieten.

Bei den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen müsse unbedingt auf die föderalistische Struktur Österreichs und die verfassungsrechtlich garantierte Gemeindeautonomie Rücksicht genommen werden, forderte der Österreichische Städtebund. Verhandlungen der Republik mit den europäischen Gemeinschaften und anderen Staaten über weitere Integrationschritte sind nur mit begleitenden Konsultationen der Gemeinden zu führen. Dies gilt sowohl für Gespräche zum EG-Binnenmarkt als auch für Neuregelungen im Rahmen des GATT und Vereinbarungen zwischen EFTA-Staaten und EG.

Der Städtebund erwartet, daß der Bund der finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie hohe Priorität einräumt. Der Städtebund lehnt eine Beteiligung der Gemeinden an einem Mitgliedsbeitrag zu einer supranationalen Einrichtung, insbesondere der EG, ab. Aus einer Beteiligung am Mitgliedsbeitrag zur EG würde sich eine weitere finanzielle Belastung der Gemeinden von rund zwei Milliarden Schilling ergeben, die zusätzlich zu den erheblichen Einnahmenentfällen aus der Steuerreform und aus den zu erwartenden EG-Steueranpassungen für die Gemeinden nicht mehr zu verkraften wäre.

Bericht des Generalsekretärs: 1988 war gutes Jahr für die Gemeinden

Der 39. Österreichische Städtetag wurde Mittwoch früh mit der Plenartagung fortgesetzt. Generalsekretär Dkfm. Dr. Erich PRAMBÖCK sagte in seinem Bericht, daß 1988 ein gutes Jahr für die österreichischen Städte und Gemeinden gewesen sei. Mit 4,2 Prozent hatte Österreich das höchste Wirtschaftswachstum der 80er Jahre. Bei einer Inflationsrate von nur zwei Prozent hatten die Gemeinden wieder vollen Anteil am Wirtschaftswachstum. Mit dem Finanzausgleichsgesetz 1989 konnte die Belastung der Gemeinden aus der Steuerreform durch die Beteiligung an der Kapitalertragsteuer auf ein Ausmaß von rund eineinhalb bis zwei Milliarden Schilling begrenzt werden.

In den nächsten Monaten werden sich aber bereits die vollen Auswirkungen der Steuerreform in den kommunalen Budgets zeigen. So werden die Überweisungen des Bundes an die Gemeinden im Mai gegenüber dem Vorjahr bereits um fünf Prozent sinken.

Die abzusehende angespannte finanzielle Situation macht es den Gemeinden unmöglich, weitere Belastungen zu übernehmen. In diesem Zusammenhang verwies Pramböck darauf, daß sich mit einer Einführung von Informatik in den dritten und vierten Klassen der Hauptschulen und im Poly-

technischen Lehrgang Investitionskosten von rund einer halben Milliarde Schilling und wesentliche Erhaltungs- und Folgeaufwendungen für die Gemeinden ergeben würden. Diese Kosten wären für die Gemeinden in ihrer angespannten Situation nicht verkraftbar und müßten ihnen abgolt werden.

Zur Realisierung des EG-Binnenmarktes sagte Dr. Pramböck, daß bei einer vollen Beteiligung ein Wachstumsschub von bis zu 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erwarten sei, was sich zweifellos positiv auf den Abgabenertrag der Gemeinden auswirken würde. Jedoch würden die absehbaren Anpassungen vor allem bei der Mehrwertsteuer bei den Gemeinden einen Einnahmenentgang von 2 bis 2,7 Milliarden Schilling bewirken. Weiters sollten die Gemeinden nach Vorstellungen des Bundes und der Länder einen Anteil am sogenannten Mitgliedsbeitrag zur EG übernehmen, was sie rund zwei Milliarden Schilling kosten würde. Die Gemeinden würden mit diesen Maßnahmen rund sechs bis sieben Prozent ihrer Steuereinnahmen verlieren, was beträchtlich über die zu erwartenden Wachstumseffekte hinausgeht.

Abschließend betonte Dr. Pramböck nochmals, daß die Gemeinden deshalb eine Beteiligung am EG-Mitgliedsbeitrag strikt ablehnen, da es sich dabei um eine Aufgabe des Bundes handelt, unabdingbar sei jedenfalls, daß die Gemeinden in die Verhandlungen miteinbezogen werden. (Forts. mgl.)
roh/rr/gg

Forts. von Blatt 980

Bandion zu Lainz: Verbrechen nicht systemimmanent

Ludwig-Boltzmann-Institut für Gerostomatologie vorgestellt

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Vor der Zerstörung eines in Jahrzehnten aufgebauten, berechtigten Vertrauens in die moderne Medizin und vor einem Abschieben von persönlicher Verantwortung auf ein anonymes „System“ warnte der Wiener Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION Dienstag abend bei einer Veranstaltung der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, bei der das neue Institut für Gerostomatologie (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde für alte Menschen) vorgestellt wurde.

Bandion kritisierte, daß durch manche lautstarke, aber wenig qualifizierte öffentliche Infragestellung des gesamten Gesundheitssystems das für eine erfolgreiche Therapie notwendige Vertrauen der Patienten in die medizinische Versorgung erschüttert werde — und dies, obwohl nie zuvor die Medizintechnik einen so hohen Standard erreicht hatte, nie zuvor Ärzte so rasch und wirkungsvoll bei so vielen Leiden helfen konnten, nie zuvor so viel Geld für das Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt wurde.

Bandion wörtlich: „Jedes System, das von Menschen gemacht und ausgefüllt wird, ist grundsätzlich fehleranfällig und verbesserungsfähig. Dies gilt selbstverständlich auch für den medizinischen Bereich und das Gesundheits- und Spitalswesen. Es wäre aber verhängnisvoll, die Verantwortung für individuelle Untaten, für individuelles Versagen, auf irgendein 'System', auf anonyme 'Zustände' abzuschieben. In letzter Konsequenz würde dies den einzelnen Menschen jener ethischen und moralischen Verpflichtungen entheben, auf denen unsere Gesellschaft beruht. Keine Institution ist davor gefeit, daß in ihrem Schoß Verbrechen geschehen, aber kein System entbindet den einzelnen von seiner persönlichen Verantwortung, keine Systemschwäche darf eine Entschuldigung für Mord sein. Was in Lainz geschehen ist, das ist NICHT systemimmanent, das ist und bleibt unmenschliche Barbarei konkreter Personen.“

Intensive Auseinandersetzung mit Medizin und Gesundheitswesen

Bandion unterstrich, daß es nicht des Anstosses jener tragischen Ereignisse bedurfte, um sich intensiv mit den Problemen, Erfordernissen und auch Reformnotwendigkeiten im Gesundheitswesen zu beschäftigen. Im Rahmen der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft (deren Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bandion ist) wurden seit 1968 an die 60 Institute im Bereich der medizinischen Forschung gegründet, zuletzt — zwei Tage vor dem Bekanntwerden der Lainzer Vorfälle — eine Forschungsstelle für Krankenhausorganisation.

Auch der steigenden Bedeutung der medizinischen und sozialen Betreuung älterer Menschen wurde und wird Rechnung getragen. In der Boltzmann-Gesellschaft widmen sich etwa die Institute für Altersforschung (Prof. Fellinger und Prof. Tragl, seit 1972) sowie für Sozialgerontologie und Lebenslaufforschung (Prof. Rosenmayr, seit 1980) und die Forschungsstelle für Klinische Geriatrie (Prof. Neumayer, seit 1985) speziell dieser Problematik. Gerontologische Anliegen spielen aber auch in der Forschungstätigkeit zahlreicher anderer Institute eine große Rolle.

Partnerschaft zwischen Wiener Universitätsklinik und Krankenhaus Sankt Pölten

Das neue Institut für Gerostomatologie, dessen Gründung bereits vor einem Jahr in die Wege geleitet worden war, beschäftigt sich mit den Problemen und Aufgaben der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde für alte Menschen, einem für die physische und psychische Lebensqualität der Betroffenen außerordentlich wichtigen Gebiet, auf dem aber — im Vergleich zu anderen medizinischen Forschungszweigen — ein gewisser

Nachholbedarf besteht. Die Einrichtung des Instituts wurde durch die Zusammenarbeit zwischen der Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in Wien und dem Krankenhaus der Landeshauptstadt St. Pölten ermöglicht. Förderer sind neben dem Land Niederösterreich — Bandion dankte insbesondere Landeshauptmann LUDWIG für dessen Unterstützung — Bankinstitute und Wirtschaftsunternehmen. Als wissenschaftlicher Leiter fungieren Univ.-Prof. Dr. R. SLAVICEK (Wien), Prim. Dr. R. FISCHER (St. Pölten) und Univ.-Prof. Dr. G. WATZEK (Wien). (Schluß) ger/rr

Forts. von Blatt 982

österreichischer Städtetag in Villach (2)

Lacina: Europareif sind wir schon lang

Villach, 10.5. (RK-KOMMUNAL) Das Schlußreferat des 39. Österreichischen Städtetages in Villach hielt Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA. Er bezeichnete einleitend die Steuerreform und den Abschluß des Finanzausgleiches als die großen Erfolge des Jahres 1988. Es läßt sich bereits feststellen, daß die Steuerreform zu überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum und damit zu höheren Einnahmen für alle Gebietskörperschaften geführt habe. Der größte Erfolg: „Wir sind dabei, die Vollbeschäftigung wieder zu erringen“, sagte Lacina. Den letzten Finanzausgleich bezeichnete Lacina als beachtlichen Erfolg für die Städte und Gemeinden, die erstmals an der Kapitalausgleichssteuer beteiligt sind. Durch eine Verfassungsänderung wurden der Städtebund und der Gemeindebund als gleichberechtigte Partner festgelegt. Kritik des Finanzministers: Der Ausgleich zwischen stärkeren und schwächeren Gemeinden funktioniert nicht, der Finanzausgleich könnte deshalb durch eine Klage beim Höchstgericht in Frage gestellt werden. Zur KEST sagte Lacina noch, auf die BRD bezugnehmend: „Ich habe nicht vor, Verteidigungsminister zu werden und die KEST aufzugeben“.

„Wir sind wirtschaftlich bereits so eng mit den EG-Ländern verbunden, daß es keine Alternative dazu gibt, am Wirtschaftsraum möglichst gleichberechtigt teilzunehmen“, sagte Lacina. „Die immerwährende Neutralität darf kein Handelsobjekt werden. Die hohen Standards in der Sozial- und Umweltpolitik dürfen nicht in Frage gestellt werden“.

Wir müßten die nächsten Jahre nicht dazu nutzen, europareif zu werden, denn: „Europareif sind wir schon lange“, aber den Anpassungsbedarf vorzubereiten. Hinsichtlich des Steuersystems gebe es heute selbst in der EG noch keine Einigung über eine Harmonisierung, Großbritannien sei zum Beispiel dagegen. Eine grobe Kalkulation hätte für Österreich aber ergeben, daß sich das Aufkommen in der Waage halten werde.

Kritik richtete Lacina an die Gemeinden, die sich nicht an den Kosten einer EG-Mitgliedschaft beteiligen wollen: „Österreich wäre auf Grund seiner Wirtschaftskraft in Brüssel Nettozahler und müßte rund 12 Milliarden abliefern. Der Grundsatz einer ausgewogenen Lastenverteilung, wie er in der Finanzverfassung festgelegt ist, muß aber beachtet werden. Die Gemeinden und Städte könnten sich nicht nur die Rosinen aus einer Teilnahme am europäischen Markt herauspicken, sondern müßten sich auch an den Lasten beteiligen“, sagte der Finanzminister. Eine Neuregelung der Finanzverfassung nach dem Muster der BRD könnte überlegt werden, aber auch in diesem Fall müßten die Gemeinden die entsprechenden Lasten tragen. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 981

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 11. Mai 1989

Blatt 985

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stacher: Pflegeheime sind keine Spitäler (986/FS: 10.5.)
- Kindertagesheim im 6. Bezirk eröffnet (987)
- Pflegeeltern seit zehn Jahren (987)
- Verstärkte Linienführungen zum Muttertag (988)
- 51 neue Schwestern und Pfleger im 2. Bildungsweg diplomiert (990)
- Mehr Sicherheit für die Mieter im Palme-Hof (991)
- Häupl für sofortige Gespräche mit Niederösterreich wegen Nationalpark (992)
- Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ (993)

Kultur:

- Uhrenmuseum erwarb seltene Biedermeieruhr (989)

Stacher: Pflegeheime sind keine Spitäler

Wien, 10.5. (RK-KOMMUNAL) „Pflegeheime sind keine Spitäler“, stellte Mittwoch Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zu einer Aussendung von FPÖ-Gemeinderätin Karin LANDAUER bezüglich der Personalsituation im Pflegeheim Baumgarten, fest. Sollte ein Pflegeheimbewohner ernsthaft erkranken, so ist die Aufnahme in ein Krankenhaus vorgesehen, erklärte der Stadtrat. Vor allem in Wien werden Pflegeheime sehr oft mit Krankenhäusern verwechselt. Der Grund dafür ist an und für sich positiv: In Wien wird bekanntlich auch in den städtischen Pflegeheimen ein ärztlicher Dienst „rund um die Uhr“ aufrecht erhalten, obwohl dies gesetzlich gar nicht vorgesehen ist, erklärte Stacher. (Schluß)
zi/rr

Bereits am 10. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Kindertagesheim im 6. Bezirk eröffnet

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Das 309. Kindertagesheim der Stadt Wien eröffnete Donnerstag Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL in Wien 6, Stiegengasse 15. Das Kindertagesheim, in dem 50 Kinder in zwei Kindergartengruppen untergebracht sind, ist das insgesamt sechste in Mariahilf. Smejkal unterstrich die Problematik geeigneter Bauplätze im innerstädtischen Bereich. Das Kindertagesheim Stiegengasse 15 ist in eine Wohnhausanlage integriert und die zweite derartige Einrichtung, die innerhalb zweier Jahre im 6. Bezirk eröffnet werden konnte. (Schluß) jel/gg

Pflegeeltern seit zehn Jahren

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) 17 Familien aus Wien, Niederösterreich und der Steiermark, die seit zehn Jahren Wiener Pflegekinder betreuen, übergab Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag im Rahmen einer Feier ein Ehrendiplom und ein Geldgeschenk.

Das Wiener Jugendamt wirbt weiterhin um Wiener Pflegefamilien, erklärte Smejkal gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, damit Ende des Jahres 1988 von den 1.917 Wiener Pflegekindern nur 968 in Wiener Familien untergebracht waren. 949 Wiener Kinder und Jugendliche haben ein Zuhause bei Pflegefamilien in den Bundesländern gefunden. In Wien gibt es derzeit 917 Pflegefamilien, 22 davon Großpflegefamilien, vier sind sozialpädagogische Pflegefamilien.

Per 31. Dezember 1988 lebten 1.917 Kinder und Jugendliche aus Wien bei insgesamt 1.355 Pflegefamilien. 1.491 Kinder und Jugendliche befinden sich in Heimen der Stadt Wien. (Schluß) jel/rr

Verstärkte Linienführungen zum Muttertag

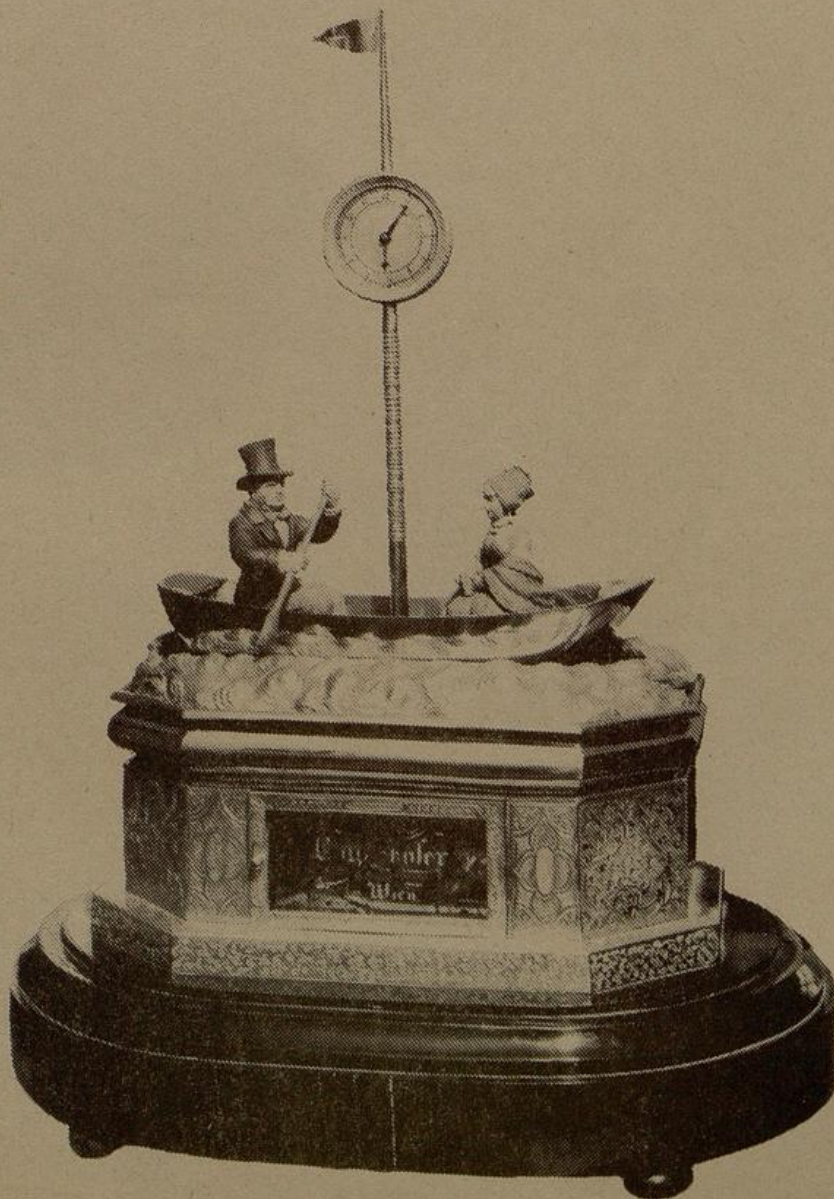
Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Da erfahrungsgemäß am „Muttertag“ eine stärkere Fahrgastfrequenz festzustellen ist, werden alle zu den Friedhöfen führenden Linien der Verkehrsbetriebe an diesem Tag verstärkt geführt.

Darüber hinaus wird die Straßenbahnlinie „6“ am Samstag, dem 13. Mai, und am Sonntag, dem 14. Mai, bis zum Zentralfriedhof, 3. Tor, verlängert. Weiters wird am Sonntag, dem 14. Mai, in der Zeit von 8 bis 17 Uhr die Autobuslinie „39 A gestrichen“ zwischen der Sieveringer Straße/Karthäuserstraße und dem Sieveringer Friedhof verkehren. (Schluß) pz/gg

Uhrenmuseum erwarb seltene Biedermeyeruhr

Wien, 11.5. (RK-KULTUR) Das Wiener Uhrenmuseum, mit rund 50.000 Besuchern im Jahr eines der meistfrequentierten Museen der Stadt Wien, hat seine Sammlung um ein einmaliges Objekt der Wiener Uhrmacherkunst erweitert: Im Wiener Antiquitätenhandel konnte eine vom Wiener Uhrmachermeister Johann Ratzenhofer signierte Uhr erworben werden, deren Uhrzeit im Pendel abzulesen ist, wobei ein im Boot sitzendes, in Biedermeyertracht gekleidetes Pärchen und der Bootsmast die Funktion des Pendels übernehmen. Die 1840 gefertigte Uhr stellt einen weiteren Anziehungspunkt unter den zahlreichen wertvollen Exponaten des Museums dar.

Das Museum, das in den letzten Jahren um einige Räume erweitert wurde, bietet eine chronologische Darstellung der Entwicklung der mechanischen, elektrischen bis hin zur elektronischen Zeitmessung. Anlässlich der Erweiterung des Museums ist nun auch ein neuer Katalog unter dem Titel „Uhrenmuseum Wien“ erschienen, der die zweihundertfünfzig wichtigsten Uhren des Museums in Wort und Bild erfaßt. Der Katalog kostet 120 Schilling. Das Uhrenmuseum ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/rr



51 neue Schwestern und Pfleger Im 2. Bildungsweg diplomiert

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) In der Krankenpflegeschule des Krankenhauses Lainz erhielten Donnerstag 45 Stationsgehilfinnen und sechs Stationsgehilfen nach Absolvierung einer zweieinhalbjährigen Ausbildungszeit ihre im sogenannten „Zweiten Bildungsweg“ erworbenen Diplome überreicht. Die Überreichung nahm Gemeinderat Erich HUBER in Vertretung von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER vor. Damit stehen in den städtischen Krankenanstalten Wiens insgesamt 6.044 diplomierte Pflegepersonen zur Verfügung.

Ab Herbst zusätzliche Ausbildungsplätze

Laut Stacher hat Wien als erstes Bundesland bereits 1971 mit der Durchführung von Diplomlehrgängen für Stationsgehilfen bzw. -gehilfinnen begonnen. Derzeit gibt es 195 solche Ausbildungsplätze. Die Lehrgänge können von Stationsgehilfen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren nach dreijähriger Tätigkeit im Pflegeberuf und erfolgreichem Abschluß des Stationsgehilfen-Kurses besucht werden. Nach Mitteilung des Gesundheitsstadtrates wird ab Herbst dieses Jahres außerdem ein zusätzlicher Lehrgang mit 50 weiteren Ausbildungsplätzen an der Krankenpflegeschule in Lainz eröffnet. Seiner Meinung nach stellen diese Diplomkurse für bisher als Stationsgehilfinnen tätige Mitarbeiterinnen einen wichtigen Beitrag zur Qualitätsverbesserung in den Wiener Krankenhäusern dar. Stacher wies ferner darauf hin, daß in den städtischen Spitälern Wiens jährlich über 280.000 Aufnahmen erfolgen. 1988 konnten insgesamt 476 neue Krankenpflegepersonen mit der Diplomierung ihre Ausbildung abschließen. Die Zahl der jährlichen Diplomierungen hat sich somit seit 1973 mehr als verdoppelt. (Schluß) zi/rr

Mehr Sicherheit für die Mieter im Palme-Hof

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Sicherheit der Mieter im Olof-Palme-Hof in Favoriten, Ada-Christen-Gasse 2. Es sollen unter anderem Aufzüge umgebaut, transparente Gang- und Brandabschnittstüren eingebaut und das Orientierungssystem verbessert werden. Die Maßnahmen wurden in Zusammenarbeit mit der örtlichen Initiative „Frauen für mehr Sicherheit“ erarbeitet.

Der Gemeinderatsausschuß beschloß ferner den Einbau von Schallschutzfenstern mit Hilfe von Förderungen gemäß Bundesstraßengesetz in den städtischen Wohnhausanlagen 20, Adalbert-Stifter-Straße 23-31 sowie 10, Triester Straße 85. In den Gemeindebauten mit zusammen fast 600 Wohnungen werden außerdem Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und damit insgesamt über 18 Millionen Schilling investiert.

Schließlich werden zwei weitere städtische Althäuser in der Leopoldstadt saniert. Die Häuser in der Malzgasse 3/Miesbachgasse 4 und Adamberggasse 5 stammen aus der Mitte des 19. Jahrhundert. Aus den insgesamt 51 Substandard-Wohnungen sollen binnen drei Jahren mit einem Gesamtaufwand von 45,63 Millionen Schilling 29 Kategorie-A-Wohnungen gemacht werden. Die Sanierungsarbeiten werden in Kürze beginnen und heuer noch 8,5 Millionen Schilling verbaut. (Schluß) ah/gg

Häupl für sofortige Gespräche mit Niederösterreich wegen Nationalpark

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL begrüßte am Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ die von Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Ernst HÖGER und Naturschutzreferent Landesrat Ernest BREZOVSKY vorgestellten Pläne für einen Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen. Er halte die Schaffung einer Nationalpark-Errichtungsgesellschaft für gut und plädiere für sofortige Kontaktgespräche mit Wien auf Beamtenebene. Wien habe ja bereits einen ersten Schritt in Richtung Nationalpark getan und begonnen, die Lobau nationalparkwürdig zu gestalten. Die Schaffung eines Nationalparks im Osten Wiens in Zusammenarbeit beider Bundesländer könne von wesentlicher ökologischer Bedeutung für diese Region Österreichs sein, führte Häupl weiter aus. Abschließend betonte der Umweltstadtrat, daß für ihn allerdings die Errichtung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen mit einem etwaigen Kraftwerk Engelhartstetten nicht vereinbar sei. (Schluß) du/gg

Ausstellung „150 Jahre Marktamt“

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Marktamt wird heuer 150 Jahre alt. Aus diesem Grund wird vom 13. bis 23. Juni in der Volkshalle des Wiener Rathauses die Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ gezeigt. Außerdem wird vom 13. bis 25. Juni ein großer Rathausmarkt errichtet, der das Angebot der Wiener Märkte in seiner ganzen Breite darstellen soll. Der Gemeinderatsausschuß für Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag für die Ausstellung einen Betrag in der Höhe von einer Million Schilling.

Die Schau in der Volkshalle wird die Geschichte dieser für die Wienerinnen und Wiener unentbehrlichen Einrichtung von den Anfangstagen bis in die Gegenwart zeigen. Heute übt das Marktamt unter anderem die Funktionen einer Lebensmittelpolizei und einer Gewerbepolizei aus, es ist aber auch Marktverwaltung, führt Preisüberwachungen durch und ist damit eine nicht wegzudenkende Konsumentenorganisation. Beamte des Marktamtes werden Interessenten an allen Tagen für Auskünfte zur Verfügung stehen.

Der große Rathausmarkt — zwischen Ring und Rathaus —, der vom Landesgremium der Marktfahrer und von Sponsoren finanziert wird, soll eine Mischung aus Jahr-, Wochen- und Tagesmarkt darstellen: Als Jahrmarkt beispielsweise Ringelspiele, als Wochenmarkt das ständige Wiener Marktangebot in seiner Vielfalt und als Tagesmarkt etwa Obst und Gemüse.

Vorgesehen ist auch ein buntes und abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm, das besonders jugendliche Besucher erfreuen soll. Sowohl die Ausstellung in der Volkshalle, als auch der Rathausmarkt werden täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet sein.

Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER: „Der 150jährige Bestand des Marktamtes ist ein willkommener Anlaß, die Leistungen dieser Einrichtung der Stadt Wien allen interessierten Wienerinnen und Wienern besonders vorzustellen und auf Wunsch auch zu erläutern.“ (Schluß) ull/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 12. Mai 1989

Blatt 994

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Edlinger: „Sensationelle Falschmeldung von FPÖ-Gemeinderat Kirchner“ (995/FS: 11.5.)

Pasterk: „Unseriöser Angriff der ÖVP bezüglich Rechnungshofbericht“ (996/FS: 11.5.)

Terminvorschau vom 16. bis 27. Mai (998)

Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene bietet jetzt auch Vorträge (999)

„Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion (999)

Stacher: Erfreuliche Zwischenbilanz bei Zeckenimpfung (1000)

Sperre der Auffahrtsrampe Triester Straße (1001)

Ausstellung 150 Jahre Marktamt: Keine Feier sondern Information und zusätzliches Service für die Bevölkerung (1002)

Kurse für Führungsaufgaben im AKH (1003)

Feierliche Angelobung der Wehrmänner der Garnison Wien (1004)

Busek für Privatisierung von Mietwohnungen (1005)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

Wiener Vorlesungen mit Prof. Watzlawick (997)

Rechnungshofbericht betrifft nicht Pasterks Amtszeit (1006)

Dienstag Pressekonferenz über „Wiener Vorlesungen“ (nur FS)

Edlinger: „Sensationelle Falschmeldung von FPÖ-Gemeinderat Kirchner“

Wien, 11.5. (RK-KOMMUNAL) Als „sensationelle Falschmeldung“ bezeichnete Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER die Behauptung von FPÖ-Gemeinderat Kirchner, daß eine Aufzugsfirma des ÖGB ausländische Schwarzarbeiter bei der Sanierung des Karl-Marx-Hofes beschäftige.

Gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ erklärte Edlinger:

- „1. Bei der betreffenden Firma handelt es sich nicht um eine Aufzugs-, sondern um eine Installateurfirma, die den nachträglichen Zentralheizungseinbau durchführt.
2. Der ÖGB ist nicht an dieser Privatfirma beteiligt, sondern an jener 'Gesellschaft für Stadt- und Dorferneuerung', die im Karl-Marx-Hof mit der Bau- und Mieterbetreuung während der Sanierung beauftragt ist. Gerade dadurch konnte diese Beschäftigung ausländischer Schwarzarbeiter aufgedeckt und der Stadt Wien davon Mitteilung gemacht werden.
3. Auch der Name der betreffenden Firma wurde im Gemeinderatsausschuß vor rund 30 Gemeinderäten und Beamten mehrfach genannt.
4. Als Konsequenz wurde der Stadtbaudirektor bereits vor etwa einer Woche ersucht, die betreffende Firma unbefristet und unbedingt für künftige Auftragsvergaben zu sperren. Auch das wurde dem Gemeinderatsausschuß mitgeteilt.

Ich habe eine so eklatante Falschmeldung noch nicht erlebt. Ich muß annehmen, daß Herr Gemeinderat Kirchner als einziger von rund 30 Personen des Gemeinderatsausschusses entweder meine Mitteilung nicht verstanden hat oder aber unaufmerksam war“, meinte Edlinger. „Ich finde es äußerst bedenklich, daß der Spitzenkandidat der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die Arbeiterkammerwahl so leichtfertig und ohne jegliche Sorgfalt Politik betreibt“, schloß Edlinger. (Schluß) ah/rr

Bereits am 11. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Pasterk: „Unserlöser Angriff der ÖVP bezüglich Rechnungshofbericht“

Bericht wird bei Vorliegen der endgültigen Fassung diskutiert

Wien, 11.5. (RK-KULTUR) Als Unterstellung bezeichnete Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK die sinngemäße Äußerung von ÖVP-Gemeinderat Mag. KAUER, man wolle den Rechnungshofbericht über die Kulturabteilung der Stadt Wien, betreffend die Jahre 1984-1986, „unter den Tisch fallen“ lassen. Niemand denke daran, den Bericht zu verheimlichen oder auch „unangenehmer Kritik im Kulturausschuß und im Gemeinderat auszuweichen“. Aufgrund der in der Bundesverfassung vorgesehenen Frist von drei Wochen war es jedoch notwendig, die Äußerung des Wiener Stadtsenates zum Rechnungshofbericht innerhalb dieser Zeit beizustellen.

Die von Kauer genannte Drei-Monatsfrist entspricht ebensowenig den Tatsachen, wie sein Vorwurf der „groben Verletzung parlamentarischen Sitten“. Sie habe, da Kauer nicht erreichbar war, sofort nach Einlangen des Berichtes ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS verständigt, und auch FPÖ-Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ in Kenntnis gesetzt, sagte Pasterk, und damit alles getan, um die Opposition zu informieren.

Die von Kauer zitierte Kritik an den Leitungsfunktionen des verantwortlichen Stadtrates für Kultur in verschiedenen Vereinen wie den „Wiener Festwochen“ und den „Wiener Symphonikern“ sei schon deshalb nicht stichhältig, weil diese seit 1954 bestehende Regelung bisher nie vom Rechnungshof kritisiert wurde.

Bei dem von Kauer genannten Bericht handle es sich nicht um den Endbericht des Rechnungshofes, sagte Pasterk. Selbstverständlich werde der Endbericht des Rechnungshofes samt seiner für die Diskussion in den Gremien erforderlichen Gegenäußerung — entsprechend der Geschäftsordnung — dem Gemeinderatsausschuß, dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt werden.

Pasterk bezeichnete den Angriff Kauer als unseriös, da er mit falschen Behauptungen, wie der Drei-Monatsfrist für die Äußerung argumentierte und die durch sie erfolgte Information der Opposition nicht zur Kenntnis nehme. (Schluß) gab/gg

Bereits am 11. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wiener Vorlesungen mit Prof. Watzlawick

Wien, 12.5. (RK-KULTUR) Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen findet am kommenden Mittwoch, dem 17. Mai, um 19 Uhr, im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses statt. Prof. Dr. Paul WATZLAWICK (Mental Research Institute, Palo Alto, USA) spricht über das Thema „Elfenbeinturm oder Fußballplatz. Der einzelne zwischen 'innen' und 'außen'“. Moderation: Barbara RETT. (Schluß) ger/gg

Terminvorschau vom 16. bis 27. Mai

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 16. bis 27. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

DIENSTAG, 16. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Mira Lobe, Prof. Hugo Wiener und Ludwig Stieglitz (Stein. Saal I, Rathaus)

16.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk/Prof. Watzlawick: „Wiener Vorlesungen 1989“ (Palais Auersperg, Wintergarten, 8, Auerspergstraße 1)

MITTWOCH, 17. MAI:

8.30 Uhr, Eröffnung des Blumenmarktes Am Hof durch StR. Häupl (17. und 18.5.)

13.30 Uhr, Eröffnung einer Parkanlage durch StR. Häupl (5, Grüngasse/Rüdigerasse)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen, Prof. Watzlawick „Elfenbeinturm oder Fußballplatz. Der einzelne zwischen 'innen' und 'außen' ". (Stadtsenats-sitzungssaal, Rathaus).

DONNERSTAG, 18. MAI:

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes durch Vzbgm. Smejkal (9, Lazarettgasse 6-8)

19.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Dr. Michaela Köck und Franz Vogler (Bezirksmuseum Döbling)

SAMSTAG, 20. MAI:

10.30 Uhr, Baubeginn im Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel, StR. Edlinger und BV Weissmann (2, Im Werd 15)

MONTAG, 22. MAI:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus den „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters“, Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

14.00 Uhr, Überreichung des Ehrenringes der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Friedrich Gulda (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 23. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an o. Univ.-Prof. DDr. Hans Walter Fasching, o. Univ.-Prof. DDr. Oskar Schaller und o. Univ.-Prof. Dr. Kurt Schubert (Roter Salon, Rathaus)

MITTWOCH, 24. MAI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Ausstellung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich? Die Auswirkungen der Französischen Revolution in Wien und Tirol“ (Historisches Museum)

FREITAG, 27. und SAMSTAG, 28. MAI:

Österreichisches Blasmusikfest in allen Bezirken

SAMSTAG, 28. MAI:

ca. 16 Uhr, gemeinsames Abschlußkonzert der Musiker des 10. Österr. Blasmusikfestes auf dem Rathausplatz

(Schluß) red/gal

Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene bietet jetzt auch Vorträge

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Die im September 1988 eröffnete Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung, Telefon 78 74 17, ist ein voller Erfolg: Bisher gab es bereits rund 1.500 Wienerinnen und Wiener, aber auch Personen aus den Bundesländern und dem Ausland, die telefonisch oder persönlich diese Beratungsstelle in Anspruch nahmen. Die dabei gewünschten Informationen richten sich oft auch nach gerade aktuellen Themen: Im Jänner etwa standen „Zusatzstoffe in Lebensmitteln“ an der Spitze der gewünschten Auskünfte, außerdem Öle, Nitrat und Gemüse sowie Rückstände in Fischen. Im Februar ging es ebenso wie im März in erster Linie um die Zusammensetzung der Wurst, auch noch um Zusatzstoffe und Rückstände in Lebensmitteln — beide Themen waren auch im April sehr gefragt. Bei der Beratungsstelle erhält man auch Verzeichnisse der Zusatzstoffe in Lebensmitteln, Informationsblätter über Wurstzusammensetzung und Cholesteringehalt und die — auch beim Bürgerdienst aufliegende — Liste der Geschäfte, die umweltfreundliche Produkte führen.

Da sich zahlreiche KonsumentInnen dafür interessieren, wird die Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung — sie gehört zur städtischen Lebensmitteluntersuchungsanstalt in der Henneberggasse 3 in Wien 3 — in Zukunft auch eigene Vorträge zum Thema Lebensmittel, Lebensmittelhygiene, Zusatzstoffe und Rückstände, Cholesterinrisiko und Ernährung usw. anbieten. Genauere Informationen und Anmeldung unter 78 74 17! (Schluß) hrs/rr

„Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten KonsumentInnen dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet kommenden Dienstag, den 16. Mai, von 8 bis 13 Uhr auf dem Simmeringer Markt statt. Wer sich also über umweltbewußtes Einkaufen informieren möchte, kann dies direkt am Markt tun. (Schluß) hrs/gg

Stacher: Erfreuliche Zwischenbilanz bei Zeckenimpfung

Bisher über 26.000 Zeckenimpfungen

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Bilanz zog Freitag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über die bisherige Zeckenimpfaktion des Gesundheitsamtes der Stadt Wien. Von Jänner bis Ende April beteiligten sich insgesamt 26.316 Wienerinnen und Wiener an der in den Bezirksgesundheitsämtern durchgeführten Impfaktion. Im Vergleich dazu: Im Vorjahr waren es im selben Zeitraum um rund 1.000 Impfungen weniger. Stacher appellierte nochmals an die Bevölkerung, sich rechtzeitig impfen zu lassen. Dies trifft im besonderen auf jene Wienerinnen und Wiener zu, die sich bisher nur einer Impfung unterzogen haben. Ein Zeckenbiß kann zu gefährlichen Folgen, wie etwa Gehirn- und Gehirnhautentzündungen, führen.

Drei Teilimpfungen notwendig

Impfmöglichkeiten bestehen derzeit nach wie vor in allen Bezirksgesundheitsämtern, jeweils Dienstag und Freitag zwischen 9 und 11 Uhr, in der Zentrale des Gesundheitsamtes im 1. Bezirk, Gonzagagasse 13 (Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr) und in der „Nachmittags“-Impfstelle Neutorgasse 18 jeweils donnerstags von 15 bis 17 Uhr. Insgesamt sind drei Teilimpfungen erforderlich, wobei zwischen der ersten und zweiten Teilimpfung etwa vier Wochen liegen sollten. Der Abstand zwischen der zweiten und der dritten Teilimpfung beträgt ein Jahr. Alle drei Jahre ist eine Auffrischungsimpfung notwendig. Eine Teilimpfung kostet 180 Schilling, wobei in den Gesundheitsämtern die Refundierung durch die Krankenkasse gleich abgezogen wird und daher nur 130 Schilling zu bezahlen sind.

Für Berufstätige auch Abendimpftermine

Für Berufstätige bietet das Gesundheitsamt aber auch noch Abendimpftermine an und zwar: In der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-46, Mittwoch und in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 12, Montag, jeweils von 17 bis 19 Uhr, sowie im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk jeden dritten Donnerstag im Monat, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß) zi/gg

Sperre der Auffahrtsrampe Triester Straße

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Wegen der Aufbringung eines komplett neuen Fahrbahnbelages und der Auswechslung der Dilatationen (Dehnfugenkonstruktionen) muß ab kommenden Dienstag, 16. Mai, die Auffahrtsrampe zur A 2/Südbahn von der B 17/Triester Straße — Inzersdorf für die Dauer von zwei Wochen zur Gänze gesperrt werden. Daran anschließend ist im Zuge der Fortsetzung der Belagsarbeiten für weitere etwa vier Wochen die Sperre jeweils einer Fahrspur erforderlich. (Schluß) pz/gg

Ausstellung 150 Jahre Marktamt: Keine Feier, sondern Information und zusätzliches Service für die Bevölkerung

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Es könne keinen Zweifel daran geben, daß es sich bei der Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ um eine nützliche Information für die Wiener Bevölkerung und um keine Feier handelt, nahm Freitag Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Zeitungsmeldung Stellung. Man habe offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen, daß die Exponate, die im Rahmen der historischen Schau gezeigt werden, anschließend auch der ständigen Ausstellung des Marktamtes im Marktamtsgebäude Am Modenapark zur Verfügung gestellt werden. Das Interesse sei in der Vergangenheit groß gewesen, viele Schulen, Berufsschulen und Schulen für wirtschaftliche Berufe hätten die Möglichkeit genutzt, sich über wichtige Bereiche der Lebensmittelkontrolle zu informieren.

Schirmer betonte, daß 14 Tage lang im Rathaus eine zusätzliche Außenstelle des Marktamtes etabliert werden wird, die der Bevölkerung für Fragen, Wünsche und Beschwerden zur Verfügung steht. Es sei durchaus im Sinne des Konsumentenschutzes, einmal in 150 Jahren, die Marktverwaltung mit ihren mannigfaltigen Aufgaben der Bevölkerung zugänglich zu machen. Die Ausstellung wird für viele Wienerinnen und Wiener sehr interessant und informativ sein. (Schluß) ull/gg

Kurse für Führungsaufgaben im AKH

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Im Allgemeinen Krankenhaus werden seit 1969 eigene Sonderkurse durchgeführt, um Schwestern, Pfleger, medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten für Führungsaufgaben auszubilden. Freitag überreichte Landessanitätsdirektor Dr. Ermar JUNKER in Vertretung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Allgemeinen Krankenhaus die Abschluszeugnisse an insgesamt 23 Absolventinnen bzw. Absolventen dieser Sonderausbildungskurse. Allein von 1973 bis 1988 haben 565 Mitarbeiter aus der Krankenpflege bzw. Angehörige des medizinisch-technischen Dienstes derartige Kurse absolviert.

Krankenhäuser – geänderte Aufgaben und Strukturen

Wie Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher in diesem Zusammenhang erklärte, sind diese Sonderausbildungskurse für leitende Funktionen von großer Bedeutung für einen modernen Spitalsbetrieb. Bekanntlich haben sich Aufgaben und Strukturen der Krankenhäuser in den letzten 20 bis 30 Jahren komplett geändert. Der Fortschritt in der Medizin hat demnach auch die Aufgaben des Pflegepersonals geändert. Ärzte, Schwestern und Pfleger, medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten müssen einen beträchtlichen Anteil ihrer Arbeitszeit für die Organisation der vielfältigen Untersuchungen und Behandlungsmethoden aufwenden. Im Rahmen dieser Sonderkurse wird unter anderem über Organisation, den Einsatz von EDV-Einrichtungen und Teamarbeit informiert. (Schluß) zi/rr

Feierliche Angelobung der Wehrmänner der Garnison Wien

Ehrung für die in Armenien eingesetzten Wiener Soldaten

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Der Landeshauptmann von Wien Dr. Helmut ZILK sowie der Militärkommandant der Garnison Wien Divisionär Karl MAJCEN nahmen am Freitag in Anwesenheit von Verteidigungsminister Dr. Robert LICHAL die feierliche Angelobung der Wehrmänner der Garnison Wien auf dem Rathausplatz vor. Insgesamt wurden rund 1.800 Mann des Einrückungstermines April angelobt.

Landeshauptmann Zilk begrüßte die Soldaten auf dem Rathausplatz und verwies auf die Symbolik dieses Platzes, der in der Geschichte unseres Landes bereits viel erlebt habe. Zilk erinnerte daran, daß heute oft allzuviel gefordert werde, vom Staat und der Gemeinschaft, daß aber kaum jemand dienen wolle. „Lernen wir wieder dienen, denn dienen heißt helfen, und dem, der hilft, dem soll wiederum geholfen werden“.

Dank für Armenienhilfe des Bundesheeres

Gemeinsam mit Verteidigungsminister Lichal ehrte Zilk die Wiener Soldaten, die sich freiwillig für die Erdbebenhilfe in Armenien gemeldet hatten. 63 Soldaten unter der Leitung von Oberstleutnant Norbert Fürstenhofer, dem Kommandanten der ABC-Abwehrschule in Wien, wurden mit der Einsatzmedaille des Landes Wien ausgezeichnet. Zilk dankte diesen Soldaten und meinte, auf diesen Einsatz könne ganz Österreich stolz sein. (Schluß)
fk/gg

Busek für Privatisierung von Mietwohnungen

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Anlässlich der Übertragung von Altmietwohnungen der Wohnbaugesellschaft „Österreichisches Siedlungswerk“ in das Eigentum der Bewohner erneuerte der Wiener Landesparteiobmann der ÖVP, Bundesminister Dr. Erhard BUSEK, die Forderung nach einer besseren Förderung von Eigentumswohnungen sowie nach einer Privatisierung von Gemeindewohnungen. Das geltende Förderungswesen in der Wohnungspolitik widerspreche den derzeitigen Bedürfnissen der Bevölkerung, sagte Busek. Gleichzeitig stellte Busek aber auch fest, daß in Wien eine Besserung der Wohnbaukultur eingetreten und eine Entwicklung zu einfacher und kostengünstiger Bauweise im Vormarsch sei. (Schluß) ah/rr

Rechnungshofbericht betrifft nicht Pasterks Amtszeit

Maßnahmen bezüglich Förderungsrichtlinien bereits gesetzt

Wien, 12.5. (RK-KULTUR) Als Vernachlässigung der journalistischen Sorgfaltspflicht bezeichnete Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK die Behauptung der „Presse“ vom 12.5.1989, der vorläufige Rechnungshofbericht würde ihre Amtszeit betreffen. Sie sei erst Ende 1987 ins Amt gekommen.

In diesem Zusammenhang finde sie es bestürzend, daß „ÖVP-Gemeinderat Kauer den Medien Details des Rechnungshofberichtes zuspielt, bevor dieser in der endgültigen Form vorliegt.“

Damit wiederhole Kauer die in Österreich seit Jahren feststellbare gefährliche Tendenz, Details aus noch vertraulichen Berichten herauszugreifen und an die Öffentlichkeit zu bringen.

Als bereits unseriös müsse die sinngemäße Äußerung von Kauer bezeichnet werden, man wolle den Rechnungshofbericht über die Kulturabteilung unter den Tisch fallen lassen.

Kauer müsse wissen, daß es durch die Bestimmungen der Bundesverfassung notwendig ist, zum vorgelegten Rohbericht die Äußerung des Stadtsenates innerhalb von drei Wochen bereitzustellen. Diese Äußerung ist ergangen, und nach dem erneuten Einlangen des Rechnungshofberichtes werde die Diskussion selbstverständlich in der nach der Stadtverfassung vorgesehenen Weise erfolgen.

Kauer mache also aus oppositionspolitischen Motiven viel Lärm um Nichts. Unabhängig von der Prüfung des Rechnungshofes habe sie schon zu Beginn ihrer Amtszeit eine umfassende Zusammenstellung der Förderungsrichtlinien anfertigen lassen, die demnächst vorgelegt werde.

Wer die langjährige Zusammenarbeit mit den Kulturvereinen kritisiere, fordere die Aufblähung der Kulturverwaltung und den Abbau der kulturellen Lebensqualität in der Stadt. Die Kulturvereine organisieren einen wichtigen Teil der kulturellen Arbeit in der Stadt.

Daß die Verwaltung mit Vereinen zusammenarbeite, sei in unserer Zeit keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel geworden, damit die Verwaltung bürgernahe Leistungen erbringen kann.

Daran kann und soll nichts geändert werden, betonte Pasterk abschließend, weil ihr die Kultur und der effiziente Mitteleinsatz wichtiger seien als die Zunahme der Bürokratisierung. (Schluß) red/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 16. Mai 1989

Blatt 1007

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Zilk: Zwei-Milliarden-Auftrag für Wiener Baufirma in Prag (1008/FS: 12.5.)
- Kindesmißhandlung als Folge gestörter Familienbeziehungen (1009/FS: 13.5.)
- Blumenmarkt Am Hof (1010/FS: 13.5.)
- Straßenbauarbeiten in der Eichenstraße (1011/FS: 15.5.)
- In Wien fehlen 15.000 Arbeitskräfte (1015)
- Bürgerdienst-Live-Sendung aus Siebenhirten (1015)
- Stacher stellt Modell für Gesundheitspflege vor (1016)
- Ärzte im Pflegedienst: Bisher nur zwölf Meldungen (1016)
- Positive Fremdenverkehrsbilanz im April (1017)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1017)

Kultur:

- Führung: Die Griechisch-Orthodoxe Kirche in Wien (1012)
- Ausstellungen im Bezirksmuseum Meidling (1012)
- 75. Geburtstag von Max Perutz (1013)

Wirtschaft:

- Wiener Wochen in Tokio (1014)

Zilk: Zwei-Milliarden-Auftrag für Wiener Baufirmen in Prag

Wien, 12.5. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK berichtete heute, Freitag, in einem Pressegespräch über die Ergebnisse eines zweitägigen Prag-Aufenthalts, bei dem er am Mittwoch und Donnerstag zu Gesprächen mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Ladislav ADAMEC, Außenhandelsminister Jan STERBA und dem Prager Bürgermeister Zdenek HORCIK zusammengetroffen war. Gestern wurden in Prag Joint-Venture-Verträge zwischen Wiener Baufirmen und tschechischen Stellen betreffend fünf Hotelprojekte in Prag im Gesamtwert von zwei Milliarden Schilling unterzeichnet.

In den Gesprächen wurde, so Zilk, eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Sektor Umwelttechnologie vereinbart. Von tschechischer Seite sei großes Interesse an Joint-Ventures mit österreichischen Firmen bekundet worden, die Rauchgasreinigungsanlagen und Müllverbrennungsanlagen herstellen.

Im weiteren erklärte der Bürgermeister, daß die Wiener Zentralsparkasse-Kommerzialbank mit einer CSSR-Bank ein gemeinsames Institut gründen werde, über das Leasing-Geschäfte abgewickelt werden sollen. Außerdem sei die Gründung eines gemeinsamen Reisebüros vereinbart worden, das in Übersee das Städtedreieck Wien-Budapest-Prag bewerben und vermarkten soll, schloß Zilk. (Schluß) red/rr

Bereits am 12. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Kindesmißhandlung als Folge gestörter Familienbeziehungen

Wien, 13.5. (RK-KOMMUNAL) Zu einem Vergleich der Städte Wien-Berlin im Bereich des Jugendschutzes kam es kürzlich anlässlich der Enquete „Berufsfeld Gesellschaft — Initiativen und Entwicklungen der Sozialarbeit“, die das Jugendamt der Stadt Wien im Wiener Rathaus veranstaltete. Vorgestellt wurde u.a. das Kinderschutzzentrum Berlin, eine Modelleinrichtung, die im Falle von Mißhandlungen von Kindern sowohl Hilfe durch Beratung der Familien als auch die Möglichkeit einer vorübergehenden Unterbringung des Kindes in einer Kinder-Wohngruppe des Zentrums bietet. Der wichtigste Grundsatz dabei: Die Hilfesuchenden können mit absoluter Vertraulichkeit und Anonymität rechnen. Das Konzept des Zentrums schließt die Anzeige der Mißhandler ausdrücklich aus.

In dem Berliner Kinderschutz-Modell wird Mißhandlung als verschlüsselter Ausdruck gestörter Familienbeziehungen betrachtet. Eltern neigen dann zu Mißhandlung ihrer Kinder, wenn sie für Gefühle der Enttäuschung, Überforderung und Ohnmacht keinen anderen Ausdruck mehr finden.

Wiener Kindertelefon 31 66 66

Das Kinderschutzkonzept des Jugendamts der Stadt Wien ist ebenfalls in erster Linie auf Hilfeleistung für die betroffene Familie ausgerichtet. Zahlreiche Beratungsstellen stehen für vertrauliche und anonyme Beratung zur Verfügung; vorübergehende Unterbringungen von Kindern bei gleichzeitiger Beratung der Eltern sind ebenfalls möglich. Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern bieten Hilfen an. Auf Grund der Gesetzeslage besteht allerdings in bestimmten Fällen Anzeigepflicht. Bei akuter Bedrohung der Gesundheit oder Entwicklung des Kindes müssen entsprechende Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Als Notrufeinrichtung für Kindesmißhandlung steht das Wiener Kindertelefon, 31 66 66, rund um die Uhr zur Verfügung.

Vor allem appelliert das Jugendamt der Stadt Wien an alle Eltern, bei erzieherischen Problemen oder Konflikten möglichst frühzeitig die kostenlosen und vertraulichen Beratungshilfen des Jugendamtes in Anspruch zu nehmen. Telefonische Auskünfte darüber geben die Bezirksjugendämter oder die Zentrale des Jugendamtes, Tel. 531 14.

Der Erfahrungsaustausch zwischen der Berliner Einrichtung und dem Jugendamt der Stadt Wien soll weiter fortgesetzt werden. Geplant ist ein Fortbildungsseminar für Mitarbeiter des Jugendamtes. (Schluß) jel/rr

Bereits am 13. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Blumenmarkt Am Hof

Wien, 13.5. (RK-KOMMUNAL) Den alljährlichen Blumenmarkt Am Hof, der heuer am 17. und 18. Mai abgehalten wird, eröffnet Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Mittwoch, dem 17. Mai, um 8.30 Uhr. Die Wiener Gärtner bieten jeweils von 8.30 bis 17 Uhr eine Fülle von Blumen und Pflanzen für Balkone oder Blumenkisterln zu günstigen Preisen an. Im Blumenbus der Stadt Wien stehen Fachleute für Beratung und Information zur Verfügung. Wie jedes Jahr, gibt es auch heuer wieder die Aktion „Wien im Blumenschmuck“, bei der man für besonders schön geschmückte Blumenfenster, Balkone, Innenhöfe, etc. schöne Preise gewinnen kann.

Anmelden kann man sich bei der Österreichischen Gartenbau-Gesellschaft, Parkring 12, 1010 Wien. Anmeldeschluß ist der 31. Mai 1989. (Schluß) du/rr

Bereits am 13. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Straßenbauarbeiten in der Eichenstraße

Wien, 15.5. (RK-KOMMUNAL) Nach der Beendigung der Bauarbeiten für die U-Bahn muß im 12. Bezirk in der Eichenstraße, und zwar im Bereich zwischen der Hoffmeistergasse und der Philadelphiabrücke, ein kompletter Neuaufbau der Fahrbahn erfolgen. Die Bauarbeiten werden am kommenden Mittwoch, dem 17. Mai, nach der Frühspitze beginnen und — unter Aufrechterhaltung einer Fahrspur je Fahrtrichtung — durchgeführt; sie werden voraussichtlich bis Ende August 1989 dauern. (Schluß) pz/gg

Bereits am 15. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Führung: Die Griechisch-Orthodoxe Kirche in Wien

Wien, 16.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms 1989 des Vereins für Geschichte der Stadt Wien findet am Donnerstag, dem 18. Mai, eine Führung zum Thema „Die Griechisch-Orthodoxe Kirche in Wien“ statt. Es führt Ing. Walter BRAUNEIS (Bundesdenkmalamt). Treffpunkt ist um 15.45 Uhr in Wien 1, Fleischmarkt 13. (Schluß) am/rr

Ausstellungen im Bezirksmuseum Meidling

Wien, 16.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Meidling, Kobinger-gasse 7, sind von 18. Mai bis 28. Juni die Ausstellungen „Gartenzwerge und andere Stützen der Gesellschaft“, Karikaturen von Friedrich WALLNER, und „Spaziergang in Hetzendorf“, mit teilweise schon historischen Bildern aus Hetzendorf, zu sehen. Das Bezirksmuseum ist jeweils Mittwoch und Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg

75. Geburtstag von Max Perutz

Wien, 16.5. (RK-KULTUR) Der Nobelpreisträger Max Ferdinand PERUTZ wurde am 19. Mai 1914 in Wien geboren. Er stammte aus einer Textilindustriellenfamilie. Vorfahren von ihm hatten die mechanischen Spinnereien und Webstühle in Österreich eingeführt. Er sollte zunächst Jurist und Erbe des Unternehmens werden, ein Chemielehrer im Theresianum weckte jedoch sein Interesse an der Chemie, und so begann er nach der Matura an der Universität das Chemiestudium. 1936 ging er nach Cambridge und studierte dort bei den Professoren Hopkins und Bernal. 1940 wurde er in England zum Dr.phil. promoviert und Assistent bei Sir Lawrence Bragg.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ermöglichte ihm das Medical Research Council in einem neu eingerichteten Institut in Cambridge Forschungen über Molekularbiologie, wobei er sich besonders für die Struktur des Hämoglobins interessierte. 1957 gelang es ihm, als erster die Proteinstruktur des Hämoglobins zu bestimmen. Auf Grund dessen wurde ein neues Forschungsinstitut eingerichtet, dessen Leitung er 1962 übernahm. Im selben Jahr erhielt er zusammen mit J.C. Kendrew den Nobelpreis für Chemie für die Ermittlung des räumlichen Aufbaues des Hämoglobinmoleküls mittels röntgenographischer Strukturanalyse. Perutz hat für seine Forschungen, die besonders für Behandlung von Erbkrankheiten von Bedeutung sind, zahlreiche Ehrungen erhalten. Neben dem Nobelpreis die Wilhelm Exner Medaille (1967), 1968 das Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst. Er ist Mitglied der Royal Society, Commander of the Order of the British Empire, Companion of Honour und Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften. (Schluß) red/bs

Wiener Woche in Tokio

Tokio, 16.5. (RK-WIRTSCHAFT) Mit einer ganz der Wiener Küche gewidmeten „Opening Party“ eröffneten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH Montag abend die „Wien-Week“ in Tokio. Die Wien-Week ist die bisher größte Präsentation der Wiener Wirtschaft in Japan, man erhofft sich davon weitere Erfolge im Fremdenverkehr, einen besseren Verkauf von Wiener Produkten in Japan, und schließlich ist man bestrebt, japanische Investoren nach Wien zu bringen.

Bürgermeister Dr. Zilk unterstrich den hohen Nutzen der „Kulturation Österreich“ bei der Markteinführung in Japan. Das hohe Image, das Österreich kulturell in Japan genießt, erleichtert die wirtschaftlichen Aktivitäten, weil man doch auf einen gewissen Bekanntheitsgrad und auf Sympathie aufbauen kann. Für Dittrich wäre es ein schöner Erfolg, könnte man die rund 250.000 Nächtigungen von japanischen Touristen in Wien auf die Traumgrenze von 500.000 Nächtigungen heranführen. Zilk wie Dittrich meinten, die geplante Weltausstellung Wien/Budapest im Jahr 1995 könnte bei diesen Bemühungen eine große Unterstützung sein.

An der Wien-Week beteiligen sich 33 Wiener Firmen, die bei einer Produktausstellung im Hotel ANA und bei einem Wiener Festival im traditionellen Kaufhaus Mitsukoshi im Herzen Tokios vertreten sind. Der Donnerstag wird der Investorenwerbung gewidmet sein — rund 400 japanische Manager sind zu einem vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds veranstalteten Investorenseminar eingeladen. Gesellschaftlicher Höhepunkt wird ein „Wien Ball“ Freitag abend im ANA-Hotel sein. (Schluß) pid/whk/rr

In Wien fehlen 15.000 Arbeitskräfte

Wien, 16.5. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Ein erstes Ergebnis einer umfassenden Untersuchung über den Wiener Arbeitsmarkt kommt zu dem Schluß, daß in Wien rund 15.000 Arbeitskräfte fehlen. Das Fehlen dieser Arbeitskräfte ist auch eine der Hauptursachen für die geringere Dynamik der Wiener Wirtschaft — weil die Betriebe oft nicht in der Lage sind, zusätzliche Aufträge zu übernehmen oder zu expandieren. Vizebürgermeister Hans MAYR berichtete über diese Untersuchung am Dienstag in einem Pressegespräch.

Die komplette Untersuchung über den Wiener Arbeitsmarkt — durchgeführt vom Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung — wird noch im Juni vorliegen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Nach der Studie suchen die Wiener Betriebe allein im ersten Halbjahr 1989 rund 53.000 Beschäftigte. Davon entfällt nur ein Zehntel auf die „Saisonberufe“ des Baubereichs. Der Produktionssektor hat einen Bedarf von rund 22.000 Beschäftigten, der Handel von 4.800 Beschäftigten, die sonstigen Dienstleistungen suchen 6.800 Beschäftigte. In allen Wirtschaftszweigen besteht ein allgemeiner Bedarf nach Verwaltungsberufen.

Etwas mehr als die Hälfte der Betriebe, 55 Prozent, finden innerhalb von sechs Monaten einen geeigneten Bewerber für die freie Stelle. Von den 45 Prozent, die keinen Bewerber gefunden haben, brechen 14 Prozent die Suche ab, 33 Prozent besetzen die Stelle vorübergehend und 53 Prozent belassen die Stelle weiterhin unbesetzt. Daraus ist zu erkennen, daß im ersten Halbjahr 1989 ein Wachstum des Wiener Arbeitsmarktes um 15.000 Arbeitsplätze nicht realisiert werden kann. (Forts. mgl.) sei/ke

Bürgerdienst-Live-Sendung aus Siebenhirten

Wien, 16.5. (RK-KOMMUNAL) Eine Live-Sendung des Bürgerdienstes der Stadt Wien und des Wiener Stadtradios auf UKW 90 und 95 kommt morgen, am 17. Mai, aus dem Liesinger Bezirksteil Siebenhirten.

Das Mobile Büro des Bürgerdienstes wird von 14 bis 15 Uhr für Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus dem Bereich der Wiener Stadtverwaltung zur Verfügung stehen. Standort des Mobilbüros des Bürgerdienstes ist die Endstelle der Straßenbahnlinie „64“.

Das Wiener Stadtradio ist während dieser Live-Sendung auch unter 505 22 05 und 505 22 73 telefonisch erreichbar. (Schluß) red/rr

Stacher stellt Modell für Genesungspflege vor

Wien, 16.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stellte am Dienstag in einem Pressegespräch ein Modell für Genesungspflege vor. Voraussichtlich noch vor dem Sommer soll der Wiener Gemeinderat die Schaffung eines Kuratoriums für Genesungspflege beschließen, das in zwei Richtungen tätig werden soll:

- Gründung von Genesungsheimen, in denen die Pflege von Patienten, die aus dem Spital entlassen wurden, bis zur Genesung erfolgen soll. Dafür bieten sich zwei infolge der Psychiatriereform frei gewordene Pavillons des Psychiatrischen Krankenhauses an. Die voraussichtlich notwendigen Umbaukosten für die beiden Pavillons bezifferte Stacher mit rund 80 Millionen Schilling.
- Schaffung einer Organisation, die die Möglichkeit bietet, daß Patienten, die früher aus dem Spital entlassen werden können, zu Hause bis zur Genesung behandelt werden. Dafür sollen in erster Linie Schwestern aus jenem Spital, in dem der Patient lag, stundenweise herangezogen werden.

Stacher erläuterte, daß durch die Genesungspflege eine frühere Entlassung vor allem älterer Patienten aus dem Spital ermöglicht werden könnte. (Schluß) ger/gg

Ärzte im Pflegedienst: Bisher nur zwölf Meldungen

Wien, 16.5. (RK-KOMMUNAL) Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Dienstag bekanntgab, wurden bisher 1.000 auf einen Ausbildungsplatz wartende Ärzte angeschrieben und eingeladen, im Pflegedienst zu arbeiten. Tatsächlich gemeldet haben sich bis zum heutigen Tag, so Stacher, zwölf! (Schluß) ger/gg

Positive Fremdenverkehrsblanz im April

Wien, 16.5. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR zog Dienstag in einem Pressegespräch eine positive Bilanz über den Wiener Fremdenverkehr im April 1989. Obwohl Ostern heuer in den März fiel, konnte im April gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 7,78 Prozent erreicht werden (April 1988: 561.532 Übernachtungen, April 1989: 605.264 Übernachtungen). Die gewerblichen Übernachtungen nahmen sogar um 8,3 Prozent zu. An der Spitze lagen die Gäste aus Italien (171.322, + 12,48 Prozent), gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland (110.045, + 1,07 Prozent). Große Steigerungsraten gab es bei den Besuchern aus Kanada (+ 29,48 Prozent), aus Großbritannien (+ 25,38 Prozent), aus den USA (+ 18,44 Prozent) und aus Japan (+ 16,97 Prozent).

Eine Bilanz des gesamten Winterhalbjahres (November 1988 bis April 1989) zeigt ein Ansteigen der Übernachtungsziffern um 10,48 Prozent. Hier gab es die größte Steigerung bei den Briten (+ 25,57 Prozent), gefolgt von den Italienern (+ 21,11 Prozent), den Spaniern (+ 21,08 Prozent), den Schweden (+ 17,17 Prozent), den Niederländern (+ 16,80 Prozent) und den US-Amerikanern (+ 10,44 Prozent). In absoluten Zahlen führen die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland (465.927 Übernachtungen) vor den Italienern (433.206 Übernachtungen).

Die Auslastung der Hotelbetten betrug im Winterhalbjahr 88/89 durchschnittlich 42,07 Prozent. Dies entspricht einer Steigerung um 2,5 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (39,51 Prozent).
(Schluß) ger/gg

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 16.5. (RK-BEZIRKE) In folgenden Bezirken finden in der nächsten Zeit Bezirksvertretungssitzungen statt:

- Brigittenau: 17. Mai, 18 Uhr, 20, Brigittaplatz 10;
- Hernals: 24. Mai, 16 Uhr, 17, Elterleinplatz 14.

(Schluß) red/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 17. Mai 1989

Blatt 1018

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ernennungsfeier von Feldärzten (1020)
- Krankenpflegeschule im SMZ Ost: „Tag der offenen Tür“ (1021)
- Europäisches Mediensymposium im Wiener Rathaus (1022/1023)
- ÖVP befürchtet Verlust an Arbeitsplatzqualitäten in Wien (1024)
- Areal der Rennwegkaserne wird umgewidmet (1025)
- Häupl: Konsumentenwunsch nach Flaschenmilch darf nicht boykottiert werden! (1027)
- Donnerstag Pressekonferenz im Donauzentrum (nur FS)

Kultur:

- Ehrung für Hugo Wiener (1019/FS: 16.5.)
- „Wiener Vorlesungen“ im Zeichen der Seele (1026)
- Ausstellung im Bezirksmuseum Landstraße (1026)

Ehrung für Hugo Wiener

Wien, 16.5. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus Hugo WIENER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Ludwig STIEGLITZ erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Hugo Wiener ist untrennbar mit der Geschichte des Wiener Kabarets verbunden. Er schrieb bereits in den Zwanziger Jahren für die „Femina“, für die er schließlich 65 Programme verfaßte. Auf die Jahre der Emigration in Südamerika, in der er Cissi Kraner kennenlernte, mit der er bereits damals große Erfolge feierte, folgten die unvergesslichen Simpl-Programme mit Karl Farkas. Auch als Operettenlibrettist, als Film-, Fernseh- und Buchautor hat Hugo Wiener mit seinem spezifisch wienerischen Humor viele Menschen erreicht.

Ludwig Stieglitz hat als Kustos des Bezirksmuseums Ottakring — neben seiner sonstigen didaktischen und organisatorischen Arbeit — auf 5.000 Dias Alt-Ottakringer Häuser im Bild festgehalten. Er hat damit einen wichtigen Beitrag zur Dokumentation Alt-Ottakrings geleistet.

An der Feier nahmen auch 3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Mitglieder des Kulturausschusses teil. (Schluß) gab/sk

Bereits am 16. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ernennungsfeier von Feldärzten

Wien, 17.5. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal des Pflegeheimes Lainz erhielten Mittwoch drei städtischen Spitalsärzte vom Militärkommandaten Wiens, Divisionär Karl MAJCEN, ihre Ernennungsdekrete zu Feldärzten überreicht. Bei den drei Ärzten handelt es sich um den Leiter des Zentralröntgeninstitutes Primarius Dr. Peter PROSZOWSKI und um den Leiter der Chirurgischen Ambulanz Oberarzt Dr. Klaus KLÖCKLER vom Pflegeheim Lainz sowie um Oberarzt Dr. Karl LANGER von der Urologischen Abteilung des Krankenhauses Lainz.

An der Ernennungsfeier nahmen unter anderem Landtagsabgeordneter Erich HUBER (in Vertretung des Gesundheitsstadtrates Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER) sowie der Ärztliche Direktor des Pflegeheimes Lainz Hofrat Primarius Dr. Hans EBNER teil. (Schluß) zi/gg

Krankenpflegeschule im SMZ Ost: „Tag der offenen Tür“

Stacher: Ausführliche Informationen über Pflegeausbildung

Wien, 17.5. (RK-KOMMUNAL) In der Krankenpflegeschule im Sozialmedizinischen Zentrum Ost (Wien 22., Langobardenstraße 122) findet am kommenden Samstag, dem 20. Mai, von 11 bis 17 Uhr ein „Tag der offenen Tür“ statt. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch betonte, können sich bei dieser Veranstaltung Jugendliche und ihre Eltern ausführlich über die Ausbildung zur diplomierten Krankenschwester oder zum diplomierten Krankenpfleger informieren.

In diesem Zusammenhang wies der Gesundheitsstadtrat darauf hin, daß die Tätigkeit des diplomierten Krankenpflegepersonals sehr verantwortungsvoll sei und deshalb eine gründliche Ausbildung erfordere. Die Krankenpflege sei sicherlich keine leichte Arbeit, es sei aber doch ein positives Erlebnis, vielen kranken Mitmenschen helfen zu können. Die Krankenpflegeschule im SMZ Ost verfügt über 220 Schulplätze und ein Internat. Seit 1978 haben hier 367 Schwestern und Pfleger ihre Ausbildung mit einem Diplom abgeschlossen.

Am „Tag der offenen Tür“ kann man in der Krankenpflegeschule im SMZ Ost alle Schulräume und das Internat besichtigen. Schülerinnen und Schüler zeigen Maßnahmen zur Ersten Hilfe, wie Herzmassage und Beatmung am Wiederbelebungsmodell. Es gibt Demonstrationen zum Thema Säuglingspflege sowie Krankenpflegeübungen im Rahmen des Unterrichtsfachs „Grundpflege“. In einem „Gesundheitsbazar“ können sich die Besucher den Blutdruck messen sowie das Normal- und Idealgewicht — nach Gewichtskontrolle und Feststellung der Körpergröße — errechnen lassen. Ausstellungen gibt es zu den Themen Gesundheit 2000, Gesunde Ernährung, Pflege bei chirurgischen Erkrankungen, Anatomie und Physiologie sowie über 10 Jahre Krankenpflegeschule im SMZ Ost. Es wird auch ein Informationsfilm vorgeführt.

Zur ausführlichen Beratung der interessierten Jugendlichen und ihrer Angehörigen wird ein Informationsstand eingerichtet, wo Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler Auskünfte erteilen. (Schluß) sc/bs

Europäisches Mediensymposion Im Wiener Rathaus

Wien, 17.5. (RK-KOMMUNAL) Vom 21. bis 23. Mai treffen einander Top-Manager der internationalen Kommunikationsbranche im Wiener Rathaus bei der „EUROMEDIA“, dem Europäischen Mediensymposion. In vier Arbeitskreisen werden sie die derzeitige und künftige Situation der „Rohstofflieferanten“ der Medien analysieren. Das Thema des Kongresses lautet: „Die Herausforderung des Informationszeitalters“.

Das Programm des dreitägigen Symposions beginnt nach einer Begrüßung durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit einem Referat des amerikanischen Botschafters in Österreich Henry A. GRUNWALD, der früher Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „Time“ war. Zur Eröffnungsveranstaltung wird auch der Stellvertretende Generaldirektor der UNESCO Henri LOPES erwartet.

Nachrichtenagenturen, Pressestellen und Informationsbüros sind derzeit mit einem dynamischen Funktionswandel und dem Umbruch der bisherigen Strukturen konfrontiert.

Die EUROMEDIA bietet den Delegierten von Print- und elektronischen Medien, von Medienorganisationen und Telekommunikationsbehörden ein Diskussionsforum für die Definition der Ursachen und möglichen Auswirkungen dieser Krise des Nachrichtenwesens.

Das Programm

Am Montag, dem 22. Mai, steht die Diskussion am Vormittag unter dem Thema „Ein Jahrzehnt der kritischen Herausforderung“, am Nachmittag lautet das Thema „Haben Nachrichtenagenturen noch eine Zukunft?“. Am Dienstag, dem 23. Mai, befassen sich die Delegierten am Vormittag mit dem Thema „Telekommunikation und die Informationsindustrie“, am Nachmittag mit „Im Informationsbereich gibt es keine Weltordnung“.

APA feiert 130 Jahre

Am Dienstag abend findet ein Empfang zur 130-Jahrfeier der Austria Presse Agentur, APA, mit einem Festvortrag von Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY statt.

Teilnehmer aus Ost und West, aus Süd und Nord

An der Tagung nehmen Vertreter von Agenturen aus aller Welt teil. Der „International Press Telecommunications Council“, der auf Initiative der Commonwealth Press Union, des internationalen Verbandes der Zeitungsverleger und des amerikanischen Zeitungsverleger Verbandes 1965 in London gegründet wurde, befaßt sich vor allem mit Fragen und Auswirkungen von Computern und Kommunikationssatelliten auf den internationalen Nachrichtenaustausch. Dieser „International Press Telecommunications Council“ gehören an:

Agence France Presse (AFP)
Agencia Efe
Agenzia Nazionale Stampa Associata
Alliance Europeene des Agences de Presse
American Newspaper Publishers
Association
Associated Press (AP)
Association of Commonwealth News Agencies
Australian Associated Press
Canadian Press (CP)
Commonwealth Press Union
Deutsche Presse-Agentur
Deutsche Nachrichten A.G. (DENA)

Donelly Satellite Services
Dow Jones/Wall Street Journal
Federation Internationale des Editeurs de Journaux (FIEJ)
IFRA International Association for Media Technology
International Herald Tribune
International Press Institute
Japan Newspaper Publishers Ass.
Kyodo News Service
Los Angeles Times News Service
Malaysian News Agency (BERNAMA)
Maxwell Communication Corporation
Middle East News Agency (MENA)
News International
Newspaper Publishers Ass. of U.K.
Newspaper Society of U.K.
Novinska Agencija (Tanjug)
Press Trust of India
TASS
United Press International
USA TODAY/Gannett Newspapers
Washington Post News Service
(Schluß) fk/rr

Forts. von Blatt 1022

ÖVP befürchtet Verlust an Arbeitsplatzqualitäten in Wien

Wien, 17.5. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Landesparteiobmann Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK sprach sich am Mittwoch in einer Pressekonferenz für die Förderung von höherqualifizierten Arbeitsplätzen in Wien aus. In den letzten Jahren seien vor allem Arbeitsplätze in der Verstaatlichten Industrie sowie in der Produktion in Wien verlorengegangen, und durch die einseitige Förderung von Handelsbetrieben würde, so Busek, in erster Linie minderqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Das wirke sich auch in der Wertschöpfungsbilanz der Bundeshauptstadt negativ aus.

Der Wiener Obmann des ÖAAB NR. Dr. Walter SCHWIMMER vermerkte kritisch, daß sich die Wiener Stadtregierung mit dem Memorandum der Wiener Arbeiterkammer bisher noch nicht auseinandergesetzt habe. (Schluß) fk/bs

Areal der Rennwegkaserne wird umgewidmet

Wien, 17.5. (RK-BEZIRKE) Für das rund zehn Hektar große Areal der Rennwegkaserne im 3. Bezirk soll der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan neu festgesetzt werden (Pl.Nr. 6127). Entsprechend der angestrebten künftigen Nutzung des Areals werden die Widmungen „Wohngebiet“ und „Gemischtes Baugebiet“ vorgeschlagen. Durch die Festsetzung von Grünflächen und einer Parkanlage soll das Grünflächenangebot des ganzen Stadtteils verbessert werden.

Derzeit wird das von den Straßenzügen Landstraßer Hauptstraße, Rennweg und Oberzellergasse begrenzte Gebiet vom Landesgendarmeriekommando Niederösterreich, einer HTL und Dienststellen der Bundesbaudirektion genutzt. Die Widmung „Gemischtes Baugebiet“ ist entlang der Landstraßer Hauptstraße und in einem Teil der Oberzellergasse vorgesehen. Für die übrigen Bereiche wird die Widmung „Wohngebiet“ vorgeschlagen. Die bisher geplante Verlängerung der Schimmelgasse zum Rennweg mit platzartiger Erweiterung im Bereich der Kirche Maria Geburt soll entfallen. Dafür sind mehrere öffentliche Durchgänge für Fußgänger geplant.

Der Entwurf liegt vom 18. Mai bis 15. Juni 1989, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

„Wiener Vorlesungen“ Im Zeichen der Seele

Wien, 17.5. (RK-KULTUR) Seit 1987 bringt die Veranstaltungsreihe „Wiener Vorlesungen“ im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses Vorträge von wichtigen Vertretern des europäischen Geisteslebens, wobei die Zukunft der Gesellschaft, die Möglichkeiten des kulturellen und sozialen Fortschritts den thematischen Rahmen bilden. Im Gedenken an Sigmund Freud steht die Vorlesungsreihe 1989 unter dem Motto „Seele — weites Land...“. Anlässlich des heute, Mittwoch, stattfindenden Vortrages von Prof. Dr. Paul Watzlawick „Weder Elfenbeinturm noch Fußballstadion. Der einzelne zwischen innen und außen“ fand am Dienstag nachmittag ein Pressegespräch mit Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und Prof. Paul WATZLAWICK statt. Kulturstadträtin Dr. Pasterk wies darauf hin, daß das Wiener Rathaus mit den „Vorlesungen“ neben seiner Aufgabe als Ort politischer Willensbildung auch ein Ort der intellektuellen Diskussion geworden ist. Vor allem die Möglichkeit der Begegnung, des Gesprächs, mit prominenten „Querdenkern“, wie Prof. Watzlawick, mache die Vorlesungen besonders attraktiv für das Publikum.

Der in Villach geborene Prof. Paul Watzlawick ist seit 1960 Forschungsbefragter am Mental Research Institute in Palo Alto/ Californien. Er hat sich mit zahlreichen Publikationen — zuletzt erschienen „Die Unsicherheit unserer Wirklichkeit“ (1988) und „Münchhausens Zopf oder Psychotherapie und Wirklichkeit“ (1988) — einen Namen gemacht. Jenseits der vielfältigen Moden psychologischer Schulen und therapeutischer Ansätze ist Watzlawick ein Vertreter einer humanistischen Psychologie. Im Pressegespräch verwies Watzlawick besonders auf die Gefahren eines neuen wissenschaftlichen Trends im Amerika, Psychisches und Gesellschaftliches allein aus der Biologie erklären zu wollen.

Dr. Barbara RETT, die langjährige Leiterin der Volkshochschule Hietzing, moderiert seit Anfang 1989 die Vorlesungen und ist auch in die Programmgestaltung eingebunden. Die Neugestaltung der Plakate und Einladungen soll zur weiteren Attraktivierung der Vorlesungsreihe beitragen. Als nächster Vortrag steht am 7. Juni ein Referat von Prof. Dr. Rudolf HALLER zum Thema „Ludwig Wittgenstein und die Philosophie unserer Zeit“ auf dem Programm. Für den Herbst 1989 sollen der Kunsthistoriker Prof. Rudolf zur LIPPE, Oswald WIENER, die Pädagogin und Schülerin von Maria Montessori, Lena GITTER, gemeinsam mit Prof. Dr. Hans CZERMAK, der Germanist Prof. Dr. Walter JENS und Prof. Dr. Friedrich HACKER eingeladen werden. (Schluß) gab/gg

Ausstellungen im Bezirksmuseum Landstraße

Wien, 17.5. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Landstraße, Sechskrügeltgasse 11, sind ab Freitag, 19. Mai (Eröffnung um 19 Uhr) bis 25. Juni vier Ausstellungen zu sehen:

1. Evolution der Arbeit — Entwicklung der Arbeiterbewegung im Bezirk
2. Siemens — 110 Jahre auf der Landstraße
3. Der liebe Gott auf der Landstraße — Kirchen und Religionsgemeinschaften zwischen einst und jetzt
4. Kunst und Kunstgewerbe — Ausstellung von Michaela Kreindl und Mag. Sabine Tichy.

Das Bezirksmuseum Landstraße ist jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr und jeden Mittwoch von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

Häupl: Konsumentenwunsch nach Flaschenmilch darf nicht boykottiert werden!

Wien, 17.5. (RK-KOMMUNAL) „Die ausverkauften Regale in den Lebensmittelgeschäften und Supermärkten sind ein deutlicher Beweis für das Bedürfnis der Konsumenten, Flaschenmilch zu kaufen“. Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL setzte am Mittwoch einen erneuten Vorstoß für die Flaschenmilch in Wien. „Durch die künstliche Verknappung der Versorgung mit Milch in Flaschen werden marktwirtschaftliche Prinzipien verletzt“, führte Häupl weiter aus. Schließlich würden die Wünsche der Konsumenten nicht berücksichtigt. Die Differenz zwischen Umfrage-Ergebnissen und tatsächlichem Kaufverhalten werde, wie unschwer zu erkennen sei, nur von den Molkereien und der Verpackungsindustrie geortet. Ganz im Gegenteil sei sogar das Bedürfnis der Konsumenten nach anderen Milchprodukten in Glasflaschen sowie nach Halb-Liter-Glasflaschen sehr groß.

Zweifelsohne kann man natürlich auch eine rückläufige Nachfrage nach Flaschenmilch bewußt hervorrufen, indem man durch ein zu knappes Angebot die Konsumenten verärgert“, erklärte Häupl. Die Milchflasche sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Müllvermeidung. „Untersuchungen haben bereits bewiesen, daß die Milchflasche bei der Ökobilanz wesentlich besser abschneidet als die Milchpackerln. Unser Kampf gegen die Müllberge muß weitergehen, indem wir neben vielen anderen Maßnahmen die Mehrweggebinde forcieren“, schloß Häupl. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800 2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr.
Samstag 10 bis 17 Uhr.
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingersheim: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 18. Mai 1989

Blatt 1028

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neuer Park in Margareten (1029/FS: 17.5.)
- „Wiener Waldfahrschein“ wird aufgelegt (1030)
- Neues Kindertagesheim im 9. Bezirk eröffnet (1030)
- Immer mehr ältere Akutpatienten (1031)
- Neuer ärztlicher Direktor im Theresien-Schlüssel (1032)
- Motorbootsaison '89 startet am Wochenende (1033)
- Am Sonntag Baubeginn im Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel (nur FS)

Sport:

- ÖVP-Forderungen für Verbesserungen im Wiener Sport (1034)

Neuer Park In Margareten

Wien, 17.5. (RK-KOMMUNAL) Einen neuen Park eröffnete Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Mittwoch nachmittag in der Grüngasse 21-23 in Margareten. Der 700 Quadratmeter große Park stellt eine echte Bereicherung für diesen dichtverbauten, grünarmen Bezirk dar. Er verfügt über mit Klinkern ausgelegte Sitzbereiche für Erholungssuchende, eine Pergola sowie Kleinkinderspielgeräte. Eine Besonderheit stellt der sogenannte „Spielbrunnen“ aus rosa Granit dar, der sowohl zum Trinken, als auch zum Planschen einlädt. In einer zweiten Ausbaustufe soll der Park noch um rund 900 Quadratmeter erweitert werden. (Schluß) du/bs

Bereits am 17. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Wiener Waldfahrschein“ wird aufgelegt

Wien, 18.5. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag legen die Wiener Verkehrsbetriebe einen „Wiener Waldfahrschein“ auf. Es handelt sich dabei um eine Streifenkarte für vier Fahrten, bei der pro Streifen ein Schilling aufgeschlagen wird. Die Streifenkarte kostet damit 60 statt 56 Schilling. Der zusätzliche Schilling pro Fahrt ist eine Spende für den Verein „Bruder Baum“ und wird von den Verkehrsbetrieben an diesen weitergeleitet. Der private Verein, auf dessen Initiative die Aktion zurückgeht, will mit den Erlösen lokale Waldhilfeaktionen und Informationsarbeiten zugunsten der Wiener Wälder durchführen. Mit der Fahrkarte ist auch ein Gewinnspiel verbunden, das vom Verein „Bruder Baum“ durchgeführt wird. (Schluß) roh/bs

Neues Kindertagesheim im 9. Bezirk eröffnet

Wien, 18.5. (RK-KOMMUNAL) Ein im Rahmen einer Wohnhaussanierung neu eingeplantes und errichtetes Kindertagesheim für 43 Kinder eröffnete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag in Wien 9., Lazarettgasse 6-8. Das Kindertagesheim Lazarettgasse 6-8 beherbergt eine Kleinkinder- und eine Kindergartengruppe und ist das 310. Kindertagesheim der Stadt Wien. (Schluß) jel/bs

Immer mehr ältere Akutpatienten

Jeder vierte Wiener älter als 65 Jahre

Wien, 18.5. (RK-KOMMUNAL) Jeder vierte Bewohner Wiens ist derzeit älter als 65 Jahre. Dementsprechend hoch ist auch der Anteil der älteren Menschen, die sich als Patienten in akuter Spitalsbehandlung befinden. So wurden etwa im vergangenen Jahr in den städtischen Spitälern mehr als 34.000 Patienten, die über 75 Jahre alt waren, aufgenommen. Dies gab Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwochabend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde bekannt.

Schaffung von Langzeitabteilungen

Naturgemäß müssen jedoch ältere Menschen nicht nur öfter in ein Krankenhaus, sondern haben zumeist auch eine längere Verweildauer. So betrug 1988 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den städtischen Spitälern etwa für die Altersgruppe von 16 bis 45 Jahren 7,9 Pflage tage, für die Gruppe von 66 bis 75 aber schon 15,4 und für die Gruppe von mehr als 75 Jahren sogar 19,7 Pflage tage. Dies macht es aber notwendig, wie Stacher erklärte, möglichst umfangreiche altersspezifische Betreuungsmöglichkeiten anzubieten. Dazu gehören zunächst die Versorgung zu Hause durch den praktischen Arzt sowie pflegerische und soziale Hilfen, ferner im Krankenhaus durch entsprechende Langzeitbehandlungen etwa im Rahmen sogenannter Langzeitabteilungen mit Möglichkeiten der Ergo- und Physiotherapie. Der Gesundheitsstadtrat wies in diesem Zusammenhang auf die bereits im Wilhelminenspital eingerichtete Langzeitabteilung hin und kündigte gleichzeitig die Schaffung weiterer derartiger Abteilungen im Elisabethspital und Franz-Josef-Spital an. Die von Stacher kürzlich angekündigte „Genesungspflege“ wird eine wesentliche Ergänzung dieses Angebotes darstellen.

Frauen unfallgefährdeter

Zu den häufigsten Ursachen für einen Spitalsaufenthalt zählen bei älteren Menschen vor allem Erkrankungen des Herz-Kreislaufes, Stoffwechsel und Bewegungsapparates. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß etwa Männer doppelt so häufig einen akuten Herzinfarkt erleiden als Frauen. Überraschend ist sicherlich auch die Tatsache, daß ab dem 75. Lebensjahr Frauen wesentlich unfallgefährdeter sind als Männer. So werden etwa dreimal so viel Frauen als Männer mit einer Oberschenkelhalsfraktur in das Spital eingeliefert.

Lebenserwartung und Bevölkerungsentwicklung

Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 1988 für Männer bei 71 Jahren (1973: 65,5 Jahre) und für Frauen bei 78 Jahren (1973: 74 Jahre). Seit dem Jahr 1900 ist sie um rund 30 Jahre gestiegen. Was die künftige Bevölkerungsentwicklung in Wien betrifft, so wird die Zahl der über 60jährigen in Wien vorerst noch rückläufig sein (im Gegensatz zu den über 75jährigen). Erst um die Jahrtausendwende tritt wieder ein Altersschub ein, dann wird sowohl die Zahl als auch der Anteil der Senioren wieder steigen. Sind derzeit 378.000 Wiener (25,5 Prozent) im Pensionsalter, so werden es im Jahr 2000 329.000 bzw. 23 Prozent sein. 2030 werden wiederum fast gleich viele Wiener über 60 Jahre alt sein wie derzeit (374.000). Trotzdem wird zu diesem Zeitpunkt Wien den niedrigsten Altenanteil aller Bundesländer haben, dies ist im wesentlichen die Folge der im Gegensatz zu den anderen Bundesländern konstant bleibenden Kinderzahl. (Schluß) zi/rr/bs

Neuer ärztlicher Direktor Im Theresien-Schlüssel

Wien, 18.5. (RK-KOMMUNAL) Im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel wurde Donnerstag Univ.-Prof. Dr. Heinrich BINDER von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER als neuer ärztlicher Direktor in sein Amt eingeführt. Er tritt damit die Nachfolge von Hofrat Primarius Dr. Herbert SUCHANEK-FRÖHLICH an, der seit 1975 ärztlicher Leiter des Maria-Theresien-Schlüssels war und nunmehr in den Ruhestand getreten ist.

Der neue ärztliche Direktor, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, war bisher als teilbeschäftigter Facharzt für Kinderneurologie in der Kinderklinik Glanzing tätig. (Schluß) zi/rr

Motorbootsaison '89 startet am Wochenende

Wien, 18.5. (RK-KOMMUNAL) Mit einem bunten Freizeit- und Unterhaltungsprogramm startet am kommenden Wochenende, dem 20. und 21. Mai, die Motorbootsaison '89 auf der Donau. Am Samstag findet um 15 Uhr die Abfahrt der Boote vom Kuchelauer Hafen mit einer anschließenden Bootsparade bis zur Reichsbrücke statt. Nach der Einfahrt in den Donaukanal beim Freudenauer Hafen fährt die Bootsparade bis zur Kaiserbadschleuse, wo sie gegen 16.30 Uhr eintreffen wird. Zum Abschluß des Tages gibt es ein Bootsfest in der Kuchelau. Am Sonntag findet u. a. um 12 Uhr eine Bootsrallye mit Geschicklichkeitsfahren statt. (Schluß) du/gg

ÖVP-Forderungen für Verbesserungen im Wiener Sport

Wien, 18.5. (RK-SPORT) Kritisch mit dem Sport in Wien setzten sich am Donnerstag in einer Pressekonferenz die Landtagsabgeordneten der ÖVP Dr. Gerda WINKLBAUER und Dr. Ernst NEUBERT auseinander. Dr. Neubert wies darauf hin, daß die jährlichen Sportförderungsmittel an die Vereine um rund 20 Prozent gekürzt wurden, und, daß das Sportbudget in der Bundeshauptstadt zu gering sei. „Die Vereine kommen damit in eine Schere, aus der sie nicht mehr herauskommen, weil auf der anderen Seite die Ausgaben steigen“, argumentierte Neubert, kritisierte aber zugleich auch die Vereine selbst, „die oft nicht kreativ und managementmäßig geführt werden, was manchmal auch an den Verantwortlichen liegt, jedoch meistens an der Ausstattung und den Umständen, unter denen diese Vereine zu arbeiten haben“.

Dr. Gerda Winklbauer setzte sich vor allem für besser gesicherte Radwege in der Stadt ein, für den verstärkten Turnsport und dafür, daß man schon im Kindergarten größeres Augenmerk auf den Sport legen sollte. Wesentlich mehr Augenmerk sollte man weiters auf die Sportmedizin legen, die eine bedeutende Rolle im Spitzen- aber auch im Breitensport einnimmt. (Schluß) hof/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr.
Samstag 10 bis 17 Uhr.
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 19. Mai 1989

Blatt 1035

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl: Endlich Taten für Nationalpark setzen! (1037/FS: 18.5.)
- Saisonbeginn für Stadtrundfahrten (1038)
- Landesarchivdirektorenkonferenz in Wien (1038)
- Chronik der Allgemeinen Poliklinik (1039)
- Terminvorschau vom 22. Mai bis 3. Juni (1042)
- Europas Großstädte diskutierten über Abwasserentsorgung (1043)
- Josefstädter Grätzelfest (1044)
- Einbahnregelung in der Längenfeldgasse (1044)
- Krankenpflegeschule im SMZ Ost: Samstag „Tag der offenen Tür“ (nur FS)
- Sprengstoff in der Dammböschung? (nur FS)
- „Dogofant“ wird vorgestellt (nur FS)

Kultur:

- „Hietzing von unten“ — Ausstellung im Bezirksmuseum (1040)
- Gedenkfeier in Aspern (1040)
- Ehrung für Bezirksmuseums-Kustoden (1040)
- Wiener Bezirksfestwochen (1041)
- Qualtinger-Ausstellung im Palais Palffy (1045)

Wirtschaft:

- Wiederinbetriebnahme des Donauzentrums (1036/FS: 18.5.)

Wiederinbetriebnahme des Donauzentrums

Bereits am 18. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 18.5. (RK-WIRTSCHAFT) Knapp zwei Wochen nach dem Brandanschlag auf das Donauzentrum, der die gesamte Stromversorgung lahmlegte, konnten heute, Donnerstag, wieder fast alle Geschäfte geöffnet werden. Das sei, betonte der Direktor der EKAZENT, Dkfm. Manfred DERP, in einer Pressekonferenz, der vorbildlichen Zusammenarbeit aller Beteiligten, den Elektro- und Reinigungsfirmen sowie auch den öffentlichen Stellen, zu verdanken. Der Brandausverkauf läuft in allen Geschäften, die nur durch die Ruß- und Rauchentwicklung geschädigt waren, auf vollen Touren. In der Tiefgarage, dem eigentlichen Brandherd, sind noch die Reinigungsarbeiten im Gange. Der Gesamtschaden, inklusive Neueinrichtung der Sicherheitseinrichtungen und der Reinigungsarbeiten, werde sich — so Direktor Manfred Derp auf eine Summe von ca. 60 Millionen Schilling belaufen. Die Tiefgarage wird Mitte Juni wieder in Betrieb genommen werden können. Alle Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten sollen laut EKAZENT-Direktor Derp bis Anfang nächster Woche abgeschlossen sein. Im Donauzentrum-Stammhaus findet am 27. Mai der ursprünglich für 6. Mai angesetzte lange Einkaufssamstag statt. (Schluß) rw/bs

Häupl: Endlich Taten für Nationalpark setzen!

Wien, 18.5. (RK-KOMMUNAL) „Über den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen soll nicht immer nur geredet, sondern es sollen endlich Taten gesetzt werden“, äußerte sich Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL heute, Donnerstag, zu den erneuten Ankündigungen des Nationalparks in einem Pressegespräch von Vizekanzler RIEGLER, der Minister FLEMMING, SCHÜSSEL und FISCHLER sowie Landeshauptmann-Stellvertreter PRÖLL. Er begrüße die Entscheidung und den Dringlichkeitsantrag zum Nationalpark sehr, aber es müßten nun endlich rasch die ersten Planungsschritte erfolgen. Er habe bereits vor einer Woche sofortige Kontaktgespräche mit Wien auf Beamtenebene hinsichtlich der Nationalpark-Errichtungsgesellschaft angeregt. Die Errichtung dieser Gesellschaft halte er für sehr wichtig, führte Häupl weiter aus, die Voraussetzungen hierfür könnten im Rahmen einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a BVG zwischen den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie dem Bund geschaffen werden. „Ich trete dafür ein, dieses ökologisch so bedeutsame Projekt des Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen sobald wie möglich zu realisieren“, schloß Häupl. (Schluß) du/bs

Bereits am 18. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Salsonbeginn für Stadtrundfahrten

Heuer zwei Routen: „Donauraum Wien“ und „Zwischen Zentrum und Flughafen“

Wien, 19.5. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtrundfahrten bieten heuer zwei Routen. Jeden Dienstag, ausgenommen an Feiertagen, führt die Route 1 „Donauraum Wien“ u. a. über den Donaukanal und den Augarten in den Prater. Jeden Donnerstag, ausgenommen an Feiertagen, führt die Route 2 über die EBS, den Flughafen Wien zur Zentralfeuerwache und zum Zentralfriedhof.

Für die Route 1 ist die Abfahrt jeweils Dienstag um 13 Uhr beim Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz 1, die Rückkehr ist für 17.30 Uhr vorgesehen. Der Preis beträgt 60 Schilling, Kinder bis 15 Jahre zahlen die Hälfte.

Die Route 2 beginnt jeweils Donnerstag um 13 Uhr beim Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz 1, die Rückkehr ist für 17.15 Uhr vorgesehen. Die Route 2 kostet ebenfalls 60 Schilling, Kinder bis 15 Jahre zahlen die Hälfte.

Auskünfte über die Rundfahrten gibt das Rundfahrtenbüro im Rathaus, Eingang Friedrich-Schmidt-Platz 1, Telefon 42 800/2950 DW von Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr. Dort können auch Karten gekauft oder reserviert werden. Vorverkauf und Reservierungen beginnen jeweils 14 Tage vor dem gewünschten Termin. Die letzten Rundfahrten finden für die Route 1 am 26. September und für die Route 2 am 28. September statt. (Schluß) fk/gg

Landesarchivdirektorenkonferenz in Wien

Wien, 19.5. (RK-LOKAL) Am 17. und 18. Mai fand im Wiener Rathaus die diesjährige Konferenz der Landesarchivdirektoren statt, bei der alle Bundesländer vertreten waren. Gastgeber war heuer das Wiener Stadt- und Landesarchiv. Auf der Tagesordnung standen unter anderem Rechtsfragen des Archivwesens, Sicherheitsangelegenheiten und Auswirkungen der elektronischen Datenverarbeitung in der Verwaltung auf die Archive. In der Diskussion wurde besonders der Ausgleich verschiedener, einander oft widersprechender Forderungen an die Archive behandelt wie die Zugänglichkeit für die Forschung, Daten- und Persönlichkeitsschutz, Öffentlichkeitsarbeit und konservatorische Rücksichten. (Schluß) am/rr

Chronik der Allgemeinen Poliklinik

Im Spiegel der Medizin- und Sozialgeschichte

Wien, 19.5. (RK-KOMMUNAL) Der Geschichte und Entwicklung der Allgemeinen Poliklinik im 9. Bezirk, Mariannengasse 10, ist ein soeben im Dieter Göschl-Verlag erscheinens Buch gewidmet, das Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag abend im Rahmen einer Präsentation vorstellte. Unter dem Titel „Chronik der Wiener Allgemeinen Poliklinik — Im Spiegel der Medizin- und Sozialgeschichte“ wird die Gründung der Poliklinik bzw. deren Entwicklung zum Spital von Univ.-Prof. Dr. Erich Emerich DEIMER dargestellt. Ergänzend dazu vermittelt das Buch aber auch eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen medizinischen Abteilungen bzw. Institute und informiert über die dort bis heute tätig gewesenene Ärzte.

Die Publikation ist eine sachliche Dokumentation für in medizinischen Berufen Tätige, historisch Interessierte und natürlich für alle Wiener Bürger. Das großformatige Buch umfaßt 260 Seiten mit zahlreichen Schwarzweiß-Fotos und ist zum Preis von 1.600 Schilling im Buchhandel erhältlich.

Geschichte der Poliklinik

Die Geschichte der Allgemeinen Poliklinik begann mit der Bildung eines Komitees von zwölf Privatärzten zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft im Jahr 1871. Sie hatte ihren Sitz zunächst im Haus Wipplingerstraße 29 und setzte eine Anregung des großen Chirurgen Theodor BILLROTH in die Tat um, auch außerhalb der Universitätskliniken Arbeitsgebiete für Medizinstudenten zu schaffen. Die Arbeitsgemeinschaft hieß bereits Poliklinik und verband mit dem rein medizinischen Zweck auch einen humanitären, in dem sie nur mittellose Patienten aufnahm und unentgeltlich behandelte. 1880 übersiedelte sie in das Haus Schwarzspanierstraße 5. 1891 konnte die mittlerweile zum Verein gewordene Arbeitsgemeinschaft den Baugrund in der Mariannengasse erwerben und mit dem Bau der endgültigen Poliklinik beginnen, der 1892 fertiggestellt wurde. 1938 kam die Poliklinik in das Eigentum der Stadt Wien und heißt seither „Allgemeine Poliklinik der Stadt Wien“. (Schluß) zi/rr

Ehrung für Bezirksmuseums-Kustoden

Wien, 19.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Rahmen einer Feier anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums des Bezirksmuseums Döbling überreichte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK Donnerstag abend an zwei Kustoden das Museums Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Die Ausgezeichneten, Frau Dr. Michaela KÖCK und Franz VOGLER, arbeiten beide seit 20 Jahren für das Bezirksmuseum und haben damit wesentlich zur Weiterentwicklung dieser Institution beigetragen. Über seine Funktion als Museum hinaus hat sich das Bezirksmuseum Döbling auch zu einem Kulturzentrum des Bezirks entwickelt. An der Feier nahm auch Bezirksvorsteher Adolf TILLER teil. (Schluß) gab/gg

„Hietzing von unten“ – Ausstellung im Bezirksmuseum

Wien, 19.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Hietzing, Am Platz 2, ist bis 25. Juni die Ausstellung „Hietzing von unten“ zu sehen. Sie dokumentiert anhand von Bildern, Fotos und anderen Exponaten das Leben von „Laternenanzündern, Dienstboten, Fiakern, Weinbauern und anderen Leut...“. Die Ausstellung ist jeweils Samstag, 14.30 bis 17 Uhr, und Sonntag, 10 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

Gedenkfeler in Aspern

Wien, 19.5. (RK-KULTUR) Der Museumsverein „Aspern — Essling 1809“ veranstaltet gemeinsam mit dem Deutschmeister-Schützenkorps vor dem Löwendenkmal in Aspern am Sonntag, dem 21. Mai, 10.30 Uhr, anlässlich des 180. Jahrestages der Schlacht von Aspern eine Gedenkfeier. Anschließend können die zu diesem Gedenken gezeigten Sonderausstellungen im Museum Aspern und im Pfarrsaal besichtigt werden. Im Volkshaus Aspern beschließt ein Fest die Feier. (Schluß) gab/rr

Wiener Bezirksfestwochen

Wien, 19.5. (RK-KULTUR) Mit einem Jugendsingen im Schloß Schönbrunn begannen am Freitag die heurigen Wiener Bezirksfestwochen, die unter dem Motto „Wien wörtlich“ stehen. Insgesamt sind rund 1.100 Veranstaltungen in allen Wiener Bezirken vorgesehen, wobei insgesamt etwa 300.000 Besucher erwartet werden. Die Bezirksfestwochen bieten jedes Jahr einer Vielzahl begabter Künstler Darstellungsmöglichkeiten. Die Wiener Bezirksfestwochen versuchen schon seit vielen Jahren, immer mehr Menschen auch am Prozeß der Programmierung zu beteiligen. An der Programmierung beteiligen sich Bezirksvorstellungen ebenso wie die Kulturvereine, freie Gruppen, Kunstschulen und Künstler.

Das Gesamtbudget für die heurigen Bezirksfestwochen beläuft sich auf sechs Millionen Subvention durch die Stadt Wien sowie rund eine Million von verschiedenen Sponsoren.

Schwerpunkte des Programmes

Das „Original Wiener Straßentheater“ gastiert heuer mit 22 Vorstellungen mit der Operette „Der Bettelstudent“ von Karl Millöcker auf Straßen und in Parkanlagen. Das „Dario Fo Theater“ spielt Jura Soyfer. Für die Kleinkunst ist ein Schwerpunkt im Theaterforum vorgesehen; hier treten namhafte Burg- und Josefstadtschauspieler auf, wie Erich Auer, Marianne Schönauer, Brigitte Neumeister. Pantomimen, Entertainer, Kabarettisten aus der Schweiz und der DDR zeigen ihre Programme. In verschiedenen Parkanlagen der Stadt gibt es auch heuer wieder die beliebten „Mach mit-Feste“. In Schulen, in Spitälern, Heimen und in Kindergärten gastieren Kindertheater, Clowns, Showprogramme sowie Musikgruppen, Orchester-, Tanz- und Folkloregruppen.

Vielleicht einer der Höhepunkte ist die für 26. Juni geplante Wiedereröffnung des letzten Wiener Stegreiftheaters in der Maroltingergasse in Ottakring. Der „Tschauner“ bringt die Bieroper „Die drei Grazien von Schwechat“.

Stadtinformation gibt Auskunft

Über das vielfältige Programm der Wiener Bezirksfestwochen informiert die Stadtinformation in der Schmidhalle im Wiener Rathaus täglich von 8 bis 18 Uhr. Hier können an Werktagen auch Programmhefte behoben werden. Die Stadtinformation ist auch an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 8 bis 18 Uhr unter der Telefonnummer 43 89 89 erreichbar. (Schluß) fk/gg

Terminvorschau vom 22. Mai bis 3. Juni

Wien, 19.5. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 22. Mai bis 3. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 22. MAI:

- 11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus den „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters“, Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)
- 14.00 Uhr, Überreichung des Ehrenringes der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Friedrich Gulda (Rathaus)

DIENSTAG, 23. MAI:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an o. Univ.-Prof. DDR. Hans Walter Fasching, o. Univ.-Prof. DDR. Oskar Schaller und o. Univ.-Prof. Dr. Kurt Schubert (Roter Salon, Rathaus)

MITTWOCH, 24. MAI:

- 10.00 Uhr, Presseführung Ausstellung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich? Die Auswirkungen der Französischen Revolution in Wien und Tirol“ (Historisches Museum)

FREITAG, 26. und SAMSTAG, 27. MAI:

Österreichisches Blasmusikfest in allen Bezirken

SAMSTAG, 27. MAI:

ca. 16 Uhr, gemeinsames Abschlußkonzert der Musiker des 10. Österr. Blasmusikfestes auf dem Rathausplatz

SONNTAG, 28. MAI:

Familiensonntag

MONTAG, 29. MAI:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

DIENSTAG, 30. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 31. MAI:

- ab 8.30 Uhr, Wienerwaldtag im Wiener Rathaus, Eröffnung durch Bgm. Zilk und Landeshauptmann Ludwig
- 14.00 Uhr, 31. Jour Fixe des Wiener Fremdenverkehrsverbandes. Vorsitz: Vbgm. Mayr (Hauptanstalt der Z, 3, Vordere Zollamtsstraße 13, 6. Stock, Veranstaltungszentrum, Saal 1)

DONNERSTAG, 1. JUNI:

9.00 Uhr, Übergabe der 350. Radabstellanlage (StR. Hatzl, 11, beim Simmeringer Friedhof, Unter der Kirche)

FREITAG, 2. JUNI:

11.15 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „Straßenbau“ (PID)

SAMSTAG, 3. JUNI:

ab 10.00 Uhr, 5. Wiener Tramwaytag (Zentralwerkstätte Simmering) (Schluß) red/gal

Europas Großstädte diskutieren Über Abwasserentsorgung

Wien, 19.5. (RK-KOMMUNAL) Der 25. Erfahrungsaustausch der Großstädte Europas über Stadtentwässerung fand von 17. bis 19. Mai im Wiener Rathaus statt. Vertreter aus 40 europäischen Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern diskutierten im Rahmen dieser Veranstaltung über anstehende Probleme der Abwasserableitung und -beseitigung. Das Ziel des Meinungsaustausches war, bei den Teilnehmern einen gleichen Informationsstand in dieser Problematik zu schaffen. Zum Abschluß der Veranstaltung besichtigten die Vertreter der Großstädte die Hauptkläranlage und die EBS. (Schluß) du/rr

Josefstädter Grätzelfest

Kinderfest, Musical, Kabarett, Quiz

Wien, 19.5. (RK-LOKAL) Ein buntes Programm mit einer Vielfalt von Unterhaltungsmöglichkeiten für Jung und Alt wie z.B. ein Kinderfest, Pantomime, Zaubervorführungen, Chansons und Kabarett sowie einen Quiz gibt es im Rahmen eines Grätzelfestes kommenden Dienstag, dem 23. Mai, am Platz vor der Schlosserinnung, Ecke Wickenburggasse/Tulpengasse im 8. Bezirk. Veranstalter des Festes ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes durchführt.

Gesundheitsstraße, Bierbrunnen

Das Grätzelfest beginnt um 16 Uhr und dauert bis 19 Uhr. Für die Unterhaltung der Besucher sorgen unter anderem die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 4, Fred SYLVESTER mit Zaubereien und ein Pantomime. Brigitte NEUMEISTER und Heinz HRUZA werden unter dem Titel „Das waren Zeiten“ ein buntes Chanson-, Musical- und Kabarettprogramm zum besten geben. Es gibt ein Kinderfest, und die Galerie Wickenburg veranstaltet einen Malwettbewerb für Kinder. Kinder und Erwachsene, die über die Josefstadt Bescheid wissen, können bei einem Quiz Preise gewinnen. Der Bürgerdienstbus steht für Beratungen zur Verfügung, außerdem kann sich jeder Besucher im Rahmen einer Gesundheitsstraße kostenlos „auf den Puls fühlen“ lassen. Selbstverständlich wird aber auch für das leibliche Wohl der Besucher — es gibt unter anderem auch einen „Bierbrunnen“ — gesorgt sein. Der Eintritt ist frei. (Schluß) zi/gg

Einbahnregelung in der Längenfeldgasse

Wien, 19.5. (RK-KOMMUNAL) Im 12. Bezirk wird ab kommenden Montag, 22. Mai, in der Längenfeldgasse von der Arndtstraße bis und in Richtung Schönbrunner Straße eine provisorische Einbahnregelung in Kraft gesetzt. Der Verkehr in der Gegenrichtung wird von der Schönbrunner Straße über Grieshofgasse — Niederhofstraße — Steinbauergasse zurück zur Längenfeldgasse geführt. Den Grund für diese Verkehrsmaßnahme, die bis in den Herbst aufrecht bleiben wird, bilden umfangreiche Einbauten mit anschließender Wiederherstellung der Fahrbahndecke. (Schluß) pz/rr

Qualtinger-Ausstellung im Palais Palfy

Wien, 19.5. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek zeigt in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Kulturzentrum im Palais Palfy bis 18. Juni die Ausstellung „Helmut Qualtinger. Dokumente zu seinem Leben“.

Dabei wird nicht nur der geniale Kabarettist und Schauspieler gewürdigt, sondern auch das schriftstellerische Werk Qualtingers in entsprechender Weise präsentiert. Helmut Qualtinger selbst hat sich ja in erster Linie als Autor gesehen: In seinem Paß war die Berufsbezeichnung „Schriftsteller“ vermerkt.

Gezeigt werden in der täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnete Schau Fotos, Originalmanuskripte, Plakate und Bücher. Ein Großteil der präsentierten Objekte stammt aus dem persönlichen Nachlaß Qualtingers, der von Frau Vera BOREK-QUALTINGER der Stadt Wien geschenkt worden ist.
(Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm. ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 22. Mai 1989

Blatt 1046

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP zur Zukunft des Wiener Fremdenverkehrs (1057)

Kommunal/Lokal:

Das Karmeliterviertel wird „WIENEU“ (1047/FS: 20.5.)

Longo Mai-Schafe kommen ins Kärntner Gailtal (1048/FS: 20.5.)

Franz-Josefs-Spital: Ausbau der EDV-Anlage (1049/FS: 21.5.)

Euromedia 1989 im Wiener Rathaus eröffnet (1050/1051/FS: 21.5.)

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (1052)

EKAZENT Hietzing-Jubiläum mit Hans Moser-Ausstellung (1053)

Smogalarmgesetz bringt Eingriffe in Städte und Gemeinden (1054)

4,8 Millionen für medizinische Forschung (1055)

Kurzparkzonen: Ab 1. Juli überwacht die Stadt selbst (1056)

Planungsausschuß beschließt generelle Projektierung für U 6-Nord (1058)

Bombendrohung in U-Bahn-Station Karlsplatz (nur FS: 21.5.)

Kollision mit Nachtautobus (nur FS: 21.5.)

Am Mittwoch Pressekonferenz von Stadtrat Edlinger über Mietrechtsgesetz (nur FS)

Neunjähriger von Autobus erfaßt (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

Änderungen bei den Bezirksfestwochen (1059)

Kultur:

Mittwoch Presseführung im Historischen Museum (nur FS)

Das Karmeliterviertel wird „WIENEU“

Bereits am 20. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 20.5. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Im Karmeliterviertel in Wien-Leopoldstadt fällt heute, Samstag, der Startschuß für gleich neun kommunale Wohnbauprojekte (fünf Wohnhausneubauten und vier Sanierungen städtischer Althäuser). Sie sind Ergebnisse des 1984 durchgeführten Architektenwettbewerbes „Wohnen und Stadterneuerung“. Mit einem feierlichen Spatenstich durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und Bezirksvorsteher Heinz WEISSMANN beginnen um 10.30 Uhr im Werd 15 Bauarbeiten, die Investitionen von rund 200 Millionen Schilling bewirken und über 150 neuwertige Wohnungen in dem citynahen Stadterneuerungsgebiet schaffen werden.

Das Karmeliterviertel in Wien-Leopoldstadt ist seit fünf Jahren eines von zehn Wiener Stadterneuerungsgebieten. Rund 14.000 Menschen wohnen hier. Drei Viertel der Gebäude sind älter als 70 Jahre, 40 Prozent der Wohnungen weisen Substandard auf. Es fehlt an Grünflächen und Parkraum. In Folge des Architektenwettbewerbes „Wohnen und Stadterneuerung“ wurden zahlreiche Projekte für den Neubau und die Revitalisierung von Wohnhäusern sowie für den öffentlichen Raum entwickelt.

Mit dem heutigen Tag fällt der Startschuß für folgende kommunale Neubau- und Revitalisierungsprojekte:

Neubauten: Malzgasse 1/Miesbachgasse 2 (Arch.-Gruppe Atelier 4)
Leopoldsgasse 24 (Arch. Gebhart/Zauchenberger)
Große Schiffgasse 32 (Arch. Gieselmann)
Im Werd 15 (Arch.-Gruppe Atelier 4)
Untere Augartenstraße 23/Haasgasse 12 (Arch. Beier)

Diese Neubauten städtischer Wohnhäuser sollen bis 1991 fertiggestellt werden und insgesamt 108 Wohnungen umfassen. Die Kosten der Errichtung sollen rund 140,35 Millionen Schilling betragen.

Revitalisierungen: Malzgasse 3/Miesbachgasse 4
Adamberggasse 5
Große Schiffgasse 30
Im Werd 17

Insgesamt werden für die Neubauten und die Sanierungen über 200 Millionen Schilling investiert und dadurch über 150 neuwertige Wohnungen geschaffen. Alle neun Bauvorhaben sollen, so Stadtrat Edlinger, zeigen, wie „sanfte Stadterneuerung“ zu verstehen ist: als behutsame Erneuerung bestehender Lebensräume, als sinnvolles Nebeneinander von Neubau und Sanierung. (Schluß) ah/gg

Longo Mai-Schafe kommen ins Kärntner Gailtal

Wien, 20.5. (RK-KOMMUNAL) Rund 300 Schafe der Europäischen Kooperative Longo Mai weideten seit März im Nordteil der Donauinsel und bekamen in dieser Zeit reichlich Zuwachs. Es sind jetzt ca. 600 Tiere. Rund 10.000 Wiener Kinder hatten während dieser Zeit die Gelegenheit, die Schafe zu besuchen, zu streicheln und bei der Geburt kleiner Lämmer dabei zusein, was mit großer Begeisterung und Interesse aufgenommen wurde. Nun werden die Schafe per Lastwagen, weil die Lämmer noch nicht so weit gehen können, ins Kärntner Gailtal gebracht, wo sie auf der Alm weiden werden. In derart hochgelegenen Regionen ist es nämlich den Menschen fast nicht möglich, die Wiesen zu mähen. Im Herbst, sobald die Lämmer kräftig genug sind, wandern die Schafe dann den weiten Weg wieder nach Wien. (Schluß) du/sk

Bereits am 20. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Franz-Josefs-Spital: Ausbau der EDV-Anlage

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Die im Franz-Josefs-Spital befindliche EDV-Anlage soll erweitert werden. Die künftige Zentrale der erweiterten EDV-Anlage wird im Keller des Direktionsgebäudes des Spitals eingebaut werden. Die Gesamtkosten für die dafür notwendigen baulichen Maßnahmen bzw. Installationen werden rund 4,9 Millionen Schilling betragen und wurden in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigt. (Schluß) zi/rr

Bereits am 21. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Euromedia 1989 im Wiener Rathaus eröffnet

23 Agenturen aus 29 Nationen vermitteln dreiviertel aller Nachrichten

Wien, 21.5. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal des Wiener Rathauses wurde am Sonntag abend die EUROMEDIA 1989 mit Referaten des Geschäftsführers der PRESSE, Johann P. FRITZ, dem Präsidenten von IPTC, Carel van DUITSHUIZEN, dem Wiener Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und dem amerikanischen Botschafter in Österreich, Henry A. GRUNWALD, eröffnet.

Fritz erinnerte daran, daß die Euromedia sich in früheren Veranstaltungen sowohl um die Zukunft des Fernsehens sowie der europäischen Medienrevolution befaßt habe. Heute gehe es um die Chancen und um die Probleme der sogenannten Informationsgesellschaft. Das in Computern zur Verfügung stehende Datenmaterial werde sich innerhalb der nächsten drei Jahre verdoppeln, der Datenaustausch in den großen europäischen Industrien, Banken und Versicherungsgesellschaften steige jährlich zwischen 20 und 40 Prozent. Wir sind heute mit dem Phänomen der Informationslawine konfrontiert, meinte Fritz. Auf der einen Seite stehe die Zunahme an Informationen, während auf der anderen Seite der Zugang zu wirklich relevanten Informationen immer schwieriger werde. Diese Informationsexplosion zeige auch Auswirkungen auf die Telekommunikationsindustrie. Es gehe um die Harmonisierung der Standards, die rascher vorangetrieben werden müsse.

Der Präsident von IPTC, Carel van Duitshuizen dankte der Stadt Wien einleitend für die Vorbereitungen dieser Tagung. Man müsse sich die Ansichten und Stellungnahmen der Medienleute, die hier versammelt seien, anhören. In einem Zeitalter, in dem Nachrichten und Bilder rasch über Kontinente hinweg ausgetauscht werden, gebe es das Problem, daß der technische Fortschritt verdecke, daß Nachrichten manchmal mit Vorbehalten weitergeleitet oder unterdrückt werden. Die Chancen der Informationsgesellschaft dürften aber nicht nur der Elite vorbehalten sein. Die IPTC, International Press and Telecommunication Council, habe eine Neuorientierung nötig in einer Zeit des großen technischen Umbruchs. Man müsse sich daher intensiv mit den großen Veränderungen auseinandersetzen, die die Ausweitung des Telekommunikationsmarktes mit sich bringt.

Wiens Bürgermeister Dr. Helmut Zilk begrüßte namens der Stadtverwaltung die 230 Teilnehmer aus 29 Nationen. In diesem Saal, so Zilk, in dem sich bereits viel Historisches ereignet habe, sitzen heute die Vertreter von 23 Nachrichtenagenturen, die rund dreiviertel aller Informationen der gesamten Welt verarbeiten. Das zeige auch die Bedeutung der Euromedia. Bei den Beratungen gehe es auch um die Grundlagen und um die Grundfragen unserer Informations-Gesellschaft. „Die Nachrichten-Agenturen, Pressestellen und Informationsbüros sind die Rohstofflieferanten der Medien aller Welt“. Daß sich gerade Wien als Tagungsort anbiete, liege sicher auch darin, daß die Bundeshauptstadt eine der drei UNO-Städte sei, daß Wien einer der fünf weltweit führenden Kongreß- und Konferenzorte sei, als auch darin, daß Wien eine Drehscheibe im Herzen Mitteleuropas zwischen den beiden großen weltpolitischen Lagern sei.

Wie wichtig Agenturen sind, zeigte Zilk an Hand eines Beispiels auf. Er sei gerade eine Woche lang in Japan gewesen und habe dort zahlreiche Kontakte mit führenden Politikern und Medienexperten gehabt. Die Japaner seien sehr erstaunt darüber gewesen, daß der „Eiserne Vorhang“ zwischen Ungarn und Österreich derzeit abgebaut werde. „Das ist offensichtlich durch die feinen Maschen der Agenturen geschlüpft“, meinte Zilk.

Abschließend vermerkte der Bürgermeister, daß Wien als ehemaliges Zentrum eines Vielvölkerstaates eine alte Zeitungstradition habe, und die Wiener Stadtverwaltung habe bereits sehr früh die Bedeutung der Nach-

Bereits am 21. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

richtenagenturen erkannt. Zilk erinnerte daran, daß Wien möglicherweise über den ältesten kommunalen Nachrichtendienst der Welt verfüge. Die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ wurde 1861 gegründet und gibt heute etwa 3.500 Meldungen pro Jahr heraus.

Den Delegierten vermittelte Zilk die große Bedeutung der Informationsgesellschaft. „Die Demokratie braucht den informierten Bürger. Denn nur ein informierter Bürger kann auch ein mündiger Bürger sein, der seine Rechte und Pflichten im Gemeinwesen des Staates wahrnimmt“, schloß Zilk. (Schluß) fk/gg

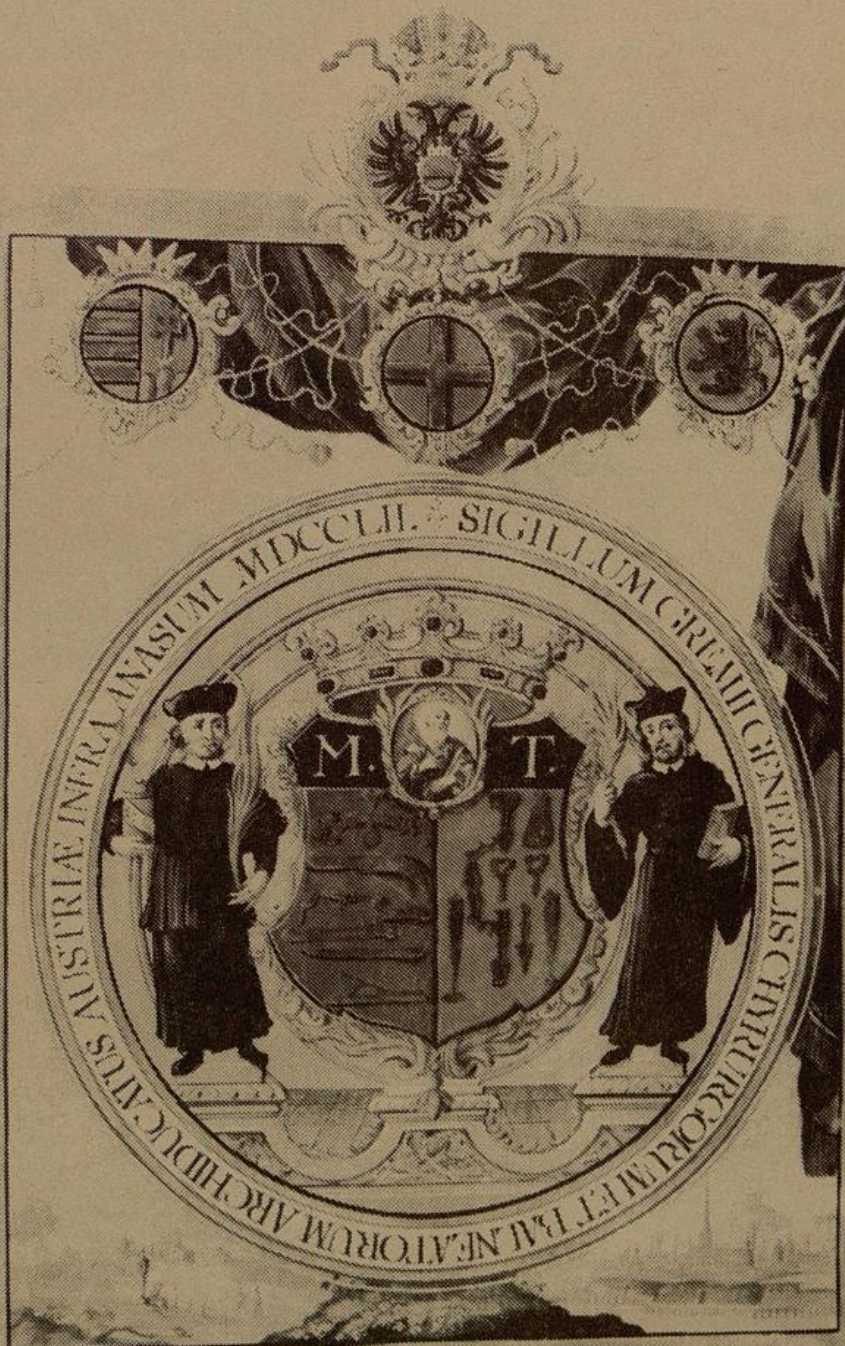
Forts. von Blatt 1050

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Maria Theresias Privilegsbestätigung für Chirurgen und Bader (1752)

Wien, 22.5. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 24. Mai bis 6. Juni wird die am 5. August 1752 ausgestellte Privilegsbestätigung der Kaiserin Maria Theresia für Chirurgen und Bader gezeigt: ein in roten Samt gebundenes Libell mit dem Siegel der Kaiserin. Besonders geziert wird es durch eine Abbildung des Wappens, das die Innung führen durfte. Es zeigt zwischen den MT-Initialen der Kaiserin den Apostel Bartholomäus als Patron der Chirurgen und Bader, die damals gemeinsam mit Wundärzten, Babieren und Hebammen zu den „niedereren Heilpersonen“ zählten, und eine Reihe von chirurgischen Werkzeugen. In der Regierungszeit Maria Theresias wurden durch den Einfluß ihres Leibarztes Gerhard van Swieten Maßnahmen getroffen, um die Ausbildung dieser Berufsgruppen auf wissenschaftlichere Basis zu stellen. (Schluß) am/gg



Kaiserin Maria Theresias Privilegsbestätigung für Chirurgen und Bader (1752). Foto: Wr. Stadt- und Landesarchiv

EKAZENT Hietzing-Jubiläum mit Hans Moser-Ausstellung

Das Hietzinger Einkaufszentrum ist 25 Jahre alt – Hans Moser-Filme im Park-Kino – Auch Ostbahn-Kurti ist mit dabei

Wien, 22.5. (RK-LOKAL) Eine Hans Moser-Ausstellung im Foyer des Park-Kinos ist Auftakt und erster Höhepunkt des Jubiläums des Hietzinger Einkaufszentrums, das vor 25 Jahren in Betrieb genommen worden ist.

Zur Eröffnung der Ausstellung am Montag, dem 29. Mai, um 10.30 Uhr, haben sich Waltraud HAAS und Erwin STRAHL angesagt. Ab 9.30 Uhr konzertieren die Deutschmeister. Um 11.30 Uhr wird im Park-Kino der Hans Moser-Streifen „Opernball“ gezeigt.

Das Park-Kino zeigt insgesamt zehn Filme mit dem berühmten Komiker in der Hauptrolle, und zwar (Beginn jeweils 14.30 Uhr): „Opernball“ (29. Mai), „Schrammeln“ (30. Mai), „Die unentschuldigte Stunde“ (31. Mai), „Hofrat Geiger“ (1. Juni), „Wiener G'schichten“ (2. Juni), „Mariandl“ (3. Juni), „Ungeküßt sollst Du nicht schlafen geh'n“ (4. Juni), „Frasquita“ (6. Juni), „Der Himmel auf Erden“ (7. Juni) und „Wiener Blut“ (8. Juni).

Zum Ausklang des Moser-Festivals findet am 8. Juni um 16 Uhr ein Konzert mit dem Lehar-Orchester unter der Leitung von Professor Eduard MACKU statt. Stargast ist Franz ANTEL, der Regisseur vieler Moser-Filme.

Im Rahmen des EKAZENT Hietzing-Jubiläums gibt es noch ein Kinderfest am 3. Juni sowie mehrere Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Kulturverein Hietzing und den Wiener Bezirksfestwochen.

Zum Schulschluß wird am 29. Juni um 14.30 Uhr ein Open-air-Konzert mit „Ostbahn-Kurti und der Chefpartie“ veranstaltet.

Das Einkaufszentrum Hietzing war das erste Projekt der damals neu gegründeten EKAZENT, es diente der Sicherung der Nahversorgung. Schon damals nahm man bei der Planung Bedacht auf die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen, so daß keine sinnwidrige Konkurrenz zu den alteingesessenen Geschäften entstand.

Eine Marktuntersuchung bestätigte die Richtigkeit des Branchenkonzepts. Das EKAZENT Hietzing erzielt eine Marktwirkung, von der auch die in der Umgebung etablierten Handels- und Dienstleistungsbetriebe profitieren. (Schluß) wh/rr

Smogalarmgesetz bringt Eingriffe in Städte und Gemeinden

Städtebund will Übel bei der Wurzel packen

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Mit 1. Juni 1989 tritt das „Smogalarmgesetz“ in Kraft. Es ermächtigt die Landeshauptleute zu weitgehenden Maßnahmen, wie der Einschränkung des Kfz-Verkehrs der Stilllegung oder Drosselung von Anlagen, der Einschränkung des Hausbrandes hinsichtlich der Raumtemperatur und der Verwendung bestimmter Brennstoffe oder sogar der Untersagung von Massenveranstaltungen. Für die Überschreitung solcher durch Verordnung festgelegten Maßnahmen sind Geldstrafen von bis zu 500.000 Schilling vorgesehen.

Die Landeshauptleute müssen Smogalarmpläne für Gebiete, in denen Überschreitungen der Grenzwerte zu erwarten sind, per Verordnung festlegen. In diesen Plänen müssen auch die erforderliche Zahl an Meßstellen und die nach Smogalarmstufe 1 und 2 abgestuften Maßnahmen enthalten sein.

Städtebund-Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK dazu: „Das Smogalarmgesetz bedeutet für die österreichischen Städte und Gemeinden einen weitgehenden Eingriff in ihre Lebensabläufe. Trotzdem begrüßt der Österreichische Städtebund im Sinne des Gesundheits- und Umweltschutzes die Einführung dieses Gesetzes. Es muß jedoch angemerkt werden, daß das Smogalarmgesetz eine reine Maßnahme zur 'Symptombehandlung' darstellt, das heißt, es wird nur eine momentane Besserung der Luftqualität erreicht und keine langfristige.“

Der Städtebund fordert daher zusätzlich zum Smogalarmgesetz tiefgreifende Maßnahmen, die das „Übel“ bei der Wurzel packen, das heißt, bei den Verursachern ansetzen. Ansatzpunkte sind in dieser Hinsicht vor allem der Individualverkehr und der Hausbrand.

Für Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Fernwärme

Pramböck: „Zur Verbesserung der Situation in diesem Bereich gibt es unter anderem zwei Schwerpunkte: den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und den Ausbau der Fernwärme. Die Städte unternehmen auf diesem Gebiet selbst große Anstrengungen, sind aber auf die Unterstützung des Bundes angewiesen. Auf beiden Gebieten gibt es jedoch seitens des Bundes Bestrebungen, die Förderungen einzuschränken oder überhaupt zu streichen.“

So war der 15-Prozent-Anteil der Städte an der Nahverkehrsmilliarde, der zuletzt 280 Millionen Schilling brachte, von der Streichung bedroht. Im Finanzausgleichsgesetz 1989 konnten nur 230 Millionen als Zuschuß verankert werden. Nach Möglichkeit sollte die Förderung des öffentlichen Verkehrs jedoch weiter ausgebaut und dynamisiert anstatt reduziert werden, fordert der Österreichische Städtebund. In vielen österreichischen Städten gibt es wichtige Projekte, die nur mit Hilfe des Bundes und der Länder realisiert werden können.

Gleiches gelte für die Förderung der Fernwärme. „Es ist zwar zu begrüßen, daß eine Verlängerung des 1988 ausgelaufenen Fernwärmeförderungsgesetzes erreicht wurde sowie daß nunmehr auch die Errichtung neuer Kraft-Wärme-Kupplungen in der Förderung enthalten ist. Die Ausweitung des Investitionsvolumens auf elf Milliarden Schilling wird in der Praxis jedoch voraussichtlich nicht ausreichen. Negativ wirkt sich auch der Wegfall der Förderungen von Spitzen- und Reservekessel sowie von Heizzentralen und mobilen Anlagen aus“, sagte der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes dazu.

Der Städtebund verlangt daher eine Anpassung des Förderungsvolumens an den tatsächlichen Bedarf. Auch die Länder dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Weiters sollte der Bund dort, wo es bereits Fernwärmeversorgung gibt, seine eigenen Objekte wesentlich schneller an die umweltfreundliche Fernwärme anschließen lassen. (Schluß) roh/bs

4,8 Millionen für medizinische Forschung

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Förderungsmittel in der Höhe von 4,8 Millionen Schilling überreichte Montag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Vertretung des Bürgermeister an Wiener Ärzte. Dabei handelt es sich um Mittel aus dem „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“, mit dem insgesamt 17 medizinisch-wissenschaftliche Projekte, die sich auf nahezu alle Gebiete der Medizin erstrecken, gefördert werden. Der Fonds wurde mittels Gemeinderatsbeschuß 1978 ins Leben gerufen. Präsident des Fonds ist jeweils der für das Gesundheitswesen zuständige amtsführende Stadtrat. An der Überreichung nahmen auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil.

Allergien, Muskelstimulation, Leukämieforschung

Bei den 17 geförderten Projekten handelt es sich zum Teil um die Fortsetzung bereits laufender und zum Teil um neue medizinisch-wissenschaftliche Forschungsarbeiten. So befaßt sich ein eigenes Projekt mit den Problemen der durch Pollen ausgelösten Allergien bzw. die damit verbundenen Beschwerden. Mit Hilfe exakter Messungen soll dabei die Wirksamkeit der verschiedenen Pollen festgestellt werden. Bekanntlich leiden mehr als zehn Prozent der Bevölkerung unter einer Pollenallergie. Ein weiteres Projekt befaßt sich mit den Anwendungsmöglichkeiten von Elektrostimulationen bei Muskulatlähmungen im Kindesalter und seitens des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Leukämieforschung und Hämatologie wird die Anwendung diverser zytostatischer Chemotherapien untersucht. Ferner gibt es unter anderem auch wissenschaftliche Arbeiten zur Behandlung von Eileiterschwangerschaften, zur Erforschung neuer Prophylaxemöglichkeiten im Bereich der Tropenmedizin und eine Fortsetzung der bereits laufenden Auswertung eines Hörscreenings von sogenannten „Risiko-Kindern“.

359 Projekte bisher gefördert

Seit Bestehen des Fonds wurden laut Gesundheitsstadtrat Dr. Alois Stacher durch das Kuratorium insgesamt 748 Anträge bearbeitet und dafür rund 1.400 Gutachten eingeholt. Bis Mitte dieses Jahres wurden für 359 Anträge Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 122,1 Millionen Schilling bewilligt. Stacher betonte bei der Überreichung, daß Wien das einzige österreichische Bundesland ist, das die Forschungstätigkeit seiner Ärzte mit zehn Millionen Schilling pro Jahr fördert. Dazu kommen weitere Forschungsförderungen durch die Hochschuljubiläumsstiftung und über die Ambulanzgelder der Kliniken im AKH.

Zu den derzeit geführten Diskussionen über das Gesundheitswesen meinte der Stadtrat, daß trotz aller technischen Entwicklungen und organisatorischen Veränderungen der Patient stets im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen sollte. (Schluß) zi/rr

Kurzparkzonen: Ab 1. Juli überwacht die Stadt selbst

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß am Montag einstimmig, das Parkometergesetz dahingehend zu ändern, daß die Überwachung durch besonders ermächtigte Organe der Stadt Wien erfolgt. Bisher war die Überwachung der Kurzparkzonen durch die Bundespolizei erfolgt. Die Novelle zum Parkometergesetz muß noch vom Wiener Landtag beschlossen werden. Sie soll mit 1. Juli 1989 in Kraft treten. (Schluß) ger/gg

ÖVP zur Zukunft des Wiener Fremdenverkehrs

Wien, 22.5. (RK-POLITIK) So erfreulich die Bilanz im Wiener Fremdenverkehr sei, so gebe es dennoch für die Zukunft einige Fragen zu lösen, betonte am Montag der ÖVP-Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER in einem Pressegespräch. Es stehe ein Strukturwandel zugunsten qualitativ hochwertiger Reiseformen bevor, was eine Zunahme des Städtetourismus, der Kulturreisen sowie der Kurz- und Mehrfachurlaube zur Folge haben werde. Diese Chancen müsse Wien nützen. Bis zur Weltausstellung 1995 sei daher eine Schwachstellenanalyse erforderlich. In diesem Zusammenhang sprach sich Maier für eine Verbesserung der Infrastruktur aus, die auch der Bevölkerung zugute komme. Ein Problem, das bis zur EXPO 95 gelöst werden müsse, so Maier, sei die Liberalisierung der Einkaufszeiten. Weiters regte Maier eine eventuelle Verlängerung der Wiener Festwochen sowie kulturelle Angebote in der Zwischensaison, die Förderung des Konferenztourismus sowie eine Stärkung des Tourismus-Bewußtseins der Wiener an. (Schluß) fk/bs

Planungsausschuß beschließt generelle Projektierung für U 6-Nord

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Einstimmig beschlossen hat heute der Planungsausschuß die generelle Projektierung der U 6-Nord bis zur Station Strandbäder.

Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA in der Sitzung betonte, werde selbstverständlich eine Fertigstellung dieser für die EXPO 95 unverzichtbaren Verlängerung bis Floridsdorf angestrebt, doch seien die Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund noch im Gange.

Seitens des Magistrats würden daher vorerst nur die Planungen bis zur Station Strandbäder vergeben. Aus Sicht der Stadt Wien ist die Fertigstellung der U 6-Nord bis Floridsdorf jedoch noch bis 1995 möglich.

Keine „Gefahr“ für Bruckhaufen

Der Planungsstadtrat begegnete auch allen Gerüchten, daß im Bereich der Schnellbahn/U-Bahn-Station Strandbäder „riesige Parkplätze“ errichtet würden.

Tatsächlich werde man, so Swoboda, bei der Projektierung der Trasse so schonend wie möglich vorgehen, Park & Ride-Anlagen würden entlang der S-Bahn bereits weit außerhalb des unmittelbaren EXPO-Geländes geplant. Für den Bruckhaufen besteht somit keinerlei Gefahr „massiver Eingriffe“.

Kompromiß über Architektenhonorare für SMZ-Ost

Im Zusammenhang mit den Planungen für das SMZ-Ost konnte, wie Planungsstadtrat Swoboda erklärte, ein Kompromiß über die Honorare für die beteiligten Architekten erzielt werden, der einerseits berücksichtigt, daß die Baukosten gegenüber den ursprünglichen Planungen reduziert wurden und andererseits die 1981 abgeschlossenen Verträge nicht auf der Basis der Gebührenordnung für Architekten beruhten. Durch eine sich abzeichnende Verminderung der Herstellungskosten tritt nunmehr eine Gebührenreduktion auf 120 Millionen Schilling ein. (Schluß) lf/gg

Änderungen bei den Bezirksfestwochen

Holecek-Abend abgesagt

Wien, 22.5. (RK-BEZIRKE) Der Liederabend mit Kammersänger Heinz HOLECEK am Freitag, 26. Mai, im Festsaal der Bezirksvorstehung Währing, 18, Martinstraße 100, muß aus technischen Gründen abgesagt werden.

Donaustadt: Neuer Veranstaltungsort

Wegen des Brandes im Donauzentrum kommt es zu einer Änderung des Veranstaltungsortes der Aktivitäten, die im Donauzentrum geplant waren. Alle Veranstaltungen, die laut Festwochenprogramm im Donauzentrum stattfinden hätten sollen, werden auf der Donauinsel auf dem Areal der Firma Schuh Schi durchgeführt. (Schluß) red/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 23. Mai 1989

Blatt 1060

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ausstellung über Feuermauer-Bemalungen (1062)
- Stadtinformation: Telefonservice an Wochenenden hat sich bewährt (1064)
- Subventionen für kulturelle und soziale Aktivitäten (1065)
- Mistfest im Mistzelt (1066)
- „Dogofant“ beseitigt Hundstrümmerln (1067)
- Projekt Steyr-Haus hat Fachbeirat passiert (1068)
- Auflagen des Bundesdenkmalamtes für Heldenplatzgarage (1069)
- Auffahrtsrampe zur Südautobahn vorzeitig wieder befahrbar (1071)
- Lainz: 728 Anrufe beim Spitalsombudsmann (1072/1073)

Kultur:

- Ehrenring der Stadt Wien für Friedrich Gulda (1061)
- 50. Todestag von Josef Roth (1063)
- Prof. Gerhard Track wird neuer Leiter der Musiklehranstalten der Stadt Wien (1070)
- 10. Österreichisches Blasmusikfest am 27. Mai (1074)

Ehrenring der Stadt Wien für Friedrich Gulda

Wien, 22.5. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag im Wappensaal des Wiener Rathauses Friedrich GULDA den Ehrenring der Stadt Wien, die höchste sichtbare Auszeichnung der Stadt.

In seiner Laudatio wies Zilk auf die Vielschichtigkeit der Künstlerpersönlichkeit Guldas hin: ob als Komponist, als Jazzler oder als Klassikinterpret — Gulda sei immer allein der Musik verpflichtet, einer Musik, gegen deren Zerteilen in verschiedene Bereiche oder Stile er sich als erster gewandt habe. Gulda sei aber stets auch ein Unbequemer, Unangepaßter, ein Kämpfer gegen jede Geistesschlamperei gewesen, einer, der damit in einer Linie mit Kraus, Loos, Kokoschka, Qualtinger oder Berhard stehe. Mit dem Ehrenring der Stadt Wien erhalte Gulda die ihm zustehende Auszeichnung, die ausschließlich schöpferisch bedeutenden Persönlichkeiten vorbehalten sei.

In seinen Dankesworten wies Gulda besonders auf seine Bemühungen hin, immer wieder Musiker aus verschiedensten Lagern zum Musizieren oder zum Gespräch zusammenzubringen. Der Erfolg in Wien habe für ihn besonders große Bedeutung, sagte Gulda: eine künstlerische Aufgabe betrachte er erst dann als abgeschlossen, sobald er damit Erfolg in Wien habe. Gulda schloß seinen Dank musikalisch mit pianistischen Wien-Zitaten ab, darunter das von ihm umgetextete Fiakerlied. Guldas Version: „A Pianist des kann a jeder wer'n, oba spün, des kennans nur in Wean“. An der Feier nahmen auch Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, Zweite Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL, sowie die Klubobmänner Ing. Karl SVOBODA und Dr. Erwin HIRNSCHALL teil. (Schluß) gab/bs

Bereits am 22. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Ausstellung über Feuermauer-Bemalungen

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Die Gebietsbetreuung im Stadterneuerungsgebiet Margareten präsentiert vom 24. Mai bis 23. Juni in ihrem Informationslokal (5, Margaretenstraße 105) eine Ausstellung über Feuermauer-Bemalungen. Gezeigt werden in Margareten durchgeführte Feuermauer-Bemalungen, Gestaltungsvorschläge für weitere Bemalungen (etwa für die Feuermauer zum gerade eröffneten Park in der Grüngasse/Rüdiggasse), aber auch Beispiel für besonders häßliche Feuermauern im Stadterneuerungsgebiet. In den letzten Jahren sind in ganz Wien zahlreiche Feuermauern durch kunstvolle und bunte Bemalungen belebt worden. Diese Farbtupfer im Stadtbild sind nicht nur Blickfang, sondern auch Wahrzeichen von Grätzeln geworden. Die Ausstellung hat den Zweck, Hauseigentümer, Hausbewohner und Sponsoren zu derartigen Bemalungen zu motivieren.

Die Ausstellung wird heute, Dienstag, Abend um 17 Uhr mit einer Vernissage durch Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER in der Gebietsbetreuung Margareten eröffnet. Zu sehen ist die Ausstellung Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr sowie Montag bis Mittwoch von 13 bis 17 Uhr, donnerstags bis 18 Uhr. (Schluß) ah/gg

50. Todestag von Josef Roth

Wien, 23.5. (RK-KULTUR) Am 27. Mai jährt sich zum fünfzigsten Mal der Todestag des Schriftstellers Josef Roth. Josef Roth wurde am 2. September 1894 in Schwabendorf bei Brody im österreichischen Galizien geboren. Er besuchte das Gymnasium in Lemberg und begann danach in Wien Philosophie zu studieren.

Im Ersten Weltkrieg machte er zwei Jahre lang Frontdienst. Nach dem Kriegsende und dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ergriff er die journalistische Laufbahn und schrieb für angesehenen Zeitungen in Deutschland und Österreich. Mit seinen Reportagen und Berichten fand er großen Widerhall beim Publikum. Sein Hauptwohnsitz war in den Zwanzigerjahren Berlin, von wo er 1933 vor den Nationalsozialisten nach Österreich flüchten mußte. Hier blieb er, bis ihn der Anschluß 1938 zur neuerlichen Emigration zwang. Er ging nach Paris, wo er am 27. Mai 1939 in einem Armenspital verstarb.

Neben seinen journalistischen Arbeiten verfaßte Roth eine Reihe von Romanen und Novellen, die ihn als einen der bedeutendsten österreichischen Schriftsteller in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ausweisen.

Schon in seinem ersten Roman „Hotel Savoy“ (1924) gilt sein Interesse den sozial Schwächeren, den Verfolgten und Elenden. Im Roman „Flucht ohne Ende“ (1927) wird das Schicksal eines österreichischen Offiziers erzählt, der in Rußland in Kriegsgefangenschaft gerät, sich der Roten Armee anschließt und nach langen Irrwegen schließlich in den Westen zurückkehrt. Doch auch hier bleibt er ein Heimatloser und Entwurzelter. Es folgten die Romane „Zipper und sein Vater“ (1928), „Rechts und Links“ (1929) und „Hiob“ (1930), in dem Roth in ergreifender Weise die Schicksale einer ostjüdischen Familie erzählt.

1932 erschien das Werk, das Roth weithin berühmt machte, nämlich „Radetzky marsch“. In diesem Roman stellt er anhand dreier Generationen einer Familie den langsamen Verfall der österreichisch-ungarischen Monarchie exemplarisch dar.

Weitere Romane waren „Tarabas ein Gast auf dieser Erde“ (1934), „Hundert Tage“ (1935), „Beichte eines Mörders“ (1936), „Das falsche Gewicht“ (1937), „Die Geschichte von der 1002. Nacht“ (1938) und „Die Kapuzinergruft“ (1938). (Schluß) red/rr

Stadtinformation: Telefonservice an Wochenenden hat sich bewährt

Mehr als 12.000 Anrufe

Wien, 23.5. (RK-LOKAL) Das auf Initiative von Bürgermeister Dr. ZILK im Mai vergangenen Jahres zusätzlich eingerichtete Telefonservice der Stadtinformation an Wochenenden und Feiertagen hat sich bewährt: Das neue Wochenend-Informationsangebot wurde bisher von insgesamt 12.439 Anrufern in Anspruch genommen. Erwartungsgemäß hoch war der Anteil von Anfragen im Freizeitbereich (11.780), etwa nach Öffnungszeiten von Ausstellungen, Beginnzeiten von Veranstaltungen oder Sportmöglichkeiten.

Die Mitarbeiter der Stadtinformation waren aber auch bei Hinweisen über Unzukömmlichkeiten „auf Draht“ und haben 659 Problemfälle an Dienststellen des Magistrats weitergeleitet bzw. wurden die Anrufer informiert, wohin sie sich mit ihren Anliegen wenden können.

Was ist los in Wien?

Neben den Auskünften zu Großereignissen, wie etwa der Festwochen-Eröffnung oder dem kommenden Blasmusik-Festival, erreichen die Mitarbeiter der Stadtinformation oftmals auch Anfragen zu Kleinveranstaltungen. Um auch auf diesem Sektor über möglichst viele Termine Auskunft geben zu können, sind alle Veranstalter aufgerufen, ihre Aktionen der Stadtinformation bekanntzugeben. Es werden Programmankündigungen aller Art gesammelt und telefonisch an Interessierte weitergegeben.

Die Stadtinformation in der Friedrich-Schmidt-Halle im Rathaus hat Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Als zentrale Auskunftsstelle der Stadt stehen die Mitarbeiter den Wienerinnen und Wienern unter der Telefonnummer 43 89 89 täglich von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung. (Schluß) red/bs

Subventionen für kulturelle und soziale Aktivitäten

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Subventionen für eine Reihe von Vereinen und Einrichtungen, die auf kulturellem und sozialem Gebiet tätig sind, beschloß kürzlich der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales. Der Ausschuß genehmigte eine Subvention in Höhe von 30.000 Schilling für den Kroatisch-Burgenländischen Kulturverein in Wien, 190.000 Schilling für den Verein der Freunde der Kuffner Sternwarte, 40.000 Schilling für den Verein Pflegefamilien und 220.000 Schilling für das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien. Ebenfalls 220.000 Schilling erhält das Franz-Schubert-Konservatorium für Musik und darstellende Kunst. (Schluß) jel/gg

Mistfest im Mistzelt

25. bis 28. Mai 1989

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters über die Abschlußveranstaltung des Schülerwettbewerbs zum Thema Müll. Das große Mistfest im Mistzelt findet vom 25. bis 28. Mai statt. Die MA 48 — Stadtreinigung und Fuhrpark veranstaltete gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien unter Mithilfe des Pädagogischen Instituts im heurigen Frühjahr einen Schülerwettbewerb mit einer „Ideenbörse Umwelt“ und Schwergewicht auf der Müllproblematik. Das Echo war enorm, mehr als 80 Schulen beteiligten sich an dem Wettbewerb. Jede gute Idee war willkommen, sei es in Form von Aufsätzen, Zeichnungen, Aufrufen, praktischen Tips und sogar Theaterstücken.

Beim Mistfest im Mistzelt werden nun alle Projekte ausgestellt, die von den Schülerinnen und Schülern eingereicht wurden. Eingeladen sind aber nicht nur die Schüler, sondern jeder, der sich für das wichtige Umweltproblem Müll interessiert. Der Eintritt ist frei.

Das umfangreiche Rahmenprogramm bietet sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene genug Abwechslung: Es gibt eine Ton-Dia-Schau, Lese-Ecken, Theater von und mit Kindern, Umweltspiele, Videos, Kabarett, eine Fuhrpark-Leistungsschau der MA 48 sowie eine Ausstellung, die von den Umweltberatern gestaltet ist. Interessierte können sich über diverse Umweltgruppen, wie WWF, Naturfreunde, Greenpeace, usw. informieren, die alle beim Fest vertreten sind. Auch Führungen auf die Deponie Rautenweg werden durchgeführt. Für das leibliche Wohl sorgen z.B. ein Biobuffet und eine Milchbar.

Das Mistfest im Mistzelt, 1220 Wien, Rautenweg 45, findet von 25. bis 28. Mai 1989 täglich von 9 bis 18 Uhr statt, Eintritt frei. Ab 8.30 Uhr gibt es an diesen Tagen einen Gratis-Buspendelverkehr von der U 1 Kagran bis zum Mistzelt. (Schluß) du/bs

„Dogofant“ beseitigt Hundstrümmerln

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL stellten am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters den „Dogofant“, ein Motorrad zur Beseitigung von Hundekot vor, das am 24. Mai in Betrieb geht. Das „Hunde-Motorrad“, das mit einem Katalysator ausgestattet ist, und mit bleifreiem Benzin fährt, wird in den Fußgängerzonen im 1. und 10. Bezirk, am Ring und im Wohnbereich Gassergasse/Kliebergasse eingesetzt. Das Motorrad verfügt über eine Absaugvorrichtung und einen Fäkalientank. Die Entsorgung erfolgt über die MA 30-Kanalisation. Es ist vorgesehen, daß der Fahrer pro Tag eine Strecke von insgesamt rund 30 km vom Hundekot säubert.

Neue selbstreinigende Toiletteanlage

Eine neue Toiletteanlage, die beim Flohmarkt, Linke Wienzeile gegenüber Nr. 60, aufgestellt wurde, geht ebenfalls probeweise für fünf Monate in Betrieb. Die Toilette verfügt über eine automatische Selbstreinigung. Für einen Schilling Benützungsg Gebühr gibt es sogar Musikuntermalung. Allerdings — man muß sich beeilen, denn nach 10 Minuten öffnet sich automatisch die Tür.

Schirmer: Reinhaltspflicht bleibt bestehen

Wie Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters klarstellte, bedeute die probeweise Einführung des „Dogofanten“ nicht, daß damit die Reinhaltspflicht für Hundebesitzer aufgehoben oder reduziert wird. Im Gegenteil: Man wolle auf diesem Weg die Stadt sauber bekommen und sie dann sauber halten.

Schirmer kündigte weiters ein generelles Hundeverbot für Kinderspielplätze und Parks an. Als Alternative biete die Stadt Wien ausreichend Hundezonen (kleinere Grünstreifen in Parks) und zusätzlich Hundeausläufflächen wie im Prater oder auf der Donauinsel an, wo sich Hunde frei bewegen können. Hundebesitzer, die künftig auf ihre Vierbeiner nicht ausreichend aufpassen — wodurch es zu Verunreinigungen durch Hundekot kommt — sollen künftig von der Polizei streng bestraft werden. (Schluß)
du/ull/bs/rr

Projekt Steyr-Haus hat Fachbeirat passiert

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Das Projekt „Steyr-Haus“ von Prof. HOLZBAUER hat in der Vorwoche den Fachbeirat passiert. Dies teilte Dienstag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA in der Pressekonferenz des Bürgermeisters mit.

Anläßlich dieses Projektes war es bekanntlich zu Diskussionen dahingehend gekommen, daß Prof. Holzbauer als Vorsitzender des Fachbeirates bevorzugt behandelt werden könnte.

Wie der Planungsstadtrat dazu sagte, hat Prof. Holzbauer in der gegenständlichen Sitzung des Fachbeirates nach seiner Präsentation selbstverständlich an den Beratungen nicht mehr teilgenommen und den Vorsitz an Univ.-Prof. Dr. Machatschek abgegeben. Der Fachbeirat hatte in Anbetracht der Bedeutung des Projektes die TU-Professoren Moser und Puchhammer als Gutachter beigezogen. Das Ergebnis des Gutachtens: Dem Projekt wurde grundsätzlich sehr hohe gestalterische Qualität zugesprochen, die maßstäbliche Einfügung in das Ringstraßenumfeld wurde als gelöst betrachtet. Allerdings regte der Fachbeirat weitere Detailüberprüfungen wie z. B. den Anschluß der Dachzone an das linke Nachbargebäude an. (Forts.mgl.) lf/bs

Auflagen des Bundesdenkmalamtes für Heldenplatzgarage

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, liegt nunmehr der Bescheid des Bundesdenkmalamtes für die Errichtung einer Tiefgarage am Heldenplatz vor.

Der Planungsstadtrat begrüßte die darin enthaltenen Auflagen und Bedingungen, die, wie er sagte, den Intentionen der Stadt Wien hinsichtlich der Errichtung von Tiefgaragen im Stadtzentrum entsprechen. Vor allem das Freimachen der historischen Plätze von Autos und Autobussen ist ein zentrales Anliegen.

Im Bescheid des Bundesdenkmalamtes werden unter anderem folgende Auflagen erteilt:

Die beantragte Ausblasöffnung darf die Gesamtgestaltung des Platzes in keiner Weise stören.

Bei den Auswirkungen des Garagenbauwerkes auf die Oberfläche des Heldenplatzes sind insbesondere alle Außenteile derart unauffällig zu gestalten, daß sie das prominente örtliche Stadtbild und denkmalgeschützte Ensemble optisch nicht beeinträchtigen.

Die derzeitige Wege- und Straßenführung am Heldenplatz ist bei der Wiederherstellung der Oberfläche auch nach Bauabschluß unverändert beizubehalten, ebenso die Form der Grünflächen, an denen keine wahrnehmbare Veränderung eintreten darf.

Es ist zu gewährleisten, daß ohne Zustimmung des Bundesdenkmalamtes ab Baufertigstellung der Tiefgarage auf dem Heldenplatz, dem Platz In der Burg und dem Josefsplatz die Nutzung für den ruhenden Kraftfahrzeugverkehr — ausgenommen Einsatzfahrzeuge, Fahrzeuge von öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die für Aufnahmen und Sendungen des ORF notwendigen technischen Fahrzeuge, jeweils auf die Dauer der dienstlichen Verwendung — sowie die Durchfahrt mit Kraftfahrzeugen (ausgenommen Taxis, Fahrzeuge des städtischen Kraftfahrlineverkehrs, und die zuvor genannten Kraftfahrzeuge), nicht zugelassen wird.

Es ist zu gewährleisten, daß auf der am Heldenplatz entlang dem Volksgarten führenden Fahrbahn unbeschadet einer dem derzeitigen Vertragsverhältnis gemäßen Nutzung ohne Zustimmung des Bundesdenkmalamtes eine Nutzung für den ruhenden Kraftfahrzeugverkehr (ausgenommen Einsatzfahrzeuge, Fahrzeuge von öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen) ab Baufertigstellung der Tiefgarage nicht zugelassen wird.

Außerdem stellt das Bundesdenkmalamt folgende Anträge an den Magistrat der Stadt Wien:

- a) Auf Erlassung eines generellen, ab Eröffnung der Tiefgarage unter dem Heldenplatz wirksam werdenden Einfahrtsverbotes für Autobusse (ausgenommen Autobusse der Exekutive, des Bundesheeres und des städtischen öffentlichen Linienverkehrs sowie Autobusse im Hotelzubringerverkehr; jedoch nicht für und von Stadtrundfahrten) betreffend das Gebiet innerhalb der Ringstraße, des Franz-Josefs-Kais und des Schwedenplatzes; den Fahrzeugen des Wiener Stadtrundfahrtengewerbes kann ein Haltestellenbereich in einer Nebenfahrbahn der Ringstraße (z. B. vor der Staatsoper) gestattet bleiben;
- b) auf Erlassung eines generellen, ab Eröffnung der Tiefgarage unter dem Heldenplatz wirksamen Parkverbotes für Autobusse (ausgenommen Autobusse der Exekutive und des Bundesheeres) betreffend die öffentlichen Verkehrsflächen in dem von Ringstraße — Universitätsstraße — Landesgerichtsstraße — Auerspergstraße — Museumstraße — Messeplatz — Getreidemarkt — Friedrichstraße — Karlsplatz — Lothringerstraße — Heumarkt — Weißkirchnerstraße — umgrenzten Gebiet einschließlich der genannten Straßenzüge;
- c) auf Erlassung eines generellen, ab Eröffnung der Tiefgarage unter dem Heldenplatz wirksamen Einsatzverbotes für Kraftfahrzeuge (ausgenommen Anrainer, Einsatz-, Ver- und Entsorgungsfahrzeuge, sowie Zulieferer zu den Museen) in die Nebenfahrbahn der Ringstraße entlang des Maria-Theresien-Platzes und der daran anschließenden Museumsgebäude. (Forts. mgl.) lf/gg

Prof. Gerhard Track wird neuer Leiter der Musiklehranstalten der Stadt Wien

Wien, 23.5. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Die Leitung der Musiklehranstalten und des Konservatoriums der Stadt Wien übernimmt ab dem Studienjahr 1989/90 Prof. Gerhard TRACK. Er löst damit SR Prof. Josef Maria MÜLLER ab, der in den Ruhestand tritt.

Prof. Gerhard Track, Jahrgang 1934, absolvierte sein Studium an der Akademie für Musik und Darstellende Kunst und begann seine Karriere bei den Wiener Sängerknaben, deren bisher jüngster Kapellmeister er von 1953 bis 1958 war. 1958 wurde er an die St. John's University/Minnesota, USA, berufen, wo er neben seiner Unterrichtstätigkeit das „St. John's University Men's Symphony Orchestra“ und den „St. John's University Men's Chorus“ leitete. 1969 übernahm Prof. Track in Pueblo/Colorado die Leitung des dortigen Symphonieorchesters und gründete das Pueblo-Kammerorchester und ein Jugendsymphonieorchester. 1970 rief er ein Mozart-Festival ins Leben, das vor allem durch seinen internationalen Instrumentalwettbewerb Bedeutung erlangte. Mit seinen Ensembles unternahm Track auch ausgedehnte Konzertreisen.

Im Herbst 1986 kehrte Track nach Wien zurück, übernahm die Leitung der Chorvereinigung „Jung-Wien“ und begann mit seiner Lehrtätigkeit an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst sowie am Konservatorium der Stadt Wien.

Track ist als Gastdirigent führender Orchester in der BRD und den USA tätig, machte sich aber auch als Komponist einen Namen. Er schrieb rund 400 Kompositionen und Bearbeitungen, darunter eine Oper, zwei Musicals und sechs Messen sowie Kammermusik und symphonische Werke. (Schluß) jel/bs

Auffahrtsrampe zur Südbahn vorzeitig wieder befahrbar

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Bereits morgen, Mittwoch, abends wird bei der komplett gesperrt gewesenen Auffahrtsrampe von der B 17/Triester Straße zur A 2/Südbahn wieder ein Fahrstreifen offen sein. Die Verkehrsfreigabe war ursprünglich erst für Anfang der kommenden Woche vorgesehen, konnte aber nicht zuletzt in Anbetracht der günstigen Witterung nunmehr unterschritten werden. (Schluß) pz/bs

Lainz: 728 Anrufe beim Spitalsombudsmann

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Unmittelbar nach Bekanntwerden der Tötungshandlungen gegen Patienten der 1. Medizinischen Abteilung im Krankenhaus Lainz wurde im Büro des Ombudsmannes für Wiens städtischen Spitäler und Pflegeheime Hofrat Hans DENK eine spezielle Telefon-Serviceestelle eingerichtet. Damit sollte jedermann die Möglichkeit geboten werden, rasch und unbürokratisch Auskünfte zu erhalten bzw. Beobachtungen mitzuteilen.

Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, sind in der Zeit von 10. April bis 19. Mai insgesamt 728 solcher Anrufe beim Ombudsmann erfolgt. Davon betrafen 650 Anrufe Anfragen bezüglich verstorbener Patienten (zirka 90 Prozent der Anrufer wollten wissen, ob ihre Angehörigen unter den angegebenen Tötungsfällen zu finden wären). 42 Anrufe betrafen Beschwerden über medizinische Behandlungen, 73 Anrufe Beschwerden über die Pflege, 6 Anrufe über das Essen und 122 Anrufe sonstige Beschwerden. Darüber hinaus gab es aber auch über 100 positive Stellungnahmen, die im Büro des Ombudsmannes bzw. im Büro des Stadtrates einlangten.

Im einzelnen betrafen die Anrufe folgende Krankenanstalten:

Anrufe	Anstalt
582	Krankenhaus Lainz
47	Pflegeheim Lainz
11	Allgemeines Krankenhaus
6	Franz-Josef-Spital
3	Wilhelminenspital
2	Allgemeine Poliklinik
2	Krankenanstalt Rudolfstiftung
2	Psychiatrisches Krankenhaus
2	Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel
1	Elisabethspital
1	Pulmologisches Zentrum
1	Pflegeheim Baumgarten

Darüber hinaus gab es aber auch Anrufe, die nichtstädtische Spitäler oder Spitäler aus der Umgebung Wiens betrafen.

Über jeden einzelnen Anruf wurde ausnahmslos ein schriftliches Protokoll aufgenommen, wobei diese Protokolle das Wiener Sicherheitsbüro mit dem Ersuchen um Überprüfung aller Hinweise erhielt. Ebenso erhebt das Sicherheitsbüro aber auch bei Hinweisen, die es direkt und über andere Stellen erhalten hat. Zur Zeit sind die Ermittlungen des Sicherheitsbüros noch im Gange. Die Behörden haben jedem Hinweis nachzugehen. Die Liste, die dem Sicherheitsbüro übermittelt wurde, ist jedenfalls eine lückenlose Aufstellung aller beim Spitalsombudsmann eingelangten Anrufe, betonte Stacher. Die Bezeichnung „Todesliste“ ist insofern unzutreffend, da in Wien jährlich ca. 22.000 Personen sterben, davon rund 75 Prozent im Krankenhaus.

Der Spitalsombudsmann steht nach wie vor für Anfragen, Auskünfte und Beobachtungen unter der Telefonnummer 533 21 37 zur Verfügung.

Disziplinarkommission: Suspendierung Pesendorfers

Wie Bürgermeister Dr. Zilk und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher in der Pressekonferenz mitteilten, befaßte sich gestern, Montag, die Disziplinarkommission mit der Suspendierung von Prim. Dr. Pesendorfer. Sie hob zwar den Suspendierungsbescheid vom 12. April wegen damals möglicherweise nicht ausreichender Verdachtsmomente auf, sprach jedoch zugleich nunmehr aufgrund des in der Zwischenzeit erstellten Berichtes die Suspendierung aus.

Diskussion um Ambulanzen

Stacher nahm außerdem zu der im Zusammenhang mit einem neuen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse über die Ambulanzgebühren geführten Diskussion über die Patientenzahlen in den Ambulanzen der städtischen Spitäler Stellung: Der Stadtrat wies darauf hin, daß man seitens des Spitalerhalters grundsätzlich an weniger ambulanten Patienten interessiert sei, daß aber diese gesundheitspolitische Zielsetzung eine Verbesserung der Außenversorgung (mehr praktische Ärzte, Fachärzte, Ärztezentren, Gemeinschaftspraxen) voraussetze. Eine vermehrte Zulassung von praktischen Ärzten und Fachärzten stoße jedoch auf den Widerstand der Kassen und auch der Ärztekammer, kritisierte Stacher. Die Krankenhäuser können jedenfalls keine Patienten abweisen, betonte der Gesundheitsstadtrat und forderte dazu auf, das Problem in seiner Gesamtheit zu betrachten und zu lösen. (Schluß) zi/ger/gg/bs

Forts. von Blatt 1072

10. österreichisches Blasmusikfest am 27. Mai

Wien, 23.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Am Samstag, dem 27. Mai, findet in Wien das 10. Österreichische Blasmusikfest statt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der das Fest am Dienstag in seinem Pressegespräch ankündigte, verwies auf die Erfolge und die Popularität dieser inzwischen schon traditionellen Veranstaltung. Heuer kommen über 50 Musikkapellen aus allen Bundesländern, aus Südtirol, aus einer Reihe europäischer Länder und den USA mit insgesamt 2.700 Musikern nach Wien. Das große Konzert aller Kapellen findet am Samstag, um 16 Uhr, nach dem gemeinsamen Marsch vom Heldenplatz über die Ringstraße, auf dem Wiener Rathausplatz statt. Bereits am Freitag vormittag und am Samstag vormittag gibt es Platzkonzerte auf verschiedenen Plätzen der Stadt. (Schluß) gab/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 24. Mai 1989

Blatt 1075

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Pesendorfer bleibt weiterhin suspendiert (1076/FS: 23.5.)
- Familiensonntag am 28. Mai (1077)
- Exekutivkomitee des B.I.E. will EXPO-Zuschlag für Wien/Budapest empfehlen (1079)
- Wien begrüßt Novelle des Mietrechtsgesetzes (1081-1083)
- FPÖ präsentiert Konzept für Wiener Märkte (1084)
- Bandion weist Kritik der Ärztekammer an Untersuchungsbericht über Lainz zurück (1086)
- Häupl: Wien wird Luftgrenzwerte für Hausmüllverbrennungsanlagen einhalten (1087)

Kultur:

- Ehrung für Wissenschaftler (1080)
- „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich?“ (1085)

Wirtschaft:

- Innovationsförderung für Klein- und Mittelbetriebe verlängert (1078)

Pesendorfer bleibt weiterhin suspendiert

Wien, 23.5. (RK-KOMMUNAL) Die Suspendierung von Primarius PESEN-DORFER bleibt weiterhin aufrecht, erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zu verschiedenen Stellungnahmen über die Suspendierung von Primarius Pesendorfer von heute, Dienstag. Zwar wurde die ursprüngliche Suspendierung von Pesendorfer gestern von der Disziplinarkommission aus formalen Gründen aufgehoben, gleichzeitig sprach die Kommission jedoch wegen der inzwischen erweiterten Aktenlage die Suspendierung neuerlich aus, sodaß sich in der Sache selbst nichts ändert, betonte Stacher abschließend. (Schluß) zi/gg

Bereits am 23. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Famillensonntag am 28. Mai

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Ein Minigolf-Spektakel in Liesing, ein Schnittlauchfest im Liechtensteinpark und vieles andere bietet der Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates am 28. Mai. Weitere Programmpunkte sind „Riesen-Wiesen-Spielen“, veranstaltet vom Jugendzentrum Alt Erlaa, ein „Mach-Mit-Familienfest“ mit einer Kinderolympiade beim Jagdschloß Magdalenenhof am Bisamberg, ein buntes „Farbenfest“ im Matznerpark in Penzing, ein Spielfest in der Wohnhausanlage Am Schöpfwerk und ein Tag der offenen Tür im Rinterzelt. Im Technischen Museum gibt es „Melo's sagenhaften Museumszauber“, im Kulturzelt Arenbergpark den „Circus Fantasticus“ und am Rollsportplatz in der Leopoldstadt die Möglichkeit zum „Tausch-Kauf-Verkauf“ von Sommersportartikeln. (Schluß) jel/gg

Innovationsförderung für Klein- und Mittelbetriebe verlängert

Wien, 24.5. (RK-WIRTSCHAFT) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß einstimmig eine Verlängerung der Aktion zur Förderung von Produktinnovationen in Wien um ein weiteres Jahr bis 30. Juni 1990.

Im Rahmen dieser Aktion gewährt die Stadt Wien an Wiener Klein- und Mittelbetriebe nicht rückzahlbare Zuschüsse in der Höhe von 30 Prozent der Aufwendungen des Unternehmens für Forschung, Entwicklung, Fertigungsüberleitung und Markteinführung einer Produktinnovation. Die Förderung kann insgesamt bis zu einer Million Schilling für ein oder mehrere Projekte innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren ausmachen. Seit Beginn dieser Aktion 1986 wurden 41 Projekte, überwiegend aus dem Elektronikbereich, mit Innovationszuschüssen von zusammen 26,35 Millionen Schilling gefördert. Im Hinblick auf die Bedeutung der Förderung von Produktinnovationen für die Aufrechterhaltung der Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit der Wiener Klein- und Mittelbetriebe sowie zur Förderung notwendiger Strukturverbesserungen wird die Aktion nun um ein weiteres Jahr mit einem Förderungsvolumen von 20 Million Schilling verlängert. Mit der Durchführung ist wie schon bisher der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds betraut. (Schluß) ger/bs

Exekutivkomitee des B.I.E. will EXPO-Zuschlag für Wien/Budapest empfehlen

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA, der als offizieller Vertreter der Stadt Wien an der Sitzung der B.I.E.-Generalversammlung in Paris teilnimmt, der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, will das Exekutivkomitee des B.I.E. bei der am Donnerstag stattfindenden Sitzung die Grundsatzempfehlung geben, Wien und Budapest den Zuschlag für die EXPO 95 zu erteilen. Swoboda dazu: „Die fact finding mission des B.I.E. (Bureaux International des Expositions) war, wie sie schon von Ort bestätigt hatte, mit den Vorbereitungen der beiden Städte hoch zufrieden. Wenn das Exekutivkomitee nun den Zuschlag empfiehlt, ist aber selbstverständlich damit zu rechnen, daß die Generalversammlung sich an die im Statut festgelegten Regeln hält und erst im November oder Dezember dieses Jahres die endgültige Entscheidung treffen wird. Aus Wiener Sicht bedeutet die Grundsatzempfehlung jedoch, daß wir alle Vorbereitungen für die EXPO 95 konsequent weiter verfolgen können und müssen.“ (Schluß) lf/rr

Ehrung für Wissenschaftler

Wien, 24.5. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte Dienstag nachmittag im Wiener Rathaus Univ.-Prof. DDr. Hans Walter FASCHING, Univ.-Prof. DDr. Oskar SCHALLER und Univ.-Prof. Dr. Kurt SCHUBERT Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Univ.-Prof. DDr. Hans Walter Fasching hat sich als Professor für zivilgerichtliche Verfahren an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, deren Dekan er 1971/72 war, gleichermaßen um Wissenschaft und Lehre verdient gemacht.

Univ.-Prof. DDr. Oskar Schaller hat zur veterinärmedizinischen Forschung, vor allem im Bereich der veterinärmedizinischen Nomenklatur, wichtige Beiträge geleistet. Er ist derzeit bereits zum dritten Mal Rektor der Tierärztlichen Universität Wien.

Univ.-Prof. Dr. Kurt Schubert hat das Institut für Judaistik an der Universität Wien, das er derzeit leitet, aufgebaut. Auch in verschiedenen anderen Funktionen hat er zum Kennenlernen jüdischer Traditionen und Werte in Österreich beigetragen.

An der Feier nahm auch Dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN teil. (Schluß) gab/rr

Wien begrüßt Novelle des Mietrechtsgesetzes

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Durch die „Verlängerung“ der Wohnbauförderung werde die Verantwortung und der Freiraum der Bundesländer bei der Förderung des Neubaus und der Sanierung von Wohnhäusern vergrößert. Es fehlen aber noch wesentliche weitere Neuregelungen, etwa im Wohnungsgemeinnützigkeits- und im Mietrechtsgesetz, um durch mehr Förderalismus im Wohnbereich die unterschiedlichen Probleme der Länder besser bewältigen zu können. Das erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Mittwoch bei einer Pressekonferenz.

1. Geplante Änderung des Mietrechtsgesetzes

Der Justizminister habe nun einen Entwurf für eine bedeutende Änderung des Mietrechtsgesetzes vorgelegt. In diesem Entwurf wurden einige wichtige Forderungen Wiens berücksichtigt, sagte Edlinger.

Die Novellierung dieses Bundesgesetzes sieht schwerpunktmäßig vor:

- **„Verlängerung“ der Mietzinsbildungsbefugnis**
Künftig sollen die Bundesländer per Landesgesetz beschließen können, ob und wie die Mietzinse zu bestimmen oder zu begrenzen sind (derzeit gibt es Mietzinsobergrenzen).
- **Erweiterung der Mietermitbestimmung**
Es soll ein Mieterbeauftragter gewählt werden können, der Einsichts-, Antrags-, und Informationsrechte gegenüber der Hausverwaltung haben soll.
- **Aufhebung des „Interessenbescheides“**
Der „Interessenbescheid“ ermöglichte die Kündigung von Mietverträgen aus „öffentlichem Interesse“
- **Recht des Mieters, Erhaltungsmaßnahmen zu erwirken**
Der Mieter soll künftig das Recht haben, daß mit Hilfe des Bezirksgerichtes notwendige Erhaltungsmaßnahmen am Haus durchgeführt werden. Bisher ist auch für einfachste Sicherungsmaßnahmen ein Auftrag der Baupolizei notwendig.

Viele Verbesserungen, manches problematisch

Die geplante Änderung des Mietrechtsgesetzes wird viele Verbesserungen bringen, manche Neuregelungen sind aber problematisch, manches fehlt, kritisierte Edlinger.

- + Positiv zu bewerten ist die Erweiterung der Mietermitbestimmung. Es wurden viele Rechte aus dem Mitbestimmungsstatut für die Wiener Gemeindebauten übernommen. Es fehlen aber etwa das Recht zur Gestaltung der Hausordnung, zu Vereinbarungen über die Selbstgestaltung und -verwaltung von Gemeinschaftseinrichtungen oder über die Senkung der Betriebskosten. Auch enthält das Wiener Statut mehr Rechte für die Mieterversammlung und die Mietergemeinschaft generell.
- + Positiv zu bewerten ist die Abschaffung des Interessenbescheides, weil dadurch eine Spekulationsabsiedlung wesentlich erschwert wird. Die Aufhebung bedeutet eine deutliche Stärkung der Position des Mieters.
- + Positiv zu bewerten ist das Recht der Mieter, Erhaltungsmaßnahmen (insbesondere die Instandsetzung von Wasser-, Strom-, Sanitärleitungen) ohne Zustimmung des Hauseigentümers verlangen zu können. Auch damit wird Spekulation etwa durch Verfallenlassen des Hauses und Verdrängung der Mieter wirkungsvoll unterbunden.
- Es fehlt in der Novellierung das wichtige Verlangen nach einer Verlängerung der Rückzahlungszeit von Reparaturkosten oder Förderungen (etwa bei der Sanierung eines Wohnhauses) von 10 auf 15 Jahre. Längere Rückzahlungszeiten könnten die monatlichen Mieten senken und sozial tragbarer machen.
- Problematisch ist die „Verlängerung“ der Mietzinsbildungsbefugnis, denn bisher galten bundesweit einheitliche Mietzinsobergrenzen für

Wohnungen bestimmter Ausstattungskategorien. Wien wird diese bisher geltende Bundesregelung auch in ihr Landesrecht übernehmen. Durch die mögliche Aufhebung der Mietzinsobergrenzen in anderen Bundesländern würde das Wohnungswesen ein Markt, der nicht funktionieren kann, weil das Angebot an Wohnungen, insbesondere leistbaren Mietwohnungen, geringer ist als die Nachfrage, warnte Edlinger. „Die Wohnung ist eine knappe, im Gegensatz zu vielen anderen Gütern aber unverzichtbare Lebensnotwendigkeit. Marktmechanismen gehen im Wohnungswesen in der Regel zu Lasten der Einkommensschwächeren“, sagte Edlinger. Das untermauert auch eine jüngst veröffentlichte Untersuchung des Instituts für Stadtforschung über die Folgen der Mietrechtsnovelle 1985 (mit Aufhebung der Kategorie A-Obergrenzen). Diese Aufhebung hat zu keinem Rückgang der Häufigkeit oder Höhe von Ablöseforderungen geführt, also das Wohnen teurer werden lassen.

2. Kein Verkauf von Sozialwohnungen

Eine Eigentumsübertragung bzw. ein Verkauf von Gemeindewohnungen wird in Wien nicht erfolgen, erklärte Edlinger weiter. Diese Wohnungen wurden zum Teil ausschließlich, jedenfalls aber überwiegend mit den Steuergeldern aller errichtet. Es wäre sozial ungerecht, in erster Linie mittleren und oberen Einkommenschichten dadurch eine gewinnbringende Kapitalanlage (durch Weitervermietung oder Weiterverkauf) zu geben.

„Sollten in Wien Gemeindewohnungen privatisiert werden, müsse — je nach Qualität und Lage sowie unter Einrechnungen von Grundanteil und bereits geleisteten Baukostenzuschüssen — von einem Quadratmeterpreis von etwa 5.000 bis 9.000 Schilling ausgegangen werden“, wurde von seiten der Wiener ÖVP am 12. Mai der APA erklärt. „350.000 bis 630.000 Schilling also dafür, um eine durchschnittliche 70-Quadratmeter-Gemeindewohnung weiterhin bewohnen oder aber gewinnbringend weitervermieten oder gar weiterverkaufen zu können, das werden wir nicht unterstützen“, erklärte Edlinger. Im Herbst 1987 — also vor der letzten Landtagswahl — schwankten die Vorstellungen der Wiener ÖVP noch zwischen 340 (Busek) und 3.000 (Petrik) Schilling pro Quadratmeter.

Die Wiener ÖVP denke in diesem Zusammenhang auch an einen Verkauf der Gemeindewohnungen an „von außen herantretende Käufer“, gibt Edlinger zu bedenken. Was dies in der Praxis bedeute, zeige in dramatischer Weise das Beispiel München.

Fallbeispiel: Verkauf von Sozialwohnungen in München

In der bayerischen Landeshauptstadt werden die Sozialwohnungen derzeit mit Hilfe von Immobilienbüros verkauft. Der Kaufpreis beträgt 2.800 DM pro Quadratmeter (umgerechnet etwa öS 20.000,—)! Durchschnittlich kann sich nur einer von 15 Mietern seine Wohnung kaufen, um darin weiterhin wohnen zu können. Meldet der neue Eigentümer Eigenbedarf an, so muß der Mieter die Wohnung innerhalb von drei Jahren räumen. Er muß sich am „Markt“, wo die Mieten derzeit durchschnittlich 14 bis 15 DM pro Quadratmeter (also umgerechnet 100 Schilling pro Quadratmeter ohne Betriebskosten) betragen, eine geeignete neue Wohnung suchen. Der Münchner Durchschnittsverdiener muß heute bereits mehr als die Hälfte seines Einkommens für's Wohnen ausgeben.

3. Mitbestimmung schon beim Neubau von Gemeindewohnungen

Positive Bilanz der Mietermitbestimmung beim Wohnhausneubau der Gemeinde Wien: in drei von vier neuen Gemeindebauten können die Mieter schon bei der Planung mitbestimmen. In 41 der 54 in den letzten drei Jahren fertiggestellten, gebauten oder geplanten Gemeindebauten mit zusammen über 3.500 Wohnungen hatten und haben die Mieter die Möglichkeit, bereits eineinhalb Jahre vor Bezug der Wohnung bei der Grundrißplanung mitzubestimmen.

Forts. von Blatt 1081

Forts. auf Blatt 1083

Bereits ein halbes Jahr nach Baubeginn werden interessierte Mieter zur ersten Mieterversammlung in die jeweilige Bezirksvertretung eingeladen. Die Mieter können dabei ihre Wohnungswünsche bekanntgeben und gemeinsam mit dem Architekten in der Folge die Details besprechen. Auch bei der Gestaltung der Gemeinschaftsräume und der Außenanlagen des Hauses (Grünflächen, Spielplatz usw.) werden die Mieter zur Rate gezogen. Selbstverständlich ist bei jedem Gemeindeneubau seit 1987 das Recht des Mieters, bei der Grundausstattung der Wohnung (Bodenbeläge, Bemalung, Armaturen, sanitäre Einrichtung usw.) mitzubestimmen.

Daß nicht bei allen Neubauten eine frühzeitige Mitbestimmung der künftigen Mieter erfolgt, ist einfach erklärt: In vielen Fällen muß Wohnungssuchenden rasch geholfen werden. Viele von ihnen wollen oder können nicht lange auf die Fertigstellung einer Wohnung warten. Es müssen daher stets Wohnungen rasch verfügbar sein.

Eine Untersuchung bereits verwirklichter Mitbestimmungsprojekte der Stadt Wien belegt eindeutig die sehr hohe Wohnzufriedenheit von Mietern, die bei der Gestaltung ihrer Wohnung und Wohnumgebung mitreden konnten. Erkennbar war aber auch; daß viele Menschen mit den Möglichkeiten von mehr Mitbestimmung erst vertraut werden müssen. Dabei ist Mitbestimmung beim Wohnhausneubau nicht teuer: der Architekt bekommt von der Gemeinde Wien lediglich um zehn Prozent mehr Honorar. (Forts. mgl.) ah/bs/rr

Forts. von Blatt 1082

FPö präsentiert Konzept für Wiener Märkte

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Ein Konzept zur Erhaltung beziehungsweise Wiederbelebung der Wiener Märkte präsentierte Mittwoch FPÖ-Gemeinderätin Ingrid KARIOTIS in einem Pressegespräch. Für Kariotis sind die Wiener Märkte lokale Wirtschaftsbiotope, die durch ihre vitale Existenz ganze Bezirksteile mit urbanem Leben erfüllen. Im einzelnen fordert Kariotis die Ausarbeitung eines professionellen Konzeptes zur Bewerbung der Wiener Märkte, die Belebung der kommunalen Infrastruktur im Marktumfeld, den Abbau bürokratischer Hemmnisse für die „Marktstandler“, die Einsetzung eines Ombudsmannes, damit Marktparteien Beschwerden über Marktkommissäre vortragen können, transparente und nachvollziehbare Regeln für die Marktstandvergabe und die Schaffung neuer Märkte in den unterversorgten Randbezirken. Als weitere Faktoren für einen Aufschwung der Wiener Märkte nannte Kariotis die Verkaufsflächenbeschränkung für Supermärkte im Umfeld eines Marktgebietes und die Privatisierung jener Marktstände, die im Eigentum der Gemeinde Wien stehen. (Schluß) ull/bs

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich?“

Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien

Wien, 24.5. (RK-KULTUR) Im Historischen Museum der Stadt Wien ist bis 3. September anlässlich des 200. Jahrestages der Französischen Revolution die Ausstellung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich? Die Auswirkungen der Französischen Revolution auf Wien und Tirol“ zu sehen. Die Schau, die gemeinsam mit dem Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum erstellt wurde, wird danach in Innsbruck gezeigt.

Die Ausstellung, in die eine Plakatschau der Intermedia, Paris, zum Revolutionsjahr 1789 integriert ist, belegt anhand von Bildern und Dokumenten gesellschaftliches, wirtschaftliches und künstlerisches Leben in Wien um 1800 und setzt sich auch mit den sozialen Bedingungen der Ära auseinander. Die Reformen Josephs II., die Bedeutung der Freimaurer und der Jakobiner für das geistige und politische Leben in Wien werden aufgezeigt. Ebenso sind die kriegerischen Auseinandersetzungen der Habsburger mit Napoleon dokumentiert.

Tirol setzte dem revolutionären Leitsatz „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ den Leitspruch „Für Gott, Kaiser und Vaterland“ gegenüber. Die Ausstellung zeigt am Tiroler Freiheitskampf im Jahr 1809 die patriotische Begeisterung und die Verteidigung der eigenen Werte durch die Tiroler auf.

Die Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr geöffnet. Der umfangreiche Ausstellungskatalog kostet 300 Schilling. (Schluß) gab/gg

Bandion weist Kritik der Ärztekammer an Untersuchungsbericht über Lainz zurück

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Mit Entschiedenheit wies Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION am Mittwoch den von der Wiener Ärztekammer erhobenen Vorwurf zurück, der Bericht der Beamtenkommission über die Vorfälle in Lainz sei von Unwissenheit und Inkompetenz geprägt. Bandion: „Die von mir mit der Untersuchung beauftragte Kommission hat eine absolut objektive und korrekte Überprüfung des gesamten Stationsbetriebes vorgenommen. Der daraus resultierende vertrauliche Bericht wurde mit der gebotenen Zurückhaltung erstellt, zumal der Kommission die Polizei- und Gerichtsprotokolle nicht zur Verfügung standen.“

Bandion betonte, daß die im Rahmen der Kommission tätigen kompetenten und erfahrenen Beamten in korrekter Ausübung ihrer Dienstpflichten gehandelt haben und erinnerte daran, daß sich die Mitglieder der Kommission rechtliche Schritte gegen jede Art von gegenteiligen Behauptung vorbehalten haben.

Untersuchungen auch gegen leitendes Pflegepersonal

Die Korrektheit des magistratsinternen Untersuchungsberichtes wird auch durch die Entscheidung der Disziplinarkommission bestätigt, die diesen Bericht zur Grundlage für die nunmehr neuerlich ausgesprochene Suspendierung von Prim. Dr. Pesendorfer genommen hat.

Wie bereits im Kommissionsbericht beantragt, werden disziplinaire beziehungsweise arbeitsrechtliche Schritte auch gegen die Direktorin des Pflegedienstes Friederike STEININGER und gegen Oberschwester i.R. Helene KRASA sowie andere Personen eingeleitet, bei denen der Verdacht einer Pflichtverletzung im Zusammenhang mit der „Affäre Lainz“ besteht. Die Führung einer solchen Untersuchung bedeutet selbstverständlich noch keinerlei Schuldzuweisung unter Vorwegnahme der Ergebnisse eines allfälligen Disziplinarverfahrens. (Schluß) ger/bs

Häupl: Wien wird Luftgrenzwerte für Hausmüllverbrennungsanlagen einhalten

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) „Wir sind keine Pyromanen, die aus Lust am Feuer Hausmüll in Wien verbrennen“, meinte am Mittwoch der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL zu aktuellen Diskussionen um Müllverbrennungsanlagen in ganz Österreich. Hausmüllverbrennungsanlagen sind lediglich ein notwendiger Entsorgungsteil in einem Gesamtabfallwirtschaftskonzept. Dabei hat im Vordergrund die Abfallvermeidung und Abfallreduzierung zu stehen, und dafür bedarf es eines einheitlichen Bundesabfallwirtschaftsgesetzes, das Pfandsysteme, Produktkennzeichnung, Produktverbote usw. als Handlungsinstrumente vorsieht. Trotz dieser möglichst rasch zu erreichenden optimalen Ausschöpfung der Abfallvermeidungsstrategien, werden erhebliche Mengen an zu entsorgenden Müll verbleiben. Nachdem der Deponieraum zunehmend kleiner wird, stellt daher die energetische Verwertung, gemeinsam mit anderen Verwertungsmaßnahmen wie etwa die Kompostierung, eine entsorgungsorganisatorische Notwendigkeit dar. Häupl meinte dazu: „Ich kämpfe für die Abfallvermeidung mit allen demokratischen Mitteln, aber ebenso kämpfe ich für die Entsorgungssicherheit unserer Stadt. Ich werde nicht zulassen, daß unsere Stadt ausschaut wie bei einem Müllarbeiterstreik in New York.“

Hausmüllverbrennungsanlagen verursachen wie jede Verbrennung Luftschadstoffemissionen. Die Leistungsfähigkeit moderner Rauchgasreinigungsanlagen in Wien reduziert allerdings diese Emissionen beispielsweise bei Salzsäure auf fast ein Tausendstel des ursprünglichen Wertes. Heute ist bei Müllverbrennungsanlagen in Österreich das sicherlich bedeutende Problem der Einhaltung des strengsten Grenzwertes der Welt für Dioxine noch zu lösen. Das Bundesluftreinhaltegesetz sieht für die Einhaltung des Grenzwertes von 0,1 Nanogramm Dioxin-Äquivalent pro Kubikmeter Rauchgas einen Zeitraum von sechs Jahren vor. Erreicht kann dieses Ziel werden, durch:

- eine Reduzierung des Chlorgehaltes im Müll, etwa durch ein Verbot der Verwendung von chlorhaltigen Kunststoffen in der Verpackung (Verbot von PVC),
- eine Verbesserung des Verbrennungsprozesses,
- eine thermische Nachverbrennung in der Anlage, und
- durch zusätzliche spezielle Dioxinabscheideeinrichtungen, etwa durch Adsorption an Aktivkohle, oder durch eine katalytische Nachverbrennung.

„Ich bin zuversichtlich, daß dieses offene Problem in kürzerer, als in der vom Gesetz vorgeschriebenen Zeit technisch gelöst werden kann. Die große Auseinandersetzung um eine effiziente Abfallverringerung wird uns diese Lösung allerdings nicht ersparen. Wirkungsvolle Abfallvermeidung und Entsorgungssicherheit für die Wiener Bevölkerung sind zwei gleichwertige Säulen einer modernen Abfallbewirtschaftung“, schloß Umweltstadtrat Dr. Michael Häupl. (Schluß) du/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 26. Mai 1989

Blatt 1088

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

EXPO '95: Gemeinsame Erklärung von Bielek und Zilk (1099)

Kommunal/Lokal:

Giftfässer kommen in die EBS (1089/FS: 24.5.)

Info-Bus der Gaswerke in der Blumentalsiedlung (1090/FS: 25.5.)

Zuschlag für die EXPO '95 Wien - Budapest praktisch fix (1092/FS: 25.5.)

3. Internationales Glöckel-Symposium (1093)

Straßenbaumaßnahmen in der Winckelmannstraße (1094)

Instandsetzungsarbeiten auf dem Altmannsdorfer Ast (1094)

Restarbeiten auf der Donauuferautobahn (1094)

Gesundheitsminister besuchte Lebensmitteluntersuchungsanstalt (1096)

Montag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat (1098)

Terminvorschau vom 29. Mai bis 8. Juni (1100)

Telekabel auch in der Inneren Stadt (1101)

„Tora-san“ in Wien (nur FS)

Samstag Blasmusikfest: Straßenbahnverkehr am Ring eingestellt (nur FS)

Kultur:

Internationales Bühler-Symposium in Wien (1091/FS: 25.5.)

„Wien in alten Ansichtskarten“ (1095)

1,5 Millionen für Gustav Mahler Jugendorchester (1097)

Giftfässer kommen in die EBS

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Die Giftfässer vom Nordwestbahnhof werden am Freitag in die EBS gebracht. Experten der MA 22 — Umweltschutz, die die aus leck gewordenen Fässern ausgetretene Substanz untersucht und gebunden hatten, erklärten zwar, daß einwandfrei keine Gefahr in Verzug bestehe, aber aufgrund der Tatsache, daß es nicht tragbar sei, daß lecke Fässer auf dem Bahnhofsgelände verbleiben, wurde mit den ÖBB vereinbart, daß zur Gewährleistung der Sicherheit alle neun Container am Freitag von den ÖBB zur EBS gebracht werden. Dort werden sie in einem Sonderabfall-Zwischenlager sicher aufbewahrt, bis sie von der betroffenen Firma auf deren Kosten entsorgt werden. Laut Bescheid des Magistratischen Bezirksamtes, der heute in der Berufungsbehörde bestätigt wurde, hat die Firma, die auch die Kosten für den Transport in die EBS tragen muß, eine vierwöchige Frist für die Entsorgung. Läßt die Firma den Inhalt der Fässer nicht entsorgen, wird eine Zwangsvollstreckung auf Kosten der Firma vorgenommen. (Schluß) du/sk

Bereits am 24. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Info-Bus der Gaswerke in der Blumentalsiedlung

Wien, 25.5. (RK-LOKAL) Der Info-Bus der Gaswerke fährt auch heuer wieder zu Wohn- und Gartensiedlungen, die der Gasversorgung erschlossen werden sollen, und deren Bewohner damit das Angebot einer umweltfreundlichen und bequemen Heizung erhalten. Diesmal ist die Blumentalsiedlung an der Reihe. Im Info-Bus kann man sich allgemein über das Heizen mit Gas informieren, beziehungsweise sich für eine gezielte Beratung anmelden.

29. Mai bis 9. Juni
Blumentalsiedlung
Standort: 23, Kronfußgasse bei Haus 5
(Schluß) roh/gg

Bereits am 25. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Internationales Bühler-Symposium in Wien

Wien, 25.5. (RK-KULTUR) Am kommenden Samstag, dem 27. Mai, findet im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses, zum zweitenmal das Internationale Bühler-Symposium in Wien, statt. Charlotte und Karl BÜHLER waren zwei der großen Psychologen, die an der Wiener Universität vor dem Zweiten Weltkrieg gewirkt haben. Sie mußten 1938 Österreich verlassen und in die USA emigrieren, von wo sie nicht mehr zurückgekehrt sind. Das Werk der Bühler ist einer der Grundpfeiler für die Weiterentwicklung der humanistischen Psychologie. Die Initiative zu der Veranstaltung ging von Rudolf O. Zucha aus. Auf dem Programm der Veranstaltung im Rathaus finden sich neun Vorträge zur Psychologie von Charlotte und Karl Bühler, die von namhaften Fachleuten gehalten werden. (Schluß) fk/bs

Bereits am 25. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Zuschlag für die EXPO '95 Wien - Budapest praktisch fix

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Bei der Sitzung der B.I.E.-Generalversammlung in Paris wurde am Donnerstag vormittag die Empfehlung des Exekutiv-Komitees, Wien und Budapest den Zuschlag für die EXPO '95 zu erteilen, einstimmig zur Kenntnis genommen. Aus formalen Gründen wird die endgültige Entscheidung allerdings erst im Herbst fallen. Da Miami nicht mehr als Kandidat auftritt, ist die EXPO '95 Wien — Budapest so gut wie fix. Das teilte Wiens Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA aus Paris mit.

Swoboda berichtete weiters von einem äußerst positiven Klima. Alle in Wien und Budapest untersuchten Vorbereitungen seien in Paris äußerst positiv bewertet worden. Von der EXPO '95 wird ein hohes kulturell-wissenschaftliches Niveau erwartet. Wien und Budapest, so Swoboda, werden in der nächsten Zeit noch über die Inhalte der EXPO '95 beraten. Dazu schlägt der Wiener Planungsstadtrat eine gemeinsame Enquete auf einem Donauschiff zwischen den beiden Städten vor. Im September wird in Budapest die endgültige Standortentscheidung fallen. Auch die gemeinsame EXPO-Gesellschaft soll demnächst gegründet werden. (Schluß)
red/gg

Bereits am 25. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

3. Internationales Glöckel-Symposium

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Thema „Lernen für die Zukunft“ beschäftigen sich die Teilnehmer des 3. Internationalen Glöckel-Symposiums, das vom 30. Mai bis 2. Juni im Bildungszentrum der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 4, Theresianumgasse 16-18 stattfinden wird. Das Symposium, das vom Stadtschulrat für Wien, dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, dem Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Wien, dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Schulentwicklung und international vergleichende Schulforschung sowie dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien veranstaltet wird, soll Einblick in die Zusammenhänge von Schule und Gesellschaft geben und die Tradition des internationalen Austausches pädagogischer Entwicklungen fortführen. Eröffnet wird das 3. Glöckel-Symposium am Dienstag, dem 30. Mai, um 9 Uhr, im Festsaal der Universität Wien. (Schluß) jel/gg

Straßenbaumaßnahmen in der Winckelmannstraße

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Im 15. Bezirk beginnt kommenden Montag, 29. Mai, nach der Frühspitze in der Winckelmannstraße im Bereich zwischen Schwendergasse und Avedikstraße ein Straßenumbau, der auch Änderungen der Verkehrsführung notwendig macht.

Der Verkehr in der Winckelmannstraße in Richtung Johnstraße wird stets aufrecht erhalten; in der Gegenrichtung (Grünbergstraße) wird er über die Schloßallee und die Schönbrunner Schloßstraße umgeleitet.

Weiters werden für die Dauer der ersten Bauphase die Avedikstraße zwischen Linzer Straße und Zollernsperggasse sowie die Linzer Straße zwischen Zollernsperggasse und Avedikstraße für den Verkehr gesperrt.

Für die Dauer einer späteren Bauphase — über den genaueren Zeitpunkt wird noch gesondert berichtet — wird die Mariahilfer Straße von der Schloßallee bis und in Richtung Anschützgasse zur Einbahn erklärt.

Die Baumaßnahmen in der Winckelmannstraße werden voraussichtlich bis 30. September dauern, wobei aber die Hauptarbeiten bis zum Ende der Ferien abgeschlossen sein werden. (Schluß) pz/bs

Instandsetzungsarbeiten auf dem Altmannsdorfer Ast

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag, 29. Mai, nach der Frühverkehrsspitze muß beim Altmannsdorfer Ast vor der Auffahrt zur A 23 Südost-Tangente/Sternegasse der linke Fahrstreifen für die Dauer von voraussichtlich zwei Wochen verkehrsfrei bleiben. Diese partielle Sperre ist durch Instandsetzungsarbeiten an den Tragwerksuntersichten bedingt. (Schluß) pz/gg

Restarbeiten auf der Donauuferautobahn

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Wie schon anläßlich der Verkehrsfreigabe Anfang Mai angekündigt, müssen im letzten Teilstück der A 22/Donauuferautobahn zwischen Reichsbrücke und Praterbrücke noch Restarbeiten durchgeführt werden. Im Bereich der Anschlußstelle Reichsbrücke bei den seinerzeitigen provisorischen Auffahrten auf die Straße Am Kaiser-mühlendamm werden nunmehr in den Einbindungsbereichen Belagsarbeiten zur Fertigstellung der Fahrbahn vorgenommen. Von den am kommenden Montag, 29. Mai, beginnenden Arbeiten, die voraussichtlich eine Woche dauern werden, sind beide Fahrrichtungen betroffen; es wird teilweise nur eine Fahrspur für den Verkehr je Fahrrichtung offen bleiben können. (Schluß) pz/gg

„Wien in alten Ansichtskarten“

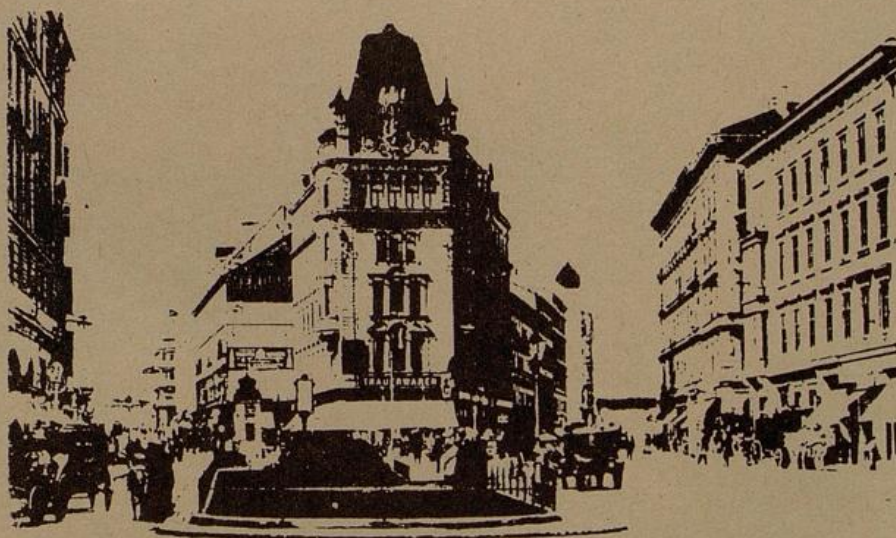
Band „Josefstadt und Alsergrund“ erschienen

Wien, 26.5. (RK-KULTUR/LOKAL) In der vom Verlag Europäische Bibliothek (Zaltbommel, Holland) verlegten Reihe „Wien in alten Ansichtskarten“ — Herausgeber ist der Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE — ist nun der sechste Band „Josefstadt und Alsergrund“ erschienen.

Wie es seinerzeit, vor 60, 80 oder 100 Jahren in den beiden Wiener Bezirken ausgesehen hat, zeigen 54 Ansichtskarten aus der Josefstadt und 52 vom Alsergrund. Dr. Brigitta PSARAKIS, Leiterin der wissenschaftlichen Bibliothek des Wiener Stadt- und Landesarchivs, hat die Geschichte der beiden Bezirke in kurzen Abrissen festgehalten und zu den einzelnen Ansichtskarten informative Bilderklärungen verfaßt. Der Band ist zum Preis von 220 Schilling im Buchhandel erhältlich.

Besonders reizvoll ist es, wenn man die alten Ansichten mit dem heutigen Stadtbild vergleicht. Bisher sind in dieser Reihe bereits die Bände „Innere Stadt“, „Landstraße und Simmering“, „Meidling und Liesing“, „Döbling und Währing“ sowie „Wieden, Margareten und Favoriten“ erschienen. Sechs weitere Bände werden noch folgen. (Schluß) am/bs

Wien in alten Ansichtskarten



Josefstadt und Alsergrund

Gesundheitsminister besuchte Lebensmitteluntersuchungsanstalt

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Wenige Wochen nachdem er sein neues Amt angetreten hatte, war Gesundheitsminister Ing. Harald Ettl von Konsumentenstadträtin Christine Schirmer eingeladen worden, der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien einen Besuch abzustatten. Dieser Tage war es nun soweit: Ausgiebig konnte sich der Minister über die modernen Einrichtungen und das Know-how informieren, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Wiens hinausreicht — so werden auch zahlreiche Aufträge für den Bund durchgeführt.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, die über 48 Mitarbeiter verfügt, ist die einzige in Österreich, in der auch Dioxin-Untersuchungen möglich sind. Allein im Jahr 1987 wurden 4.235 veterinäre Untersuchungen und 9.718 amtliche Lebensmittelproben vorgenommen. Umweltschutzuntersuchungen werden auf Pestizide, Fungizide, Perchloräthylen, Schwermetalle, Nitrat und Nitrit, Antibiotika, Oestrogene und Salmonellen durchgeführt, sowie die bekannte Monitoring-Untersuchung des in Wien produzierten Gemüses, dessen Ergebnisse jedes Jahr der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. (Schluß) ull/gg

1,5 Millionen für Gustav Mahler Jugendorchester

Wien, 26.5. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte eine Subvention von 1,5 Millionen Schilling für das Gustav Mahler Jugendorchester.

Das Orchester, das jungen Künstlern aus Ost und West die Möglichkeit zu gemeinsamen Konzerten bietet, hat auf seiner diesjährigen Ostertournee unter Claudio ABBADO große Erfolge verbucht. Im Rahmen der Sommer-tournee stehen Auftritte beim Festival in Schleswig-Holstein und bei den Salzburger Festspielen auf dem Programm. (Schluß) gab/bs

Montag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag und der Wiener Gemeinderat treten am Montag zu Sitzungen zusammen. Auf der Tagesordnung des Landtages, die Sitzung beginnt um 9 Uhr, steht die Novelle zum Parkometergesetz. Mit diesem Gesetz wird ab 1. Juli die Überwachung der Kurzparkzonen durch besonders ermächtigte Organe der Stadt Wien ermöglicht. Im Anschluß an die Sitzung des Landtages tritt der Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wird.

Auf Vorschlag der ÖVP wird anstelle von Dr. Erhard BUSEK der bisherige Gemeinderat Walter NETTIG zum Stadtrat nominiert. Seine Funktion als Gemeinderat übernimmt Dr. Herlinde ROTHAUER.

Auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung stehen unter anderem die Sanierung von städtischen Wohnhäusern, Baudurchführungsverträge mit der GESIBA für Wohnhausneubauten, der Abschluß von Ambulanzverträgen, die 5. Subventionsliste 1989 sowie Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. (Schluß) fk/bs

EXPO '95: Gemeinsame Erklärung von Bielek und Zilk

Wien, 26.5. (RK-POLITIK) In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten die Bürgermeister von Budapest und Wien Dr. Jozsef BIELEK und Dr. Helmut ZILK die Entscheidung des Pariser Weltausstellungsbüros, die EXPO 1995 an Wien und Budapest zu vergeben.

Beide Bürgermeister betonten, daß diese Entscheidung ein großer Schritt zur Überwindung der starren Grenzen der Nachkriegszeit in Richtung einer neuen „Politik der Gemeinsamkeiten unter europäischen Nachbarn verschiedener Gesellschaftssysteme“ ist.

„Diese Entscheidung ist auch eine gewaltige internationale Aufwertung zweier Städte im Herzen Europas und verleiht unserem dynamischen Europabegriff, der nicht an den Grenzen von Paktsystemen endet, eine neue, weltweite politische Anerkennung.“

Beide Bürgermeister äußerten die Ansicht, daß die Öffnung zwischen Ost und West, wie sie in dem gemeinsamen Weltausstellungsprojekt zum Ausdruck kommt, ein Musterfall gutnachbarlicher internationaler Beziehungen ist und „einen der kreativsten Ansätze in der internationalen Politik der letzten Jahre“ darstellt.

„Wir werden diesen Weg einer Kooperation auch in Zukunft weitergehen — mit Dynamik, Kreativität und Augenmaß“, hielten die Bürgermeister Bielek und Zilk fest. (Schluß) red/gg

Terminvorschau vom 29. Mai bis 8. Juni

Wien, 26.5. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 29. Mai bis 8. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 29. MAI:

ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

DIENSTAG, 30. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.30 Uhr, Pressekonferenz Wiener Fremdenverkehrsverband, „Tora-san“, Bgm. Zilk (Hotel Inter-Continental, Schubertsaal)

MITTWOCH, 31. MAI:

ab 8.30 Uhr, Wienerwaldtag im Wiener Rathaus, Eröffnung durch Bgm. Zilk und Landeshauptmann Ludwig

14.00 Uhr, Jour Fixe des Wiener Fremdenverkehrsverbandes. Vorsitz: Vbgm. Mayr (Hauptanstalt der Z, 3, Vordere Zollamtsstraße 13, 6. Stock, Veranstaltungszentrum, Saal 1)

DONNERSTAG, 1. JUNI:

9.00 Uhr, Übergabe der 350. Radabstellanlage (StR. Hatzl, 11, beim Simmeringer Friedhof, Unter der Kirche)

FREITAG, 2. JUNI:

10.00 Uhr, Verdienstzeichen an Margarete Strausky und Diakon Karl H. Wehner (Vbgm. Smejkal, Steinerner Saal I, Rathaus)

11.15 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, „Straßenbau“ (PID)

SAMSTAG, 3. JUNI:

10.00 bis 16 Uhr, 5. Wiener Tramwaytag (Zentralwerkstätte Simmering)

MONTAG, 5. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 6. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Überreichung der Nestroy-Ringe 1988 an Helmut Lohner und Dolores Schmidinger (StR. Pasterk, Wappensaal, Rathaus)

MITTWOCH, 7. JUNI:

14.00 Uhr, Ehrenmedaille an Walter Klien (StR. Pasterk, Roter Salon, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Rudolf Halle über „Ludwig Wittgenstein und die Philosophie unserer Zeit“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 8. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, Fernwärme

13.30 Uhr, Dekret „Regierungsrat“ für OAR. Helmut Schönhofer (StR. Swoboda, Büro)

(Schluß) red/bs

Telekabel auch in der Inneren Stadt

Wien, 26.5. (RK-LOKAL) Bisher war es den Bewohnern des 1. Bezirkes nicht möglich, das Kabelfernsehen zu empfangen. Das wird sich Mitte des Jahres 1990 ändern: Ab diesem Zeitpunkt sollen rund 4.200 Wohneinheiten in der Inneren Stadt verkabelt sein.

Im Mai und Juni dieses Jahres erhalten die in Frage kommenden Haushalte in den Gebieten Tiefer Graben, Salzgries, Salztorgasse, Franz-Josefs-Kai, Postgasse, Stubenbastei, Hegelgasse, Johannesgasse, Kärntner Straße, Rauhensteingasse, Kumpfgasse, Wollzeile, Rotenturmstraße, Jasomirgottstraße, Bauernmarkt, Brandstätte, Steindlgasse, Judenplatz, Färbergasse, Tiefer Graben sowie Franz-Josefs-Kai, Maria-Theresien-Straße, Wipplingerstraße, Schottenring, Gonzagagasse, Marc-Aurel-Straße eine erste schriftliche Information. Mit Einsendung der beiliegenden Antwortkarte kann man sich zunächst unverbindlich anmelden. Die Anschlüsse werden dann Mitte 1990 durchgeführt. (Schluß) ull/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 29. Mai 1989

Blatt 1102

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Beträchtliche Aufwendungen für die Brückeninstandhaltung (1104/FS: 27.5.)
- Planungsvergabe für die U 6-Verlängerung (1104/FS: 28.5.)
- Blasmusikfest: Bürgermeister Zilk enthüllt Gedenkstein (1105/FS: 27.5.)
- „Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion (1106/FS: 28.5.)
- Erstes richtiges Badewochenende (1107/FS: 28.5.)
- Wienerwaldtag im Wiener Rathaus (1108)
- Straßenbahn-Fahrgefühl anno 1865 (1110)
- Wiener Landtag (1111)
- Stacher: Widersprechende Oppositionsaussagen zu Lainz (1112)
- Wiener Gemeinderat (1113-1119)
- Sperre von Aufgängen in Stadtbahnstationen (nur FS/26.5.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Straßenbauprojekte in Penzing (1109)

Kultur:

- „Wiener Diwan“ — Festwochenausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts (1103/FS: 27.5.)

„Wiener Diwan“ – Festwochenausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts

Wien, 27.5. (RK-KULTUR) Die Wiener Festwochen zeigen vom 29. Mai bis 16. Juli im Museum des 20. Jahrhunderts die Ausstellung „Wiener Diwan“, die in der Auseinandersetzung von 50 zeitgenössischen Künstlern mit dem Werk Freuds ein vielfältiges Spektrum von Deutungsmöglichkeiten bietet.

Die Festwochen setzen mit dieser Ausstellung ihre Linie der Präsentation zeitgenössischer Kunst fort. 50 international renommierte Künstler aus zehn Ländern haben sich — mit meist eigens für diese Ausstellung geschaffenen Werken — dem Thema Freud gestellt. Die Vielfalt der daraus resultierenden Reflexionen und bildnerischen Umsetzungen ergibt nicht nur eine Standortbestimmung der Kunst unserer Tage in bezug auf Freud, sondern auch eine Musterschau der modernen Kunst von der surrealistischen Zeichnung über individuelle Mythologien, konzeptionelle Ansätze, erzählerische Bildfolgen bis hin zur Großskulptur und Architektur.

Die Ausstellung — mit Werken von Künstlern wie Roy LICHTENSTEIN, Andy WARHOL, Markus LÜPERTZ, Keith HARING, Francesco CLEMENTE, Arnulf RAINER, Hans HOLLEIN, Walter PICHLER oder Christan Ludwig ATTERSEE — ist täglich außer Mittwoch von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 50 Schilling, für Schüler, Lehrlinge, Studenten und Militär in Uniform 30 Schilling, für Schüler in der Gruppe je 10 Schilling. (Schluß) gab/gg

Bereits am 27. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Beträchtliche Aufwendungen für die Brückeninstandhaltung

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Für die laufend notwendige Instandhaltung und Instandsetzung von Objekten der Stadt Wien auf dem Sektor „Brücken“, wobei darunter nicht nur Brücken im engeren Sinn, sondern auch Stege, Gewölbe, Stiegenanlagen, Stützmauern, Verkehrsbauwerke, Durchlässe und ähnliches zu verstehen sind, muß die Stadt Wien Jahr für Jahr beträchtliche Mittel aufwenden. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung dafür insgesamt 20,4 Millionen Schilling, wobei sich der Bogen der auszuführenden Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen von Korrosionsschutz- und Abdichtungsarbeiten bis zu Belags- und Pflasterherstellungen erstreckt. (Schluß) pz/bs

Bereits am 27. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Planungsvergabe für die U 6-Verlängerung

Wien, 28.5. (RK-KOMMUNAL) Für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U 6 im 12. beziehungsweise 23. Bezirk von der Liebenstraße bis zur Ketzer-gasse wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie die Vergabe der Ausschreibungs- und Einreichplanung beschlossen, für die ein Betrag von 23 Millionen Schilling aufzuwenden sein wird. (Schluß) pz/bs

Bereits am 28. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Blasmusikfest: Bürgermeister Zilk enthüllt Gedenkstein

Wien, 27.5. (RK-LOKAL) Tausende Wiener und Besucher der Bundeshauptstadt erlebten Samstag das 10. Österreichische Blasmusikfest am Rathausplatz mit. 2.700 Musiker begeisterten mit ihren musikalischen Grüßen. Anlässlich des Jubiläums enthüllte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK einen Gedenkstein im Rathauspark. ÖBV-Präsident Dr. WEYERMÜLLER dankte dem Bürgermeister für seine Initiative, die maßgeblich zum großen Erfolg des heuer zum zehnten Mal stattfindenden Blasmusikfestes beigetragen habe. Wien sei dadurch auch zur „Hauptstadt der Blasmusik“ geworden. (Schluß) lei/gg

Bereits am 27. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion

Wien, 28.5. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten KonsumentInnen dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet kommenden Dienstag, den 30. Mai, von 8 bis 13 Uhr auf dem Meidlinger Markt statt. Wer sich also über umweltbewußtes Einkaufen informieren möchte, kann dies direkt am Markt tun. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 28. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Erstes richtiges Badewochenende

Wien, 28.5. (RK-LOKAL) Das prächtige Wochenendwetter nutzten tausende Wienerinnen und Wiener zu einem Besuch in den städtischen Sommerbädern. Bei Mittagstemperaturen von 24 Grad wurden am Sonntag rund 25.000 Sonnenhungrige gezählt. Im Kongreßbad waren mittags etwa 2.000, im Gänsehäufel 5.000 und im Schafbergbad 3.000 Badegäste. Am Samstag wurde die Hälfte gezählt. Auf der Donauinsel tummelten sich Sonntag rund 20.000 Besucher/innen. (Schluß) lei/gg

Bereits am 28. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wienerwaldtag im Wiener Rathaus

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Dem gemeinsamen Schutz des Wienerwaldes ist der Wienerwaldtag, der am 31. Mai im Wiener Rathaus von den Bundesländern Wien und Niederösterreich abgehalten wird, gewidmet. Namhafte Referenten beschäftigen sich u. a. mit Schutzmaßnahmen für den Wienerwald. Durch gemeinsame Aktivitäten der beiden Bundesländer soll das Bewußtsein der Bevölkerung für die Erhaltung des Wienerwaldes in seiner Funktion als Kulturlandschaft und Erholungsraum im Sinne der Wienerwald-Deklaration verstärkt werden. Beim Wienerwaldtag kommen im Rahmen einer Diskussion auch die unterschiedlichen Standpunkte zu dieser Problematik zur Sprache. Im Anschluß daran findet eine Exkursion in den südlichen Wienerwald statt. (Schluß) du/gg

Straßenbauprojekte in Penzing

Ausstellung in der Bezirksvorstehung

Wien, 29.5. (RK-BEZIRKE) Über größere Straßenbauprojekte in Penzing informiert eine Ausstellung, die vom 31. Mai bis 9. Juni in der Bezirksvorstehung zu sehen ist. Folgende Projekte werden vorgestellt: Westausfahrt-Wiental; Linzer Straße — zwischen Hochsatzengasse und Baumgartner Spitz; Linzer Straße — im Bereich der Rosentalgasse; Felbigergasse — zwischen Moßbachergasse und Gusenleithnergasse; Felbigergasse — zwischen Pachmanngasse und Waidhausenstraße, Grassigasse; Hüttelbergstraße. Zu den einzelnen Projekten können die Besucher Stellung nehmen. Die Ausstellung in den Räumen der Bezirksvorstehung Penzing (13, Hietzinger Kai 1-3, 1. Stiege, 1. Stock) ist Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, donnerstags bis 18 Uhr geöffnet. Jeweils ab 12 Uhr stehen Planungsexperten für Erläuterungen zur Verfügung. (Schluß) end/rr

Straßenbahn-Fahrgefühl anno 1865

Tramwaytag bietet Nostalgisches und Modernes

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Das Fahrgefühl anno 1865 erleben, und zwar bei einer Rundfahrt mit der Pferdetramp — das ist eine der vielen Attraktionen des 5. Wiener Tramwaytages, der diesmal in der Zentralwerkstätte Simmering der Wiener Verkehrsbetriebe (Simmeringer Hauptstraße 252) am Samstag, dem 3. Juni von 10 bis 16 Uhr, stattfindet. Wer lieber Modernes hat, kann statt der Pferdetramp auch einen U-Bahn-„Silberpfeil“, eine Straßenbahngarnitur oder einen Autobus selbst pilotieren.

Hit auch für Fotofreunde: Am Vorkopf der „ZW“ gibt es die Gelegenheit, vom Oldtimer bis zum modernsten Zugfahrzeuge der Verkehrsbetriebe zu besichtigen und zu fotografieren.

Neben den Publikumsfahrten, die natürlich nur am Werksgelände stattfinden, kann man auch den Straßenverkehr aus der Sicht des Tramwayfahrers erleben: Am „Fahrerstandsimulator“ ist das möglich.

Bei einem Rundgang durch die Werkstätten kann man das „Straßenbahn-Spital“ mit seinen verschiedensten Aufgaben kennenlernen. Fachleute stehen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Im Tramwayshop gibt es die neuen HO-Modelle der Stadtbahnfahrzeuge, die bisher nur im Straßenbahnmuseum erhältlich waren, um 75 Schilling (Motorsatz 300 Schilling) wie auch alle übrigen Modelle der Wiener Verkehrsbetriebe zu kaufen. Natürlich gibt es auch wieder den Tramway-Flohmarkt mit gebrauchten Ausrüstungsgegenständen der Verkehrsbetriebe, der immer wieder von Tramway-Fans gestürmt wird.

Information gibt es diesmal vor allem über die neue U-Bahn-Linie U 6, die im Oktober den Betrieb aufnehmen wird. Ein buntes Unterhaltungsprogramm mit Al Fats Edwards, den Flamingos, den Lustigen Waldviertlern und mit Tony Rei sowie Gerhard Steffen gehört natürlich auch dazu. Durch die Veranstaltung wird Elisabeth Vitouch führen.

Mit einem Sonderfahrerschein, der bei allen Informations- und Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe erhältlich ist, kann man am „Tramwaytag“, Samstag, 3. Juni, von 9 bis 19 Uhr alle Linien der Wiener Verkehrsbetriebe und der Wiener Lokalbahnen in der Kernzone 100 kostenlos benutzen. Die Zentralwerkstätte ist mit der Straßenbahnlinie „71“ bis zum Zentralfriedhof Tor 3 und von dort mit der Autobuslinie „71 A“ zu erreichen. Es gibt aber auch einen eigenen Zubringerdienst: Ab dem Reumannplatz (Quellenstraße) mit Oldtimer-Straßenbahnen oder ab dem Karlsplatz mit Autobussen — und wieder zurück. (Schluß) roh/gg

Wiener Landtag

Parkometergesetz

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines 1. Präsidenten Ing. HOFMANN trat der Wiener Landtag am Montag um 9 Uhr zu seiner 15. Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) legte eine Novelle des Parkometergesetzes vor. Die Diskussion über die Überwachung des ruhenden Verkehrs sei vom Innenministerium und der Polizeidirektion ausgegangen, unter dem Aspekt, die Polizei zu entlasten. Es ist eine Übereinkunft erzielt worden, daß die Überwachung des ruhenden Verkehrs in den Kurzparkzonen durch Organe der Stadt Wien übernommen wird. Diese Organe können aber nur bei Verletzungen der Gebührenpflicht, nicht aber bei anderen Verstößen einschreiten. Mayr sprach sich dagegen aus, diese Überwachung Privaten zu überlassen. Eine rigorose Überwachung würde — auch im Interesse der Behörde — zu einem Sinken der Strafen führen. Das könne aber ein Privater nicht wollen, da er ja Gewinne erzielen müsse.

Wien übernimmt also per 1. Juli die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen. Dafür werden Beamte der Revisionsstelle der MA 4 eingesetzt, die mit einem entsprechenden Ausweis ausgerüstet werden.

Diese Novelle sei nötig, sagte StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), weil die Verkehrssituation immer problematischer werde. Die Novelle selbst löse aber das Problem nicht und sei bestenfalls eine Notmaßnahme. Pawkowicz sprach sich für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs aus und verwies darauf, daß die Stellplatzproblematik immer schärfer werde. Es gehe darum, den nicht berufs- und wirtschaftsbedingten Verkehr, das sind immerhin rund 30 Prozent, zu vermeiden. Die jährlichen Straf gelder in der Größenordnung von rund 200 Millionen Schilling sollten für den Bau von Stellplätzen verwendet werden. Als wichtigste Maßnahmen nannte Pawkowicz die Errichtung von Garagen in den städtischen Ballungszentren sowie die Verpflichtung der Stadt, bei Verlust von Stellplätzen Ersatzparkflächen zu schaffen. Gleichzeitig müßten für die Bewohner der Fußgängerzonen und verkehrsarmen Zonen Sondermaßnahmen getroffen werden.

LAbg. NEUMANN (ÖVP) kritisierte, daß sich Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR ursprünglich gegen den Vorschlag gewandt hätte, die Kontrolle der Kurzparkzonen durch die Stadt Wien zu übernehmen. Neumann sprach sich dafür aus, die Durchführung dieser Kontrolle privaten Firmen zu übertragen. Weiters erneuerte er den Vorschlag der ÖVP, für Anrainer in Kurzparkzonen ein „Parkpickerl“ einzuführen und brachte einen entsprechenden Antrag ein.

LAbg. OBLASSER (SPÖ) verwies auf die zahlreichen Verbesserungen im öffentlichen Verkehr in den letzten Jahren. Angesichts der steigenden Motorisierung und der damit verbundenen ständigen Verknappung des Parkraumes betonte Oblasser die Notwendigkeit einer Parkraumbewirtschaftung und auch der Schaffung von Garagen für die Wohnbevölkerung. Oblasser sprach sich gegen das „Parkpickerl“ aus, da die Möglichkeiten des Mißbrauchs zu groß seien. Die Änderung des Parkometergesetzes stelle eine taugliche Verbesserung im Sinne einer zukunftsorientierten Parkraumpolitik dar.

In seinem Schlußwort sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, er habe sich nicht gegen die Übernahme dieser Aufgabe durch die Stadt Wien gewandt, sondern dagegen, diese Aufgabe ohne die dazugehörigen Mittel zu übernehmen. Eine Privatfirma sei seiner Meinung nach für die Einhebung der Gebühren nicht geeignet, da es einer solchen um die Gewinnmaximierung und nicht um die Verbesserung der Verkehrssituation ginge.

ABSTIMMUNG: Die Novelle zum Parkometergesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP zur Einführung eines „Parkpickers“ wurde zugewiesen.

Der Landtag endete um 10.20 Uhr. (Schluß) red

Stacher: Widersprechende Oppositionsaussagen zu Lainz

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Die Opposition sei sich offensichtlich un-
einig hinsichtlich ihrer Meinung beziehungsweise der Aussagen im Zu-
sammenhang mit den Vorfällen im Krankenhaus Lainz. Dies erklärte Mon-
tag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Un-
mittelbarer Anlaß dafür waren zwei Pressegespräche, die von ÖVP- be-
ziehungsweise FPÖ-Mandataren abgehalten wurden. So verlangte etwa
die FPÖ Sofortmaßnahmen, während die ÖVP ihn, Stacher, aufforderte,
zunächst einmal die Ergebnisse der Kommission abzuwarten und nicht
Entscheidungen vorwegzunehmen. Zu den seitens der FPÖ erhobenen
Vorwürfen zur Tätigkeit des Spitalsombudsmannes stellte Stacher erneut
fest, daß es bei diesem bis zum Bekanntwerden der Vorfälle in der I. Medizi-
nischen Abteilung des Krankenhauses Lainz lediglich sieben Beschwer-
den über den pflegerischen Bereich gegeben habe. Von einer Häufung der
Beschwerden beim Ombudsmann VOR diesem Zeitpunkt zu sprechen, sei
daher nicht richtig. Erst mit der Einrichtung einer speziellen Telefonservice-
stelle im Büro des Ombudsmannes, um jedermann die Möglichkeit zu
bieten, rasch und unbürokratisch Auskünfte zu erhalten beziehungsweise
Beobachtungen mitzuteilen, sei auch die Zahl der Anrufe gestiegen.

Jungärzte, Genesungspflege

Auf die von FPÖ-Gemeinderat Dr. HIRNSCHALL aufgestellte Forderung,
die auf einen Turnusplatz wartenden Jungärzte in der Krankenpflege ein-
zusetzen, wies Stacher erneut auf das bedauerlich geringe Interesse der
wartenden Jungärzte dafür hin. Bekanntlich wurden von den 2.800 wart-
enden Jungärzten all jene angeschrieben, die bereits bei der Anmeldung
im Pflegedienst arbeiten zu wollen bekundet hatten. Bisher haben sich je-
doch nur 16 dafür gemeldet. Zur Forderung, den Jungärzten die Möglich-
keit zu medizinischen Gesprächen mit Abteilungsärzten und Oberärzten
zu bieten, meinte der Gesundheitsstadtrat, daß dies selbstverständlich
möglich wäre, jedoch nicht angeordnet werden könnte.

Zu den ÖVP-Vorwürfen bezüglich der von ihm gemachten Vorschläge er-
klärte Stacher, daß es sein legitime Recht als Stadtrat wäre, auch seine
Wünsche für organisatorische Veränderungen zu formulieren. Angriffe
dagegen seien unverständlich und zeigten von mangelndem Demokratie-
verständnis. Es sei aber auch interessant, daß seitens der ÖVP-Mandatare
bei dem in Kürze vorzulegenden Konzept für ein Kuratorium für Gene-
sungspflege bereits von einer „zentralen ambulanten Großinstitution“ ge-
sprochen werde, ohne dieses Konzept zu kennen. Offensichtlich gehe es
bei dieser geführten Diskussion um Oppositionspolitik um jeden Preis,
meinte Stacher. (Schluß) zi/gal

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 29.5. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Der Termin der Inbetriebnahme der Müllverbrennung in der Müllverbrennungsanlage Spittelau stehe noch nicht fest, sagte StR. HATZL (SPÖ) auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ). Man sei zwar bautechnisch soweit, um den Betrieb in vollem Umfang aufzunehmen, einige Verfahren seien jedoch noch nicht abgeschlossen, sagte Hatzl. Was die Einhaltung der Grenzwerte des Bundesluftreinhaltegesetzes in der Müllverbrennungsanlage Spittelau betreffe, so würden diese entsprechend den gesetzlich vorgesehenen Bestimmungen zeitgerecht erfüllt werden.

Es sei die grundsätzliche Absicht der Stadt Wien, den Franz-Jonas-Platz in Floridsdorf als Endstelle der U-Bahn-Linie U 6 auszubauen, sagte StR. HATZL auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. FÜRST (ÖVP). Es gebe aber noch keine Vereinbarung mit der Bundesregierung und daher auch keinen Termin. Auch für den Bau der U 6 bis zur Station Strandbäder zum Fertigstellungstermin EXPO müßte die betreffende Vereinbarung noch vor dem Sommer unterzeichnet werden. Die Endstelle Franz-Jonas-Platz könnte aber auch im Falle einer sofortigen Vereinbarung vor der Weltausstellung nicht mehr in Betrieb genommen werden.

Zum Ausbau des Radwegenetzes im heurigen Jahr sagte StR. HATZL auf die DRITTE ANFRAGE von GR. REITER (SPÖ), besondere Schwerpunkte seien der Augarten-Radweg als wichtige innerstädtische Radwegeverbindung und der Radweg Ödenburger Straße in Floridsdorf. Weitere Ausbauten des Radwegenetzes werden im 2., 3., 4., 10., 12., 13. und 21. Bezirk durchgeführt. Auch das Bauprogramm der Fahrradabstellanlagen schreite zügig voran, sagte Hatzl. Bis Ende 1988 habe es an 308 Standorten Anlagen zum Abstellen von 2.782 Fahrrädern gegeben. 1989 kommen weitere 38 Standorte fix dazu, weitere 70, die mit Hilfe von Sponsorfirmer errichtet werden sollen, sind geplant.

Auf die VIERTE ANFRAGE von Gemeinderätin Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) nach der Bereitschaft, das Lernprojekt für Ausländerkinder des Vereins Exil durch die Stadt Wien finanziell zu unterstützen, verwies Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) darauf, daß die Stadt Wien jährlich mit 500 Förderungsansuchen befaßt werde, die eingehend geprüft werden müssen. Über das konkrete Projekt könne er derzeit keine Auskunft geben, sagte Mayr.

Auf die FÜNFTTE ANFRAGE von GR. STEIER (SPÖ) nach dem wirtschaftlichen Erfolg der „Cats“-Aufführungen in Wien, antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß die Umwegrentabilität theoretisch einen Ausgleich zu den Subventionen der Stadt Wien bringe. Allerdings komme der wirtschaftliche Erfolg aus der Umwegrentabilität neben Wien auch allen anderen Gebietskörperschaften im Wege des Finanzausgleichs zugute. Nach einer Studie dürften 24.000 Touristen innerhalb eines Jahres (1987) in erster Linie wegen „Cats“ Wien zu ihrem Ziel gewählt haben. Hätte man nur „Cats“ und nicht auch Festwochen-Produktionen aufgeführt, wäre der wirtschaftliche Erfolg des Theaters an der Wien noch größer gewesen. Die „Cats“-Vorstellungen waren zu 98,6 Prozent ausgebucht. „Cats“ wird voraussichtlich noch bis August 1990 in Wien gespielt werden. Danach wird der Gemeinderat über eine Zusammenarbeit mit den Bundestheatern zu entscheiden haben, in der es darum geht, wie Wien sein Image als Musical-Stadt beibehalten kann.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Karin LANDAUER (FPÖ) nach Maßnahmen, um die Anwesenheit der leitenden Ärzte in den Spitälern auszu-

dehnen, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER fest, daß die leitenden Ärzte ihre Dienstzeiten erfüllen, ja daß sie sogar mehr leisten, als sie leisten müßten. Die Primärärzte müssen bei Bedarf jederzeit, also auch in der Nacht und an Wochenenden, verfügbar sein. Die Primärärzte sollten, so Stacher, ihre Privatordinationen gegen Kostenersatz am Nachmittag in den Spitälern durchführen. Oberärzten werde eine Kassenpraxis nicht gestattet.

Zur Frage der Hauskrankenpflege meinte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER in Beantwortung der SIEBENTEN ANFRAGE von GR. Dr. RASINGER (ÖVP), dieser Ausdruck sei zu undifferenziert. Es gehe um die Behandlungspflege durch mobile diplomierte Schwestern, um die Grundpflege durch geprüfte Stationsgehilfen und um die Haushaltsführung durch die Heimhilfe. Eine Arbeitsgruppe zur Lösung dieser Frage habe er bereits einberufen, und er strebe auch ein Gesetz für die Hauskrankenpflege an, wobei auch die Finanzierung gesichert werden müsse. Ein Konzept für die Genesungspflege werde möglicherweise schon dem nächsten Gemeinderat vorliegen. Hier gehe es um die Pflege von Patienten, die früher aus dem Krankenhaus nach Hause entlassen werden können und zu Hause vom Krankenhaus aus nachsorgend betreut werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. LEHNER (SPÖ), wie die derzeitige Situation der AIDS-Kranken in Wien ist, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß bisher 121 Patienten als erkrankt gemeldet wurden, von denen 46 bereits gestorben sind. In ganz Österreich seien von den bisher 277 Erkrankten 132 gestorben. Darüber hinaus sind in Wien 1.517 Personen als HIV-infiziert gemeldet. In fast drei Viertel der Fälle handelt es sich um Homosexuelle. In den kommenden fünf bis zehn Jahren ist mit einem deutlichen Ansteigen der Erkrankungen zu rechnen. Für die Unterbringung der Erkrankten wurde an der 1. Universitätshautklinik eine AIDS-Station mit 14 Betten sowie eine Ambulanz eingerichtet. Eine weitere Station im Pulmologischen Zentrum mit rund 30 Betten wird voraussichtlich im Sommer in Betrieb gehen. Darüber hinaus werden Erkrankungen auch in allen anderen Spitälern behandelt.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ), welche Maßnahmen die Jugendzentren im Bereich der Berufsinformation bzw. Berufsintegration von Jugendlichen setzen, antwortete Vizebürgermeisterin SMEJKAL (SPÖ), daß insbesondere mit dem Projekt „Lernstadt Triester Straße“ Beratungs- und Bildungsmöglichkeiten für erwerbslose Jugendliche geschaffen wurden. Dort werde etwa die Ausbildung in ungewöhnlichen Frauenberufen, die Heranbildung von Umweltarbeitern sowie die Ausbildung in einer Holzwerkstatt gefördert. In Margareten gibt es ein Projekt für erwerbslose Frauen, in Meidling Berufsorientierungskurse für Frauen, in Erdberg ein Gastarbeiterprojekt und in Strebersdorf das Modell „Berufsorientierungswoche“. Darüber hinaus gibt es eine Reihe weiterer Kurse und Informationsmöglichkeiten, deren Erfolg vor allem auf der Zusammenarbeit der Jugendzentren mit Schulen und Institutionen der Berufsberatung beruht.

Nettig zum Stadtrat gewählt

Anstelle des bisherigen Stadtrates Dr. Erhard BUSEK wurde auf Vorschlag der ÖVP Walter NETTIG zum Stadtrat gewählt. Von 92 abgegebenen Stimmen erhielt er 89 Ja-Stimmen. Nach seiner Angelobung gratulierte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Stadtrat Nettig.

Das Gemeinderatsmandat von Walter Nettig übernahm Dr. Herlinde ROTHAUER, die angelobt wurde.

Forts. von Blatt 1113

Forts. auf Blatt 1115

Wohnhausneubauten

GR. WOLLER (SPÖ) beantragte die Genehmigung eines Baudurchführungsvertrages für Gemeindebauten durch die Firma GESIBA. Die Wohnungsbauten im 15. Bezirk, Toßgasse 5, Diefenbachgasse 30, und Sturzgasse 31-33, sollen 48 Wohnungen beinhalten.

Bereits im Oktober 1987, kritisierte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), sei der Baudurchführungsvertrag von der GESIBA unterzeichnet worden, die Weiterreichung der Verträge habe also mehr als eineinhalb Jahre gedauert. Im Falle Toßgasse werde der Bau vom Abbruch bis zur Fertigstellung rund zehn Jahre benötigen, der Bau der Diefenbachgasse sei ebenfalls bereits Ende 1985 beschlossen worden. Auch im Falle des Wohnungsneubaus in der Sturzgasse liege seit 1986 ein Beschluß des Gemeinderates vor. Es gebe keine plausible Erklärung, sagte Wöber, für die Verzögerung und damit Verteuerung der Wohnbauvorhaben. Darüber hinaus sei festzustellen, daß die WIBEBA bereits mit der Bauausführung betraut sei, obwohl eine Ausschreibung erst nach dem heutigen Beschluß möglich sei. Wöber forderte eine Untersuchung durch das Kontrollamt.

Man müsse feststellen, sagte GR. STEINBACH (SPÖ), daß die Bau- und Mietkosten bei diesen Bauvorhaben besonders günstig liegen werden. Darüber hinaus seien diese Bauvorhaben nur im Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken zu sehen. Es habe Probleme bei der Absiedlung beziehungsweise beim Abbruch der Nachbarobjekte gegeben. Auch hätten einige Ausschreibungen für das Objekt Sturzgasse keine Ergebnisse gebracht, die Baukosten für andere Objekte hätten den Kriterien der Wirtschaftlichkeit widersprochen, weshalb sich Verzögerungen ergeben hätten. Aufgrund dieser vorerst überhöhten Kosten habe man Verzögerungen in Kauf genommen, um den Wohnungswerbern finanziell verkraftbare Möglichkeiten bieten zu können.

Er nehme die Verzögerung bei den Wohnbauvorhaben Toßgasse, Diefenbachgasse und Sturzgasse gerne auf sich, erklärte Stadtrat EDLINGER (SPÖ). Der kommunale Wohnbau habe vor allem eine soziale Funktion, die mit Mietzinsen von 50 bis 60 Schilling pro Quadratmeter, wie sie aus den ersten Entwürfen zustande gekommen wären, nicht vereinbar sei. Die Kosten würden nun aufgrund der Ausnützung des differenzierten Instrumentariums der neuen Wohnbauförderung etwa 30 Schilling betragen und seien somit für den Wohnungswerber tragbar. Das neue Wohnbauförderungsgesetz ermögliche, unterstrich Edlinger, durch Zuschläge, wie sie in diesem Fall erfolgt seien, für den Mieter kostengünstige Wohnungen auch dann zu errichten, wenn die Verbauung von Lücken im dichtbesiedelten Gebiet teurer ist als am Stadtrand.

StR. Edlinger, sagte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung, sei die Antwort auf seine Kritik bezüglich der WIBEBA schuldig geblieben. Darüber hinaus sei zu unterstreichen, daß der 15. Bezirk den höchsten Wohnungssubstandardanteil Wiens habe, und Planungsfehler und Verzögerungen sich besonders nachteilig für die Wohnungssuchenden in diesem Bezirk auswirken.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Abschluß von Ambulanzverträgen

GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte den Abschluß von Ambulanzverträgen mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Es geht dabei um Neuformulierungen beziehungsweise Zusatzvereinbarungen zu bestehenden Ambulanzverträgen.

Gemeinderätin Karin LANDAUER (FPÖ) stellte fest, daß die Bezahlung der Ambulanzleistungen bei weitem nicht kostendeckend sei. Die Differenz muß von den Bürgern der Stadt getragen werden. Durch ungünstige Regelungen bleiben Patienten, die einmal an eine Ambulanz verwiesen wurden,

Forts. von Blatt 1114

Forts. auf Blatt 1116

Forts. von Blatt 1115

bis zum Ende der Behandlungen an diese gebunden. Viele Leistungen ließen sich durch niedergelassene Ärzte adäquat erbringen. Allerdings bringe der Frühschluß am Freitag bei den Fachärzten einen Versorgungsmangel. In einem ANTRAG verlangte Landauer, die Gemeinde Wien solle gemeinsam mit der Ärztekammer eine Informationsaktion über das Leistungsangebot von niedergelassenen Ärzten ins Leben rufen und versuchen, die Patienten zum Facharztbesuch, statt zum Aufsuchen der Ambulanz zu motivieren. Der Erlaß der Wiener Spitalsverwaltung, wonach Patienten, die einmal in einer Spitalsambulanz behandelt werden, dort bis zum Ende der Behandlung betreut werden müssen, solle widerrufen werden, forderte Karin Landauer.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) meinte, die Ambulanzverträge seien der falsche Weg und eine reine Geldbeschaffungsaktion. Oberstes Ziel sei die optimale Versorgung der Patienten, doch als nächstes müsse gleich die kostengünstigste Möglichkeit dazu als Maxime angesehen werden. Nicht die Patienten sollten sich aussuchen können, welche Stufe der medizinischen Versorgung sie in Anspruch nehmen. Vielmehr solle dies jeweils dort entschieden werden. In Wien fehle es an Konzepten für die Außenversorgung, und die Abgeltung über die Ärztehonorare sei unbefriedigend. In den Spitälern solle es nicht den jetzt angeordneten Dienst nach Vorschrift geben, sondern eine Kooperation der Mitarbeiter, wie bisher.

GR. DINHOF (SPÖ) forderte die ÖVP auf, nicht einfach Reformen zu verlangen, sondern konkrete Vorstellungen zu präsentieren. Dem Wiener Gemeinderat müsse es zugebilligt werden, Geldmittel für das Gesundheitswesen zu erschließen. Die Kosten der medizinischen Versorgung sind nicht nur Aufgabe der Krankenkassen, sondern müssen auch Sache der Gemeinde sein, sagte Dinhof. Die Forderung nach Kostendeckung sei daher wohl berechtigt, aber angesichts der finanziellen Ausstattung der Krankenkassen unrealistisch. Letztlich müsse jedenfalls der Patient für die Kosten des Gesundheitswesens aufkommen. Zum Antrag der FPÖ stellte Dinhof fest, daß es Sache der Landesvertretung wäre, das Angebot der Ärzte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Man müsse dies allerdings im Lichte der Feststellung von GR. Dr. Rasinger sehen, daß die Ärzte wegen zu geringer Bezahlung nur zu einem begrenzten Angebot dazu in der Lage sind. Die Fachärzte sollten sich zu einer besseren Ordinationszeitenregelung entschließen.

Gemeinderätin DKfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) kritisierte, daß der angeordnete „Dienst nach Vorschrift“ vom Personal sehr negativ aufgenommen wurde und den Patienten viele Nachteile gebracht habe. In vielen Bereichen sei es gar nicht möglich, diesen Dienst nach Vorschrift einzuhalten. Vor allem im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe und in den Städtischen Pflegeheimen sei das Verhältnis der Zahl diplomierten zu jener des undiplomierten Personals unbefriedigend. Es sei an der Zeit, bestehende Vorschriften zu überprüfen und entweder die Vorschriften an die Realität oder die Realität an die Vorschriften anzupassen. Die Personalsituation sei extrem angespannt, und die wöchentliche Dienstzeit betrage bis zu 56 Stunden. Von der ÖVP angebotene Vorschläge und Konzepte für Verbesserungen seien nicht angenommen worden. Die ÖVP fordert im Pflegebereich die Einstellung von Teilzeitpersonal, die Entlastung von administrativen Tätigkeiten, die Beschäftigung von mehr Abteilungshelferinnen, eine intensive Werbung für den Krankenpflegeberuf sowie Änderungen bei Besoldungsschema und Ausbildung.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) zeigte Verständnis für die Forderung des Sanitätshilfspersonals, Dienst nach Vorschrift machen zu wollen, da dies mehr Sicherheit für diese Berufsgruppe bedeutet. In den neuen, vom Landes-sanitätsrat erarbeitenden Arbeitsrichtlinien müsse der Arzt feststellen, was von den einzelnen Mitarbeitern auf der Station geleistet wird. Zur Krankenpflegeausbildung sagte Forster, daß aufgrund des oft geringen Interesses

Forts. auf Blatt 1117

in den Bundesländern die Ausbildung dafür und damit auch die Kosten in Wien konzentriert sind. Und obwohl die Bezahlung besser ist als in anderen Bundesländern, gebe es einen Mangel insbesondere beim diplomierten Personal, weshalb auch Teilzeitbeschäftigung möglich ist. Zu den Spitalsambulanzen generell sagte Forster, daß sie deshalb so stark frequentiert werden, weil einfach die Behandlung eine gute ist.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) betonte, daß die Gesundheitsvorsorge nicht Aufgabe der Wiener Spitalsambulanzen sei. Sie kritisierte, daß die Magistratsabteilung 17 sich zu wenig bemühe, den Arzt zur Drehscheibe des Gesundheitswesens zu machen. Ferner übte sie Kritik daran, daß Ausländerinnen bis zur Nostrifizierung keine Beschäftigung in der Krankenpflege bekommen können. Schließlich verlangte Hampel-Fuchs, daß endlich die Hauskrankenpflege realisiert werde.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beurteilte es als erfreulich, daß nunmehr nicht ausschließlich nur über hohe Kosten, sondern endlich auch über den tatsächlichen Personalbedarf sowie notwendige zusätzliche Leistungen diskutiert wird. Zur Kritik des Kontrollamtes stellte er fest, daß den Spitälern dadurch viel Arbeit erwächst, weil die Außenversorgung aufgrund eines allgemeinen Ärzte- und auch Fachärztemangels nicht ausreiche. Ärztekammer und Versicherungen hätten wenig zu entsprechenden Verbesserungen beigetragen. Die Gründung von Ärztezentren, Gemeinschafts- und Gruppenpraxen werde durch sie nicht besonders unterstützt. Die neuen Ambulanzverträge bedeuten einen Fortschritt, weil dadurch der Leistungsnachweis verbessert wird.

ABSTIMMUNG: Die Post Nr. 25 wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP, die Post Nrn. 27 und 69 mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der FPÖ wurde zugewiesen.

Subvention für EVA - Mozart 1991

GR. OBLASSER (SPÖ) stellte den Antrag auf Genehmigung der fünften Subventionsliste im Gesamtausmaß von 6.590.457 Schilling an verschiedene Vereinigungen, darunter ein Betrag von 2.376.000 Schilling an den Verein Energieverwertungsagentur, EVA.

Die Subventionsliste werde von der Volkspartei nicht abgelehnt, sagte GR. CZERNY (ÖVP), die Subvention an die EVA von 2.376.000 Schilling lehne die ÖVP aber ab. Diese Subvention sei der Ersatz für das Jahresgehalt des Geschäftsführers der EVA, Prof. Peter Weiser, der nun als Koordinator für das Mozartjahr 1991 agiere. Der Betrag sei sehr hoch, und die VP sei der Meinung, daß dies auch billiger ginge. Czerny befaßte sich dann mit den Vorbereitungen für das Mozartjahr und merkte kritisch das Festhalten an Klischees zur Person Mozarts an. Als pietätlos finde er den geplanten Trauerkondukt nach dem Mozartrequiem im Stephansdom. Die SPÖ hätte ehrlicher sein müssen, meinte Czerny, denn die ehrenamtliche Tätigkeit von Prof. Weiser koste in Wirklichkeit in den drei Jahren als Koordinator über sieben Millionen Schilling.

GR. Dr. AIGNER (SPÖ) wies die Kritik seines Vorredners zurück. Prof. Weiser habe bereits umfangreiche Vorschläge eingebracht, das Angebot des Mozartjahres reiche von einer Großausstellung über Konzerte, bis zum Musiksommer und zahlreichen anderen Aktivitäten. Auch für den Fremdenverkehr biete das Mozartjahr viel Attraktivität. Das Mozartrequiem am 6. Dezember 1991, das via Fernsehen in die ganze Welt übertragen werde, sei einer der Höhepunkte.

ABSTIMMUNG: Die Subventionsliste ohne Subvention an die EVA wurde einstimmig angenommen, die Subvention für die EVA mit den Stimmen der SPÖ.

Forts. von Blatt 1116

Forts. auf Blatt 1118

Mittagessen in Ganztagschulen

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte, die Lieferung des Mittagessens an Wiener Ganztagschulen für das Schuljahr 1989/90 an die Firma WIGAST zu vergeben.

GR. Dr. Gerda WINKLBAUER (ÖVP) kritisierte die Zubereitung des Essens durch die WIGAST am jeweiligen Vortag. Kleinere Küchen würden eher in der Lage sein, flexibel auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen und ein Essen nach modernen Ernährungsstandpunkten zu liefern. Im übrigen sei die Lieferung durch die WIGAST weder mit den Schulen, noch mit den Elternvereinen abgesprochen.

Im Schlußwort wies GR. DUMSER darauf hin, daß die Eltern selbst oft zu wenig Sorgfalt für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder aufwenden. Es gebe bereits einen Versuch, und zwar in der Schule im 2. Bezirk, Aspernallee, eine andere Form des Mittagessens für die Kinder zu finden. Darüber hinaus solle man nicht nur nach neuen Lieferanten Ausschau halten, sondern auch die WIGAST anregen, eine neue Form der Verpflegung für die Schulen zu finden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag von GR. Dr. Winklbauer, die Schulmenüs ab dem Jahr 1990/1991 in Absprache mit Schulen und Elternvereinigungen zu vergeben und dabei die moderne Ernährungslehre einzubeziehen, wurde zugewiesen.

Studiengebühren für die Musiklehranstalten

GR. STEINBACH (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Studiengebühren der Musiklehranstalten der Stadt Wien.

Es handle sich bei der Erhöhung der Studiengebühren für die Musiklehranstalten, sagte GR. GINTERSDORFER (FPÖ), um eine massive und beachtliche Maßnahme, die zu Lasten der Schüler und Eltern gehe. In keinem anderen Bereich hätte man über eine rund 25prozentige Gebührenerhöhung hinweggesehen. Aus bildungspolitischen Überlegungen, die sich gegen eine Benachteiligung der musischen zugunsten der kognitiven Bildung wenden, lehne die FPÖ diesen Antrag ab.

Das Konzept der Musiklehranstalten, erklärte GR. STRANGL (SPÖ), sehe deren Ausbau vor. Strangl verwies auf wesentlich höhere Gebühren in allen anderen Bundesländern. Allerdings sei es nicht möglich, den gesamten Musikbereich seitens der Stadt Wien zu tragen, die Diskrepanz zu privaten Ausbildungsstätten sei ohnedies schon hoch genug. Man habe im Musikschulbereich wesentliche Aus- und Umbauten getätigt und mehr Personal eingestellt.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen.

Subvention für Tierschutzverein

GR. JANK (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Subvention für den Tierschutzverein. Sie soll ab 1. Jänner 1989 jährlich 616.824 Schilling (wertgeschert) betragen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß die Veterinärmedizinische Universität derzeit die kranken Tiere mittelloser Eigentümer kostenlos behandelt und dabei monatlich bis zu 50.000 Schilling für Medikamente aufwendet. Das ist laut einer Feststellung des Rechnungshofes unzulässig. In einem ANTRAG verlangte Hirnschall, daß der Wiener Tierschutzverein aus den Mitteln seiner Subvention einen Beitrag zu den Medikamentenkosten leisten soll. Nach den Vorstellungen Hirnschalls könnte im Gegenzug die Subvention angehoben werden.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück wurde einstimmig angenommen, der FPÖ-Antrag zugewiesen.

Forts. von Blatt 1117

Forts. auf Blatt 1119

Tarifänderungen bei Bädern

Berichterstatterin GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) beantragte Tarifänderungen bei den öffentlichen Schwimmbädern.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) erklärte, daß die ÖVP diesen Änderungen zustimmen werde. Offen bleibe die Frage, weshalb Privatschulen von Tarifiermäßigungen etwa für den Schwimmunterricht oder auch das Eislaufen ausgeschlossen bleiben. Die Sportförderung der Stadt Wien sollte nicht nur Vereinen zugute kommen. Auf einen ANTRAG der ÖVP vom 30. November 1988 habe man keine entsprechende Antwort bekommen, weshalb neuerlich ein BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG eingebracht werde.

GR. Maria PAUL (SPÖ) erklärte, daß zahlreiche Wünsche von Bäderbesuchern mit den Tarifänderungen berücksichtigt werden, wie etwa die Begleitmöglichkeit der Kinder in Freibädern durch Erwachsene. Auch werde im Bäderausschuß gemeinsam mit vielen Interessensvertretungen darüber beraten, wie die öffentlichen Bäder noch attraktiver gemacht werden können. Erfreulich sei jedenfalls eine Zunahme des Bäderbesuches in letzter Zeit.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück sowie die Zuweisung des Antrages der ÖVP an den zuständigen Gemeinderatsausschuß wurden einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 15.55 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1118

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 30. Mai 1989

Blatt 1120

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Am Samstag Simmeringer Haidelauf (1121)
- Berufsinfo und Berufsintegration in den Jugendzentren der Stadt Wien (1123)
- Rechnungsabschluß 1988: Verbesserung um 3,1 Milliarden Schilling (1124/1125)
- Wiener Stadtwerke 1988: 374 Millionen Abgang (1126-1128)

Kultur:

- Wiener Musiksommer: Kartenverkauf ab 1. Juni (1122)
- Verlängerte Öffnungszeiten in der Stadt- und Landesbibliothek (1129)

Am Samstag Simmeringer Haidelauf

Wien, 30.5. (RK-LOKAL) Am Samstag, dem 3. Juni, findet heuer der traditionelle Simmeringer Haidelauf statt, diesmal bereits der sechste. Die Streckenlänge beträgt zwischen zwei und 16 Kilometern. Der Start erfolgt ab 8 Uhr in Wien 11., Mitterweg/Oriogasse. Für diese Veranstaltung ist KEIN Nenngeld zu entrichten. Für die Sieger gibt es Pokale, und alle Teilnehmer, die die vorgeschriebene Wegstrecke innerhalb des Zeitlimits zurücklegen, erhalten Urkunden. Die Startnummernausgabe erfolgt ab 7 Uhr beim Startplatz. (Schluß) red/bs

Wiener Musiksommer: Kartenverkauf ab 1. Juni

Wien, 30.5. (RK-KULTUR) Mit dem Eröffnungskonzert der Wiener Symphoniker unter Georges PRETRE am 28. Juni im Großen Saal des Wiener Konzerthauses beginnt der Wiener Musiksommer 1989. Das Programm des Musiksommers steht unter dem Motto „Virtuosität und Substanz“ — der Gegenüberstellung, vor allem aber der harmonischen Ergänzung dieser beiden musikalischen Kriterien. Die traditionell breite Programmpalette des Musiksommers wurde beibehalten, eine Reihe prominenter Orchester und Solisten steht für die musikalische Qualität des Festivals. Mit der Heranziehung junger — besonders österreichischer — Künstler, und der neuen Reihe „Ensembles in Wien“ werden zusätzliche Akzente im Programm des Musiksommers gesetzt. Der Kartenverkauf für den Musiksommer beginnt am 1. Juni. Karten — und auch die heuer neu gestalteten Programmhefte — sind Montag bis Freitag, 10 bis 18 Uhr, in der Stadtinformation im Wiener Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz, Telefon-Nr. 42 800/2085 oder 2095, erhältlich. Weiters gibt es auch Karten an den Verkaufsstellen des Wiener Veranstaltungsservice, also im Theater an der Wien, im Raimundtheater, im Ronacher, in der Stadthalle und in einer Reihe von Bankfilialen in den meisten Wiener Bezirken, in Niederösterreich und im Burgenland.

Das Bemühen um eine weitere Öffnung des Musiksommers und um die Gewinnung junger Publikumsschichten wird durch die Aufnahme des „AKM-Open Airs“ in das Programm unterstrichen. Dieser „Tag der Musik“ am 17. Juni 1989 auf der Kaiserwiese im Prater ist zugleich der vorgezogene Auftakt des sommerlichen Festivals. Zu den Highlights des Open Air zählt der Auftritt der Popgruppe „Opus“, die gemeinsam mit acht bis zehn aus dem Wettbewerb „Vienna School Act“ hervorgegangenen Nachwuchsmusikern spielen wird.

Neben den bereits traditionellen Programmreihen im Arkadenhof, in Schönbrunn, in den Wiener Palais und Gedenkstätten, dem „Festival Orgelkunst“ in der Augustinerkirche und der „Musik des 20. Jahrhunderts“ in der Secession, steht mit „Ensembles in Wien“ eine neue Reihe auf dem Programm, die speziell den Künstlern aus unserer Stadt gewidmet ist. Die insgesamt vier Konzerte werden von der „Wiener Kammerphilharmonie“, dem „Jess-Trio“, der „Wiener Akademie“ und dem „Concilium Musicum Wien“ bestritten.

Für die Attraktivität des Musiksommers sprechen eine Reihe von Orchestern, Ensembles und Solisten der Spitzenklasse wie das Königliche Philharmonische Orchester Flandern und die Slowakische Philharmonie, das Trio di Trieste und das Panocha Quartett sowie Salvatore Accardo, Misha Maisky, Luigi Alberto Bianchi, David Geringas, Natalia Gutmann, Tzimon Barto und Jean-Pierre Rampal, um nur einige zu nennen. Besonders bemerkenswert sind das Wien-Debüt des russischen Violoncello-Virtuosen Alexander Rudin und das erstmalige Auftreten der jungen Wiener Pianistin Ingeborg Baldaszi im Rahmen des Musiksommers. Gedenkstättenkonzerte, Schrammelabende, Open-Air-Konzerte auf dem Rathausplatz und der „Blue Danube Jazz Summit“ mit drei Veranstaltungen im Arkadenhof ergänzen das Musiksommer-Programm.

Die Wiener Volksoper zeigt in der Wiener Staatsoper acht Vorstellungen der „Zauberflöte“ in der Inszenierung von Jerome Savary. (Karten in der Wiener Staatsoper und an den Verkaufsstellen des Wiener Veranstaltungsservice). (Schluß) gab/bs/rr

Berufsinfo und Berufsintegration In den Jugendzentren der Stadt Wien

Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) Zunehmende Bedeutung haben Maßnahmen der Berufsinformation und -integration für die Arbeit des Vereins Jugendzentren der Stadt Wien, erklärte Dienstag Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Deshalb sind Projekte und Programme für sozial fehlangepasste Jugendliche in letzter Zeit verstärkt ausgebaut worden.

Arbeitsmarktpolitische Betreuungseinrichtungen wie die Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche, die vom Jugendzentrum Hietzing nun in den 10. Bezirk, Triester Straße 114, übersiedelt ist, oder z.B. „Amandas Matz“, eine arbeitsmarktpolitische Betreuungs- und Beratungseinrichtung für erwerbslose bzw. von der Erwerbslosigkeit bedrohte Frauen und Mädchen im Jugendzentrum Margareten, gibt es schon seit Jahren, wies Smejkal auf die Aktivitäten der Jugendzentren hin. So führt auch der Club Bassena Meidling seit drei Jahren Berufsorientierungskurse für Frauen durch. Weitere Kurse gab es in den Jugendzentren Ottakring, Rudolfsheim und Leopoldstadt.

Im Jugendzentrum Strebersdorf wurden 1989 bereits zum vierten Mal Berufsinformationstage abgehalten. Die Info-Tage sollen wegen des großen Interesses in Zukunft auch im Jugendzentrum Marco Polo stattfinden, kündigte Smejkal an.

Durchaus im Sinne vorbereitender Berufsintegrationsmaßnahmen werden vom Verein Jugendzentren der Stadt Wien im Jugendzentrum Erdberg „Deutschkurse für Ausländerinnen“ und sogenannte „Alphabetisierungskurse“ mit durchschnittlich zehn bis 15 Teilnehmern pro Gruppe durchgeführt.

„Lern-Statt“ in Favoriten

Eine neue Einrichtung des Vereins Jugendzentren der Stadt Wien ist die seit Januar 1989 in Betrieb befindliche „Lern-Statt“ in Favoriten, Triester Straße 114. Neben dem Projekt „Matadora“, das derzeit 18 Pflichtschulabsolventinnen den Weg in für Frauen nicht traditionelle Berufe erleichtert, hat auch das Projekt „Umweltarbeiter“, das arbeitslosen Jugendlichen in Zusammenarbeit mit im Umweltbereich tätigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien einen Einstieg ins Berufsleben möglich machen soll, seinen Standort in der „Lern-Statt“. Dieser für 18 Monate anberaumte Kurs umfaßt derzeit die Betreuung von rund 20 Teilnehmern, führte Smejkal aus. Für jugendliche Lehrabbrecher gibt es die „Holzwerkstatt“, in der sich derzeit zehn Jugendliche auf die Lehrabschlußprüfung vorbereiten.

Auch bei der notwendigen Adaptierung der „Lern-Statt“ in der Triester Straße werden die Jugendlichen einbezogen, um gruppenspezifisches Verhalten und Identifikation mit der eigenen Arbeit zu fördern.

Der Aufgabenbereich der „Lern-Statt“ soll, kündigte Smejkal an, noch ausgeweitet werden. Geplant ist ein neues Projekt, das in Form von Kursen ausländischen Mädchen Hilfe bei der Berufswahl, der Lehrstellen- bzw. Arbeitsplatzsuche im handwerklichen Bereich bieten soll, für Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren gedacht ist, jeweils sieben Monate laufen und im Oktober dieses Jahres starten soll. (Schluß) jel/rr

Rechnungsabschluß 1988: Verbesserung um 3,1 Milliarden Schilling

Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) Beim Rechnungsabschluß 1988 konnte eine Verbesserung um 3,1 Milliarden erzielt werden. Statt des im Budget vorgesehenen Abgangs von 6,7 Milliarden schließt der Rechnungsabschluß mit einem Abgang von 3,6 Milliarden. In Summe ergaben sich im Vorjahr für die Stadt Wien Einnahmen von 84,5 Milliarden und Ausgaben von 88,1 Milliarden Schilling. Dies teilte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit.

Neben der Verbesserung um 3,1 Milliarden sind für den Rechnungsabschluß 1988 kennzeichnend:

- der Einnahmen- und der Ausgabenrahmen konnte im wesentlichen gehalten werden;
- der Schuldenstand blieb bei Berücksichtigung des Sondereinflusses vorgezogener Fremdmittelaufnahmen gleich;
- die Stadt erhöhte ihre Rücklagen;
- bei den Investitionen gab es zum Teil erhebliche Unterschreitungen.

Die Einnahmen und die Ausgaben

In den Einnahmen von 84,5 Milliarden und in den Ausgaben von 88,1 Milliarden sind 3,5 Milliarden enthalten, die bei einem Vergleich des Rechnungsabschlusses mit dem Voranschlag sinnvollerweise in Abzug zu bringen sind. Denn diese 3,5 Milliarden setzen sich aus

- 2,5 Milliarden Fremdmittelaufnahmen zusammen, die wegen der besonders günstigen Situation auf den ausländischen Kapitalmärkten vorzeitig aufgenommen und auf eine Rücklage gelegt wurden,
- sowie aus 1 Milliarde an Fremdmitteln, die Umschuldungsmaßnahmen dienten (Anleihen mit hohen Zinssätzen wurden zurückgezahlt und dafür niedriger verzinsliche Fremdmittel aufgenommen).

Bereinigt man die Einnahmen und die Ausgaben sinnvollerweise um die 3,5 Milliarden, dann sind die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag faktisch um 643 Millionen oder 0,8 Prozent gestiegen, die Ausgaben jedoch um 2,5 Milliarden oder 2,8 Prozent gesunken.

Der Schuldenstand

Ende 1988 betrug der Wiener Schuldenstand 43 Milliarden Schilling, das sind um 3 Milliarden mehr als Ende 1987. Allerdings sind in den 43 Milliarden auch jene 2,5 Milliarden enthalten, die 1988 als Vorsorge für einen künftigen Bedarf aufgenommen und auf eine Rücklage gelegt wurden. Diese 2,5 Milliarden sind dem Inhalt nach dem Rechnungsjahr 1989 zuzuordnen und nicht dem Rechnungsabschluß 1988. Dem Inhalt nach belief sich der Wiener Schuldenstand im Jahr 1988 daher auf 40,5 Milliarden Schilling.

Die Entwicklung der Rücklagen

Der Rücklagenstand der Stadt Wien erhöhte sich im Jahr 1988 beträchtlich, und zwar um 4,4 Milliarden auf 11,8 Milliarden. Es kam zu Zuführungen in der Höhe von 4,8 Milliarden und zu Entnahmen in der Höhe von 0,4 Milliarden Schilling.

Die hohen Rücklagen der Stadt sind durch entsprechende Kassenmittel gedeckt: Der Kassenstand per Ende 1988 betrug 11,4 Milliarden — der Rest der Rücklagen ist durch Wertpapiere gedeckt. Zum Vergleich: Ende 1987 betrug der Kassenstand der Stadt Wien 6,2 Milliarden Schilling.

Die Investitionen

Der Rechnungsabschluß weist Investitionen von 11,7 Milliarden aus, wobei an größeren Investitionen z. B. anfielen:

- U-Bahn-Bau 4,1 Milliarden,
- Spitäler 2,3 Milliarden,
- Wohnbau 1,4 Milliarden,
- Wohnhäuser 0,5 Milliarden,
- Aus- und Umbau Kanal 0,5 Milliarden,
- Hochwasserschutz 0,4 Milliarden,
- Pfannbauernquelle 0,2 Milliarden.

Trotz dieser beträchtlichen Investitionen von 11,7 Milliarden wurde der Voranschlagsrahmen in Summe um 1,5 Milliarden Schilling unterschritten, vor allem beim U-Bahn-Bau mit allein 0,8 Milliarden und bei den Spitälern mit 0,4 Milliarden.

Finanzielle Überlegungen spielten bei den Minderausgaben keine Rolle. Einer der Gründe sind z.B. harte Preisverhandlungen, die zu einem späteren Produktionsbeginn bei den U-Bahn-Garnituren geführt haben. (Forts. mgl.) gal/sei

Forts. von Blatt 1124

Wiener Stadtwerke 1988: 374 Millionen Abgang

Rechnungsabschluß vorgelegt

Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL) In der Juni-Sitzung des Gemeinderates wird wie jedes Jahr der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Vorjahr zur Genehmigung vorgelegt. Im Vergleich zum Jahr 1987 (68,5 Millionen Abgang) fiel der Verlust diesmal deutlich höher aus: der Abgang beträgt für 1988 374 Millionen Schilling. Dies gab Dienstag Stadtrat Johann HATZL bekannt. Die Gründe dafür: Die deutlich steigenden Kosten in den Bereichen Personal und Betrieb, die Auswirkungen der bei den E-Werken und Gaswerken wiedereingeführten Pensionsrückstellung und die erhöhten Steuerbelastungen (Ausdehnung der Vermögenssteuerpflicht auf E-Werke und Gaswerke).

Im Jahr 1988 wurde der Gaspreis und mit Jänner 1989 der Strompreis gesenkt.

Strombedarf stieg, Gasbedarf fiel

Strom war im Vorjahr in ganz Österreich die einzige Energieform, die einen steigenden Bedarf aufwies. Diese Tendenz traf auch auf die Wiener Stadtwerke zu. Die Elektrizitätswerke verzeichneten gegenüber 1987 einen Zuwachs bei der nutzbaren Abgabe um 3,4 Prozent auf 7.078 Gigawattstunden, was vor allem durch die Industriekonjunktur beeinflusst war. Die Fernwärmeabgabe aus den Kraft-Wärme-Kupplungen konnte sogar um 16,6 Prozent auf 1.173 Gigawattstunden erhöht werden, obwohl die Wärmeabgabe der Heizbetriebe Wien insgesamt rückläufig war. Rückläufig war hingegen die Gasabgabe. Die starken Rückgänge im ersten Quartal auf Grund des milden Winters um fast 20 Prozent konnten im restlichen Jahr nur mehr zum Teil kompensiert werden, obwohl zum Beispiel der Monat November ein Plus von fast 28 Prozent aufwies. Die gesamte Jahresabgabe lag schließlich um 7,4 Prozent unter jener des Vorjahres.

Umweltschutz: SO₂-Emissionen um 88 Prozent gesenkt

Umweltschutzmaßnahmen wird nach wie vor im gesamten Bereich der Stadtwerke größte Bedeutung zugemessen. So haben die E-Werke 1988 rund 404 Millionen Schilling an Umweltschutzausgaben aufgewendet. Damit konnten unter anderem je eine katalytische Entstickungsanlage im Blockkraftwerk 1 im Kraftwerk Donaustadt und im Kraftwerk Leopoldau in Betrieb genommen werden. Damit wurde das Entstickungsprogramm der E-Werke vorerst abgeschlossen, die Stickoxidemissionen wurden innerhalb von fünf Jahren um 75 Prozent gesenkt.

Die Schwefeldioxidemissionen konnten durch Maßnahmen beim Brennstoffeinsatz (Gas statt Öl beziehungsweise Verwendung von ausschließlich sehr schwefelarmem Heizöl) seit 1980 bereits um 88 Prozent gesenkt werden. Innerhalb eines Jahres wurden dabei der Verbrauch von Heizöl schwer von über 125.000 Tonnen (1987) auf 79.000 Tonnen (1988) zugunsten von Erdgas reduziert.

Bei den Gaswerken lag 1988 ein Schwerpunkt in der Aufschließung von Siedlungsgebieten für den umweltfreundlichen Brennstoff Erdgas. Zahlreiche Wohnhausanlagen und Firmen konnten für die umweltfreundliche Gasversorgung gewonnen werden.

Die Wiener Verkehrsbetriebe, an sich schon ein bedeutender Umweltfaktor für Wien, erhöhten ihre Umweltfreundlichkeit durch die Nachrüstung von Autobussen mit geregelten Katalysatoren (bis 1990 150 Kat-Busse) sowie durch den Übergang zum ausschließlichen Flüssiggasbetrieb mit Katalysator bei den Gelenkbussen. Sie konnten die Zahl ihrer Fahrgäste 1988 wiederum auf nunmehr 602,5 Millionen und die Fahrleistungen auf 87 Millionen Wagenkilometer steigern.

Wiener Stadtwerke als Wirtschaftsfaktor - 12 Prozent mehr Investitionen

Die Wiener Stadtwerke haben 1988 insgesamt 3.178 Millionen Schilling investiert, was einer deutlichen Steigerung um fast 340 Millionen Schilling (12 Prozent!) gegenüber 1987 entspricht. Damit wurden auch die Impulse für die Wiener und die österreichische Wirtschaft deutlich verstärkt, vor allem im Hinblick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen. Andererseits wurden durch diese erhöhten Investitionen bei der Versorgung Wiens und der Umlandgemeinden mit leitungsgebundener Energie eine erhöhte Sicherheit sowie eine Fortsetzung der Qualitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs erreicht.

Energieberatung für 7.600 Kunden

Die Energieberatungsstelle der Wiener Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien konnte 1988 ihre Tätigkeit im Kundendienstzentrum und in vielen Außenstellen weiter intensivieren. 7.600 Kunden nahmen diese kostenlose Beratung in Anspruch. Neben der großen Mehrheit an Haushaltskunden war 1988 auch eine große Nachfrage bei Wohnbaugenossenschaften, Hausverwaltungen und Gewerbe- und Industriebetriebe zu verzeichnen. Insgesamt haben schon mehr als 27.000 Kunden die Energieberatungsstelle seit ihrer Installierung Mitte 1985 in Anspruch genommen.

E-Werke: Leistungsspitze am 23. November

Die bereitgestellte Strommenge betrug 1988 7.666 Gigawattstunden, um 2,8 Prozent mehr als 1987. Am 23. November 1988 wurde mit 1.403 Megawatt die höchste Leistung seit Bestehen des Unternehmens registriert. 44,6 Prozent des Strombedarfes wurden einschließlich des Strombezugsrechtes am Donaukraftwerk in Greifenstein von den Wiener E-Werken selbst erzeugt, der Fremdstrombezug betrug 55,4 Prozent. Der gestiegene Fremdstromanteil ist auf Sonderangebote der Verbundgesellschaft zurückzuführen, die außerhalb des bestehenden Energielieferungsvertrages genutzt werden konnten.

Nach einer Prolongierung der Tarifsenkung vom 1. Februar 1987 konnte mit 1. Jänner 1989 eine weitere Strompreissenkung um einen Groschen pro Kilowattstunde durchgeführt werden.

Dem Rückgang der Rohstoffkosten um 222,3 Millionen standen Erhöhungen im Bereich des Personalaufwandes um 656,6 Millionen und im Bereich der Steuern um 373,1 Millionen gegenüber. Die E-Werke weisen in ihrer Erfolgsrechnung einen Nettogewinn von 333,8 Millionen Schilling aus.

Die E-Werke investierten 1988 insgesamt 2.178,5 Millionen Schilling. Die größten Brocken dabei waren der Ausbau des Kraftwerkes Simmering mit 574,5, des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau mit 256,5, von Umspannwerken mit 322,9 und der Ausbau der Leistungsnetze mit 628,5 Millionen Schilling.

Gaswerke: 1.122 Kilometer Rohre überprüft

78 Prozent der Erdgasabgabe entfiel 1988 auf Tarifabnehmer, 22 Prozent auf Sonderabnehmer. Die nutzbare Abgabe an Tarifabnehmer betrug 650,4 Millionen Kubikmeter und lag damit um 7,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der gesamte Erdgasbezug der Gaswerke betrug 1.421 Millionen Kubikmeter, wovon 90,4 Prozent auf russische und 9,3 Prozent auf inländische Quellen entfielen. Die Gaswerke verbrauchten 831, die E-Werke 735 Millionen Kubikmeter Erdgas.

Der Gastarif wurde mit 1. April 1988 um 2,7 und mit 1. Jänner 1989 um 2,8 Prozent gesenkt.

Die Gaswerke weisen 1988 einen Nettoverlust von 265 Millionen Schilling

Forts. von Blatt 1126

Forts. auf Blatt 1128

aus. Wesentliche Ursachen dafür sind die Speicherabwertung sowie auch die Dotierung der Pensionsrückstellung.

309,8 Millionen Schilling wurden 1988 für Investitionen ausgegeben, wobei das Hauptgewicht auf dem Rohrnetzsektor lag. So wurden 102 Kilometer Rohrleitungen ausgewechselt und 57 neu verlegt. 1.122 Kilometer wurden durch den Gasspürdienst überprüft. Insgesamt wurden 1988 für das Rohrnetz Fremdleistungen um 586,7 Millionen Schilling benötigt, für Erhaltungsarbeiten wurden 388,2 Millionen ausgegeben. Auf Grund der Eichvorschriften mußten 36.000 Gaszähler neu angeschafft werden.

Verkehrsbetriebe: 1,4 Millionen Umweltstreifenkarten verkauft

Die Wiener Verkehrsbetriebe konnten 1988 ihre Beförderungsleistungen weiter auf 602,5 Millionen Beförderungsfälle steigern. Die Beförderungserlöse gingen allerdings um 26,3 auf 2.729,8 Millionen Schilling zurück. Einer der Gründe für den Erfolg des öffentlichen Verkehrs in Wien ist das Angebot günstiger Netzkarten. So wurden von der „8-Tage-Umweltstreifenkarte“ 1,4 Millionen Stück verkauft, was 11,2 Millionen Tagesnetzkarten entspricht. Auch die Anzahl der Jahresnetzkarten ist wieder gestiegen.

Für die Verkehrsbetriebe ergab sich 1988 ein Verlust von 438,7 Millionen Schilling. Dabei ist der Betriebskostenzuschuß der Hoheitsverwaltung, der sich mit 1.890,1 Millionen Schilling stark erhöht hat (1987: 1.236,9 Millionen) bereits eingerechnet. So wie im Vorjahr betrugen die Personalaufwendungen mit 3.265 Millionen rund 53 Prozent der Gesamtaufwendungen. Nur rund 85 Prozent alleine der Personalkosten konnten damit durch die Beförderungserlöse abgedeckt werden.

Die Verkehrsbetriebe investierten 1988 756,8 Millionen Schilling, der Schwerpunkt lag bei der Erneuerung des Fahrzeugbestandes und der Gleisanlagen. So wurden für neue Straßenbahngarnituren 225,7 Millionen, für Autobusse 165,8 Millionen Schilling ausgegeben. Die Bevorrangungsmaßnahmen stehen 1988 mit 34,8 Millionen zu Buche.

Bestattung: 18.133 Bestattungen

Die Städtische Bestattung führte 1988 18.133 Erd- und Feuerbestattungen durch, das sind um 693 weniger als im Vorjahr. Die schon seit Jahren andauernde rückläufige Tendenz geht also weiter. Gegenüber 1978 beträgt der Rückgang bereits 16,3 Prozent. Demgegenüber konnte die Sargproduktion gegenüber dem Vorjahr auf 41.741 Stück gesteigert werden. Auch 1988 wurde die Renovierung und Umgestaltung von Aufbahrungshallen fortgesetzt, es wurden die Friedhöfe Hetzendorf, Schwechat und Stammersdorf-Zentral finanziert.

Das Wirtschaftsjahr 1988 konnte von der Städtischen Bestattung mit einem Verlust von 4,1 Millionen Schilling abgeschlossen werden. Das Unternehmen investierte 1988 rund 13,1 Millionen Schilling.

Personal

Ende 1988 waren bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 15.577 aktive Mitarbeiter beschäftigt, um 16 mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Pensionisten betrug 13.688. 355 Lehrlinge standen mit Ende 1988 bei den Wiener Stadtwerken in Ausbildung. (Schluß) roh/bs/rr

Forts. von Blatt 1127

Verlängerte Öffnungszeiten In der Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 30.5. (RK-KULTUR) Die Öffnungszeiten in der Musiksammlung und in der Handschriftensammlung der Stadt- und Landesbibliothek werden verlängert. Ab 31. Mai ist die Musiksammlung (in der Rathausstraße 11) jeden Mittwoch bis 18.30 Uhr und ab 1. Juni die Handschriftensammlung (im Rathaus) jeden Donnerstag bis 18.30 Uhr geöffnet.

An den übrigen Tagen von Montag bis Freitag sind diese beiden Sammlungen jeweils von 9 bis 15 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg

Chef von Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 31. Mai 1989

Blatt 1130

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

70. Geburtstag von Alfred Hintschig (1136)

Kommunal/Lokal:

Brücke über die Pottendorfer Linie ohne Einschränkungen befahrbar (1132)

Neues VOR-Fahrplanbuch erschienen (1133)

Wiener Wohnbauförderungsgesetz tritt mit 1. Juni in Kraft (1134)

Swoboda ehrte Sieger des Stenotypiewettbewerbs 1989 (1137)

Run auf Schloßherberge am Wilhelminenberg (1138)

Große Mengen Kriegsmunition gefunden (1139)

Wienerwaldtag im Rathaus (1140/1141)

Japanischer Straßenfeger entsteht in Wien (1143)

Smejkal: Forderungen für „Kinder vom Karlsplatz“ von der Stadt Wien bereits erfüllt (1144)

Zusätzliches Personal für Spitäler und Pflegeheime (1145)

ÖVP zur Bürgermitbestimmung bei der Stadtgestaltung (1146)

Brand einer Lagerhalle (nur FS/30.5.)

Stromstörung in Teilen Wiens (nur FS/30.5.)

Freitag Pressekonferenz von Stadtrat Häupl über Nationalpark (nur FS)

Freitag Pressekonferenz von Stadtrat Hatzl über Bundesstraßenbau (nur FS)

Lkw beschädigte Oberleitung (nur FS)

Kultur:

Spektakuläres Barockfest 1990 in Wien (1131/FS: 30.5.)

„10 Jahre Kulturverein und Kultur 11 in Simmering“ (1135)

Weltuntergang im Finanzamt (1135)

Japanische Oper für Wien (1142)

Spektakuläres Barockfest 1990 in Wien

Oper „Il pomo d'oro“ im Bibliothekshof der Hofburg

Wien, 30.5. (RK-KULTUR) Eine spektakuläre Großveranstaltung in barockem Stil, die im Sommer 1990 im Bibliothekshof der Hofburg stattfinden wird, wurde Dienstag bei einer Pressekonferenz in der Hofburg vorgestellt: Der deutsche Veranstalter Pro Opera GmbH. präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Kongreßzentrum Hofburg die Barockoper „Il pomo d'oro“, die Antonio Cesti anlässlich der Hochzeit von Kaiser Leopold I. mit Isabell Margherita von Spanien komponierte. Ihre Uraufführung in Wien 1667 ging als eines der opulentesten und prunkvollsten Spektakel des Barocks in die Geschichte ein. Die „Reprise“ dieses Großereignisses wird unter der künstlerischen Leitung des deutschen Komponisten Dieter Schönbach und in der Inszenierung von Dr. Frieder Lorenz, Theater-Intendant aus Baden-Baden, erfolgen.

Von 29. Juli bis 1. September 1990 werden nach den Ankündigungen des Veranstalters 21 Aufführungen im Bibliothekshof der Hofburg stattfinden, der dafür mit Tribünen für ca. 4.200 Personen ausgestattet wird. 600 Mitwirkende werden den Besuchern dabei ein Schauspiel bieten, das barocke Üppigkeit wieder aufleben läßt: 120 Musiker, 200 Choristen und über 25 Sänger für Hauptpartien werden auftreten, ein im Barock beliebtes Roßballett mit 25 Pferden wird aufgeführt werden, und Gaukler, Jongleure und Artisten werden das Publikum schon beim Eingang, in der Pause und nach der Vorstellung zusätzlich unterhalten. Auch für barocke Gaumenfreuden soll gesorgt werden. Das gesamte Projekt wird ohne Subventionen veranstaltet und von Deutschland aus finanziert. (Schluß) wfv/rr

Bereits am 30. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Brücke über die Pottendorfer Linie ohne Einschränkungen befahrbar

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Im 12. Bezirk wurde mit der gestern, Dienstag, erfolgten definitiven Inbetriebnahme der Ampelanlage im Bereich Wienerbergstraße/Pottendorfer Straße unmittelbar vor der Brücke über die Pottendorfer Linie im Zuge der Wienerbergstraße die komplette Verkehrsfreigabe dieses Bauvorhabens signalisiert.

Das mit Gesamtkosten von 29 Millionen Schilling errichtete 34 Meter lange Brückenobjekt überquert mehrere Schienenbereiche (ÖBB, Badner Bahn, Straßenbahnlinie 64) und konnte entgegen dem für August 1989 vorgesehenen Bauende bereits jetzt fertiggestellt werden, obwohl der Bauablauf durch erhebliche Erschwernisse gekennzeichnet war.

Um den starken Straßenverkehr aufrecht erhalten zu können, wurde zuerst die nördliche Brückenhälfte abgetragen und neu errichtet und nach dem Umlagen des Verkehrs die südliche Hälfte. Auch das Zusammenbetonieren der beiden Brückenhälften erfolgte mit Hilfe spezieller Maßnahmen unter Aufrechterhaltung des Verkehrs. Ebenfalls nicht unterbrochen werden durften die großen Versorgungsstränge in diesem Bereich (2 Wasserrohre mit 700 Millimeter Durchmesser, 3 Gasrohre, 12 Telefonkabelstränge, 15 Stromkabel). Für die Kabel- und Wasserleitungstrassen mußten Hilfsstege angelegt werden, die Gasrohre konnten nach exaktem Abstimmen der Baumaßnahmen direkt umgelegt werden.

Das Stahlbetontragwerk der neuen Brücke weist eine Breite von 22,5 Metern auf und bietet damit Platz für drei Fahrspuren (zwei Geradeaus- und eine Abbiegespur) in jeder Fahrtrichtung. (Schluß) pz/gg

Neues VOR-Fahrplanbuch erschienen

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Das neue VOR-Fahrplanbuch, gültig vom 28. Mai 1989 bis 26. Mai 1990, ist in einem neuem Layout erschienen.

Es enthält die Fahrpläne aller in Wien verkehrenden öffentlichen Verkehrsmittel der Verkehrsbetriebe, der Schnellbahn und Regionalbahnen der ÖBB, der Lokalbahnen und der in Tarifgemeinschaft fahrenden Buslinien.

Die Fahrpläne der regionalen Autobuslinien außerhalb Wiens sind für die privaten Busse aus dem ebenfalls vom VOR herausgegebenen Fahrplanheft 1 A ersichtlich, das sowohl als Beilage des Bandes Ost des Österreichischen Kursbuches, als auch einzeln kostenlos beim VOR erhältlich ist. Die Linien der Bundesbusse (Bahn, Post) sind derzeit nur im Österreichischen Kursbuch — Kraftfahrlinien, Band Ost, enthalten.

Das Fahrplanbuch beinhaltet auch einen Verkehrslinienplan von Wien. Es sind darauf alle VOR-Linien und Haltestellen eingezeichnet. Auf der Rückseite sind außerdem noch die ersten und letzten Züge bzw. Kurse der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien, der Tarifzonen- und der Schnellverkehrslinienplan zu finden.

Dem Fahrplanbuch liegt auch ein Gutschein bei, der den kostenlosen Bezug des Mitte November erscheinenden Verkehrslinienplanes „Region“ ermöglicht.

Das VOR-Fahrplanbuch ist ab sofort zum Preis von 45 Schilling bei VOR-Verkaufsstellen und vielen Trafiken erhältlich.

Jahreskartenbenützer erhalten das Fahrplanbuch gegen den ihnen zugesandten Gutschein zum unveränderten Preis von 20 Schilling.

Der Verkehrsplan „Wien“ kann bei den Verkaufsstellen auch allein zum Preis von 10 Schilling bezogen werden.

Neue Zugverbindungen im VOR:

- auf der Nordbahn Richtung Hohenau — Bernhardsthal
- eine schnelle Abendverbindung nach Krems (20 Uhr ab Wien Franz-Josefs-Bahnhof)
- eine Schnellverbindung nach Sigmundsherberg mit Anschluß ins Kamptal (17.02 Uhr ab Wien Franz-Josefs-Bahnhof, 18.14 Uhr an Horn)
- eine schnelle, späte Abendverbindung nach St. Pölten (23.12 Uhr ab Wien Westbahnhof)
- Auf der Badner Bahn gibt es seit 28.5.1989 einen neuen, sehr attraktiven Fahrplan: alle 15 Minuten fahren nun die blaugelben Züge zwischen Wien und Baden.
- Die Züge der S 3 wurden zwischen Floridsdorf und Hollabrunn um fünf Minuten beschleunigt. Außerdem wurde der Takt mit den Zügen nach Stockerau getauscht, sodaß sich günstigere Ankunftszeiten in Hollabrunn ergeben.
- Auf der S 60 nach Neusiedl am See konnten auch Fahrzeitverkürzungen erreicht werden, sodaß die S-Bahnzüge in allen Stationen halten und trotzdem die gleiche Reisedauer wie bisher erreicht wird.
- Für die Pendler verkehren auf der Pottendorfer Linie ein neuer Eilzug und zwei neue Regionalzüge.

(Schluß) roh/rr

Wiener Wohnbauförderungsgesetz tritt mit 1. Juni in Kraft

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz (Wohnbauförderung '89) tritt mit 1. Juni in Kraft. Das Gesetz wurde im Februar vom Wiener Landtag beschlossen. Da kein Einspruch der Bundesregierung erfolgte, wird es nun rechtskräftig.

Das Gesetz besteht vorerst aus vier Hauptstücken, die die Förderung des Neubaus und der Sanierung, die Aufbringung der Mittel sowie das Inkrafttreten bzw. die Übergangsbestimmungen festschreiben.

In einer zweiten Etappe sollen voraussichtlich im Herbst zwei weitere Hauptstücke des Gesetzes beschlossen werden. Sie sollen gesonderte Bestimmungen zur Mietzinsbildung während der Förderung, die Möglichkeit einer begünstigten vorzeitigen Rückzahlung von Förderungsdarlehen sowie einer Eigentumsbildung an Mietwohnungen, die nach der neuen Wohnbauförderung '89 gebaut werden, enthalten. Die Beratungen dazu sind derzeit im Gang.

In nächster Zeit sollen auch die entsprechenden Durchführungsverordnungen beschlossen werden, durch die Art und Umfang der Objekt- und Subjektförderung sowie die angemessenen Bau- und Sanierungskosten festgelegt werden. (Schluß) ah/bs

„10 Jahre Kulturverein und Kultur 11 in Simmering“

Ausstellung im Bezirksmuseum

Wien, 31.5. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Simmering, Enkplatz 2, ist vom 2. bis 25. Juni die Ausstellung „10 Jahre Kulturverein und Kultur 11 in Simmering“ zu sehen. Die Ausstellung bietet eine Leistungsschau der beiden Vereine und zeichnet ihre Entwicklung nach. Die Eröffnung der Ausstellung am 1. Juni, 19 Uhr, wird durch Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK vorgenommen. (Schluß) gab/gg

Weltuntergang im Finanzamt

Wien, 31.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Weltuntergang gibt es kommenden Freitag, den 2. Juni um 20.30 Uhr im Hof des Finanzamtes im 8. Bezirk, Josefstädter Straße 39. Die Ensemblemitglieder des Dario Fo-Theaters werden das Stück „Der Weltuntergang“ von Jura Soyfer zur Aufführung bringen. Die Inszenierung ist eine der Schwerpunktveranstaltungen im Rahmen der diesjährigen Bezirksfestwochen. Veranstalter des Abends ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, Mitglied des Wiener Volkswbildungswerkes. Der Eintritt ist frei. (Schluß) zi/bs

70. Geburtstag von Alfred Hintschig

Wien, 31.5. (RK-POLITIK) Alfred HINTSCHIG wurde am 3. Juni 1919 in Wien als Sohn eines Berufsschuldirektors geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und des Realgymnasiums legte er im Jahr 1937 die Matura ab. Während des Zweiten Weltkriegs mußte Hintschig in Polen, Frankreich und Rußland Frontdienst machen und geriet nach einer Verwundung in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er Ende 1945 nach Österreich zurückkehrte.

Ende November 1945 trat er der Sozialistischen Partei Österreichs bei und übernahm in der Sektion 11 des Bezirkes Favoriten die Funktion des Bildungsreferenten; 1949 wurde er Sektionsleiter. 1946 trat Hintschig eine Stelle als Fortbildungslehrer an der Berufsschule Wien 6., Mollardgasse, an und begann gleichzeitig ein Studium an der Hochschule für Welthandel.

1948 erwarb er den Titel eines Diplomkaufmanns. In den nächsten Jahren war er als Prokurist in einer Firma der papierverarbeitenden Branche in Wien beschäftigt. 1955 wurde Dkfm. Hintschig in den Vorstand der Bezirksorganisation Favoriten der SPÖ kooptiert, 1957 wurde er ordentliches Mitglied des Bezirksvorstandes. 1964 wurde er in den Gemeinderat der Stadt Wien gewählt und am 1. April 1968 zum amtsführenden Stadtrat für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten bestellt. Von 1969 bis 1973 war er mit der Leitung der Geschäftsgruppe X (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen) betraut.

Am 27. August 1976 wurde er vom Aufsichtsrat der Wiener-Messe-Ag zum Vorstandsvorsitzenden mit dem Titel eines Generaldirektors bestellt — diese Funktion übte Hintschig bis Ende 1984 aus. 1978 wurde er als Abgeordneter in den Bundesrat berufen. Dieses Mandat legte er 1987 zurück.

Dkfm. Hintschig ist Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens des Landes Wien und der Republik Österreich. (Schluß) red/bs

Swoboda ehrte Sieger des Stenotypiewettbewerbs 1989

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA ehrte Dienstag nachmittag im Rahmen der Preisverleihungsfeier für den Wettbewerb in Kurzschrift und Maschinschreiben der Wiener Gemeindebediensteten die Siegerinnen und Sieger dieser von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (Arbeitsgemeinschaft Stenografie) veranstalteten Konkurrenz.

Für diesen 42. Wettbewerb wurden insgesamt 1.077 Arbeiten abgegeben, von denen 168 mit Preisen ausgezeichnet wurden. Insgesamt wurden 467 Arbeiten mit Diplomen mit der Note „sehr gut“ und 280 Arbeiten mit der Note „gut“ prämiert.

Bei den Lehrlingen wurden jeweils die Jahrgangsbesten und Klassenbesten in beiden Disziplinen ermittelt. Besonders in Maschinschreiben waren die Leistungen der Lehrlinge in einigen Fällen weit über dem Niveau der staatlichen Stenotypieprüfung, was auf die gründliche und erfolgreiche Ausbildung in der Berufsschule zurückzuführen ist, wobei sich der Schulversuch mit zwei Berufsschultagen überaus positiv bewährt hat.

Personalstadtrat Dr. Swoboda würdigte in seinen Worten die hervorragenden Leistungen der Teilnehmer, von denen einige auch an der kommenden Weltmeisterschaft in Dresden teilnehmen werden. Er unterstrich die Bedeutung der beruflichen Weiterbildung, die letztenendes den Wienerinnen und Wienern als „Dienstgeber“ der Gemeindebediensteten zugute kommt.

Gerade in der heutigen Zeit sei, so der Personalstadtrat, das Service für den Bürger von besonderer Bedeutung.

An der Festveranstaltung nahmen auch Nationalratspräsident Rudolf PÖDER in seiner Funktion als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und mehrere Spitzenbeamten der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke teil. (Schluß) lf/gg

Run auf Schloßherberge am Wilhelminenberg

Schon jetzt Auslastung, die weit über den Erwartungen liegt

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Offiziell eröffnet wurde nun die „Schloßherberge am Wilhelminenberg“, die im Schloßpark Wilhelminenberg anstelle des alten Wirtschaftsgebäudes entstand. Bereits wenige Wochen nach der inoffiziellen Inbetriebnahme des Jugendgästehauses am 20. März dieses Jahres steht fest, daß die Frequenz bei weitem die Erwartungen übertrifft. Einhellige Meinung von Experten und Gästen: Auf dem Wilhelminenberg steht das schönste Jugendgästehaus Europas.

Die Schloßherberge wurde in nur sechseinhalb Monaten auf dem Platz des früheren Wirtschaftsgebäudes errichtet, wobei man — gemäß den Auflagen — in Größe, Höhe und Kubatur die Maße des früheren Bauwerkes nicht überschritt und so eine harmonische Ergänzung zu dem als Gästehaus umgebauten Schloß Wilhelminenberg erzielte. Die Baukosten betragen rund 25 Millionen Schilling.

Die „Schloßherberge am Wilhelminenberg“ umfaßt 41 Zimmer mit insgesamt 164 Betten. Alle Zimmer sind mit Dusche und WC ausgestattet. Das Haus wurde im rustikalen Wienerwaldstil eingerichtet, der verglaste Frühstück- und Aufenthaltsraum ermöglicht einen beeindruckenden Blick auf Wien.

Selbstverständlich steht auch den Gästen der Schloßherberge der 120.000 Quadratmeter große Schloßpark zur Verfügung. Für die Jugendlichen wurde sogar ein Grillplatz im Schloßpark geschaffen.

Ogleich die „Schloßherberge am Wilhelminenberg“ erst Ende März in Betrieb gegangen ist und die Reisesaison noch nicht voll begonnen hat, liegen die Buchungen deutlich über den prognostizierten Werten. Man rechnet nun, daß die Zimmerauslastung fast 90 Prozent erreichen wird, da Anfragen aus aller Welt vorliegen.

Die „Schloßherberge am Wilhelminenberg“ schließt eine Lücke im Angebot für den immer wichtiger werdenden Jugendtourismus. Die WIGAST, zu der die Schloßherberge gehört — sie wird gemeinsam mit dem Gästehaus Schloß Wilhelminenberg geführt —, betreibt auch das Jugendgästehaus Hütteldorf, das pro Jahre fast 90.000 Übernachtungen zu verzeichnen hat. (Forts. mgl.) wh/gg

Große Mengen Kriegsmunition gefunden

Wien, 31.5. (RK-LOKAL) Mittwoch früh wurden nächst dem Stromkilometer 1919,5 — er befindet sich in der Nähe der Hafeneinfahrt Freudenau am linken Donauufer — von Mitarbeitern der MA 45 — Wasserbau — bei Aufräumarbeiten größere Mengen an Kriegsmunition gefunden. Polizei und der Entminungsdienst wurden eingeschaltet, die zwei Wurfgranaten, eine Panzergranate, eine 2-cm-Gewehrgranate und eine 3,7-cm-Sprenggranate, sowie 20 Stück 2-cm-Granatpatronen und Infanteriemunition sicherstellten. Die scharfen Granaten, die vermutlich aus dem Zweiten Weltkrieg stammen, wurden vom Entminungsdienst sichergestellt und abtransportiert. (Schluß) ull/gg

Wienerwaldtag im Rathaus

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wienerwaldtag, eine gemeinsame Veranstaltung der Bundesländer Wien und Niederösterreich, wurde am Mittwoch im Wiener Rathaus abgehalten. Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK berichtete in seiner Eröffnungsansprache über das spezielle Problem der Luftverschmutzung für den Wienerwald. Trotz beträchtlicher Reduktionen z. B. der Schwefeldioxide, sei nach wie vor das Kraftfahrzeug der Hauptverursacher der Luftverschmutzung, und jeder Autofahrer sollte sich dessen bewußt sein.

Als bedeutende Schritte Wiens in Sinne der Verwirklichung der Wienerwalddeklaration erwähnte Zilk die Verkehrsbeschränkungen auf der Höhenstraße, die weiterführende Schließung des Wald- und Wiesengürtels, die Waldschadensforschung, die Abwasserentsorgung der Gaststätten im Wienerwald, die naturnahe Gestaltung der Bäche und die Dezimierung der wilden Siedlungen.

Abschließend hob Zilk die vorbildliche Zusammenarbeit der Länder der Ost-Region hervor.

Niederösterreichs Landeshauptmann Mag. Siegfried LUDWIG legte ebenfalls ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit der Bundesländer Niederösterreich und Wien zum Schutz des Wienerwaldes ab. Als Beispiele dafür nannte er den Verein Niederösterreich-Wien, Gemeinsame Erholungsräume und die Planungsgemeinschaft Ost. Ludwig lud alle Wienerwaldgemeinden, die noch nicht der Wienerwalddeklaration beigetreten sind, dazu ein, sich zu beteiligen. Weiters schlug er die Schaffung eines Wienerwaldfonds zur finanziellen Unterstützung der gemeinsamen Vorhaben zum Schutze des Wienerwaldes vor.

Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING gab in ihrem Statement einen kurzen Abriss über die Geschichte des Wienerwaldes. Als Maßnahmen des Bundes zum Schutz des Wienerwaldes erwähnte sie das Smogalarm- und das Luftreinhaltegesetz.

Forst, Landwirtschaft und Naturschutz im Wienerwald

Im Anschluß an eine Tonbildschau über den Wienerwald hielt der Wiener Forstdirektor Dipl.-Ing. Dr. Karlheinz BALLIK das erste Referat zum Thema „Forst, Landwirtschaft und Naturschutz im Wienerwald“. Ballik betonte, daß die Gefährdung des Wienerwaldes durch Luftverunreinigungen, wilde Deponien und biotische Faktoren, wie Eichenmistelbefall, aber auch die Erholungsnutzung mit ihren negativen Auswirkungen dazu beitragen, daß der Wienerwald bedauerlicherweise als eines der bedeutendsten Waldschadensgebiete bezeichnet werden müsse. Schonende forstliche Maßnahmen, die Förderung alternativer Produktionszweige in der Landwirtschaft und vor allem die Reduzierung des Autoverkehrs in den Erholungsgebieten könnten zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Puncto Naturschutz liege das Hauptaugenmerk bei der Erhaltung und Pflege der immer stärker zurückgedrängten Wienerwaldwiesen.

Raumordnung im Wienerwald

Dr. Gerhard SILBERBAUER, der Leiter der Gruppe Raumordnung und Umweltschutz beim Amt der NÖ-Landesregierung, sprach zum Thema „Raumordnung im Wienerwald“. Er stellte fest, daß teilweise ungünstige Siedlungsentwicklungen entweder in eine Zeit zurückgingen, in der es in den Wienerwaldgemeinden noch keine örtliche Raumplanung gab, die Folgen nicht erkennbar waren, oder geeignete gesetzliche Instrumente fehlten, einer ungünstigen Siedlungsentwicklung entgegenzuwirken. Im regionalen Raumordnungsprogramm Wien-Umland, welches im Rahmen der Raumordnung Niederösterreichs erstellt wurde, seien für viele Orte

des Wienerwaldes Siedlungsgrenzen festgelegt, die durch eventuelle Baulandwidmungen nicht überschritten werden dürften. In Wien sollte mit der Unterschutzstellung der Sicherung des Wald- und Wiesengürtels ein Ausufer der Bebauung verhindert werden. Silberbauer erwähnte die Grünlanddeklaration als wichtiges Instrument für die Erhaltung der Schutzgebiete. Abschließend stellte er die Forderung nach einer wesentlichen Verringerung des Individualverkehrs im Wienerwald.

Schutzmaßnahmen für den Wienerwald

Das dritte Referat hielt Dipl.-Ing. Hannes SCHULZ von der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) zum Thema „Schutzmaßnahmen für den Wienerwald“. Er erklärte, daß laut Untersuchungen überspitzt gesagt werden könnte, daß sich der Wienerwald funktionell vom Erholungsgebiet zum Wohngebiet gewandelt habe. Diese alarmierende Entwicklung habe die Raumplanung und der Umweltschutz der beiden Bundesländer zu einer gemeinsamen Vorgangsweise zum Schutz des Wienerwald veranlaßt. Als bisher wichtigste Aktivitäten nannte Schulz die Einschränkung der Siedlungsentwicklungen, Rückwidmungen von Bauland in Grünland, die Bereinigung wilder Siedlungen, verkehrsbeschränkende Maßnahmen, Umdenken bei der Verkehrserschließung der Siedlungsgebiete, Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger, Ausbau des Kanalnetzes, naturnahe Waldbewirtschaftung, alternative Landwirtschaft, Waldentwicklungspläne und Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit für den Schutz des Waldes. Bedauerlicherweise, führte Schulz weiter aus, hätten 22 Wienerwaldgemeinden noch nicht auf die Wienerwalddeklaration reagiert. Die PGO habe die Notwendigkeit eines Wienerwald-Managements erkannt, wobei die finanzielle Beteiligung des Bundes, der Gemeinden und anderer Förderer anzustreben sei. Ziel eines Wienerwald-Managements müsse die Sicherung und Erhaltung des Erholungsgebietes Wienerwald sein. Es sollte unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ stehen und sei auf die Mithilfe aller angewiesen. Beispielsweise könnten eine „Interessensgemeinschaft Wienerwald“ und ein „Wienerwaldfonds“ gegründet werden. Nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die Bewohner des Wienerwaldes und die Benutzer müßten mithelfen, den Wienerwald zu retten. (Forts. mgl.) du/bs

Forts. von Blatt 1140

Japanische Oper für Wien

Wien, 31.5. (RK-KULTUR) In der Stadt Shimisu in Mitteljapan, einem Fremdenverkehrszentrum mit 240.000 Einwohnern, findet jährlich am 5. Jänner ein Neujahrskonzert mit Wiener Musik statt. Veranstalter sind die Stadt Shimisu, das Bundesland Shizuoka, der japanische Johann-Strauß-Verein und eine lokale Gesellschaft. Heuer hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zu diesem Konzert eine Grußbotschaft übermittelt. Als Antwort entsandte die Stadt Shimisu eine Botschafterin nach Wien, die Sopranistin und Komponistin Yoshie ICHIGE. Frau Ichige, die in Wien studiert hat, schrieb auch ein Lied mit dem Titel „Wir lieben Wien“. Sie überbrachte dem Wiener Bürgermeister eine Medaille, auf der eine in Japan sehr bekannt Legende aus Shimisu dargestellt ist. Über diese Legende, die vom Schleier eines himmlischen Wesens berichtet und deren wesentlicher Inhalt ein Hymnus an die Natur ist, hat Frau Ichige eine Oper geschrieben. Teile dieser Oper werden am Donnerstag, dem 15. Juni, um 19.30 Uhr, im Rosenkavaliersaal des Palais Auersperg aufgeführt. Es wirken japanische und österreichische Sänger und Instrumentalsolisten mit. (Schluß) sti/gg

Japanischer Straßenfeger entsteht in Wien

Wien, 31.5. (RK-LOKAL) „Tora-san“ ist für japanische Kinobesucher beinahe eine Pflichttermin: Die Filme werden regelmäßig von rund 2,5 Millionen Besuchern gesehen, weitere sieben Millionen Zuschauer konsumieren den Film per Video und wenn alte Streifen im Fernsehen laufen, sind die Straßen beinahe leer. Bisher wurden die Filme ausschließlich in Japan gedreht, nun befindet sich das Team auf einige Tage in Wien, wo der 41. Teil entsteht. Zum Wien-Besuch von „Tora-san“ kam es durch die Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und dem Wiener Fremdenverkehrsverband, die sich dafür eingesetzt haben, daß für die japanischen Produzenten ideale Arbeitsbedingungen geschaffen wurden.

Wien erscheint in dieser 41. Folge nicht wie zuletzt bei der Verfilmung von Lenins historischer Rückkehr nach Rußland als Zürich oder Stockholm, sondern wird auch im Film als Wien dargestellt — als ein bevorzugtes Reiseziel der Japaner. Tora — gespielt von Kiyoshi Atsumi, erlebt die typischen Eindrücke eines japanischen Wien-Besuchers, von der Stadtrundfahrt bis zum Heurigen. Zwischendurch gerät er in einige Verwicklungen, denn natürlich darf auch in japanischen Serien das Thema Liebe nicht fehlen. Die Dreharbeiten werden insgesamt drei Wochen dauern. (Schluß)
ull/rr



Regisseur Yoji YAMADA, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der Darsteller des Tora, Kiyoshi ATSUMI
Foto: PID/Hutterer

Smejkal: Forderungen für „Kinder vom Karlsplatz“ von der Stadt Wien erfüllt

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Die Forderungen, die Nationalratsabgeordneter Manfred SRB Mittwoch, die „Kinder vom Karlsplatz“ betreffend, an die Stadt Wien gerichtet hat, hat diese im Rahmen des Sozialressorts bereits seit längerer Zeit erfüllt, erklärte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. So ist zusätzlich zu der Betreuung der jugendlichen Klienten durch Streetworker des Jugendamtes ein Sozialraum als Anlaufstelle eingerichtet und ein Medizinbus installiert worden. Das Sozialamt hat ebenfalls Streetworker zur Betreuung Nichtseßhafter eingesetzt und verfügt mit dem Tagesklub für Nichtseßhafte in 2, Patzmanitengasse, ebenfalls über ein Betreuungslokal. Ein weiterer Tagesklub werde im 8. Bezirk eingerichtet, kündigte Smejkal an. Auch die geforderte Arbeitsgruppe von Experten hat ihre Beratungen bereits aufgenommen. Ein Konzept, an dem Streetworker, Sicherheitsbeamte, Mitarbeiter des Jugendamtes, Ärzte und Mitarbeiter der „Lern-Statt“, die sich speziell mit arbeitstherapeutischen Maßnahmen für Jugendliche aus dieser Szene beschäftigt, mitgewirkt haben, ist derzeit bereits in Ausarbeitung. Zusätzlich werde in Kürze eine Wohngemeinschaft für suchtmittelabhängige Jugendliche in Betrieb gehen, führte Smejkal aus.

Zur Forderung einer Kontrolle des Vertriebs von Medikamenten in Apotheken, sagte Smejkal, derartige Maßnahmen lägen außerhalb des Kompetenzbereiches der Stadt Wien. Den Einsatz von Jugendkontaktbeamten der Polizei vor Ort, der ebenfalls gefordert wurde, könnte sicherlich zu einer Entspannung der Situation beitragen und sei grundsätzlich zu begrüßen. Sie werde sich, sagte Smejkal, aber auch weiterhin vehement gegen jede Art von Zwangsmaßnahmen gegen die Klienten am Karlsplatz stellen, deren Betreuung nur auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgen könne, und appellierte an das Verständnis und die Toleranz der Anrainer für diese sozial benachteiligten Menschen. Eine Räumung des Karlsplatzes werde sie nicht zustimmen, schloß Smejkal. (Schluß) jel/rr

Zusätzliches Personal für Spitäler und Pflegeheime

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) In einer Verhandlungsrunde zwischen der Stadt Wien und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wurde Einigung über zusätzliches Personal für Wiens Spitäler und Pflegeheime erzielt. Darüber berichteten am Mittwoch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vizebürgermeister Hans MAYR in einem Pressegespräch. Neu aufgenommen werden 615 Personen — und zwar 70 zusätzliche Ärzte, 245 diplomierte Krankenpflegerinnen und Pfleger sowie 300 Abteilungshelferinnen und -helfer. Die Kosten für diese Maßnahmen werden sich auf rund 250 Millionen Schilling im Jahr belaufen.

Die 70 neuen Dienstposten für das ärztliche Personal werden auf 50 Posten für Turnusärzte und auf 20 Posten für Anstaltsärzte in den Pflegeheimen aufgeteilt. Von den 245 neuen Dienstposten für das Krankenpflegepersonal entfallen 134 auf Stationsschwesternvertretungen in den Pflegeheimen. 50 sind als Ersatz für die in Ausbildung stehenden Stationsgehilfinnen (2. Bildungsweg) im Pflegeheim Lainz gedacht, die restlichen 61 Dienstposten bilden einen Vorgriff auf bereits anerkannte Forderungen für das Budget 1990. Die 300 neuen Abteilungshelferinnen und -helfer werden vor allem in den Schwerpunktkrankenhäusern eingesetzt.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat ursprünglich 1.180 neue Dienstposten gefordert, von denen nur 615 zugesagt wurden. Über die restlichen 565 Dienstposten — 10 Stationsärzte, 255 Krankenpflegepersonal, 300 Hilfspersonal — werden weitere Gespräche geführt, wobei z. B. für das Krankenpflegepersonal geklärt werden soll, in welchen Spitälern diese zusätzlichen Dienstposten erforderlich wären.

Bei einer entsprechend großen Anzahl von Bewerbern aus dem Kreis der diplomierten Krankenpflegerinnen und Pfleger ist dann an eine Systemisierung auch dieser gewünschten Dienstposten gedacht.

Ebenso wurde die Aufnahme von Verhandlungen auf Beamtenebene über die Schaffung eines neuen Gehaltsschemas für diplomiertes Pflegepersonal und für den gehobenen medizinisch-technischen Dienst zugesagt.

Wien hat den höchsten Beschäftigtenanteil in Krankenhäusern

Vizebürgermeister Hans Mayr legte in der Pressekonferenz Unterlagen des KRAZAF über den Personalstand in den österreichischen Krankenhäusern vor. Auf 100 „tatsächliche Betten“ entfielen 1987 in Österreich durchschnittlich 132,56 Beschäftigte. Den niedrigsten Wert weist mit 108,46 Niederösterreich, den mit Abstand höchsten Wien mit 175,93 auf. Auf 100 Krankenhausbetten kamen in Wien 23,79 Ärzte, in Niederösterreich 12,09, im österreichischen Durchschnitt 16,47. Beim Pflegepersonal lauten die Vergleichszahlen 57,02 (Wien), 35,99 (Niederösterreich) und 42,3 (Österreich). (Schluß) sei/ger/bs

ÖVP zur Bürgermitbestimmung bei der Stadtgestaltung

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Wie ÖVP-Landesparteiobmann Minister Dr. Erhard BUSEK Mittwoch in einem Pressegespräch betonte, sei die „Wiederentdeckung der Stadt als Lebensraum“ ein wichtiges Signal für die Zukunft. Die Gestaltung des Wohnumfeldes sei bei der Wohnungspolitik der Stadt Wien in Vergessenheit geraten. Der Bürger als „Direkt-Betroffener“ müsse eingeladen werden, aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Raumes mitzugestalten.

Dr. Richard SCHMITZ, Bezirksvorsteher des 1. Bezirks, will den Bürgern Alternativ-Modelle zur Neugestaltung des Hohen Marktes und des Michaelerplatzes vorlegen. Voraussetzungen für eine Neugestaltung der Inneren Stadt seien eine strengere Überwachung des ruhenden Verkehrs und die Schaffung von zusätzlichen Garagen.

Bezirksvorsteher Mag. Kurt PINT, 6. Bezirk, unterstützt eine Bürgerinitiative zur Revitalisierung des Grätzels zwischen Mariahilfer Straße und Gumpendorferstraße. Hier soll wieder eine urbane Kultur entstehen, mit vielen Geschäften und renovierten Straßenhöfen. Zusätzlich zur Garage in der Windmühlgasse sei noch eine weitere unter dem Esterhazypark geplant. Bis 1993 soll die Revitalisierung abgeschlossen sein.

LAbg. Anton FÜRST forderte ein „Jonas-Reindl“ für den Franz-Jonas-Platz, nämlich eine Straßenbahnunterführung. Er, Fürst, hoffe auf einen baldigen Bau der U 6 zum Franz-Jonas-Platz. Im Zuge der U-Bahn-Bauarbeiten könnte auch eine völlige Neugestaltung des starkfrequentierten Platzes durchgeführt werden. Vor einem Architekten-Wettbewerb soll ein Bürgerwettbewerb stattfinden, an dem sich die Architekten bei ihren Gestaltungsvorschlägen orientieren könnten.

Die ÖVP-Bezirksvorsteher sehen in der Dezentralisierung einen ersten kleinen Schritt in die richtige Richtung, jedoch fehle es noch an weitgehender Autonomie. Die Bezirksbudgets seien für die notwendige Verwirklichung ihrer Stadtgestaltungspläne bei weitem nicht ausreichend. (Schluß) rw/rr



60984 81800

